G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Gerhard Kade
Was wird aus der Entspannung?

Jörg Huffschmid
Der Großmachtkurs und seine Kosten

Erwin Müller
Apels Erzählungen
Das Bundesverteidigungsministerium begründet den „Nachrüstungs"-Beschluß

Ryszard Wojna
Polen und die Bundesrepublik

Nguyen Khac Vien
Vietnams schwieriger Weg

Ein beispielloses Dokument des deutschen McCarthyismus

11 '80

November 1980 Einzelheft 5,50 DM Im Abonnement 4,00 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

November 1980

CHRONIK DES MONATS OKTOBER 1980 1281

KOMMENTARE UND BERICHTE

Entspannungsfeind DDR? ..... *Reinhold Billstein* 1284

Der rechte Terror und seine politische Funktion ..... *Reinhard Kühnl* 1288

Der irakisch-iranische Krieg ..... *Lothar A. Heinrich* 1292

Der Widerstand gegen die Atompolitik der USA in Westeuropa
Berichte und Stellungnahmen ..... *Nino Pasti (Rom), André De Smet (Gent) und Gordon Schaffer (London)* 1295

HAUPTAUFSÄTZE

Was wird aus der Entspannung? ..... *Gerhard Kade* 1301

Der Großmachtkurs und seine Kosten
Soziale Folgen der Bonner Außen- und Militärpolitik ..... *Jörg Huffschmid* 1312

Apels Erzählungen – Das Bundesverteidigungsministerium begründet den „Nachrüstungs"-Beschluß
Eine Fallstudie ..... *Erwin Müller* 1328

Polen und die Bundesrepublik ..... *Ryszard Wojna* 1343

Vietnams schwieriger Weg
Nationale Befreiung und sozialistische Revolution ..... *Nguyen Khac Vien* 1352

Menschenrechte in der Bundesrepublik
Theoretische Positionen und politische Praxis (II) ..... *Norman Paech* 1368

Soziologie in der Bundesrepublik
Anmerkungen zum 20. Deutschen Soziologentag ..... *Josef Hülsdünker und Rolf Schellhase* 1382

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Lohnsteuer und Steuerentlastung 1981 ..... *Jörg Goldberg* 1394

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Rede des Friedenspreisträgers des Deutschen Buchhandels, Ernesto Cardenal, in der Frankfurter Paulskirche am 12. Oktober 1980 (Wortlaut) 1396

Ein beispielloses Dokument des deutschen McCarthyismus. „Benutzer"-Anleitung zur Denunziationsliste der „Notgemeinschaft für eine freie Universität" in Westberlin über fast 1700 „Hochschulaktivisten" 1403

Entspannungsfeind DDR?

Der „Spiegel" ließ einen „aus nacktem Machtstreben geborenen Konfrontationskurs" diagnostizieren, der „Bayernkurier" erschien unter der Schlagzeile „Kalter Krieg gegen Bonn" – und wie stets bei „eigenmächtigen", die deutschdeutschen Beziehungen tangierenden Maßnahmen der DDR, wurde in den unisono empörten Massenmedien der Bundesrepublik darüber nachgedacht, „wie Bonn Ost-Berlin weh tun kann"[1]). Mit der Erhöhung der Umtauschsätze für westliche Besucher der DDR habe Honecker „zu der Mauer aus Beton" eine „Geldmauer . . . im geteilten Berlin und gespaltenen Deutschland errichtet"[2]). Im übrigen sei das Verhalten der DDR vertragswidrig[3]). Um dem drastischen Rückgang des Besucherverkehrs entgegenzuwirken, müsse über Gegenmaßnahmen (wie z. B. die Erstattung des Kostenaufschlags) nachgedacht werden, die sich u. a. etwa durch den Abbau von Vergünstigungen im Handel mit der DDR finanzieren ließen.

Doch dem Lärm der ersten Stunde folgten moderatere Töne. Das Verhalten der DDR signalisiere übernationale Zusammenhänge. Der „jähe Kurswechsel" sei wohl auf „Moskaus Weisung" hin initiiert. Man nehme die schwere Belastung des bis dato (vor dem Hintergrund der derzeitigen sowjetisch-amerikanischen Beziehungen) geradezu idyllischen Verhältnisses zur Bundesrepublik in Kauf, um den „die Macht der SED bedrohenden" Auswirkungen der Krise in Polen durch rechtzeitige Abgrenzungsmaßnahmen wirkungsvoller begegnen zu können. Dies ist der Tenor einer Berichterstattung und Kommentierung, die keinen Zweifel daran aufkommen lassen will, daß auch in dieser Krise der deutschdeutschen Beziehungen die Bundesrepublik als die zu Unrecht Leidtragende des erneuten Stillstandes anzusehen sei. Und dieser Linie entspricht es auch, wenn die von der DDR-Führung parallel zu ihren jüngsten Entscheidungen als unverzichtbare Voraussetzung für eine wirkliche Normalisierung der bilateralen Beziehungen genannten Forderungen als „unerfüllbar" und als vorgeschobene Abgrenzungsbegründung abgetan werden: „Die SED sucht den Zwangsumtausch mit neuen Angriffen zu rechtfertigen."[4])

Am 13. Oktober hatte SED-Generalsekretär Honecker u. a. kritisiert, daß die Bundesrepublik nach wie vor staatliche Souveränitätsrechte der DDR bei gleichzeitiger Inanspruchnahme möglichst weitgehender „innerdeutscher Freizügigkeit" negiere. Er verlangte die Anerkennung der DDR als souveränes Völkerrechtssubjekt, die uneingeschränkte Respektierung ihrer Staatsbürgerschaft, den Austausch von Botschaftern und die Aufgabe der Praxis, die DDR quasi als Inland der Bundesrepublik zu betrachten; den Verzicht auf Positionen also, die allesamt aus der fiktiven Formel von der „Einheit der Nation" abgeleitet sind und im politischen Alltag der Bundesrepublik stets mit dem Hinweis gerechtfertigt werden, das „Offenhalten der deutschen Frage" sei staats- und verfassungsrechtlich geboten.

Im Zentrum der Kritik Honeckers stand die widersprüchliche Haltung der Bundesregierung zur Entspannungspolitik.

1) „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 24. 10. 1980.
2) „Die Welt" v. 29. 10. 1980.
3) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 24. 10. 1980, die hier unter der Überschrift „Stobbe wirft der DDR Vertragsuntreue vor" den Regierenden Bürgermeister Westberlins zitiert.
4) FAZ v. 28. 10. 1980.

Allen gegenteiligen und z. T. sogar vertraglich fixierten Absichtserklärungen zum Trotz habe sich die Bundesrepublik zu einem Vorreiter der Aufrüstung entwickelt und trage deshalb aufgrund ihrer Einpeitscherrolle in der sog. Nachrüstungsentscheidung einen erheblichen Teil der Verantwortung für die aktuelle Gefährdung der Entspannung: „Niemand soll doch ernsthaft glauben, er könne aktiv die Politik des westlichen Bündnisses vertreten, aus Solidarität mit den USA die Olympischen Spiele in Moskau boykottieren, als Erfinder und Einpeitscher des Brüsseler Raketenbeschlusses auftreten und gleichzeitig so tun, als brauche man mit der DDR nur über ‚Reiseerleichterungen' sprechen."[5])

Damit präzisierte Honecker den bereits unmittelbar vor dem Brüsseler „Nachrüstungs"-Beschluß vom 12. Dezember 1970 an Bundeskanzler Schmidt übermittelten Hinweis, diese Entscheidung schaffe eine Situation, die sich „zwangsläufig negativ auf die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD auswirken werde"[6]). Wenn die Führung der DDR dennoch nahezu ein Jahr lang darauf verzichtet hat, ihren substanziellen Forderungen an die Bundesrepublik nachdrücklicher Geltung zu verschaffen, dann geschah dies augenscheinlich in der Absicht, die sich in der ersten Jahreshälfte gefährlich zuspitzende internationale Krisensituation begrenzen zu helfen und schließlich auch keinen Vorwand für eine Verschärfung des bundesrepublikanischen Wahlkampfes zugunsten der Kräfte um Strauß zu liefern.

Die von Honecker genannten Forderungen sind nicht neu. Sie stehen in der Kontinuität der DDR-Politik gegenüber der Bundesrepublik. „Gleichberechtigte Beziehungen, frei von jeder Diskriminierung" und „auf der Grundlage der allgemein anerkannten Prinzipien und Normen des Völkerrechts", waren das Herzstück des von der DDR im Dezember 1969, also noch im Vorfeld der Verhandlungen über den Grundlagenvertrag, veröffentlichten Vertragsentwurfs. Die besondere Hervorhebung des *völkerrechtlichen* Charakters der erwünschten Beziehungen hatte gerade vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden (und viele Illusionen erzeugenden) „neuen Ostpolitik" der ersten sozialliberalen Koalition ihre guten Gründe. Obwohl die Existenz der DDR nicht mehr offen in Frage gestellt wurde, hatte Bundeskanzler Brandt in seiner ersten Regierungserklärung (Oktober 1969) die Zurkenntnisnahme der DDR-Staatlichkeit mit einem schwerwiegenden Zusatz versehen, der auch heute noch als *die* Formel sozialliberaler „Deutschlandpolitik" betrachtet werden muß: „Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland; ihre Beziehungen zueinander können nur von besonderer Art sein." Statt das völkerrechtliche Fortbestehen des Deutschen Reiches „in den Grenzen vom 31. Oktober 1937" zu betonen und von sich als der „einzige(n) deutsche(n) Regierung" zu sprechen, „die . . . berechtigt ist, für das deutsche Volk zu sprechen" – so hatte es noch in der Regierungserklärung der vorangegangenen Großen Koalition geheißen –, rückte nun eine realitätsbezogenere Orientierung in den Vordergrund: Die Existenz von „zwei deutschen Staaten" und der Wunsch nach „einem geregelten Nebeneinander" im Interesse „menschlicher Erleichterungen" erzwinge die Respektierung der bestehenden Grenzen, der staatlichen Souveränität und des Prinzips der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der beiden deutschen Staaten. Dies alles müsse jedoch unter Berücksichtigung des Wiedervereinigungspostulats des Grundgesetzes und der „Einheit der Nation" auf der Grundlage eines *innerdeutschen Modus vivendi* und nicht auf völkerrechtlich gültiger Basis festgeschrieben werden.

5) „Neues Deutschland" (ND) v. 14. 10. 1980.
6) ND v. 14. 12. 1979.

Eine Formel, die die DDR zu keinem Zeitpunkt als Ausgangspunkt einer vertraglichen Regelung der Beziehungen zu akzeptieren bereit war, auch wenn sie tolerierte, daß ein Hinweis auf die unterschiedlichen Auffassungen „in der nationalen Frage" in die Präambel des Grundlagenvertrages vom Dezember 1972 aufgenommen wurde. Denn zugleich enthält dieser Vertrag die verbindliche Anerkennung der Unabhängigkeit und territorialen Integrität beider Länder, der Unverletzlichkeit der Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie die rechtsverbindliche Respektierung der „Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten". Festlegungen, die in der Folgezeit – unbeschadet aller Vorbehalte – durch den UNO-Beitritt beider Staaten, die Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte und das inzwischen entstandene Geflecht von nur zwischen souveränen Staaten möglichen Abkommen als *völkerrechtliche* Regelungen, die *völkerrechtliche* Anerkennung der DDR unzweideutig festgeschrieben haben.

Einer solchen Interpretation aber werden in der Bundesrepublik staats- und verfassungsrechtliche Vorbehalte entgegengestellt, die in der Tradition des restaurativ-gesamtdeutsch ausgerichteten Gründerverständnisses dieses Staates stehen und auf deren Basis das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil über den Grundlagenvertrag vom Juli 1973 die Bürger der DDR zu „Deutschen" im „Sinne des Grundgesetzes" erklärte. Indem es die Grenze zwischen beiden Ländern als eine staats- und nicht völkerrechtliche bezeichnete, qualifizierte das BVG diese faktisch zu einer innerstaatlichen Demarkationslinie, der kein *völkerrechtlicher* Schutz gebührt.

Das Grundgesetz selbst jedoch weist die „allgemeinen Regeln des Völkerrechts" als „Bestandteil des Bundesrechts" aus, die inzwischen infolge der bilateralen und internationalen Abkommen, die die Bundesrepublik im Verlauf der 70er Jahre unterzeichnete, längst zu mit Verfassungskraft ausgestatteten Normen des innerstaatlichen Rechts geworden sind. Im Widerspruchsfalle sind staats- und verfassungsrechtliche Entscheidungen den „allgemeinen Regeln des Völkerrechts" unterzuordnen. Wenn es zudem ein geregeltes Nebeneinander von Staaten – und gerade die deutsche Geschichte lehrt dies! – nur auf einer beiderseits sanktionierten *völkerrechtlichen* Basis geben kann, dann darf es keine Ausnahmeklauseln quasi als Hintertür für Revisions- und Revancheforderungen geben.

Dennoch verbirgt sich auch heute noch hinter dem Begriff der „Einheit der Nation" die alte, auf die Negation der DDR hinauslaufende Formel von der „Wiedervereinigung", wenn auch elastischer und realitätsnäher konzipiert. Die Bereitschaft, „die reale Lage zu respektieren", habe – so der Regierende Bürgermeister Westberlins, Stobbe, im Oktober 1980 – zu keinem Zeitpunkt die Bereitschaft eingeschlossen, „auf den Zusammenhalt der deutschen Nation zu verzichten". Selbst die national-konservative „Welt" bescheinigte der Bundesregierung, daß sie „mit ihrer Politik der kleinen Schritte im geteilten Deutschland nichts anderes im Sinn hatte, als den Zusammenhalt der Nation über die Zeit der Trennung hinweg aufrechtzuerhalten"[7]). Ein „Modus vivendi", dem das „Offenhalten der deutschen Frage" im Sinne langfristig erhoffter „Machtverschiebungen größeren Stils – wie sie etwa in dem Gedanken der Wiedervereinigung liegen"[8]), zugrundeliegt; ergänzt durch eine „Strategie, die an der ‚wirtschaftlichen Unfähigkeit' der sozialistischen Länder ansetzt"[9]) und unter Nutzung vor allem der ökonomischen

7) „Die Welt" v. 29. 10. 1980.
8) Dietrich Stobbe im Deutschen Fernsehen am 12. 8. 1980.
9) FR v. 30. 10. 1980, die hier den CDU-Politiker Leisler-Kiep zitiert.

Stärke der Bundesrepublik die Möglichkeiten direkter Einflußnahme auf die innere Entwicklung der DDR offenhalten soll. Solche „deutschlandpolitischen" Ausgangspositionen machen es weitsichtigeren Vertretern der CDU leicht, der Koalition nach Abschluß des Wahlkampfes ein Höchstmaß an „deutschlandpolitischer Gemeinsamkeit" vorzuschlagen, was wiederum die „Welt" zu der Aufforderung veranlaßte, nun müßten die Bundestagsparteien – unter Berücksichtigung der „verfassungsrechtlichen Eingrenzung der Bonner Handlungsfreiheit in der Ost- und Deutschlandpolitik" durch das Bundesverfassungsgericht – „mit verteilten Rollen, aber gemeinsam, zur geistigen Offensive für die Einheit Deutschlands und für Berlin als der natürlichen Hauptstadt aller Deutschen übergehen. Stillstand darf es nicht geben"[10]).

Wenn die Bundesregierung die Befürchtungen der DDR auch stets mit dem Hinweis auf ihre Vertragstreue und politische Seriosität zu entkräften sucht, schafft sie damit nicht aus der Welt,
– daß nach wie vor Gesetze verabschiedet werden, die Geltung für den Bereich der DDR und der ehemaligen deutschen Ostgebiete beanspruchen;
– daß nach wie vor in Salzgitter eine „zentrale Erfassungsstelle" besteht, die gegen Personen und Institutionen der DDR ermittelt, die sich nicht an die Gesetze der Bundesrepublik halten;
– daß nach wie vor Vertriebenenverbände und -Institutionen mit horrenden staatlichen Summen ausgehalten werden, die unter der Flagge der Traditionspflege, der Förderung „menschlicher Begegnungen" und vielfältiger, in letzter Zeit vor allem kulturpolitischer Initiativen, auf die politische und gesellschaftliche Destabilisierung der sozialistischen Staaten und die mehr oder weniger langfristige Veränderung des Status quo in Europa hinarbeiten;
– daß nach wie vor die „offene deutsche Frage" in Behördenverordnungen, amtlichen Sprachregelungen, in zahllosen Schulbuchtexten usw. ihren Niederschlag findet.

Die Ereignisse in Polen mögen die Haltung der DDR beeinflußt haben. Die entscheidende Ursache für die aktuellen Spannungen im Verhältnis Bundesrepublik–DDR ist jedoch die Abkehr der USA von der Entspannungspolitik und das Einschwenken der Bundesregierung auf den amerikanischen Kurs, das insbesondere in ihrer Rolle bei der Durchsetzung der „Nachrüstung" zum Ausdruck kommt und nach den Bundestagswahlen offenkundig forciert werden soll. Wer ernsthaft an einer Überwindung der aktuellen Krise interessiert ist, darf Ursache und Wirkung nicht durcheinander werfen. Der Schlüssel für eine Fortsetzung des Normalisierungsprozesses ist zuvorderst im künftigen politischen Verhalten der Bundesregierung zu suchen, in ihrer Antwort auf Fragen wie die,
– welche *faktische* Rolle sie bei der Realisierung der strategischen Pläne der USA und der NATO und insbesondere des Raketenbeschlusses der NATO spielen wird;
– inwieweit sie bereit sein wird, endgültig und ohne das Offenhalten juristisch verbrämter Ansprüche die Anerkennung der *völkerrechtlichen* Souveränität der DDR zur Grundlage ihrer Politik zu erklären;
– inwieweit sie bereit sein wird, die Respektierung der bisherigen vertraglichen Regelungen gegen die politischen Kräfte durchzusetzen, die unter der Formel von der „offenen deutschen Frage" den Status quo in Europa zu verändern suchen.

Kern jeder Entspannungspolitik ist die Erhaltung des Friedens. Verbesserungen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR waren und sind nur in dem Maße möglich, wie die Bundesregierung bereit ist, konsequent Friedenspolitik zu betreiben. Dies setzt die Anerkennung aller bestehenden Gren-

10) „Die Welt" v. 29. 10. 1980.

zen und der Rechte aller Staaten in Europa voraus. Konsequente Friedenspolitik bedeutet zugleich, von einer Politik der Konfrontation, wie sie die USA betreiben, abzurücken. Es ist eine Illusion, zu glauben, man könne eine deutsch-deutsche Idylle und die Stationierung amerikanischer Atomraketen zugleich haben. Unbeschwerte Reisen und Begegnungen auf dem Boden eines Landes, das zu einem Atomwaffenlager gemacht wird, sind schwer vorstellbar. Auch im Interesse ihrer Beziehungen zur DDR darf die Bundesregierung sich nicht länger über die Besorgnisse hinwegsetzen, die ihr Einschwenken auf die Atomkriegsstrategie der USA ausgelöst hat.

Reinhold Billstein

Der rechte Terror und seine politische Funktion

I

Daß der Faschismus zum Mittel des Terrors greift, daß der Terror geradezu sein Wesen ausmacht, lehrt die historische Erfahrung: Italien wurde 1921/22 durch organisierten Terror vom Faschismus erobert, bevor er die Regierungsmacht übernahm. Lastwagen und Waffen stammten aus den Depots der Polizei und des Militärs, die Gelder aus der Industrie und dem Großgrundbesitz. (In dem Buch von A. Tasca „Glauben, gehorchen, kämpfen" wird dies detailliert dargestellt.) Von 1922 an konnte der Terror, nunmehr mit den Mitteln der Staatsmacht versehen, noch gründlicher gegen die Arbeiterbewegung und gegen politische und geistige Freiheit eingesetzt werden. Nach 1930, in der nächsten großen Krisenperiode des Kapitalismus, wiederholte sich diese terroristische Offensive der Rechten in einer Reihe anderer Länder. In Deutschland (1933), Österreich (1934) und Spanien (1939) gelangte sie zum Siege. Auch hier wurde nun der Terror der faschistischen Banden systematisiert und effektiviert durch die Staatsgewalt. An der Richtung änderte sich nichts. Mit dem Zweiten Weltkrieg wurde ein erheblicher Teil Europas diesem Terror unterworfen. Erst nach enormen Opfern konnte die faschistische Terrorherrschaft schließlich 1945 durch die gemeinsame Anstrengung der europäischen Völker zerschlagen werden.

Daß der Faschismus seine Gegner „vernichten", „ausmerzen" und „ausrotten" werde, hatte er also bereits vor der Eroberung der politischen Macht nicht nur in aller Öffentlichkeit angekündigt, sondern auch bereits exemplarisch praktiziert. Weshalb waren dennoch seine Aktivitäten geduldet worden? Der Grund lag darin, daß maßgebliche Gruppen in der Großindustrie, im Großgrundbesitz, im Militär und im besitzenden Bürgertum überhaupt im Faschismus eine nützliche Kraft im Kampf gegen „den Kommunismus", gegen die Arbeiterbewegung und die Demokratie sahen. Ohne diese Sympathie, ohne die geistige und materielle Unterstützung dieser Kreise und ohne die Tolerierung der faschistischen Aktivitäten durch die Staatsorgane hätte der Faschismus in keinem Land zur Massenbewegung aufsteigen, geschweige denn die Staatsmacht erobern können.

II

1945 wurde das faschistische Herrschaftssystem zerschlagen. Doch die Machtbasis derer, die ihn toleriert und gefördert und sich schließlich mit ihm verbündet hatten, blieb – in Gestalt der privaten Verfügungsgewalt über die Wirtschaft und damit über die Lebensgrundlagen der gesamten Gesellschaft – erhalten. Und die Führungsschichten, die den Faschismus getragen und seine Politik vollzogen hatten, rückten – begünstigt durch die Globalstrategie der USA im „Kampf gegen den Kommunismus"

und das Klima des Kalten Krieges – alsbald in großem Umfang wieder in ihre Machtpositionen ein: in Justiz und Verwaltung, Geheimdienste und Ministerialbürokratie, Erziehung und Wissenschaft, Polizei und Militär. Und also blieb auch das Feindbild, blieb der geistige Nährboden erhalten, auf dem sich jene Gruppen wieder bilden konnten, die im Kampf gegen diesen Feind das Mittel des Terrors nicht nur für zulässig, sondern für unumgänglich halten.

Zwar konnten sich unter den Bedingungen ökonomischer Stabilität die neofaschistischen Gruppen nicht zur Massenbewegung entwickeln, doch in Ideologie und Propaganda konnten sie sich ziemlich ungehindert entfalten und ihre faschistische Hetze verbreiten: gegen Demokratie und Liberalität, gegen Sozialismus und Kommunismus, gegen Gastarbeiter und farbige Völker, gegen Juden und Slawen und vor allem gegen die Resultate des Zweiten Weltkrieges, die – koste es, was es wolle – revidiert werden müßten. „Deutsche Nationalzeitung" und „Deutsche Nachrichten", Landserhefte und eine Flut von Büchern propagierten diese Ideologie millionenfach – und kein Gericht und keine Behörde schritt ernsthaft dagegen ein, obwohl die Staatsorgane durch nationales und internationales Recht nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet wären, jeden Ansatz faschistischer Agitation zu unterbinden.

Der Grund für diese Duldsamkeit (die auch in grellem Kontrast zu der ständig wiederholten Phrase vom Kampf gegen den „Extremismus von links und rechts" steht) ist der gleiche wie in der Periode nach dem Ersten Weltkrieg: Die herrschenden Interessen (und zur Zeit des Kalten Krieges auch die offizielle Regierungspolitik) stimmen mit der Frontstellung des Faschismus grundsätzlich überein, wenngleich sie diese Gruppen bislang nicht benötigten und also deren Verlangen nach terroristischer Niederwerfung der Linken auch nicht unterstützten. (Ähnlich war es in der Konjunkturperiode der Weimarer Republik vor 1929 – was sich dann in der Krise aber gründlich änderte). Daß es sich um eine grundsätzlich gleiche Frontstellung handelte, kam auch in Ideologie und Programmatik der sogenannten „gemäßigten" Rechten zum Ausdruck, wie sie etwa von der CSU und dem rechten Flügel der CDU, von der Springerpresse und dem Neuen Konservatismus vertreten werden. Ob man nun die Vorstellungen über den starken Staat und die Notwendigkeit von Befehl und Gehorsam, die Vorstellungen über das Erziehungswesen und „Elitenbildung", über Südafrika und Chile, über Entspannung und Abrüstung betrachtet: in allen Bereichen zeigt sich die intime Verwandschaft zwischen „gemäßigter" und „extremer" Rechter. (In meinen Schriften über das Programm von F. J. Strauß habe ich dies auch im Detail nachgewiesen; für die Weimarer Republik vgl. u. a. J. Petzold: „Ideologische Wegbereiter des deutschen Faschismus", Köln 1978). Es ist also kein Zufall, daß die Organe des Neofaschismus für den Kanzlerkandidaten Strauß votieren und auf ihn ihre Hoffnungen setzten.

III

Nachdem nun die Wirtschaftskrise wieder viele Menschen in Angst und Verzweiflung und die Suche nach Auswegen treibt – ist es da erstaunlich, daß mancher auf den Gedanken kommt, es seien die „Unruhestifter" und „Volksschädlinge" auf der Linken, die Gastarbeiter und die „Duldsamkeit" gegenüber den sozialistischen Ländern, die an allem schuld seien, und dagegen müsse nun endlich mit allen Mitteln, auch mit Gewalt, vorgegangen werden? Genau dieses Feindbild und diese „Lösung" sind es doch, die den Menschen täglich massenhaft suggeriert werden. Also zieht irgendeine der vielen neofaschistischen Gruppen oder eines ihrer Mitglieder die Konsequenz und schlägt los – zumal faschistische Gruppen in anderen europäischen Ländern bereits den Weg gezeigt hatten, entsprechende internationale Kontakte bestehen und auf diese Weise auch die erforderlichen finanziellen Mittel und die Waffen

beschafft werden können. Es mag mit Brandanschlägen gegen linke Buchhandlungen oder gegen SPD-Büros (wie kurz vor der Bundestagswahl in Frankfurt geschehen), mit der Schändung jüdischer Friedhöfe beginnen; aber auch Mordanschläge gehörten seit eh und je zum Repertoire des Faschismus, es ist dies nur eine Frage des Entfaltungsgrades.

In der Bundesrepublik war es bezeichnenderweise die Wehrsportgruppe Hoffmann, deren auf Terror zielendes Treiben seit langem bekannt, von der bayerischen Staatsregierung aber offen geduldet und öffentlich verharmlost worden war. Als die SPD im bayerischen Landtag staatliche Maßnahmen verlangte, stellte sich die Regierung schützend vor die Faschisten. Aus dieser Gruppe, die inzwischen von der Bundesregierung verboten worden war, kam nun der Attentäter, dessen Mordanschlag 20 Tote und über 200 Verletzte forderte. Auch nach diesem ungeheuerlichen Anschlag folgte aber nicht etwa eine Welle energischer Maßnahmen der Staatsgewalt, um diesen terroristischen Sumpf auszutrocknen, sondern eine Welle von Bemühungen, das Münchner Blutbad und die faschistischen Aktivitäten überhaupt zu verharmlosen. Den Vogel schoß wieder einmal F. J. Strauß ab, der die Urheber groteskerweise in der DDR suchte – eine These, die aber sogar vom Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz ungehend als „blanker Unsinn" abgefertigt wurde („stern", 41/1980, S. 36). Nicht minder demagogisch ist die Wendung von Strauß, die allzu große Liberalität der Bundesregierung gegenüber dem Extremismus sei schuld an dem Mordanschlag. Das sagt der Repräsentant eben jener Kräfte, die den an der Macht befindlichen Terrorismus in Chile und Südafrika (und – solange es ihn noch gab – im Iran, in Spanien und in Portugal) bei jeder Gelegenheit belobigen, die enge Kontakte zu italienischen, portugiesischen und griechischen Faschisten unterhalten und – wie oben schon gesagt – mit dem Neofaschismus im eigenen Land in allen wesentlichen Fragen grundsätzlich einig sind. Diese politische und geistige Verwandschaft, dieses gemeinsame Feindbild, diese Bereitung des Bodens für faschistische Ideologie sind es, die – in Vergangenheit und Gegenwart – die Hauptverantwortlichkeit der „gemäßigten" Rechten für das Aufkommen des Faschismus ausmachen – auch wenn sie ihn finanziell und materiell nicht (oder noch nicht) direkt unterstützen und seine Aktivitäten (noch) nicht direkt beeinflussen mögen. Schon in der Vergangenheit unseres Landes war es in der Regel kein direktes Auftragsverhältnis, das zwischen der „gemäßigten" Rechten und dem faschistischen Terror bestand. (In Italien war dies allerdings wesentlich anders). Zu fragen ist also primär nach dem objektiv-funktionalen Zusammenhang (gemeinsame Frontstellung, gemeinsames Feindbild, gemeinsame Zielrichtung), der sich allerdings oft auch zum organisatorischen und finanziellen verdichtet.

IV

In einer ganzen Reihe von europäischen Ländern hat sich in den letzten Jahren eine faschistische Terrorwelle aufs neue entfaltet. Die allgemeinen Voraussetzungen bestehen ohne Zweifel darin, daß der Monopolkapitalismus die Tendenz hat, antikommunistische Ideologie jeglicher Art, auch solche mit terroristischer Zielsetzung, zu erzeugen und zu befördern und daß in der Krise solche Ideologien sich radikalisieren und zum Handeln drängen. Dieser Tendenz wohnt ohne Zweifel ein beträchtliches Element von Spontaneität inne. Der faschistische Terrorismus war jedoch nie bloße Spontaneität, sondern immer auch eingeordnet in politische Strategien. Er zielte darauf ab, die fortschrittlichen Kräfte einzuschüchtern und zugleich Demokratie und Liberalität zu diskreditieren, als unfähig und schlapp hinzustellen, ein Klima von Angst und Unsicherheit zu schaffen und so den Ruf nach der starken Faust zu erzeugen – oder mindestens die Bereitschaft, die starke Faust hinzunehmen.

Ähnliche Funktionen hat der faschistische Terrorismus auch gegenwärtig. In Italien zielt er erklärtermaßen auf „Destabilisierung", um erstens die Massen zu verunsichern und zweitens den staatlichen Gewaltapparat, besonders das Militär, die Polizei und die Geheimdienste, zum Handeln, d. h. zum Putsch zu bewegen. In der Türkei ist soeben demonstriert worden, wie vorzüglich eine solche Rechnung aufgehen kann. Unter dem Beifall fast der gesamten bürgerlichen Öffentlichkeit und der Regierungen in den NATO-Staaten auch in der Bundesrepublik, wurde eine Militärdiktatur errichtet und als Ende der Unsicherheit und als Schaffung von Ruhe und Ordnung geliefert.

Was der Attentäter von München bezweckte, ist bislang ungeklärt und wird vielleicht auch ungeklärt bleiben, zumal er selbst nicht mehr aussagen kann. Man wird aber wohl fragen müssen, weshalb er (mitsamt seinen Auftraggebern, falls es solche gab) den Anschlag kurz vor der Bundestagswahl verübte und welche Wirkung er (und diese Kräfte) sich davon versprachen. Hat er vielleicht erwartet, daß der Mordanschlag dem „linken" Terrorismus zugeschoben wird? Konnte er nicht in Anbetracht des allgemeinen politischen Klimas in der Bundesrepublik ebendies erwarten? Und bestand dann nicht Aussicht, durch diesen Anschlag in letzter Minute einen Ruck der Wählerstimmung nach rechts zu erzeugen – zugunsten des Kanzlerkandidaten Strauß, auf den der Neofaschismus ja seine Hoffnungen gesetzt hatte? Man stelle sich vor, der Attentäter wäre nicht von seiner eigenen Bombe zerrissen worden. Wäre dann die Kalkulation nicht aufgegangen und – ganz selbstverständlich – der „linke Extremismus" verantwortlich gemacht worden? Würde dann womöglich jetzt ein Bundeskanzler Strauß die „nötigen Maßnahmen" zur „Sicherung von Freiheit und Ordnung" in die Wege leiten? Ich wage nicht, diese Frage mit einem eindeutigen „nein" zu beantworten.

Reinhard Kühnl

Bisher ist die Entstehung des deutschen Faschismus nur in enger Eingrenzung auf die NSDAP und den Werdegang Adolf Hitlers erforscht. Über die neben der NSDAP existierenden reaktionären politischen Organisationen und Strömungen, die der NSDAP oft bis zum Verwechseln ähnelten, liegen hingegen bis heute kaum Untersuchungen vor.

Joachim Petzold weist nach, daß jungkonservative Unternehmungen wie der »Juni-Club 1919« und die »Ring-Bewegung« um Heinrich von Gleichen und Moeller van den Bruck, das »Politische Kolleg« Martin Spanns, der »Tat«-Kreis oder z. B. auch die zahlreichen Aktivitäten Eduard Stadtlers von bedeutenden Teilen des deutschen Großkapitals lange Zeit vorrangig gefördert wurden und in welchem Maße die jungkonservativen Kreise zur Ausbildung des »Gedankenguts« des deutschen Faschismus beitrugen. Er entzieht damit den Berufungen der heutigen »Neokonservativen« auf einen angeblich »antifaschistischen« Weimarer Jungkonservatismus den Boden, zerstört prinzipiell die Legende von einer originären NS-Ideologie und zwingt uns dazu, den Begriff der faschistischen Kräfte in Deutschland weiter als bisher zu fassen.

Kleine Bibliothek Band 135
410 Seiten, DM 14,80

Der irakisch-iranische Krieg

Am 22. September 1980 sind die sporadischen Scharmützel an der irakisch-iranischen Grenze in einen offenen Krieg umgeschlagen. Entgegen den Erwartungen der Baghdader Führung ist der Iran nicht nach der ersten irakischen Offensive militärisch und politisch zusammengebrochen. Nach mittlerweile mehr als einem Monat Krieg, in dem der Irak seine offiziell propagierten Kriegsziele militärisch bereits erreichen konnte, ist sein Ende – sei es in militärischer Form oder über eine Verhandlungslösung – nicht absehbar und auch kaum vorstellbar.

Das offizielle Kriegsziel des Irak ist die Rückgewinnung einiger Grenzgebiete in der Region von Quasr e-Schirin und vor allem des gesamten Schatt el-Arab sowie der 1971 vom Schah besetzten, rechtmäßig zum Emirat Scharjah gehörenden drei Inseln im arabisch-persischen Golf, die Baghdad allerdings nicht für sich reklamiert. Nachdem der Irak seit der iranischen Revolution mehrfach erfolglos um eine Revision des irakisch-iranischen Abkommens von 1975 nachgesucht hatte, in dem Baghdad aus der Position der Schwäche den Grenzverlauf in der Mitte des Schatt el-Arab akzeptieren mußte, hat Präsident Saddam Hussein das Abkommen einseitig gekündigt. Wenn der Irak auch durch mehrfache Waffenstillstandsangebote und die schon früh geäußerte Bereitschaft, von dritter Seite vermittelte Verhandlungslösungen anzustreben, deutlich gemacht hat, daß er in der Tat gewillt sei, sich auf diese erwähnten Grenzkorrekturen zu beschränken, kann doch angesichts des dafür in jedem Fall zu bezahlenden Preises kaum ein Zweifel daran bestehen, daß der Krieg für den irakischen Präsidenten in Wirklichkeit ein durchaus wichtigeres Ziel hat. Die Erreichung des deklarierten Kriegszieles müßte notwendigerweise drei miteinander verbundene Konsequenzen haben. Der Irak würde zur arabischen Hegemonialmacht in der Golfregion und vermutlich im gesamten Maschrek. Der Irak ist das einzige arabische Land nach dem vorläufigen Bruch Ägyptens mit der arabischen Welt, das auf Grund seiner Bevölkerungszahl und seiner wirtschaftlichen und militärischen Stärke, aber auch auf Grund seiner alles in allem blockfreien Außenpolitik für diese Rolle in Frage käme. Damit würde gleichzeitig das iranische Regime – zumal sein klerikaler Bestandteil – und die innere Opposition im Irak, die sich sowohl aus rechtsradikalen islamischen Integristen als auch verschiedenen nationalistischen und linken Gruppierungen und, nicht zu vergessen, der kurdischen Nationalbewegung zusammensetzt, empfindlich geschwächt. Die Schwächung des iranischen Regimes muß in der Tat ein primäres Anliegen des Baghdader Regimes sein, da die klerikalen Kräfte im Iran nie einen Hehl aus ihrer tiefen Abneigung gegen das „gottlose" panarabische Baath-Regime gemacht haben und diese Abneigung auch durch die direkte Unterstützung der irakischen Da'wa-Partei, des schiitischen Äquivalents der rechtsradikalen sunnitischen Muslimbruderschaft, Ausdruck verliehen haben. Auch wenn festzustellen ist, daß sich beide Seiten bezüglich der Unterstützung für gewisse Oppositionskräfte im Nachbarland (iranische Unterstützung für die Da'wa-Partei und die „Demokratische Partei Kurdistans" der Barazani-Brüder, irakische Unterstützung für arabische Nationalisten in Khuzestan, für den „Schlächter von Teheran", General Oveissy, und für den letzten Schah-Premier Schahpur Bakhtiar) nichts vorzuwerfen haben, ist es doch nicht der Irak, der seine panarabische „Revolution" in den Iran, sondern die klerikalen Kräfte im Iran, die ihre panislamische „Revolution" in den von „Gottlosen" beherrschten Irak exportieren wollen – durch die Aufwiegelung der rund 60% der Bevöl-

kerung stellenden Schiiten. Dies ist nicht zuletzt von Ayatollah Khomeini inzwischen mehrfach offen propagiert worden.

Dieses Ziel, vor allem aber die Sicherung der aufgrund der immer deutlicher werdenden Unzulänglichkeiten der islamischen Republik gefährdeten Vorherrschaft der klerikalen Rechtskräfte verbietet jeden Kompromiß mit dem Irak, zumal dieser angesichts der jetzigen militärischen Positionen nur eine Niederlage absegnen könnte. Die verschiedenen politischen Kräfte im Iran verfolgen jedoch in Hinblick auf den Kampf um die Verteidigung der territorialen Integrität ihres Landes unterschiedliche Strategien. Der bürgerlich liberale Flügel um Präsident Bani-Sadr setzt in erster Linie auf die Armee. Damit ist notwendigerweise mittel- wenn nicht sogar kurzfristig eine Öffnung gegenüber den USA verbunden, ohne deren Waffenlieferung die iranische Armee nicht mehr lange die ihr in diesem Krieg, aber im weiteren auch für das innenpolitische Kräfteverhältnis zugedachte Rolle spielen kann. Diese Fraktion setzt entsprechend auch schon seit langem auf die Freilassung der Geiseln. Die in verschiedenen Schattierungen durch die „Islamisch-Republikanische Partei" repräsentierten klerikalen und kleinbürgerlichen Rechtskräfte haben sich zunächst nur auf die von ihnen kontrollierten Pasdaran (Revolutionsgarden) gestützt. Durch die Schaffung des „nationalen Verteidigungsrates" haben sie jedoch inzwischen auch Einfluß auf die Armee gewonnen. Auch sie, die sich seinerzeit der Geiselnahme und des im Volk tief verankerten Hasses gegen den US-Imperialismus im innenpolitischen Machtkampf mit dem „liberalen" Flügel bedienten, sind – wie die jüngsten Äußerungen der führenden Vertreter dieser Richtung zeigen – zunehmend an einem Kompromiß mit den USA interessiert. Dabei müssen sie allerdings vorsichtiger als der liberale Flügel taktieren, da sie Gefahr laufen, sonst ihre Basis an die Linkskräfte, vor allem die muslemischen „Mojahedin e-Khalq" zu verlieren. Die Linkskräfte, die durch das Versagen der herrschenden Kräfte seit Beginn der Islamischen Republik, aber auch durch ihren beispielhaften Einsatz bei der Verteidigung des Landes zunehmend stärker geworden sind, treten als einzige für die Schaffung einer Volksarmee und die konsequente Ablehnung jeder Öffnung gegenüber den USA ein.

Die USA, deren Agent der iranischen Propaganda zufolge Saddam Hussein ist, haben sich denn auch nach der anfänglich gebotenen Zurückhaltung inzwischen ziemlich offen auf die Seite des Iran gestellt und unter der Bedingung der Geiselbefreiung Waffenlieferungen angekündigt. Je länger der Krieg dauert, um so deutlicher wird es, daß der Irak – obwohl zur Zeit militärisch in der besseren Position – nicht gewinnen kann und daß der Iran für alle Großmächte das wichtigere Land ist. Wenn man von der m.E. unwahrscheinlichen Annahme ausgehen will, daß der Irak plane, mit dem Iran ein proamerikanisches Bündnis einzugehen, erscheint die Vorstellung, der Irak habe im amerikanischen Auftrag die Bakhtiars und Oveissys an die Macht bringen wollen, in der Tat unlogisch, auch wenn er sich bisher dieser Kräfte als offensichtlich unbrauchbares Druckmittel bedient hat. Mag die chauvinistische Begrenztheit des irakischen Regimes punktuell auch noch so sehr pro-westlichen Interessen entsprechen (etwa seine Unterstützung für die südjemenitische Opposition), deutet doch bisher wenig darauf hin, daß der Irak den Weg Sadats ginge. Das Ziel Saddam Husseins ist es, sein Land zur regionalen Hegemonialmacht zu machen, die zweifellos auch die nationalistischen Tendenzen in den arabischen Nachbarländern stärken würde. Darum kann es auch nicht verwundern, wenn Israel als direkt betroffener US-Brückenkopf schon zu Kriegsbeginn für den Iran Stellung bezogen hat. Im übrigen gibt es ernstzunehmende Hinweise darauf, daß es israelische Phantom-Jäger

waren, die die irakische Kernforschungsanlage bombardiert haben und daß der israelische Geheimdienst seine alten Beziehungen zur DPK der Barazani neu knüpft. Eine Machtübernahme seitens der Vertreter des Schahregimes im Iran müßte notwendigerweise alle irakischen Hegemonialträume zerstören, da dieser Iran von den USA sofort wieder zum Gendarm im Golf gemacht würde. Die Position der arabischen Staaten wird primär durch Faktoren bestimmt, die mit der pro- oder anti-amerikanischen Politik der Kriegsgegner nur am Rande zu tun haben. Die Stellung der UdSSR in diesem Konflikt ist besonders schwierig. Als unmittelbarer Nachbar des Iran war sie stets an bestmöglichen Beziehungen interessiert. Das gilt heute, wo der weitere Weg des Iran noch nicht völlig festgelegt ist, umso mehr. Wohl wissend, daß jetzt die USA aufgrund des virulenten Antikommunismus des iranischen Regimes, aber auch wegen der waffentechnischen Abhängigkeit der iranischen Armee zunächst die bessere Position innehaben, kann sie ihre Beziehungen zum ebenfalls antikommunistischen, aber militärisch von ihr abhängigen irakischen Regime jedoch nicht aufs Spiel setzen. Die UdSSR nimmt daher eine vom Irak immerhin durch die Einstellung jeder offenen Kritik honorierte Politik weitestgehender Neutralität ein und setzt sich für eine baldige Beendigung des Krieges ein, der unabhängig vom Willen der Beteiligten eher dem Westen zu nützen verspricht, der nicht zuletzt auch beim Aufbau der zerstörten Industrien beider Länder seine Stunde gekommen sieht und schon jetzt die Situation und vor allem die iranische Drohung, die Meerenge von Hormuz zu sperren, als Vorwand für die Verstärkung seiner militärischen Präsenz in der Region nutzt.

Zur Zeit sind die politischen Folgen des Krieges allerdings noch nicht völlig klar. Verliert der Irak, dann dürfte über kurz oder lang dort mit einem Regimewechsel zu rechnen sein. Wenn dieser Wechsel – was durchaus denkbar ist – nach links geht, ist bei einem unveränderten iranischen Regime der nächste Konflikt bereits vorprogrammiert, da die klerikalen Kräfte weiter versuchen werden, ihre Revolution in das dann von nicht minder „Gottlosen" beherrschte Nachbarland zu exportieren. Entsteht im Irak eine islamische Republik, wird das Land auf Grund der damit verbundenen weiteren blutigen Unterdrückung der irakischen linken und laizistischen Kräfte ein Faktor der Destabilisierung in der Region werden, die weniger auf die konservativen Staaten als vielmehr auf Syrien etwa übergreifen wird.

Für die Zukunft des Iran ist die Frage wichtig, ob ein Sieg durch die Armee errungen wird, oder ob es zur Bildung eines wirklichen Volksheeres kommt. Im ersten Fall dürfte vor allem der „liberale" Flügel gestärkt aus dem Krieg hervorgehen. Lediglich ein „Volkskrieg" würde die fortschrittlichen-revolutionären Kräfte nachhaltig stärken können. Aus diesem Grund versuchen die reaktionären Kräfte der IRP zur Zeit alles, um eine effektive Beteiligung der fortschrittlichen Organisationen an der Landesverteidigung zu verhindern und das Monopol der Armee und der Pasdaran zu wahren. Nur eine Stärkung der fortschrittlichen und nicht arabisch- oder persisch-chauvinistischen Kräfte in beiden Ländern kann jedoch langfristig die Probleme dieser Region lösen.

Lothar A. Heinrich

Großbritannien: Die Auseinandersetzung in der Labour Party und die neue Stärke der Friedensbewegung

Die mit überwältigender Mehrheit gefällte Entscheidung des Labour-Parteitags, die Stationierung der amerikanischen „Cruise Missiles" und „Pershing"-Raketen abzulehnen, Kürzungen des Rüstungshaushalts zu fordern, unter Einschluß der Mittel für geplante neue Waffengenerationen, und sich jeder auf dem Gebrauch oder der Drohung mit Atomwaffen fußenden Politik zu widersetzen, hat die Rahmenbedingungen für die politische Entwicklung in Großbritannien verändert. Diese Haltung steht in völligem Widerspruch zu der der konservativen Regierung, die den Plan für die Stationierung der amerikanischen Raketen in Großbritannien sofort akzeptierte und die Rüstungsausgaben erhöht, dagegen in allen sozialen Bereichen scharfe Ausgabenkürzungen vorgenommen hat.

Der Kampf um die Führung der Labour Party muß vor diesem Hintergrund gesehen werden. Die Mehrheit der Labour-Abgeordneten hat ihre Mandate zu einer Zeit erhalten, als die Parteiführung vom rechten Flügel beherrscht wurde und das ganze Gewicht der Führung wiederum wurde dazu benutzt, um Kandidaten des linken Flügels auszuschließen, wo immer dies möglich war. Diese Abgeordneten wurden automatisch für die nächstfolgenden Wahlen wiederaufgestellt. Auf diese Weise hat die Parlamentsfraktion der Labour Party ihre Rechtsorientierung beibehalten, während in vielen der Gewerkschaften, die über die Stimmenmehrheit auf den Labour-Parteitagen verfügen, eine Linksentwicklung stattgefunden hat und auch in den örtlichen Parteiorganisationen die Friedenskräfte an Stärke gewonnen haben. Dies erklärt, warum der Parteitag die Entscheidung erzwang, daß Parlamentsabgeordnete ihren örtlichen Parteiorganisationen Rechenschaft ablegen müssen, bevor sie wieder aufgestellt werden, und daß ein Verfahren gefunden werden muß, bei dem der Parteichef von Repräsentanten der ganzen Bewegung und nicht nur von den Parlamentsabgeordneten gewählt wird. Die Abgeordneten vom rechten Flügel widersetzen sich dieser Neuerung, unterstützt von der gesamten labourfeindlichen Presse, „im Namen der Demokratie!" Ihr erklärter Kandidat Denis Healey gehörte in Zusammenarbeit mit der CDU-geführten Regierung in der Bundesrepublik 1969 zu den Konstrukteuren der NATO-Strategie der „flexiblen Reaktion", die den Gebrauch taktischer und eventuell strategischer Atomwaffen vorsieht. Michael Foot hingegen, der einmal aus der Parlamentsfraktion der Labour Party ausgeschlossen wurde, weil er sich weigerte, eine knappe Parteitagsentscheidung über die Unterstützung der westdeutschen Wiederbewaffnung zu akzeptieren, hat erklärt, falls er Premierminister einer Labour-Regierung würde, werde er sich an die Parteitagsentscheidungen über die US-Raketen und die anderen Abrüstungsmaßnahmen halten.

Dieser Bericht ist vor der Wahl des neuen Parteivorsitzenden geschrieben, aber unabhängig von deren Ergebnis wird der Kampf zwischen den beiden beschriebenen Linien innerhalb der Labour-Bewegung weitergehen.

Gleichzeitig mit dem Erfolg der Friedenskräfte in der Labour-Bewegung ist der bisher größte Aufschwung in den Aktivitäten der verschiedenen Friedensorganisationen zu verzeichnen. Vor zwei Jahren beteiligten sich einige tausend Menschen an einer Demonstration auf der Trafalgar Square aus Anlaß der UNO-Abrüstungswoche. Dieses Jahr waren es 60 000. Vor einiger Zeit gab es bereits eine von der Labour Party organisierte Friedensdemonstration, an der sich viele Tausende beteiligten. Die von den beiden 91 Jahre alten Friedensveteranen Lord Fenner Brockway und Lord Noel Baker ausgerufene Weltabrüstungskampagne hat Unterstützung auch in Kreisen gefunden, die bislang in der Friedensbewegung keine Rolle spielten. Die Kampagne für atomare Abrüstung gewinnt rasch an Boden. Hunderte neue Gruppen haben sich gebildet. Und Gruppen, die noch vor einigen Monaten nur eine Handvoll Mitglieder hatten, melden nun Mitgliederzahlen, die in die Tausende gehen. Die Britische Friedensversammlung, die mit dem Weltfriedensrat verbunden ist, erfährt wachsende Unterstützung aus den Gewerkschaften. Die Hauptaufgabe dieses Gremiums ist es, den Kampf der Gewerkschaften gegen sinkenden Lebensstandard und Abbau von Sozialleistungen mit dem Kampf um die notwendige Einschränkung der monströsen Rüstungslasten zu verbinden. Der Kirchentag der Methodisten hat sich einmütig gegen Atomwaffen ausgesprochen auch die katholische Organisation Pax Christi ist in dieser Frage aktiv und ein katholischer Priester, Monsignore Bruce Kent, hat von seinem Kar-

dinal die Erlaubnis erhalten, Sekretär der Kampagne für atomare Abrüstung zu werden.

Was sind die Ursachen dieses Wandels? Zunächst einmal ist festzustellen, daß durch die heftigen Angriffe der Regierung, insbesondere der Premierministerin, auf die Sowjetunion Millionen Menschen deutlich geworden ist, daß Kriegsgefahr besteht. Viele akzeptieren die antisowjetische Propaganda, die in den Medien vorherrscht, aber sie haben auch die Idee der „Sicherheit durch Abschreckung" akzeptiert. Jetzt hingegen hat die Regierung eine Kampagne zur „zivilen Verteidigung" begonnen. Die Vorschläge für den Einbau von Luftschutzbunkern in die Wohnungen, noch primitiver als die des letzten Krieges, waren so lächerlich, daß viele Menschen zu der Überzeugung gekommen sind, daß man sie in einem Atomkrieg ihrem Schicksal überlassen würde. Die Regierung selbst erklärte, daß in den hauptbetroffenen Gebieten Anstrengungen zur Auffindung oder Versorgung von Überlebenden nicht vorgesehen seien. Was Carters Direktive 59 bedeutet, ist der Mehrheit noch nicht ins Bewußtsein gedrungen, aber allmählich beginnt man einige ihrer Konsequenzen zu begreifen. Auch die Direktive 59 geht von der Theorie einer Friedenssicherung durch „Abschreckung" ab und vielfach wird zynisch gesagt, es handele sich um einen US-Plan, bis zum letzten Europäer zu kämpfen. In der Bevölkerung macht sich auch eine Tendenz bemerkbar, die verheerende Wirtschaftslage mit den astronomischen Summen, die für die Verteidigung ausgegeben werden, in Verbindung zu bringen.

Daß Briefe von Militärverantwortlichen, in denen sogar noch höhere Rüstungsausgaben verlangt werden, in die Presse geraten sind, sieht wie ein Vorbeugungsschlag aus, denn in der Regierung und in der Konservativen Partei gibt es Bestrebungen, den Anteil der Rüstungsausgaben am Bruttosozialprodukt zu überprüfen, der in Großbritannien höher als in irgendeinem anderen NATO-Staat ist.

Es ist jetzt dringend notwendig, die Millionen, die in Sorge um den Frieden leben, davon zu überzeugen, daß Abrüstung ein erreichbares Ziel ist. Das bedeutet, daß die Abrüstungsvorschläge der Vereinten Nationen erklärt werden müssen, ebenso wie die Bereitschaft der Sowjetunion und ihrer Verbündeten, jeder Waffenreduktion auf der Basis der gleichen Sicherheit zuzustimmen, einen Vertrag über den Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen und atomwaffenfreie Zonen in Europa und anderen Gefahrenregionen zu akzeptieren. Diese Aufgabe ist schwierig, denn die britische Friedensbewegung hat keine Massenpresse, sehr begrenzten Zugang zu Fernsehen oder Radio und sieht sich einer permanenten Propaganda über die „sowjetischen Rüstungssteigerungen" gegenüber, obwohl diese Behauptungen sogar in offiziellen Regierungsdokumenten zur Verteidigungspolitik widerlegt werden. Schließlich gibt es keinen Grund für die Annahme, daß Mrs. Thatcher oder ihre Minister bereit sind, ihre Politik zu überprüfen.

Gordon Schaffer, London

(Weitere Berichte werden folgen.)

Karl-Heinz Röder (Hrsg.)
Das politische System der USA
Geschichte und Gegenwart
346 Seiten, DM 14,80

Bernd Greiner/Kurt Steinhaus (Hrsg.)
Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg?
Amerikanische Kriegspläne gegen die UdSSR
Eine Dokumentation
229 Seiten, DM 14,80

Pahl-Rugenstein

Was wird aus der Entspannung?

Von Gerhard Kade

Die KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid gibt vor dem Hintergrund des Präsidentenwechsels in den USA, aber auch der Nachwahldiskussion in der Bundesrepublik über ostpolitische Gemeinsamkeiten zwischen SPD, FDP und CDU/CSU besonderen Anlaß zu prüfen, inwieweit die Voraussetzungen für Entspannungspolitik sich geändert haben, ja worin diese Voraussetzungen überhaupt bestehen. Wir haben Professor Kade um eine Einschätzung gebeten, die insbesondere den Zusammenhang zwischen Rüstungs- und Entspannungsproblematik berücksichtigt. D. Red.

I

Will man die grundlegenden Ursachen für die enorme Komplizierung der internationalen Beziehungen und die gefährliche Zuspitzung der weltpolitischen Lage, für den Übergang der führenden Kräfte der NATO, vor allem der USA zum Konfrontationskurs finden, so ist eine Analyse der hauptsächlichen Entwicklungsprozesse in der Welt eine wesentliche Voraussetzung.

An der Schwelle der 80er Jahre sind viele Analysen über die Entwicklungstendenzen, gleichzeitig aber auch über die Strategien, die zur Bewältigung der auftretenden Probleme erforderlich sind, vorgelegt worden. Interessant ist dabei, daß im gleichen Zusammenhang Bilanz gezogen wurde über die Ergebnisse der Strategie der 70er Jahre. Führende politische Kräfte der kapitalistischen Länder und nicht nur jene, die der Entspannungspolitik von vornherein skeptisch gegenüberstanden, ermittelten eine negative Bilanz der Entspannungspolitik für den Westen. Ein solches Fazit ergibt sich für diejenigen politischen Kräfte, für die Entspannungspolitik von Anfang an nur als „Fortsetzung des kalten Krieges mit anderen Mitteln" galt, aus folgenden Entwicklungen, die sich gegen Ende der 70er Jahre deutlich abzeichneten: Der Entspannungsgedanke hat eine tiefe Massenbasis in ganz Europa errungen, weil er den Lebensinteressen der Völker entspricht, den Menschen zum Vorteil gereicht, den Frieden sicherer macht.

Der erfolgreichen Entwicklung der sozialistischen Staaten kam der Entspannungsprozeß zugute, weil sie günstige äußere Bedingungen braucht. Es erwies und erweist sich gleichzeitig, daß Entspannung für spektakuläre Aktionen gegen den Sozialismus, Aktionen, wie sie die Urheber der amerikanischen Menschenrechtskampagne zu einer Destabilisierung des Sozialismus bezweckten, nicht taugt.

Den Westmächten ist es nicht gelungen, unter dem Deckmantel der Entspannungspolitik eine neokolonialistische Weltwirtschaftsordnung zu etablieren oder den sozialistischen Entwicklungsweg in den Ländern der Dritten Welt zumindest soweit zu diffamieren, daß die Interessen der kapitalistischen Länder hinreichend abzusichern waren.

Und nicht zuletzt: Das antisowjetische Dauerspektakel, im Zusammenhang mit den Ereignissen in Afghanistan gesteigert bis zur Kriegspsychose, vermochte logischerweise nicht die Vertiefung der Krisenprozesse im Kapitalismus zu kaschieren. Im Gegenteil – der maßlose Rüstungskurs vertiefte die wirtschaftlichen und sozialen Probleme und schuf neue. Das trifft besonders auf die Führungsmacht des Westens, auf die USA, zu.

Die Energiekrise wurde nicht beseitigt. Die Inflation schlägt alte Rekorde. Die Arbeitslosigkeit hat die 8 Millionen-Grenze längst überschritten. Die USA-Administration sieht sich nicht nur einer veränderten Welt gegenüber, sondern einer ausgesprochenen „Identitätskrise" auch im Innern des Landes. Das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten" versteht die Welt am Ende der 70er, zu Anfang der 80er Jahre nicht mehr. Der Konfrontationskurs ist der – allerdings untauglichste – Versuch, mit den vielfältigen systemimmanenten Schwierigkeiten fertig zu werden. Die Wochenzeitung „Vorwärts" schrieb: „Es geht um den verzweifelten Versuch der USA, ihre traditionelle Dominanzposition sowohl gegenüber der Sowjetunion wie gegenüber den Bündnispartnern zurückzuerobern."[1]) Der Konfrontationskurs stellt den hoffnungsvollen, aber für den Frieden gefahrvollen Versuch dar, mit einer veränderten Strategie weltpolitisch in die Offensive zu kommen. US-Präsident Carter umriß diese Strategie am 12. Dezember 1979 mit den Worten: „Auf der Basis der Stärke können wir mit dem Warschauer Pakt verhandeln . . ."[2]) Also neue Runde des Wettrüstens, die an diesem Tage mit dem Brüsseler NATO-Raketenbeschluß eingeleitet wurde, Zerstörung des militärischen Gleichgewichts und militärische Überlegenheit, Politik der Stärke, der Drohung und Erpressung.

Die gefährliche Spekulation, die diesem Kurs zugrundeliegt, beruht auf Prophezeiungen von Wissenschaftlern, Geheimdienstzentralen und anderen Experten, die in der „Ost-West-Studie" der NATO eine negative Entwicklungsperspektive des Sozialismus, eine „Erosion" des Sozialismus voraussagen. Die aggressivsten Kräfte im Westen ziehen daraus den Schluß, daß durch stärkeren Druck auf den Sozialismus die gewünschte negative Entwicklungsphase noch rascher herbeigeführt werden könne. All dies erinnert in makabrer Weise an jene faschistische Propaganda vom „Koloß auf tönernen Füßen", dem man nur einen Stoß zu versetzen brauche, damit das ganze System zusammenbreche. Alle historischen Tatsachen sprechen jedoch dagegen, daß es auf irgendeine Weise möglich wäre, die europäischen sozialistischen Länder zu liquidieren oder mit Erfolg auszuhöhlen. Wieviele solcher Pläne sind allein schon an der Stabilität der DDR gescheitert – und sie werden übrigens auch in Polen scheitern.

Es entspringt einem – im wahrsten Sinne des Wortes – abenteuerlichen Wunschdenken, wenn die USA eine Strategie zur Verschärfung der Konfrontation ansteuern. Dazu leiteten sie bereits in den 70er Jahren konkrete Maßnahmen ein. Zu ihnen gehören:

1) „Vorwärts" v. 8. 5. 1980.
2) „ICA-Bulletin" v. 13. 12. 1979.

– Die zielstrebige Ausnutzung der vorhandenen technologischen Möglichkeiten zur Entwicklung qualitativ neuer Waffenarten. Das betrifft die Neutronenwaffe, die MX-Rakete, die „Cruise Missiles" u. a. Bereits während der laufenden SALT II-Verhandlungen wurden somit Entwicklungen eingeleitet, mit denen die Ergebnisse von SALT II faktisch unterlaufen werden konnten.
– Die seit 1976 betriebenen Pläne zur Aufstellung einer mobilen Eingreiftruppe der USA deuten darauf hin, daß die USA sich nicht mehr, wie in den 70er Jahren, mit „Hilfssheriffs" in den für sie interessanten Regionen der Dritten Welt begnügen wollen, sondern die Funktion des „Weltgendarmen" aktiv und voll ausüben möchten. Das Zusammenbrechen des Schah-Regimes im Iran wurde zum entscheidenden Anlaß für die Forcierung dieser Pläne.
– Die Ausnutzung der tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen China und der Sowjetunion wurde für die USA zu einem wichtigen Hebel für den Versuch einer Umkehrung der Tendenzen bei der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses. Systematisch wurden die Weichen für das Vorgehen in der Frage so gestellt, daß die Beziehungen der USA sowohl zu China als auch zur UdSSR stets besser sein sollten als die Beziehungen zwischen der UdSSR und China. Gleichzeitig wurden die Beziehungen zu China in der Weise entwickelt, daß bei einer Orientierung auf eine schärfere Konfrontation der USA gegenüber der UdSSR China auf die Seite der USA gezogen werden konnte.
– Die USA forcieren seit Jahren ihre Bestrebungen, die Bewegung der nichtpaktgebundenen Staaten von den sozialistischen Ländern zu trennen bzw. innerhalb dieser Bewegung eine Spaltung zu erreichen.

Alle diese Tatsachen verdeutlichten Ende der 70er Jahre, welche Barrieren die aggressivsten Kräfte im Westen der Politik der Entspannung entgegensetzten. Immer klarer zeigte sich, daß die Entspannungspolitik zu ihrer Festigung und Vertiefung einer Ergänzung durch Entspannungsmaßnahmen auf militärischem Gebiet bedurfte. Der 1977 von Carter unterbreitete Verhandlungsvorschlag für SALT II, der die vorher getroffenen Vereinbarungen von Wladiwostok ignorierte, bedeutete ein Gegenkonzept zu diesem grundlegenden Erfordernis. Die USA steuerten darauf hin, sich einseitige militärische Vorteile gegenüber der Sowjetunion zu sichern. Das spätere Eingehen auf eine Verhandlungsposition, die dann zu der Unterzeichnung von SALT II führte, hielt die USA, die den Vertrag bis heute nicht ratifizierten, zu keiner Zeit davon ab, Maßnahmen zu treffen, die geeignet waren, die SALT II-Ergebnisse zu entwerten und zu unterlaufen. Für den Übergang zu den 80er Jahren ergab sich daraus die Frage, ob es gelingen könne, die Torpedierung der Entspannung zu vereiteln, die durch die militärischen Maßnahmen der USA sichtlich eingeleitet worden war. Vieles mußte dabei von der Haltung der westeuropäischen Länder, Japans und wichtiger Länder der Dritten Welt abhängen.

Heute ist unübersehbar, daß verschiedene westeuropäische Regierungen überrascht und unzufrieden über die rasche Eskalation der Verschlechterung der Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion sind. Was die

Einschätzung der Politik der Sowjetunion betrifft, so liegt eine Ursache dieser Überraschung darin, daß die Ernsthaftigkeit der Reaktion der Sowjetunion auf den NATO-Ratsbeschluß über die Stationierung weitreichender Mittelstreckenwaffen in Westeuropa unterschätzt wurde. Manchem Politiker in Westeuropa kam spät – aber bis jetzt noch nicht zu spät – die Einsicht, daß mit der Desavouierung des Angebots Leonid Breschnews vom 6. Oktober 1979 eine Grenze beim Ausreizen der militärischen Karte überschritten worden war. Manchem ist auch bewußt geworden, daß eine Erweiterung der Funktionen der NATO sich gegen die nationalen Interessen nicht nur der sozialistischen und der Entwicklungsländer, sondern auch ihrer eigenen Länder richtet. Überdies zeigt die Haltung der Sowjetunion sowohl in der Palästinenser-Frage als auch zu den Ereignissen in der Golf-Region immer deutlicher, daß nicht von ihr Spannungen und Zuspitzungen ausgehen. Die Entwicklung der letzten Jahre hat offenbart, daß die Interessen der USA-Administration und die Westeuropas nicht identisch sind. Wenn die herrschenden Kreise der USA heute erkennen lassen, daß sie – ginge es allein nach ihnen – die internationale Entwicklung auf die Bahnen eines neuen Kalten Krieges abgleiten lassen möchten, so ist es an der Zeit, die Interessen Europas unüberhörbar und gemeinsam zur Geltung zu bringen.

Bekanntlich ist der Handel der westeuropäischen Länder mit Osteuropa ungleich größer als derjenige der USA. Einflußreiche westeuropäische Politiker haben darum wiederholt betont, wie wichtig die Entwicklung dieser Beziehungen für die Sicherung von Arbeitsplätzen in ihren Ländern bereits heute ist. Gerade die langfristige Planung in den sozialistischen Ländern bietet westlichen Partnern – wenn sie sich richtig darauf einstellen – geschäftlich gute Zukunftschancen.

Gewiß sind die Handelsinteressen Europas anders geartet als die der USA. Zugleich aber zeugen zum Beispiel auch die Äußerungen der führenden Getreideexporteure der USA davon, daß ihnen die Carter-Administration mit ihrem Getreideboykott gegenüber der UdSSR einen Bärendienst erwiesen hat. Das Ausfuhrverbot trifft ausschließlich die amerikanischen Farmer, während die Sowjetunion sich zuverlässigere Partner im West-Ost-Handel gesucht hat.

Aufschlußreich ist ein Artikel in „Die Zeit" vom 16. November 1979, in dem Carl Friedrich v. Weizsäcker zu dem Schluß kommt, daß der Hauptgrund für die Zurückhaltung verschiedener westeuropäischer Parlamente gegenüber den Versuchen der USA, die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa durchzusetzen, die Besorgnis sei, „durch diese Waffen eher bedroht als beschützt zu werden". Und diese Besorgnis wächst – nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland. Ist doch die NATO-Führungsmacht USA dabei, ein hinterhältiges Spiel nicht nur gegenüber den verbündeten Regierungen in Westeuropa zu treiben, sondern vor allem gegen die elementarsten Lebensinteressen der Völker unseres Kontinents. Die Erklärungen von hohen US-Militärs über den „europäischen Kriegsschauplatz" und über die Möglichkeiten eines „regionalen Krieges", eines „mit taktischen Nuklearwaffen

geführten begrenzten Krieges" in Europa gehen davon aus, daß die Westeuropäer die Errichtung wahrer Gebirge von Massenvernichtungswaffen in ihren Ländern zulassen. Im Ernstfall, so das Kalkül der Strategen des Pentagon, werden sich die USA rechtzeitig aus Europa „abkoppeln".

Wäre es nicht längst – und nach den Bundestagswahlen erst recht – angebracht, daß die Bundesregierung ihre Vorreiterrolle bei der Installierung der neuen amerikanischen Raketen in Europa aufgibt? An dieser Stelle sei auch nochmals daran erinnert, daß die Delegierten des sogenannten Raketenparteitags der SPD größtenteils ihre ablehnende Haltung gegenüber den neuen Waffen nur deshalb aufgaben, weil ihnen eröffnet worden war, damit der Ratifizierung von SALT II zu dienen. Wodurch dann die Wege zu solchen Verhandlungen frei würden, die eine Nichtstationierung der neuen US-Raketen zur Folge hätten.

II

Vor allem muß auch klar sein, daß Entspannung und das Recht der Völker auf freie Wahl ihrer gesellschaftlichen Ordnung sich bedingen und Entspannungspolitik nicht als Hebel benutzt werden kann, die Völker zu bevormunden. Ebenso kann Entspannung nicht gedeihen, wenn mit Methoden der ideologischen Diversion und der Manipulation versucht wird, Völker und Staaten von ihrem gewählten Entwicklungsweg abzubringen anstatt die Beziehungen auf die Basis gegenseitigen Vertrauens zu gründen.

Fortführung der Entspannungspolitik – das kann auch nicht auf Kosten eines Unterzeichnerstaates der KSZE-Schlußakte zugunsten des anderen gehen. In dem Interview, das Erich Honecker am 4. Juli 1980 dem Verleger des Pergamon Press und Herausgeber der Reihe „Leaders of the world", Robert Maxwell, gab, wurde auch das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der DDR angesprochen. Honecker betonte dabei erneut den Standpunkt der DDR, daß der Verbesserung der Beziehungen schwerwiegende Hindernisse im Wege stehen. „Das gilt vor allem für die Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR. Wir haben" – so Honecker – „inzwischen Konsularverträge mit 32 Staaten, darunter mit Großbritannien, Frankreich, den USA, Österreich, Finnland, Zypern, Mexiko und Indien. Mit der Bundesrepublik Deutschland sind wir noch nicht so weit, weil sie an völkerrechtswidrigen Konzeptionen festhält. Dadurch ist es unmöglich, auf solchen Gebieten wie der Rechtshilfe und auch des Reiseverkehrs voranzukommen." Zugleich verwies er auf die Tatsache, daß in der Bundesrepublik, „unterstützt durch finanzielle Zuwendungen aus dem Staatshaushalt, nach wie vor sogenannte Landsmannschaften ihr Unwesen treiben. Sie machen maßgebliche Heimatrechte in der DDR, der Volksrepublik Polen, der CSSR geltend und verkünden offen Revanchehetze."[3])

3) Erich Honecker, Aus meinem Leben, Reihe „Leaders of the world", Pergamon Press Ltd., Oxford 1980.

Wenn es um diese und andere Fragen im Verhältnis der beiden deutschen Staaten geht (Einhaltung des Transitabkommens, Abschaffung der „Zentralen Erfassungsstelle" Salzgitter u. a.), spricht die Bundesregierung geflissentlich nicht von der Notwendigkeit der Einhaltung der Schlußakte von Helsinki. Macht aber die DDR von ihren Rechten als souveräner Staat Gebrauch, wie jüngst im Fall der Festlegung der Mindestumtauschquote für Besucher aus der Bundesrepublik und aus Westberlin, so erhebt sich ein mächtiges Geschrei. Als hätten nicht die NATO-Beschlüsse vom vergangenen Dezember, sondern der Finanzminister der DDR – indem er sich für den Schutz seiner Währung einsetzte – der Entspannung einen Schlag versetzt. Sogar das sogenannte Europa-Parlament wird bemüht, obwohl dieses Gremium bekanntlich für die DDR nicht zuständig ist. So treibt die Alleinvertretungsanmaßung der BRD nach wie vor – auch international – ihre Blüten.

Der Erfolg der Helsinki-Konferenz wurde möglich, weil die Beteiligten von den politischen Realitäten im Nachkriegseuropa ausgingen. Die Bundesrepublik löste sich von der Hallstein-Doktrin, mit der sie sich international der Lächerlichkeit preiszugeben drohte. Das geschah jedoch – immer mit Rücksicht auf die Rechtskräfte – nicht mit der erforderlichen Gründlichkeit. Man ging lediglich von den Positionen ab, an die sich ohnehin kaum ein Land mehr hielt, denn die diplomatische Blockade der DDR war längst durchlöchert. Will man in Bonn bei dieser Nachtrabpolitik bleiben? Will man – mit Rücksicht auf die entspannungsfeindlichen Kräfte – weiter damit warten, zwischen den beiden deutschen Staaten normale staatsrechtliche Verhältnisse zu schaffen? Die Bürger der Bundesrepublik und die Bürger der DDR hätten sicher mancherlei Vorteile mehr, wenn das nicht auf die lange Bank geschoben würde und man begänne, neben der Klärung der rechtlichen Probleme jenes öffentliche Klima in der Bundesrepublik zu schaffen, das der vollen Unabhängigkeit der DDR und ihrer Staatsbürger von der Bundesrepublik Rechnung trägt. Solange die Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki, die mit dem Völkerrecht identisch sind, von Bonn im Umgang mit dem anderen deutschen Staat außer Kraft gesetzt beziehungsweise eingeschränkt sind, müssen Tränen „im Namen der Menschlichkeit" als pure Heuchelei gelten. Zur jetzt vielberufenen „Geschäftsgrundlage der Entspannung" gehört – wie man sieht – vor allem der Abbau aller Relikte des Kalten Krieges. Dann lassen sich auch viele offene Fragen im Geiste guter Nachbarschaft lösen. Der Marsch von F. J. Strauß auf den Kanzlerstuhl ist – zum Glück für die Bundesrepublik – gestoppt worden. Das Votum der Wähler für Frieden und Entspannung berechtigt und verpflichtet die Bundesregierung dazu, jetzt auch die gefährliche Denkungsart à la Strauß zu stoppen und die entspannungsfeindlichen Kräfte in der Bundesrepublik entschieden zurückzudrängen.

Das schließt ein, bei dem für den 11. November in Madrid angesetzten KSZE-Folgetreffen dafür zu sorgen, daß die Konfrontation nicht verschärft, sondern abgebaut wird. Und dieser Abbau muß endlich dort beginnen, wo der Schlüssel für den Fortgang des Entspannungsprozesses liegt: Mit dem Stopp

des Wettrüstens und konkreten Maßnahmen für den Abbau von Rüstungen und militärischer Macht, selbstverständlich bei gleicher Sicherheit für alle Beteiligten.

III

Das realitätsferne, auch unberechenbare Denken, das gegenwärtig in der Politik der USA vorherrscht und das seinen Ausdruck in der erneut angemaßten Rolle eines Weltgendarmen findet, birgt gefährliche Konsequenzen für die gesamte Menschheit in sich. Besteht doch der Kern dieses Vorherrschaftsstrebens in einer eindeutigen Favorisierung militärischer Gewalt in der Gestalt der Schaffung einer möglichst unverwundbaren nuklearen Erstschlagskapazität und damit in der spekulativen Hoffnung, den Krieg – also den thermonuklearen Krieg – wieder zum Mittel der Politik zu machen. Erwarten zu wollen, daß die Sowjetunion einer solchen Herausforderung nicht gewachsen wäre, daß man sie „zu Tode rüsten" könne, hieße erstens ihr ökonomisches und wissenschaftlich-technisches Potential maßlos zu unterschätzen und zweitens die geschichtlichen Erfahrungen völlig zu negieren. Wahr ist, daß die Sowjetunion nie den Vorreiter bei der Entwicklung neuer Waffen und Waffensysteme gespielt hat. Wahr ist aber ebenso, daß sie stets in der Lage war, jeder Herausforderung auch auf waffentechnischem Gebiet wirkungsvoll zu begegnen. Worum es jedoch der Sowjetunion und worum es jedem friedliebenden Menschen, ganz unabhängig von seiner Weltanschauung, geht, ist die Beendigung, die Einstellung des wahnwitzigen Wettrüstens. Der Kampf um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung ist zum Kardinalproblem der internationalen Politik geworden.

Unser Planet ist heute mit einem Vernichtungspotential unvorstellbaren Ausmaßes überzogen. Auf jeden Bewohner der Erde entfällt bereits jetzt ein Vernichtungspotential, das mehr als 15 t herkömmlichen Sprengstoffs entspricht. Doch jene Kräfte, die die Verantwortung dafür tragen, daß aus eindeutig machtpolitischen Gründen bereits Hunderttausende von Menschen in Japan den Strahlentod starben, entwickeln immer neue Waffensysteme mit noch größerer Zerstörungskraft und bereiten sie zum Ersteinsatz vor. Der militärische Mißbrauch des technischen Fortschritts gefährdet die Menschheit. Das Wettrüsten birgt die tödliche Gefahr einer nuklearen Weltkatastrophe in sich. Nicht nur Hunderte von Millionen Menschen würden dahingerafft, sondern auch künftige Generationen würden unter den verheerenden Folgen unvorstellbare Leiden auf sich nehmen müssen. Alles organische Leben wäre davon betroffen. Die Umwandlung der Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Revolution in bisher nicht gekannte Destruktivkräfte muß beendet werden. Das ist zum zentralen Problem der Entwicklung der Menschheit geworden.

Selbst wenn keine Regierung die Weltkatastrophe will oder vorsätzlich plant, so erhöht jeder Tag des weiteren ungehemmten Wettrüstens die Gefahr eines Kernwaffenkrieges. Es häufen sich die Gefahren, daß Fehlkalkulationen, Mißbrauch, technische Fehler oder auch Zufälle Entwicklungen in Gang

setzen, die nicht mehr unter Kontrolle gebracht werden können. Allein die „Pannen" des letzten Jahres in den Computern des US-amerikanischen Frühwarnsystems bestätigen dies. Und man darf nicht übersehen, daß diese Computer sozusagen als „Hauptnahrung" die Legende von der „sowjetischen militärischen Bedrohung" eingespeist bekommen. Ebenso beunruhigen die atomaren Unfälle – wie jüngst die Explosion in einem Raketensilo. Bereits 1977 verzeichnete das Jahrbuch des Stockholmer Internationalen Friedensinstituts (SIPRI) 37 Unfälle mit Nuklearwaffen in den USA. Sie spielten sich zum Teil in dicht besiedelten Gebieten ab. Aber es sind nicht nur diese Unfälle, deren Zahl in Wirklichkeit noch weitaus höher liegt, die für die US-Bürger lebensbedrohlich sind. Eine Arbeitsgruppe des Weißen Hauses hat 1979 einen Bericht veröffentlicht, wonach in den 50er Jahren 170 000 Bürger der US-Staaten Nevada, Utah und Arizona der radioaktiven Strahlung von Atombombenversuchen ausgesetzt waren. Angesichts des „möglichen Zusammenhangs" zwischen der Strahlung und aufgetretenen Krebserkrankungen empfahl die Kommission, „den Betroffenen Entschädigungen zu zahlen" [4]). Viele sind bereits an den Schäden verstorben. Zwischen 1946 und 1972 waren 300 000 Zivilisten und Armeeangehörige im Testgebiet eingesetzt. Die Zahl der Leukämiefälle in der betroffenen Bevölkerung und unter den Militärangehörigen ist auffällig hoch. Die Spätfolgen aus dieser Zeit sind noch nicht abzumessen. Auch diese Tatsachen unterstreichen, wie wichtig ein Verbot aller Kernwaffenversuche und schließlich das Verbot aller Kernwaffen ist.

Weitere Probleme ergeben sich daraus, daß heute bereits etwa dreißig Staaten die technisch-wissenschaftlichen Voraussetzungen für Entwicklung und Produktion von Kernwaffen besitzen und daß sich große Gefahren aus einer Weiterverbreitung von Kernwaffen ergeben. Deshalb ist es dringlich, dafür zu sorgen, daß keine Abweichungen vom internationalen Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen zugelassen werden und das Regime der Nichtweiterverbreitung gestärkt wird.

Das Wettrüsten und damit die materielle Vorbereitung eines die Erde überziehenden Kernwaffenkrieges widerspricht zutiefst dem Prozeß der politischen Entspannung und unterminiert seine Ergebnisse. Wiederholt haben führende Repräsentanten der sozialistischen Staaten und der weltweiten Friedensbewegung eindringlich darauf hingewiesen, daß sich politische Entspannung und forciertes Wettrüsten wie Feuer und Wasser verhalten, daß sie sich unmöglich auf Dauer parallel entwickeln können. In besonderem Maße gilt dies für den europäischen Kontinent. Es gehört wohl keine prophetische Gabe dazu, um vorauszusehen, daß die Realisierung des NATO-Beschlusses zur Produktion und zur Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa, vor allem auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland, die Lage auf unserem Kontinent grundlegend verschlechtern würde. Die damit verbundene Vergrößerung des nuklearen Vernichtungs-

4) Gert Greune: „Der militärische Strahlenterror", in: „Deutsche Volkszeitung" v. 31. 7. 1980.

potentials in qualitativ neuen Dimensionen müßte sich zwangsläufig außerordentlich negativ auf das politische Klima und die Lebensinteressen der Völker auswirken und zu einem Punkt führen, an dem die Grundlagen des Entspannungsprozesses zerstört zu werden drohen.

Ein weiterer Gesichtspunkt besteht darin, daß Kriegsvorbereitung zum größten Hemmnis für den gesellschaftlichen Fortschritt geworden ist. Das Wettrüsten ist auf eine Schwächung all der Kräfte angelegt, die an Frieden, Abrüstung und Entspannung konsequent interessiert sind.

Mit dem Wettrüsten wird der Versuch unternommen, die Positionen der sozialistischen Staaten im friedlichen ökonomischen und sozialen Wettbewerb zu schwächen, sie zu zwingen, an ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik Abstriche vorzunehmen, sie „zu Tode zu rüsten", wie Entspannungsfeinde sagen, sie zu erpressen.

Das vielfältige Instrumentarium imperialistischer Drohpolitik und neokolinialistischer Einmischung soll gegenüber den nationalen Befreiungsbewegungen durch eine verstärkte Fähigkeit und Bereitschaft zur militärischen Intervention erweitert werden.

Für die arbeitenden Menschen in den kapitalistischen Ländern bringt die gesteigerte materielle Kriegsvorbereitung eine ernsthafte Gefährdung ihrer sozialen Errungenschaften mit sich. Dieser Prozeß geht einher mit einer Erweiterung des militärischen Unterdrückungsapparates nach innen.

Und schließlich sind die durch das Wettrüsten weltweit hervorgerufenen schwerwiegenden ökonomischen Belastungen nicht mehr zu übersehen. Wie aus einem Bericht des Generalsekretärs der Organisation der Vereinten Nationen hervorgeht, wurde nach dem Zweiten Weltkrieg die kaum vorstellbare Summe von 6 Billionen US-Dollar für militärische Zwecke ausgegeben. Dahinter verbergen sich kolossale Beanspruchungen von Produktions- und Finanzressourcen, kaum beschreibbare ökonomische Belastungen.

Folge des Wettrüstens ist die drastische Beschränkung der Möglichkeiten zur umfassenden Lösung der globalen Menschheitsprobleme. Das betrifft die langfristige Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung ebenso wie die Lösung des Ernährungs- und Wohnungsproblems für eine rasch anwachsende Weltbevölkerung, die Ausrottung von Krankheiten und vieles andere mehr. Das von der NATO forcierte Wettrüsten minimiert die Mittel, die für die Lösung der ökologischen Probleme erforderlich sind. Mehr noch – die Anhäufung immer perfekterer Massenvernichtungsmittel stellt die größte Gefahr für die menschliche Umwelt dar. Wer es mit Umweltschutz wirklich ernst meint, der muß mit der Beendigung des Wettrüstens beginnen.

So ergibt sich aus der Tatsache, daß das Wettrüsten globale Ausmaße erreicht hat, der zwingende Schluß, daß ein erfolgreicher Kampf gegen das Wettrüsten als zentrale Frage der Stabilisierung des Entspannungsprozesses globalen, umfassenden Charakter annehmen muß.

IV

Im Übergang zu den 80er Jahren steht die Menschheit vor Herausforderungen von historischem Gewicht. Die Grundfrage, die sich immer drängender stellt, lautet:

Was ist zu tun, um die Zivilisation, um die Menschheit vor der Vernichtung zu bewahren?

Es wäre töricht, zu verkennen, wie stark jene Kräfte sind, die die Entspannung unter der Last des Wettrüstens ersticken möchten. Zugleich ist aber unübersehbar, daß Voraussetzungen, Bedingungen und Möglichkeiten vorhanden sind, die Entspannung als vorherrschende Tendenz der Weltpolitik zu erhalten und Fortschritte auf dem Weg der militärischen Entspannung und der Abrüstung zu erzielen.

Die sozialistischen Staaten haben – zuletzt in Gestalt der Deklaration von Warschau*) – erneut umfassende Abrüstungsvorschläge unterbreitet. Sie haben eine verantwortungsvolle, dynamische und initiativreiche Politik entwickelt, mit der sie auch jeden entspannungsfördernden Ansatz in den Positionen anderer Staaten aufgreifen. Die friedensfördernden Wirkungen vor allem des Sozialismus haben unserem Kontinent die längste Friedensperiode dieses Jahrhunderts gebracht.

Obwohl mit der Nichtratifizierung von SALT II und dem NATO-Beschluß über die Stationierung von neuen und zusätzlichen „Pershing"-Raketen sowie von „Cruise Missiles" die Verhandlungsgrundlagen über Probleme der Mittelstreckenraketen in Europa untergraben worden sind, hat sich die Sowjetunion bereit erklärt, Verhandlungen mit den USA darüber aufzunehmen, und zwar in organischer Verbindung mit den sogenannten vorgeschobenen amerikanischen Kernwaffen (forward based systems) und mit der Maßgabe, daß Ergebnisse in Kraft treten können, sobald die USA SALT II ratifiziert haben. So könnten trotz der aufgetürmten Schwierigkeiten ohne Zeitverlust Vereinbarungen im Interesse des europäischen Friedens gefunden werden. In Briefen an Präsident Carter, an Präsident Giscard d'Estaing, an Bundeskanzler Schmidt und die Repräsentanten der anderen NATO-Länder hat Leonid Breschnew Ende August diese Verhandlungsbereitschaft der Sowjetunion ausdrücklich bestätigt.

In der Bewegung der nichtpaktgebundenen Staaten setzt sich ein tiefes Verständnis für die Dringlichkeit konkreter Abrüstungsschritte durch. Eine wachsende Zahl nichtstaatlicher Organisationen und immer breitere Volkskräfte aller Länder stellen sich mit wichtigen Initiativen und Aktionen zur Abrüstung den Herausforderungen unserer Zeit. Was die Völker unseres Kontinents betrifft, so sind in ihnen vielfältige historische Erfahrungen wach, die den kalten und erst recht den heißen Krieg als historischen Anachronismus bewerten. Europa verfügt über eine starke Arbeiterklasse, die bei aller Differenziertheit ihrer realen Lage insgesamt über reiche Traditionen des Kampfes gegen Raub- und Eroberungskriege verfügt.

Eine große Verantwortung tragen die Staatsmänner in der westlichen Welt, nicht zuletzt in den westeuropäischen Staaten. Rüstungswahn oder Vernunft, Krieg oder Frieden – dieser unausweichlichen Entscheidung kann sich niemand entziehen. Es ist die Entscheidung zwischen Mißachtung oder Weiterführung des Helsinki-Kurses. Es ist die Entscheidung, ob die 80er Jahre wieder im Zeichen des Kalten Krieges stehen sollen und eine Politik der Vernunft und der Entspannung, eines guten Verhältnisses der europäischen Nachbarn fortgesetzt wird.

Es ist die Entscheidung, ob Boykott- und Embargo-Entscheidungen die hoffnungsvollen Erfahrungen der Zusammenarbeit zwischen Ost und West zerstören sollen oder diese Zusammenarbeit auf Fragen der Energiewirtschaft und des Verkehrswesens erweitert sowie die weitere Entwicklung der wissenschaftlich-technischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil zielstrebig gefördert wird.

Es ist die Entscheidung darüber, ob die Einberufung einer Konferenz für militärische Entspannung, wie sie die Warschauer Vertragsstaaten sowie Frankreich, Finnland und andere Staaten vorgeschlagen haben, zustande kommt und mit einem guten Ergebnis für die Menschen, für Europa und nicht nur für unseren Kontinent durchgeführt wird.

Jetzt ist das Zusammenwirken aller Antikriegskräfte, aller antifaschistischen Kräfte, aller Friedenskräfte, aller Menschen guten Willens für diese Ziele erforderlich. Der Lüge von der „Bedrohung aus dem Osten" muß entgegengetreten werden, damit das Wettrüsten gestoppt wird. Westeuropa als Hauptkriegsschauplatz eines Raketenkonflikts? Auf diesem Platz wäre wohl nicht mehr zu „schauen" als der Welt bisher größtes Massengrab. Nach dem Zweiten Weltkrieg konnten unsere Länder immerhin wieder bewohnbar gemacht werden. Nach einem dritten wären sie nicht mehr auffindbar. Darum darf es keine Abkehr vom Helsinki-Kurs geben und keine neuen Rüstungen. Die Menschheitsinteressen verlangen die Fortsetzung der Entspannung.

Der Großmachtkurs und seine Kosten

Soziale Folgen der Bonner Außen- und Militärpolitik

Von Jörg Huffschmid

1. Internationale Expansion mit Waffengewalt – Strategie für die 80er Jahre?

Die Aussichten für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den 80er Jahren sind einigermaßen düster. Hierauf haben nicht erst die jüngste drastische Korrektur der Wachstumserwartungen für 1981 durch das Bundeswirtschaftsministerium sowie die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in ihrem jüngsten Herbstgutachten aufmerksam gemacht[1]). Schon im Jahre 1980 liegen die Arbeitslosenzahlen in den westlichen Industrieländern so hoch wie seit Mitte der 50er Jahre nicht mehr, höher also als in der letzten großen Wirtschaftkrise 1974/75[2]). Eine neue Rezession hat in den meisten dieser Länder bereits in diesem Jahr begonnen und wird im nächsten Jahr mit Sicherheit einen neuen Rekord der Arbeitslosigkeit bringen[3]). Der Bundesrepublik prognostizieren verschiedene Institute für die 80er Jahre zwischen 1,5 und 3 Mio. Arbeitslose, der DGB hält sogar eine Zahl von 3,5 – 4 Mio. für möglich[4]).

Angesichts dieser Perspektiven müßte eine aktive Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik höchste Priorität für staatliches Handeln haben. Es gibt genügend Möglichkeiten, durch großzügig dimensionierte Ausgabenprogramme – verbunden mit beschäftigungspolitischen Auflagen für die begünstigten Unternehmen – die kaufkräftige Nachfrage zu steigern, die Produktion und Beschäftigung anzukurbeln und darüberhinaus die Versorgung der Bevölkerung in wichtigen gesellschaftlichen Mangelbereichen zu verbessern[5]). Auch kräftige Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohn- und Gehaltsausgleich können in die gleiche Richtung wirken[6]).

1) Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) v. 21. 10. 1980, S. 13 und „Süddeutsche Zeitung" (SZ) v. 28. 10. 1980, S. 1.

2) Vgl. „DIW-Wochenbericht", 39/1980, S. 415. Mit 6,6 Mio. oder 6,1 % erreichte die Arbeitslosigkeit in der EG im Juli 1980 ihren Höchststand seit Gründung der Gemeinschaft im Jahre 1957, vgl. „Handelsblatt" v. 27. 8. 1980, S. 8.

3) „DIW-Wochenbericht", 39/1980, S. 418.

4) So rechnet das Schweizer Institut Prognos AG mit einem Anstieg der (registrierten) Arbeitslosen bis 1985 auf 1,65 Millionen, die bis 1990 nur auf 1,2 Mio. zurückgehen würden. Die Berechnungen des Münchner IFO-Instituts – die ebenso wie die der Prognos AG bislang der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht worden sind – enthalten noch höhere Zahlen. Vgl. „Wirtschaftswoche", Nr. 21 v. 23. 5. 1980, S. 20, und SZ v. 22. 5. 1980, S. 22; Karlheinz Marth aus der Abteilung Wirtschaftspolitik beim Bundesvorstand des DGB rechnet für 1990 sogar mit 4 Mio. Arbeitslosen. Vgl. Karlheinz Marth, Technologische Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die Beschäftigung, in: „WSI-Mitteilungen", 8/1980, S. 434.

5) Vgl. „DIW-Wochenbericht", 36–37/1980, S. 392 ff.; Arbeitsgruppe alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 1980 – Gegen konservative Formierung – Alternativen der Wirtschaftspolitik, Köln 1980, S. 37 ff.

6) Insbesondere die Verkürzung der Arbeitszeit wurde vom DGB ins Zentrum seiner beschäftigungspolitischen Konferenz am 22. und 23. 10. 1980 in Düsseldorf gestellt. Vgl. SZ v. 23. 10. 1980, S. 27.

Dieser Weg zur Milderung der sozialökonomischen Probleme, die in den nächsten Jahren in der BRD anstehen, wird von der Bundesregierung jedoch nicht gegangen. Statt Ankurbelung der Nachfrage durch vermehrte Staatsausgaben wird ein Kurs der „Konsolidierung" eingeschlagen und eine rigorose Sparpolitik verkündet: Die Zuwächse der öffentlichen Haushalte sollen gegenüber früheren Ansätzen der mittelfristigen Finanzplanung radikal gekürzt werden[7]); die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst sollen erstens um drei Monate verspätet erhöht werden; zweitens soll sich ihre Steigerung strikt im Rahmen der Produktivitätsentwicklung halten, also nicht einmal mehr einen Inflationsausgleich enthalten – was die reale Nachfrage der abhängig Beschäftigten weiter senken wird[8]).

Je mehr aber auf der einen Seite der Binnenmarkt durch Spar- und Beschäftigungspolitik „konsolidiert", sprich eingeengt wird, um so dringlicher ist es andererseits, die für den Bestand und die Entwicklung der privaten Unternehmen – insbesondere der marktbeherrschenden Konzerne – lebenswichtigen Expansionsmöglichkeiten im Ausland zu schaffen und zu erweitern und so die Rentabilität der maßgeblichen Unternehmen und Unternehmensgruppen zu gewährleisten. Zu diesem Zwecke werden drei Strategien eingeschlagen:

1. Die fast bedingungslose Förderung aller Forschungs-, Modernisierungs- und Rationalisierungsstrategien, die sich unter dem Titel „Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit" verkaufen lassen[8a]).

2. Die Schaffung von günstigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für das Eindringen westdeutscher Unternehmen im Ausland; dies geschieht in der Regel in Verbindung mit der – bilateral oder multilateral gewährten – Vergabe von Krediten oder anderen Formen von Entwicklungshilfe.

3. Die Integration der Bundesrepublik in ein Konzept der außenpolitischen Globalstrategie, das die Erhaltung traditioneller und Schaffung neuer Verwertungsgebiete für kapitalistische Länder bzw. Unternehmen mit Hilfe militärischer Gewalt, durch direkte Intervention oder durch massive Militärhilfe an prokapitalistische Regierungen in den Ländern der Dritten Welt zu erreichen versucht. Diese in den letzten Jahren von den USA mit gesteigerter Intensität verfolgte Strategie eines neuen „Roll back" zielt auf die gewaltsame Revision der Veränderungen in den internationalen Kräftekonstellationen, die sich insbesondere in den 70er Jahren im Gefolge des Entspannungsprozesses allmählich durchgesetzt haben. Eine Voraussetzung für eine derartige Revision ist die Rückgewinnung der militärischen Überlegenheit der USA gegenüber der Sowjetunion und den Ländern des Sozialismus, die als schützende und unterstützende Kräfte für die fortschrittlichen Bewegungen in den Ländern der Dritten Welt auftreten. Der Rückgewinnung der militäri-

7) Vgl. SZ v. 25./26. 10. 1980 S. 1/2.
8) Vgl. ebd.
8a) Vgl. Peter Kalmbach, Technologiepolitik als Strukturpolitik, in: Diethard D. Simmert (Hrsg.) Wirtschaftspolitik – kontrovers, Bonn 1979, S. 466–483.

schen Überlegenheit gegenüber den sozialistischen Ländern dienen die neuen Nuklear-Maßnahmen der USA, insbesondere der „Nachrüstungs"-Beschluß vom Dezember 1979 und die Direktive 59, durch die die Sowjetunion von Europa aus durch Atomraketen erreichbar gemacht und ein „begrenzter Atomkrieg" in Europa denkbar und führbar gemacht werden sollen[9]).

Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren – insbesondere durch die Unterstützung des langfristigen NATO-Rüstungsprogrammes vom Mai 1978, durch die Durchsetzung des „Nachrüstungs"-Beschlusses vom Dezember 1979 und durch die Erhöhung von Rüstungsausgaben und Militärhilfe an die Türkei im Nachtragshaushalt vom Juni 1980 – zu erkennen gegeben, daß sie gewillt ist, den Kurs der expansiven Großmachtpolitik energischer als bisher zu verfolgen und zu diesem Zweck die globale Überlegenheits- und Interventionsstrategie der USA – zumindest als Schwerpunkt ihrer Außenpolitik zu unterstützen. Daß sie darüberhinaus noch andere, weniger mit globalen amerikanischen als mit spezifisch westdeutschen – und französischen – Positionen verbundene Interessen – vor allem die an der Aufrechterhaltung und Erweiterung des Osthandels – behaupten und weiterverfolgen muß, macht die Situation komplizierter für die Bundesregierung, vermag aber gegenwärtig die Ausrichtung an der amerikanischen Außenpolitik kaum zu beeinträchtigen.

Das Standbein einer solchen Expansionsstrategie ist das militärische Droh- und Interventionspotential. Die vermehrte und beschleunigte Beschaffung militärischen Materials, die forcierte Aufrüstung – auf strategischem wie konventionellem Gebiet – erhält also höchste Priorität für das staatliche Handeln. In Zeiten, in denen das Wirtschaftswachstum sich insgesamt verlangsamt und die ökonomischen Entwicklungsprobleme aus einer Vielzahl von Gründen ohnehin größer werden, bedeutet verstärkte Aufrüstung zunehmenden Druck in Richtung auf eine Umstrukturierung der gesamten Wirtschaft zugunsten der militärischen Bereiche und zu Lasten ziviler Beschäftigung und Versorgung. Diese Militarisierung der Wirtschaft bringt den großen Rüstungskonzernen natürlich große Extraprofite – andererseits bewirkt sie eine weitere Polarisierung und Deformierung des Reproduktionsprozesses; die Folge sind nicht allein sinkende Sozialausgaben und Verminderung des Lebensstandards, sondern Einschränkungen der produktiven Basis der Wirtschaft insgesamt. Die jüngsten drastischen Steigerungen der Rüstungsausgaben in den USA haben zu einer unmittelbaren Einschränkung der Versorgung für die sozial besonders bedürftigen Schichten geführt[11]). Die Militarisierung der Wirtschaft wird diese Krise nicht dämpfen, sondern vertiefen.

9) Vgl. Achim Maske, Einstimmung auf den atomaren Erstschlag? Carters „Direktive 59", in: „Blätter", 9/1980, S. 1031 ff.
10) Vgl. SZ v. 15./16. 3. 1980, S. 2.
11) Vgl. SZ v. 2. 6. 1980.

Diese Tatsachen und Zusammenhänge haben Regierungen und maßgebliche politische Kräfte mehrerer NATO-Länder veranlaßt, ihre Rüstungspolitik zu überdenken und verschiedene Revisionen, insbesondere hinsichtlich der Langzeitrüstungspläne und des „Nachrüstungs"-Beschlusses ins Auge zu fassen:

– Der dänische Ministerpräsident Jörgensen und die regierende sozialdemokratische Partei Dänemarks haben sich Anfang September 1980 dafür ausgesprochen, angesichts der großen sozialen und Haushaltsprobleme des Landes den Militärhaushalt einzufrieren[12]).

– Die belgische Regierung hat Mitte 1980 allgemeine Haushaltskürzungen verfügt und dabei auch das Militärbudget um 2,2% gesenkt, was wie die dänische Politik des Einfrierens im Widerspruch zum NATO-Aufrüstungsbeschluß steht. In diesem Zusammenhang wurde auch die belgische Beteiligung an NATO-Manövern in der BRD und der Türkei gestrichen, die im Oktober 1980 stattgefunden haben[13]).

– Die holländische Regierung, die sich schon 1979 dem „Nachrüstungs"-Beschluß widersetzt hatte, erklärte sich im Sommer außerstande, ihre Militärausgaben im Umfang der NATO-Verpflichtungen zu erhöhen. Darüberhinaus haben die beiden großen Parteien Hollands, die regierende christdemokratische Partei und die sozialdemokratische Partei der Arbeit die neue amerikanische Nuklearstrategie kritisiert und erklärt, die Direktive 59 erhöhe die Gefahr eines Atomkrieges in Europa[14]).

– Eine klare Option für eine einseitige atomare Abrüstung hat in England die Labour Party auf ihem Parteitag Anfang Oktober formuliert[15]).

In der Bundesrepublik sind es in den letzten Wochen und Monaten vor allem die Gewerkschaften gewesen, die auf verschiedenen Gewerkschaftstagen auf die Notwendigkeit der Beendigung des Kurses militärischer Konfrontation und der Fortsetzung der Entspannungspolitik hingewiesen haben. Dabei wurden auch die sozialökonomischen Probleme herausgestellt, die mit zunehmender Miltarisierung der Wirtschaft verbunden sind und Schritte zur Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion gefordert[16]).

Demgegenüber verfolgt die Bundesregierung seit Mitte der 70er Jahre trotz der unübersehbar gestiegenen sozialen Probleme die Politik verstärkter Aufrüstung. Ihre Erklärungen deuten darauf hin, daß sie diese Politik in den 80er Jahren eher noch zu verstärken als zu bremsen beabsichtigt. Die als wirtschaftspolitisch notwendig verkündete Sparpolitik soll den Bereich der

12) Vgl. FR v. 9. 9. 1980, S. 2 bzw. 5. 9. 1980, S. 2.
13) Vgl. „Antimilitarismus-Information", 8–9/1980, S. I 132.
14) Vgl. ebd. sowie FR v. 12. 8. 1980, S. 2.
15) Vgl. SZ v. 2. 10. 1980, S. 6.
16) Vgl. „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik", 10/1980, S. 13 f. (HBV), „Der Gewerkschafter", Sonderdruck 9a, S. 30 f., 43 f. (IGM), „Die Neue" v. 23. 10. 1980, S. 5 (IG Druck) sowie Witich Roßmann, Drei Gewerkschaftstage, in: „Blätter", 10/1980, S. 1165–1168 und den Wortlaut der IG-Metall-Rsolution „Entspannung und Abrüstung", ebd., S. 1271–1273.

Militärausgaben – jedenfalls was die zentralen Beschaffungsvorhaben angeht – nicht beeinträchtigen. Es zeigt sich dann allerdings, daß die Einsparungen in anderen – vor allem Sozial- und Infrastruktur-Bereichen im Gegenteil zur Finanzierung erhöhter Militärausgaben verwendet werden sollen. Nicht *Beschränkung* der Staatsausgaben schlechthin ist also das Ziel der „Konsolidierungsstrategie", sondern *Umschichtung* zugunsten des Militärbereichs und zu Lasten des Sozialbereichs.

Natürlich wird eine solche Strategie nicht offen propagiert. Bundesverteidigungsminister Apel erklärte vor der Kommandeurstagung der Bundeswehr am 6. April 1978 sogar: „Die Lösung dringender sozialer und wirtschaftlicher Probleme kann nicht zugunsten überproportional steigender Verteidigungsausgaben zurückgestellt werden"[17]). Gegenüber kritischen Nachfragen kann die Bundesregierung auf das relativ geringe Gewicht der Militärausgaben in der Gesamtwirtschaft verweisen; ihr Anteil am Bruttosozialprodukt liegt unter 5% und niedriger als in anderen Ländern, er nimmt zudem seit 1963 deutlich ab. Die Berufung auf solche Zahlen ist jedoch irreführend: Sie verdeckt den Prozeß der zunehmenden Hochrüstung und Militarisierung, der in der Bundesrepublik in den letzten Jahren stattgefunden hat und – wenn keine entscheidenden Änderungen durchgesetzt werden – die nächsten Jahre verstärkt kennzeichnen wird.

2. Die Entwicklung der Militärausgaben in den 70er Jahren

a) Haushaltsplan und NATO-Kriterien

Ein erheblicher – und während der letzten Jahre zunehmender – Teil der Militärausgaben wird nicht im Haushalt des Bundesverteidigungsministeriums (Einzelplan 14) ausgewiesen, sondern bei anderen Ressorts. Die sind insbesondere die Ausgaben[18]) für

– Militärruhegehälter (Einzelplan 33, Versorgung)

– Stationierungsstreitkräfte (Epl. 35, Verteidigungslasten)

– Verteidigungshilfe für ander Länder, deutscher Anteil NATO-Zivilhaushalt (Epl. 05, Auswärtiges Amt)

– Personalverstärkungsmittel, Devisenausgleich, EDIP[19]) (Epl. 60, allgemeine Finanzverwaltung)

– Wehrbeauftragter (Epl. 02, Bundestag)

– Bundesgrenzschutz (Epl. 06, Inneres)

Die Bundesregierung veröffentlicht die Militärausgaben „nach NATO-Kriterien", in denen diese Posten enthalten sind, regelmäßig, um zu demonstrie-

17) Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung („Bulletin"), Nr. 34. v. 14. 4. 1978, S. 329.
18) Vgl. Weißbuch 1973/1974, Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr, Bonn 1974, S. 218.
19) European Defense Improvement Programm: Im Dezember 1970 von 10 europäischen NATO-Staaten beschlossenes Programm zur Verstärkung der NATO-Verteidigung, vgl. Weißbuch 1971/72, Bonn 1972, S. 7.

ren, daß sie innerhalb der NATO ihren Bündnisverpflichtungen nachkommt und einen hohen Verteidigungsbeitrag leistet.

Der Ausweis nach NATO-Kriterien läßt das Bild der Militärausgaben hinsichtlich ihrer absoluten Höhe und ihrer zeitlichen Entwicklung schon weniger harmlos erscheinen als beim Bezug auf den Epl. 14: Sie lagen im Durchschnitt der 70er Jahre um 20% über denen des Einzelplanes 14. In den 60er Jahren hatte der Unterschied noch gut zehn Prozent (11,2%) betragen; er stieg in den 70er Jahren von 18,5% im Durchschnitt des ersten auf 21,3% im Durchschnitt des zweiten Jahrfünfts.

Von einer Abnahme des Gewichts der Militärausgaben nach NATO-Kriterien in der Gesamtwirtschaft kann keine Rede sein: Im Durchschnitt der 70er Jahre sind sie mit 8,1% mit fast gleicher Rate jährlich gewachsen wie das Bruttosozialprodukt (8,2% jeweils zu laufenden Preisen), so daß der Anteil der Militärausgaben 1979 mit 3,3% noch genauso so hoch liegt wie zu Beginn der 70er Jahre.

Im Zusammenhang mit der Darstellung der korrigierten Zahlen für die Militärausgaben klingen die Fetstellungen der Bundesregierung dann auch weniger zurückhaltend: „Die Bundesrepublik Deutschland trägt damit nach wie vor den zweithöchsten Anteil am Verteidigungsaufwand aller NATO-Staaten. Sie nimmt die zweite Position ein bei

– der absoluten Höhe der Verteidigungsausgaben,

– den Verteidigungsausgaben pro Kopf der Bevölkerung

– dem Anteil der Verteidigungsausgaben am Gesamthaushalt"[21]).

Daß auch mit diesen Korrekturen das tatsächliche Ausmaß der Militärausgaben immer noch nicht zutreffend wiedergegeben wird, hat Eberhard Dähne gezeigt, der in einer gründlichen und umfassenden Arbeit weitere Militär- oder militärisch relevante Ausgaben aus den Bundes-, Länder- und Gemeindehaushalten zusammengestellt hat. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die „Gesamtsumme der Rüstungs- und Militärausgaben sowie der Ausgaben aus dem Bundeshaushalt für die ‚Frontstadt' Westberlin" nach den Haushaltsansätzen für 1979 mit 73,9 Mrd. DM mehr als doppelt so hoch liegt wie der Betrag, der dem Verteidigungsministerium im Epl. 14 zugewiesen ist[22]).

---

20) Zu diesem Zweck zählt sie auch – erstmals 1969 (vgl. „NATO-Brief", 1/1970, S. 27) – die Subventionen für Westberlin bzw. die „Zahlungen, die sie leistet, um die Lebensbedingungen Berlins zu sichern, zu den Aufwendungen für ihre Sicherheitspolitik" (Weißbuch 1979, a.a.O., S. 265) und präsentiert sie der NATO als Verteidigungsausgaben. In den NATO-offiziellen Aufstellungen der Verteidigungsausgaben, die in der Regel in der jeweils ersten Nummer des „NATO-Brief" veröffentlicht werden, wird die Westberlinhilfe bei den Ländervergleichen allerdings nicht berücksichtigt. Lediglich eine Fußnote weist darauf hin, daß „die Bundesregierung jährlich wegen der außergewöhnlichen Lage Berlins und auf Grund der Notwendigkeit, die Lebensfähigkeit der Stadt im Interesse der Verteidigung der freien Welt aufrechtzuerhalten, große Summen für diese Stadt aufbringen" muß.

21) Weißbuch 1979, a.a.O., S. 272.

22) Eberhard Dähne, Was kosten Rüstung und Bonner Atomprogramm? Materialien zu den offenen und verdeckten Rüstungs- und Militärausgaben im Bundeshaushalt – Kosten des Bonner Atomprogramms, Frankfurt/M. 1980, S. 26–30.

b) Waffenbeschaffungen statt öffentlicher Investitionen

Der Anteil der Militärausgaben an den *öffentlichen Ausgaben* insgesamt und an den Bundesausgaben – die im Durchschnitt von 1970 bis 1979 um 10,1% (gesamt) bzw. 9,8% (Bund) gestiegen sind, hat allerdings abgenommen. Hierin kommt vor allem der gestiegene notwendige Aufwand für Sozialleistungen angesichts der seit Mitte der 70er Jahre anhaltenden Massenarbeitslosigkeit und der damit verbundenen Zunahme der Armut in der BRD zum Ausdruck. In der ersten Hälfte der 70er Jahre sind überdies im Zuge der Reformpolitik die öffentlichen Dienste vor allem bei den Ländern und Gemeinden erheblich ausgedehnt worden, was sich in der hohen Wachstumsrate der Personalausgaben aller öffentlichen Haushalte niederschlägt. Die Personalausgaben des Bundes und die militärischen Personalausgaben entwickeln sich demgegenüber in etwa parallel, nicht zuletzt deshalb, weil mehr als die Hälfte des gesamten Bundespersonals (45% der 115 413 Beamten[23]), 61,0% der 91 075 Angestellten und 88,4% der 98 103 Arbeiter des Bundes für 1979) als ziviles Personal im Militärapparat arbeitet[24]). Aufschlußreicher als diese Globalzahl ist jedoch die Entwicklung der militärischen Investitions- und Beschaffungsausgaben im Vergleich zu entsprechenden zivilen Ausgaben. Denn auch wenn die Investitionsausgaben des Militärs in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung – aus historischen Gründen – zu den staatlichen Verbrauchsausgaben gezählt werden, handelt es sich bei ihnen, ihrem ökonomischen Charakter nach, um die Beschaffung von dauerhaften Gütern (nämlich Kasernen, Truppenübungsplätzen, Waffensystemen usw.), die mit der Anschaffung sonstiger staatlicher Gebäude, Wagenparks oder Straßen (staatl. Investionen) eher vergleichbar sind als mit der Beschaffung von Büroklammern und Schreibmaschinen (staatlicher Verbrauch).

Die *investiven* Ausgaben de Einzelplans 14 umfassen neben der Beschaffung von Waffen und Munition den Bau von Anlagen (Kasernen, Truppenübungsplätze) und für Forschung und Entwicklung. Sie wuchsen in den 70er Jahren mit durchschnittlich 6,5% pro Jahr etwas schneller als die Sachinvestitionen aller öffentlichen Haushalte (6,0%) und erheblich schneller als die Sachinvestitionen des Bundeshaushaltes (4,9%). Die annähernde Übereinstimmung mit der Entwicklung aller öffentlichen Haushalte verdeckt allerdings eine erhebliche Verschiebung im Zeitverlauf: Von 1970 bis 1974 – in der Periode der Reformpolitik – wuchsen die Sachinvestitionen der öffentlichen Haushalte (ohne Verteidigungsinvestitionen) schneller, nämlich um jährlich 9,5% gegenüber 7,7%; von 1975 bis 1979 – in der Zeit der Krise und des Reformabbaus – dagegen erheblich langsamer (4,1% gegenüber 5,9%) als die Militärinvestitionen (vgl. Tabelle 1)

---

23) 25 458 Beamte im Bereich des Bundesverteidigungsministeriums plus 25 000 Polizeivollzugsbeamte im Bundesgrenzschutz (Innenministerium).

24) Vgl. Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1979, BT-Drucksache 8/2150, S. 56 ff., 63.

Tabelle 1
Investitionsausgaben der öffentlichen Haushalte insgesamt, des Bundeshaushaltes, militärische Investitionen, Anteil der militärischen Investitionen an den öffentlichen Investitionen (einschl. der militärischen), 1970 bis 1979, laufende Preise

Jahr	*1970*	*1971*	*1972*	*1973*	*1974*	*1975*	*1976*	*1977*	*1978*	*1979*
1. Investitionsausgaben										
a) des Bundes	*5,6*	*6,4*	*6,6*	*6,5*	*7,1*	*7,8*	*7,0*	*7,2*	*7,7*	*8,6*
b) aller öffentlichen Haushalte	*32,2*	*37,6*	*39,1*	*41,4*	*46,1*	*46,0*	*43,6*	*44,3*	*48,3*	*54,0*
c) militärische Investitionen	*6,7*	*6,6*	*7,3*	*8,3*	*9,0*	*9,4*	*9,9*	*10,2*	*11,0*	*11,8*
2. c) in % von (a + c)	*54,5*	*50,8*	*52,5*	*56,1*	*55,9*	*54,7*	*58,6*	*58,6*	*58,8*	*57,4*
3. c) in % von (b + c)	*17,2*	*14,9*	*15,7*	*16,7*	*16,3*	*17,0*	*18,4*	*18,8*	*18,6*	*17,9*

Quellen: Öffentliche Investitionen aller Haushalte und des Bundes. Gutachten 1979/80 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, S. 270; militärische Investitionen: Weißbuch 1979 zur Sicherheit der Bundesrepublik und zur Entwicklung der Bundeswehr, S. 267.

Die Verteidigungsinvestitionen des Epl. 14 machen 17,2 der gesamten öffentlichen Investitionen (einschl. der militärischen Investitionen) aus und stiegen von 16,2% im ersten auf 18,1% im zweiten Jahrfünft des vergangenen Jahrzehnts. Ähnlich die Gesamtinvestitionen des Bundes: Die Militärinvestitionen machen im Durchschnitt der 70er Jahre mit 55,8% über die Hälfte der Bundesinvestitionen aus; ihr Anteil steigt von 54,0% auf 57,6% in den beiden Fünfjahresperioden.

Angesichts der allseits erkannten und beklagten Engpässe und Belastungen beispielsweise bei der Energieversorgung und beim Umweltschutz nimmt nichtsdestoweniger die Beanspruchung der öffentlichen Investitionshaushalte durch Militärinvestitionen zu, die in direkter Konkurrenz zu diesen anderen öffentlichen Auf- und Ausgaben stehen. Von einem abnehmenden oder auch nur gleichbleibenden Gewicht der Militärausgaben bei der Erfüllung zunehmender staatlicher Aufgaben kann also – was den Bereich der Beschaffung dauerhafter Güter und Anlagen angeht – keine Rede sein; vielmehr steigt das Gewicht der militärischen auf Kosten und zu Lasten ziviler Bereiche. Der Kern der militärischen Investivausgaben besteht in den militärischen Beschaffungen, die im wesentlichen von den Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes geliefert werden. Die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate der Beschaffungen war mit 8,5% in den 70er Jahren deutlich höher als die der Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes (7,1%), wobei dieser Abstand sich in der zweiten Hälfte der 70er Jahre kräftig erhöhte (9,1% zu 5,9%). Es handelt sich hierbei zwar noch um relativ geringe Größenordnungen (1,5%); das sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Trend nach oben geht und das Gewicht militärischer Produktion in der Wirtschaft nicht ab- sondern zunimmt.

3. Die neue Beschaffungswelle der 80er Jahre

a) Langzeitprogramm und „zweite Waffengeneration"

Wenn nicht spürbare Einschränkungen der geplanten Rüstungsausgaben durch Abrüstungsmaßnahmen durchgesetzt werden, wird die absolute und relative Belastung der Volkswirtschaft und der öffentlichen Haushalte durch Rüstungsproduktion und Militärausgaben in den kommenden Jahren in noch erheblich schnellerem Tempo steigen. Unter dem Druck der USA[25]) haben die NATO-Mitgliedsstaaten im Mai 1978 ein „langfristiges Verteidigungsprogramm" beschlossen, dessen Kern ihre Selbstverpflichtung ist, die Militärausgaben in den 80er Jahren um mindestens 3% real jährlich zu erhöhen[26]). Die jahresdurchschnittliche reale Wachstumsrate der Militärausgaben in der BRD hat von 1970 bis 1979 bei 2,7% gelegen[27]). Sie soll in den nächsten Jahren also weiter steigen, obgleich es allgemein bekannt ist, daß das reale Wirtschaftswachstum in den 80er Jahren unter dem der 70er Jahre liegen wird.

Daß es sich bei diesem Rüstungsprogramm nicht um einen relativ unverbindlichen Beschluß handelt, dessen Einhaltung damit noch nicht gewährleistet oder auch nur ernsthaft in Angriff genommen wäre, geht aus der folgenden Zusammenstellung der wichtigsten bereits beschlossenen Beschaffungsprojekte für schweres Gerät und Waffensysteme der „zweiten Generation" hervor, deren Bezahlung zum überwiegenden Teil in die erste Hälfte der 80er Jahre fällt und die insgesamt mindestens 77 Mrd. DM kosten werden, und nicht, wie die Bundesregierung des öfteren behauptet, 50 Mrd. DM[28]) (vgl. Tab. 2). Die Zahl 77 Mrd. bezieht sich auf den Preisstand von 1978. Angesichts der allgemeinen Inflation und der besonderen Preissetzungsmacht der Rüstungsunternehmen muß man davon ausgehen, daß der effektiv zu zahlende Betrag noch sehr viel höher und eher bei 100 Mrd. DM liegen wird. „Die Runderneuerung von Waffen und Gerät der Bundeswehr jedoch wird erst in diesem und in den nächsten Jahren auf volle Touren kommen. . . . Die Geamtkosten dafür werden mit zu den Problemen der nächsten Jahre gehören. Denn bei hochqualifiziertem Gerät sind Kosten- und Preissteigerungen unabwendbar. Aber: Es ist nicht zu verantworten, den Zulauf der Waffen und des Geräts wegen Preissteigerungen hinauszuzögern. Die Weltlage läßt das nicht zu"[29]).

b) Flankenschutz für die amerikanische Globalstrategie

Am 12. Dezember 1979 haben die Regierungen der NATO-Staaten in Brüssel die Produktion atomar bestückter Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper und ihre Stationierung in Westeuropa beschlossen, von wo aus sie bis ins Zentrum der Sowjetunion reichen.

---

25) „Die Initiative für dieses Programm ging von Präsident Carter auf dem NATO-Gipfeltreffen in London 1977 aus". „NATO-Brief", 3/1978, S. 3.

26) Vgl. „NATO-Brief", 3/1978, S. 3–15; WT 7/78, S. 14–19.

27) Nicht bei 3 %, wie Bundesverteidigungsminister Apel im „Bulletin" v. 11. 3. 1980, S. 215 behauptet: Er spricht dort von einer „realen Ausgabensteigerung von 30 % in 10 Jahren oder einem Durchschnitt von 3 % im Jahr". Bei einer realen Gesamtsteigerung von 30 % in 10 Jahren beträgt die durchschnittliche Steigerung von Jahr zu Jahr aber 2,7 %.

28) Vgl. „Bulletin", Nr. 26 v. 11. 3. 1980, S. 215, SZ v. 27. 2. 1980, S. 9.

29) Ebd.

Tabelle 2
Die zweite Waffengeneration für die Bundeswehr. Programme, Auftragnehmer, Kosten (Preisstand 1978), Zulaufzeiten

Teilstreitkraft	Programm	Generalauftragn.	Anzahl	Kosten in Mrd. DM	Zeitraum
Heer	Führungssystem			8,6	
	Kfz.-Folgegeneration	MAN; Daimler; Thyssen-Henschel u. a.	115 000	7,0	1977–1990
	„Leopard II"	Krauss-Maffei/MaK	1 800	7,3	1979–1986
	Späh.Pz. „Luchs"		408	0,4	
	Fl.Abw. „Roland"	Thyssen-Henschel	143		
	+ Lenkwaffen	MBB	5 320	2,7	1983–1987
	Fl.Abw. „Gepard"	Krauss-Maffei	432	3,7	
	Rak.-Jagd-Pz. (Umrüstung)	Thyssen-Henschel	316	0,1	1979–1981
	Transp.-Pz. 1	Thyssen-Henschel	996	0,6	1979–
	Raketenwerfer	Rheinmetall	210	3,0	
	Feldhaubitze FH-70	Rheinmetall	216	0,4	1979–
	Rak.-Syst. „Lance"		26	0,3	
	Kabinen und Einbausätze		14 000	1,2	
	Verbind.-Hubschr.	MBB	230	0,7	1979–
	Pz.Abw.Hubschr.	MBB	212	0,9	1979–
	Lenkwaffen				
	–„Milan"	MBB	154 000		
	–„Hot"	MBB	440	1,9	
	–„Tow"	MBB	24 000		
	Aufklärungsdrohne	MBB	60	0,3	1980–
Luftwaffe	MRCA/„Tornado"	MBB	322	25,0	1979–1987
	„Alpha-Jet"	Dornier	175	4,2	1979–1982
	AWACS	diverse		1,2	
	Luft-Luft-Rak.		9 000	0,6	
	Luft-Boden-Rak. Mehrzweckwaffe NW-1				
	Radar F4 Modern.		26	0,2	
	„Atlantic"			0,2	1980–1983
Marine	Fregatte F-122	Bremer Vulkan	6	2,8	1981–1984
	Schnellboot s-143A	AEG	10	1,0	1982–1984
	„Troika"	MaK	6	0,4	
	Hubschr. „Sea-Lynx II"		12	0,3	1981–1984
Infrastruktur: NATO-Anschlußprogramm				2,3	1980–1984
Summe				77 Mrd. DM	

Quellen: verschiedene Angaben in den Zeitschriften „Wehrtechnik", „Internationale Wehrrevue", „Wehrdienst".

Zwar hat die Bundesregierung erklärt, daß sie an den Produktionskosten in Höhe von 4 Mrd. Dollar nicht beteiligt sei, sondern nur einen Teil der 150 Mio. DM für die Bereitstellung der erforderlichen Infrastruktur beizutragen habe[30]). Es ist jedoch absehbar, daß die Politik verstärkter militärischer Drohung, Präsenz und Intervention im Ausland, die die amerikanische Regierung spätestens seit Mai 1978 – und nicht erst seit den Ereignissen in Afghanistan – in verstärktem Maße betreibt[31]) (und in deren Zusammenhang sie beispielsweise Mitte Februar 1980 einen Flottenverband mit 1800 Marineinfanteristen in die Gegend des Persischen Golfes schickte[32])), nicht nur in den USA erhebliche ökonomische Belastungen mit sich bringt. Dort war der Militärhaushalt Anfang 1980 um 16 Mrd. Dollar gegenüber dem ursprünglich vorgesehenen Ansatz erhöht worden; kurz danach wurden die Haushaltsansätze für zivile Bereiche, vor allem auf dem Gebiet der sozialen Dienste, um 17 Mrd. Dollar gekürzt: „So sollen unter anderem die Stützungzahlungen für die Großstädte um eine Milliarde Dollar gekürzt werden, bei der staatlichen Arbeitsbeschaffung sollen 1,6 Mrd. Dollar eingespart und bei den Ferienprogrammen für Jugendliche immerhin 800 Millionen Dollar abgeschöpft werden . . . Sogar die Bekämpfung der Rauschgiftsucht wird eingeschränkt . . . Kürzungen sind ferner im Autobahnbau, bei Schulmilchprogrammen und bei den Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit geplant, aber keinesfalls am Militäretat"[33]).

Auch bei den NATO-Verbündeten, insbesondere bei der Bundesrepublik, wird es erhebliche zusätzliche finanzielle Belastungen geben. Die direkte Entsendung westdeutscher Truppen im Zuge einer Erweiterung des Gebietes und des Auftrags der NATO über die Verteidigung vor militärischen Angriffen auf das ursprüngliche NATO-Gebiet hinaus auf die militärische Sicherung der Energieversorgung aus dem Nahen Osten wird von Teilen der CDU/CSU offen gefordert (so war z. B. im „Deutschland-Union-Dienst" vom 15. 1. 1980 von einer „Ausdehnung des Schutzbereiches der NATO" die Rede), von der Bundesregierung jedoch bislang abgelehnt. Daß aber im Falle eines verstärkten militärischen Engagements der Amerikaner und anderer europäischer Staaten in dieser Gegend die Bundesrepublik im Zuge einer Veränderung der Aufgabenverteilung bereit sein müsse, in Europa hierdurch evtl. entstehende Lücken durch vermehrte militärische Aufwendungen zu schließen, darüber herrscht bei Regierung und Opposition offensichtlich Übereinstimmung: So erklärte F. J. Strauß in der Bundestagsdebatte vom 17. Januar 1980: „. . . wir müssen dann, wenn möglicherweise in Europa dadurch militärische Lücken entstehen, daß Amerikaner und andere europäische Länder unsere weiträumigen Verbindungslinien und Lebenslinien sichern, eben, so schwer es uns fällt, die notwendigen Opfer bringen, um die

30) Vgl. SZ v. 15. 11. 1979, S. 2.
31) Vgl. Karl D. Bredthauer, High Noon? Afghanistan, Europa und der Wilde Westen, in: „Blätter", 2/1980, S. 140 ff.
32) Vgl. SZ v. 14. 2. 1980, S. 6.
33) SZ v. 15./16. 3. 1980, S. 2.

in Europa entstehenden Lücken zu füllen. Ich drücke mich so vorsichtig und allgemein aus, wie ich es hier überhaupt nur sagen kann"[34]). Mit Bezug auf diese Forderung bemerkte der Fraktionsvorsitzende der FDP, Mischnick, in der gleichen Debatte: „. . . das einzig Konkrete, was in der Rede von Herrn Strauß vorkam, war genau das, was der Bundesaußenminister vorher als die Politik der Bundesregierung dargelegt hat"[35]). Wenig später, am 30. April 1980, erklärte Verteidigungsminister Apel fast wörtlich das Gleiche wie F. J. Strauß: „Wenn unsere amerikanischen Freunde in der NATO um Entlastung bitten, um weltweit Aufgaben übernehmen zu können, dann müssen wir uns, nach Absprache und Entscheidung in der NATO, solidarisch dazu bereitfinden"[36]). Der amerikanische Verteidigungsminister Brown hat in diesem Zusammenhang bereits eine Beteiligung der Bundeswehr beim Transport von Soldaten in die Gegend des persischen Golfes gefordert, ohne daß dies von der Bundesregierung öffentlich abgelehnt worden wäre[37]).

Und Ende Oktober hat die amerikanische Regierung durch ihren Botschafter in Bonn verlangt, daß die Bundesrepublik künftig einen höheren Beitrag zu den Kosten für die Stationierung amerikanischer Truppen sowie die Einlagerung von Kriegsmaterial in Europa leisten solle.[37a])

Im Zusammenhang mit den zunehmenden Versuchen der USA und anderer westlicher Länder, sich politische und wirtschaftliche Einflußzonen notfalls auch mit militärischer Gewalt zu sichern, ist auch – als „Flankensicherung" einer solchen Globalstrategie – die rapide steigende Militärhilfe an bestimmte unterentwickelte Länder zu sehen, die vor allem von den USA und der BRD gegeben wird: „Ihre Bündnissolidarität beweist die Bundesrepublik Deutschland außerdem dadurch, daß sie – als einziger Mitgliedsstaat neben den USA – auf Empfehlung der NATO seit 1964 Verteidigungshilfe an die Türkei und Griechenland gibt, seit 1978 auch an Portugal"[38]).

Allein im Jahre 1980 erhielt die Türkei von der Bundesregierung 560 Mio. DM, gegenüber einem Gesamtbetrag von 800 Mio. DM in den 16 Jahren von 1964 bis 1979 zusammen. Die Bundesregierung legt Wert darauf, die zusätzlichen Militär- und flankierenden Ausgaben nicht durch staatliche Neuverschuldung, sondern durch Einsparung in anderen Haushaltsbereichen zu finanzieren. Was dies bedeutet, soll am Beispiel des Nachtragshaushaltes 1980 erläutert werden.

4. Der Nachtragshaushalt 1980: Aufrüstung auf Kosten der Versorgung und der Arbeitsplätze

Der Nachtragshaushalt 1980 zeigt, daß die Politik der Umschichtung von Zivil- auf Militärausgaben keine böse Zukunftserwartung, sondern bereits

34) Bundestagsprotokoll v. 17. 1. 1980, S. 15 611.
35) Ebd., S. 15 624.
36) „Bulletin", Nr. 47 v. 30. 4. 1980, S. 402.
37) Vgl. SZ v. 2./3. 3. 1980, S. 1.
37a) SZ v. 30. 10. 1980, S. 1
38) Weißbuch 1979, a.a.O., S. 272.

massiv betriebene Praxis der Bundesregierung ist. Er ist ein geradezu klassisches Beispiel für diese Umschichtung und die damit verbundenen Einbußen an Lebensstandard, Arbeitsplätzen und sozialer Sicherheit. Der Nachtragshaushalt 1980 wurde Ende April 1980 vom Bundeskabinett beschlossen und am 19. Juni im Bundestag verabschiedet.

Von den 1883 Mio. DM zusätzlichen Ausgaben[39]) entfallen mit 960 Mio. gut die Hälfte (51 %) auf neue Militär- und militärisch relevante Aufgaben, nämlich für:

Beschaffung von Munition für die Bundeswehr	*140 Mio. DM*
Betriebsstoff für die Bundeswehr	*175 Mio. DM*
Bewirtschaftung von Räumen für die Bundeswehr	*75 Mio. DM*
Rüstungssonderhilfe Türkei	*170 Mio. DM*
Hilfsaktion für die Türkei	*330 Mio. DM*
Verteidigungslasten	*70 Mio. DM*
Insgesamt	*960 Mio. DM*

150 Mio. DM mehr (das sind 8 % des Nachtragshaushaltes) muß der Bund als Zinsen für Finanzierungsgeschäfte zahlen, von denen ein – allerdings nicht öffentlich genannter – Teil zweifellos auch im Zusammenhang mit den neuen Militärausgaben steht. (Der Rest sind zum großen Teil Mehrausgaben, die durch die tarifvertraglich vereinbarten Lohn- und Gehaltserhöhungen für Bundesbedienstete sowie die gesetzliche Anhebung des Bafög-Satzes verursacht wurden).

Diesen zusätzlichen Ausgaben für Rüstungsbeschaffung und Militärhilfe stehen Ausgabenkürzungen in allen Ressorts außer dem Verteidigungsministerium gegenüber. Neben einer globalen Einsparung von 300 Mio. DM ist eine allgemeine Verminderung der Sachausgaben um 5 % vorgesehen. Die größten Ausgabenkürzungen entfallen darüber hinaus mit 560 Mio. DM auf das Verkehrsministerium, es folgen die Ressorts Arbeit und Soziales (223 Mio. DM), Forschung und Entwicklung (193 Mio. DM), Wirtschaft (142 Mio. DM). Diese pauschalen Zahlen verdecken jedoch den sozialen Gehalt der Ausgabenkürzungen, die zu einem Teil besondere Engpaßbereiche gesellschaftlicher Versorgung direkt betreffen und die ursprünglich vorgesehene Ausgabenansätze erheblich beschneiden. Dies verdeutlicht die folgende Übersicht, in denen wichtige Kürzungen in Prozent des ursprünglichen Ansatzes aufgeführt worden sind:

39) Sämtliche in diesem Abschnitt enthaltenen Zahlen sind entnommen aus BT-Drucksache 8/3950: Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan 1980.

Kürzungsbereich	Kürzung in Mio. DM	in % der urspr. Ansätze
1. Modellprogramm zur Reform der Versorgung im psychiatrischen und psychotherapeutisch/ psychosomatischen Bereich	30,0	42,86
2. Zinszuschüsse im Rahmen des Eigenkapitalhilfeprogramms zur Gründung selbständiger Existenzen	13,0	36,11
3. Einrichtungen der Berufsausbildung im Rahmen des Zukunfts-Investitionsprogramms	20,0	28,57
4. Versorgung mit mineralischen Rohstoffen	15,0	26,3
5. Förderung des Bürgerdialogs über die Nutzung der Kernenergie sowie über den technisch-sozialen Wandel und die dadurch verursachten Beschäftigungsprobleme	2,0	25,0
6. Investitionen auf dem Gebiet der Luftreinhaltung bei Altanlagen	20,0	20,0
7. Eingliederungshilfe und Ausgleichsbeiträge für ehemalige politische Häftlinge	10,0	19,96
8. Verstärkte Förderung von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung	10,0	16,67
9. Kosten der Rückführung von Deutschen	15,0	13,45
10. Förderung der Unfallforschung und der Forschung und Umsetzung auf den Gebieten der Ergonomie und des Schutzes vor Lärm am Arbeitsplatz	1,0	12,50
11. Sofortmaßnahmen der bilateralen finanziellen Zusammenarbeit	90,0	12,05
12. Maßnahmen zur Sicherung der deutschen Energieversorgung	20,0	11,10
13. Investitionszuschüsse zur Sanierung von Rhein und Bodensee im Rahmen des Programmes für Zukunftsinvestitionen	30,0	10,7
14. Stiftung „Deutsches Krebsforschungszentrum" (DKFZ) in Heidelberg	7,3	9,7

Hierzu einige Anmerkungen:

1. Trotz der in diesem Jahr bereits wieder steigenden Arbeitslosigkeit und der absehbaren Beschäftigungsprobleme für die nächsten Jahre, kürzt die Bundesregierung die Mittel für Einrichtungen der Berufsausbildung um fast ein Drittel und für verstärkte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen um ein Sechstel.

2. Die Lösung der Rohstoff- und Energieprobleme werden von der Bundesregierung immer wieder als zentral für die Wachstums- und Entwicklungsmöglichkeiten der westdeutschen Wirtschaft angesehen. Dessen ungeachtet wird der Ausgabenansatz für die Versorgung mit mineralischen Rohstoffen um mehr als ein Viertel, für Maßnahmen zur Sicherung der deutschen Energieversorgung um mehr als 10 % gekürzt. Gleichzeitig wird die Möglichkeit, den Nutzen und die Gefahren der Kernenergie sowie ihren Zusammenhang

mit der Sicherheit der Arbeitsplätze öffentlich zu diskutieren, durch die Streichung von einem Viertel der hierfür vorgesehenen Ausgaben administrativ eingeschränkt.

3. Umweltverschmutzung und Umweltzerstörung gehören – auch nach den Erklärungen der Bundesregierung – zu den wichtigsten Gefahren für die Qualität des Lebens in den nächsten Jahren. Dennoch beinhaltet der Nachtragshaushalt, daß Zuschüsse für Maßnahmen der Luftreinhaltung um 20 % und der Sanierung von Rhein und Bodensee um gut 10 % gekürzt werden.

4. Die „Humanisierung des Arbeitslebens" gehört zu den besonders herausgestellten Reformprojekten der Bundesregierung. Dies hindert sie nicht daran, den ohnehin schon sehr bescheidenen Ansatz für Unfallforschung insbesondere auf dem Gebiet des Lärmschutzes um ein Zehntel zu kürzen.

5. Daß die Krebsforschung in der BRD ganz unzureichend gefördert wird, ist erst kürzlich wieder auf einem großen internationalen Krebsforschungskongreß festgestellt worden. Im Nachtragshaushalt werden diese unzureichenden Mittel noch einmal um ein Zehntel gekürzt.

6. Es ist vor kurzem in der Psychiatrie-Enquête festgestellt worden, daß die Bundesrepublik zu den entwickelten Industrieländern mit außerordentlich schlechter Psychiatrie-Versorgung gehört. Im Nachtragshaushalt wird jedoch fast die Hälfte der Mittel für einen Vorlauf einer möglichen Reform gestrichen.

7. Die Bundesregierung betont immer wieder die Notwendigkeit, kleine und mittelständische Unternehmen durch eine gezielte Mittelstandspolitik und Hilfe bei Existenzgründungen zu unterstützen. Im Nachtragshaushalt werden über ein Drittel der hierfür vorgesehenen Mittel gestrichen.

8. Zwar wird die Entwicklungshilfe für die Türkei um 330 Mio. DM aufgestockt; gleichzeitig wird aber die Entwicklungshilfe für andere Länder um 12 % gestrichen.

Die Haushaltsumschichtung zugunsten der Militärausgaben bringt also, dies zeigt die Auflistung der Beispiele deutlich, zum Teil massive Einschränkungen in Bereichen gesellschaftlicher Versorgung mit sich, die auch nach den Erklärungen der Bundesregierung zu den besonders problematischen Mangelbereichen gehören.

Darüber hinaus führt sie auch zu einer direkten Gefährdung von Arbeitsplätzen: Es kann auf der einen Seite davon ausgegangen werden, daß durch die zusätzlichen Militärausgaben, wenn überhaupt, dann nur in sehr geringem Maße eine zusätzliche Produktion ausgelöst wird, die Beschäftigungswirkungen haben könnte: Die Ausgaben für Treibstoff für die Bundeswehr dienen im wesentlichen als Ausgleich für Preissteigerungen und fließen den Mineralölkonzernen ohne Mehrleistungen zu. Die „Hilfe" für die Türkei soll zu einem erheblichen Teil dazu verwendet werden, die Schulden bedienen

zu können und so die politische Stabilität wieder herzustellen[39a]). Wieweit die Rüstungsbestellungen – etwa die in der Öffentlichkeit diskutierten 60 „Leopard I"-Panzer – tatsächlich neu produziert werden, steht dahin. Auf der anderen Seite führt die Streichung von Ausgaben in anderen Ressorts mit Sicherheit zu erheblichen Arbeitsplatzverlusten. Dies betrifft insbesondere das Verkehrsministerium, wie an einer überschlägigen Rechnung verdeutlicht werden kann: Nach Angaben des DIW hatten 1 Mrd. staatliche Ausgaben im Verkehrsbereich im Jahre 1976 einen Beschäftigungseffekt von 23 400 Personen[40]). Die Kürzung der Ausgaben im Verkehrsministerium in Höhe von 562 Mio. DM müßte demnach 13 608 Arbeitsplätze betroffen haben. Auch wenn man die Preis- und Produktivitätssteigerungen seit 1976 berücksichtigt, bleiben immer noch gut 10 000 Personen, die durch die Kürzungen im Verkehrsbereich arbeitslos werden oder bleiben. Dies ist mit Sicherheit ein Vielfaches der Zahl an Arbeitsplätzen, die durch die neuen Militärausgaben vorübergehend entstehen können.

Die zunehmende Ausrichtung der westdeutschen Finanzpolitik auf die Unterstützung militärischer Abenteurer- und Interventionspolitik entspricht den Interessen der reaktionär-aggressiven Kreise in der Bundesrepublik. Einer ihrer prononcierten Kommentatoren, Günther Gillessen, hat dies unter der Überschrift „Was der Westen tun muß" in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 16. Januar 1980 so ausgedrückt: „Nun wird nicht nur ein amerikanisches, sondern auch ein multilaterales westeuropäisches Korps für raschen überseeischen Einsatz gebraucht . . . Die dreierlei Aufgaben bedeuten hohe Belastungen für die einzelnen Bürger und die europäischen Volkswirtschaften. . . . Das bedeutet Verzicht auf Konsum, auf weitere Verdichtung des ‚sozialen Netzes' und auf die Suche nach immer neuen Feldern staatlicher Wirtschafts- und Wohlfahrtstätigkeit"[41]). Verzicht also auf „die Lösung dringender sozialer und wirtschaftlicher Probleme, die nicht zugunsten steigender Verteidigungsausgaben zurückgestellt werden" dürften, wie Apel in der zu Beginn dieses Artikels zitierten Rede feststellte. Die tatsächliche Entwicklung während der 70er Jahre, insbesondere seit 1975, noch mehr die mittlerweile fest beschlossenen und darüber hinaus die zusätzlich geplanten Militärausgaben entwerten diese Rede als nicht viel mehr als Augenwischerei. Mit einem anderen Satz in der gleichen Rede scheint Verteidigungsminister Apel der Wahrheit sehr viel näher gekommen zu sein: „Als ‚Rüstungsminister' werde ich vor allem Rüstungsfinanzminister sein"[42]).

39a) Vgl. „DIW-Wochenbericht", 26/1980, S. 289, wo festgestellt wird, daß „die Türkei die Hilfe zur Tilgung von Auslandsschulden verwenden soll".

40) Jochen Schmidt, Zur Bedeutung der Staatsausgaben für die Beschäftigung. Input-Output-Studie der Beschäftigungswirkungen von Ausgabenkürzungen, „DIW-Beiträge zur Strukturforschung", Heft 46, Berlin (West) 1977.

41) FAZ v. 16. 1. 1980, S. 1.

42) „Bulletin", Nr. 34 v. 14. 4. 1978, S. 327.

Apels Erzählungen

Das Bundesverteidigungsministerium begründet den „Nachrüstungs"-Beschluß

Eine Fallstudie

Von Erwin Müller

Angesichts des unerwartet großen Interesses der Öffentlichkeit an dem selbst unter den Regierungen der NATO-Staaten umstrittenen „Nachrüstungs"-Beschluß vom 12. Dezember 1979, der die Stationierung von 572 neuen Mittelstreckensystemen der USA in mehreren westeuropäischen Ländern vorsieht, sah sich die Bundesregierung einem starken Legitimationsdruck ausgesetzt[1]). Den bislang detailliertesten offiziellen Versuch, die „Nachrüstung" militärisch und politisch zu begründen, unternimmt eine Publikation des Bundesministers der Verteidigung (BMVg), die unter dem Titel „Die nuklearen Mittelstreckenwaffen. Modernisierung und Rüstungskontrolle" erschien[2]). An dieser Publikation läßt sich exemplarisch aufzeigen, zu welchen argumentativen Aushilfen die Verfechter einer Aufrüstung im euronuklearen Bereich, in deren Reihen die Bundesregierung einen prominenten Platz einnimmt, greifen müssen, um einen weder politisch noch militärisch begründbaren Rüstungsbeschluß zu legitimieren.

Das Spektrum der Argumente reicht von fragwürdigen politischen Annahmen über militärisch absurde Behauptungen bis hin zu Einlassungen, die jeder realen Grundlage entbehren. Da legitimatorische Muster dieses Typs für die Begründung vieler rüstungspolitischer Entscheidungen charakteristisch sind und der Rüstungswettlauf im Bereich der euronuklearen Systeme für die Sicherheit der Bundesrepublik besondere Bedeutung hat, dürfte eine Fallstudie über die Rechtfertigung des NATO-„Nachrüstungs"-Beschlusses der Mühe wert sein.

Die nicht immer konsistente Argumentation des Verteidigungsministeriums läßt sich in wenigen Sätzen zusammenfassen: Der „Nachrüstungs"-Beschluß ist eine Reaktion auf die Einführung neuer Mittelstreckenwaffen seitens der Sowjetunion, die ohnehin eine eurostrategische Überlegenheit besitzt. Da der nukleare Schutzschirm, den die Interkontinentalsysteme der USA gegen eine Bedrohung Westeuropas durch sowjetische Mittelstreckenwaffen gebildet hatten, angesichts der globalstrategischen Parität zwischen den Super-

1) Zur Vorgeschichte des Brüsseler Beschlusses siehe Milton Leitenberg, Die taktischen Nuklearwaffen großer Reichweite der NATO und der WVO, in: Studiengruppe Militärpolitik, Aufrüsten um abzurüsten?, Reinbek 1980, S. 28 ff.

2) Der Bundesminister der Verteidigung, Die nuklearen Mittelstreckenwaffen. Modernisierung und Rüstungskontrolle, Bonn 1980.

mächten zusammengebrochen ist, die Mittelstreckensysteme der NATO, die nun als Gegengewicht bedeutsam werden, veralten und an militärischer Wirksamkeit einbüßen, müssen neue eurostrategische Systeme dislozíert werden, die eine Abschreckungslücke verhindern und die Verteidigung Westeuropas gegen einen sowjetischen Kernwaffenangriff ermöglichen. Schließlich stellt die „Nachrüstung" die politischen Voraussetzungen für aussichtsreiche Rüstungskontrollverhandlungen her.

Das letztgenannte Argument läßt sich in die Rubrik „Politische Illusionen" einordnen. Die übrigen erweisen sich als – gelinde gesagt – zweifelhaft, wenn man ihren Realitätsgehalt eingehend überprüft:

1. Behauptung:
Der Nachrüstungsbeschluß ist eine Reaktion auf die Einführung neuer sowjetischer Mittelstreckenwaffen.

„Mit Einführung der nuklearen Mittelstreckenrakete SS–20 im Jahr 1976 ... begann die Sowjetunion sich eine strategisch und politisch relevante Überlegenheit bei den Mittelstreckenwaffen zu schaffen. Die militärtechnische Qualität dieser Waffen bedeutet für die NATO in Europa eine strategische Bedrohung neuer Dimension."[3])

„Mit der gemeinsamen Bündnisentscheidung vom 12. Dezember 1979 soll der Gefahr entgegengewirkt werden, daß durch die sowjetische Rüstung ein Ungleichgewicht bei den nuklearen Waffen in Europa entsteht. . ."[4])

Die „Nachrüstung" also eine Reaktion auf die nukleare „Vorrüstung"[5]) der Sowjetunion? Mitnichten. Bereits seit Beginn der 70er Jahre wurde von den Amerikanern die Notwendigkeit einer Modernisierung des europäischen TNF-Potentials[6]) betont, mit der sich die Nukleare Planungsgruppe der NATO seit 1974 offiziell befaßte. Im selben Jahr – lange vor Indienststellung der sowjetischen SS-20 – forderte der amerikanische Verteidigungsminister Schlesinger vom Kongreß Mittel für die Entwicklung einer weiterreichenden Version der „Pershing I", die jetzt unter der Bezeichnung „Pershing II-XR" in den Brüsseler NATO-Beschluß einging[7]). Die planerischen Vorarbeiten waren 1976 – im Jahr der Einführung der SS-20 – bereits so weit gediehen, daß die Verteidigungsminister der NATO-Staaten auf ihrer Junitagung der Modernisierung der TNF und der Weiterentwicklung der „Pershing" zustimmen konnten[8]). Im Lichte dieser Tatsachen erscheint das Argument, die Einführung der SS-20 habe die Rüstungsinitiative der NATO im Bereich der nuklearen Mittelstreckensysteme ausgelöst, als eine ex-post-Legitimation, die einem längst gefaßten Beschluß nachträglich unterlegt wird.

3) Die nuklearen Mittelstreckenwaffen, S. 17.
4) Ebd., S. 4.
5) Diesen Begriff gebraucht das Bundesverteidigungsministerium für die sowjetische Mittelstreckenrüstung. Siehe: Die nuklearen Mittelstreckenwaffen, S. 24.
6) Theatre Nuclear Forces = Taktische Atomwaffen verschiedener Reichweiten einschließlich eurostrategische Mittelstreckensysteme.
7) Siehe Lothar Ruehl, Der Beschluß der NATO zur Einführung nuklearer Mittelstreckenwaffen, in: „Europa Archiv", 4/1980, S. 99 und Milton Leitenberg, Background Informations on Tactical Nuclear Weapons, in: SIPRI, Tactical Nuclear Weapons: European Perspectives, London 1978, S. 57.
8) Siehe „Neue Zürcher Zeitung" v. 14./15. 11. 1976 und „Militärpolitik-Dokumentation", 1/1977, S. 25 f.

2. Behauptung:
Die Sowjetunion besitzt bei den nuklearen Mittelstreckensystemen eine mehrfache Überlegenheit.

„Heute hat die Sowjetunion bei den nuklearen Mittelstreckenwaffen eine 3,6fache Überlegenheit."[9])

„Auch mit der Stationierung von 572 Systemen bleibt das nukleare Mittelstreckenpotential an Zahl dem der Sowjetunion deutlich unterlegen."[10])

Das 1979 erschienene Verteidigungsweißbuch der Bundesregierung stellt fest, daß die Warschauer Vertragsorgansiation über 1370 nukleare Einsatzsysteme mit einer Reichweite von mehr als 1000 km – dem Reichweitenkriterium für Mittelstreckenwaffen – verfügt, während die NATO in Europa (Frankreich eingeschlossen) nur 386 Mittelstreckensysteme besitze[11]). Daher die „3,6fache Überlegenheit" des Warschauer Paktes (WVO) bzw. der Sowjetunion. Dem ist entgegenzuhalten:

– Eine erste Verzerrung des Zahlenverhältnisses liegt in der Tatsache, daß ein Teil der sowjetischen Mittelstreckensysteme (ungefähr ein Viertel bis ein Drittel der Mittelstreckenraketen) nicht für einen Konflikt in Europa vorgesehen ist, sondern zur nuklearen Abschreckung der VR China dient. Dementsprechend sind diese Waffensysteme im Fernen Osten der UdSSR stationiert und können westeuropäisches Territorium nicht erreichen[12]).

– Die Bundesregierung zählt eine Reihe von nuklearfähigen faktischen Flugzeugen der NATO, deren Aktionsradius (Einsatzdistanz bei Waffenzuladung) nach Angaben seriöser Quellen über 1000 km liegt, nicht zu den Mittelstreckenwaffen, obwohl es sich – gemessen an ihrer eigenen Definition – um Mittelstreckensysteme handelt. Dies betrifft u. a. die Jagdbomber des Typs F-4 „Phantom" (Aktionsradius 1100–1300 km), F-104 „Starfighter" (Aktionsradius bis 1300 km), A-6 und A-7 (Aktionsradius bis 1600 km)[13]). Die NATO-Maschinen können – von der Bundesrepublik oder der Türkei aus gestartet – Teile des westlichen Staatsgebietes der Sowjetunion erreichen und müssen daher als eurostrategische oder kontinentalstrategische Waffen angesehen werden[14]).

– Im Kräftevergleich der Bundesregierung fehlen 5 amerikanische Unterseeboote mit Raketen des Typs „Poseidon C-3", die dem NATO-Oberbefehlsha-

9) Die nuklearen Mittelstreckenwaffen, S. 35 f.
10) Ebd., S. 21.
11) Verteidigungsweißbuch der Bundesregierung 1979, S. 107.
12) Siehe Alfred Mechtersheimer, „Modernisierung" gegen Sicherheit, in: Studiengruppe Militärpolitik, Aufrüsten um abzurüsten?, S. 59.
13) Zu den Aktionsradien dieser Maschinen siehe John W. Taylor/Gordon Swanborough, Military Aircraft of the World, New York 1976, S. 38 ff., The Military Balance 1977/78, S. 88 ff., Friedrich Wiener (Hrsg.), Die Armeen der NATO-Staaten, München 1977, S. 492 ff.
14) In ihrem Einsatzbereich lägen beispielsweise die Großstädte Minsk, Riga, Kiew, Charkow, Dnjepropetrowsk, Odessa, Wolgograd, Rostow und Baku, die zusammen mehr als 11 Millionen Einwohner aufweisen. Da jeder Jagdbomber eine H-Bombe mit einer Sprengkraft bis zu 1 Mio. Tonnen TNT tragen kann (siehe hierzu Leitenberg, Background Informations . . ., S. 119), würden einige Dutzend dieser Flugzeuge ausreichen, um diese Städte völlig zu zerstören.

ber Europa (SACEUR) unterstellt sind[15]). Sie verfügen zusammen über 80 Raketen mit insgesamt mindestens 800 Nuklearsprengköpfen. Da sich ca. die Hälfte dieser Boote ständig auf maritimer Gefechtsstation befindet, gehen Militärexperten davon aus, das SACEUR im Durchschnitt 40 „Poseidon"-Raketen mit 400 Sprengköpfen jederzeit für einen eurostrategischen Einsatz zur Verfügung stehen[16]). Die Bundesregierung behauptet, diese seegestützten Systeme dürften dem eurostrategischen Arsenal der Allianz nicht zugerechnet werden, da es sich um *globalstrategische* Waffen handle, die erst auf der höchsten Stufe der nuklearen Eskalation Verwendung fänden. Ein Einsatz auf der eurostrategischen Sprosse der Eskalationsleiter sei angesichts der Parität bei den Interkontinentalwaffen problematisch[17]). Man darf dann allerdings fragen, weshalb diese Systeme einem europäischen Befehlshaber zugeordnet sind und nicht – wie alle sonstigen interkontinentalstrategischen Waffen der USA – dem Kommando zentraler Befehlsstellen in den Vereinigten Staaten unterstehen. Wie dem auch sei: Auch bei einem Verzicht auf die „Poseidon"-Systeme ergibt sich unter Einbeziehung der mehr als 1000 oben genannten nuklearfähigen Kampfflugzeuge mit Aktionsradien von mehr als 1000 km, die der NATO in Europa zur Verfügung stehen, eine ungefähre numerische Parität der eurostrategischen Potentiale in Ost und West[18]). Das eurostrategische Potential der NATO ließe sich durch Zuführungen aus den USA in kürzester Frist übrigens wesentlich aufstocken: Die USA besitzen insgesamt über 2000 nuklearfähige taktische Kampfflugzeuge, von denen sich nur knapp 500 in Europa befinden[19]).

Damit erledigt sich die Behauptung von der erheblichen eurostrategischen Überlegenheit der Sowjetunion. Selbst wenn es diese gäbe, würde auch eine bedeutende Überzahl sowjetischer Nuklearwaffen die eurostrategische Stabilität nicht gefährden: Da bereits einige Dutzend Systeme hinreichen, um der Sowjetunion untragbaren Schaden zuzufügen (s. u.), bringt ihr auch die Anhäufung vielfacher Übertötungskapazitäten keine militärischen oder politischen Vorteile ein.

Ein Verweis auf numerische Überlegenheiten kann im nuklearen Bereich, für den gänzlich andere Regeln gelten als für den Sektor der konventionellen Waffensysteme, nicht als Argument für die Notwendigkeit von Rüstungsent-

15) Siehe Leitenberg, Die taktischen Nuklearwaffen . . ., S. 59.
16) Der Ansatz von 400 Sprengköpfen findet sich z. B. in The Military Balance 1979/80, S. 119.
17) Die nuklearen Mittelstreckenwaffen, S. 31. f.
18) Die Zahl der vom Verteidigungsweißbuch 1979 genannten Mittelstreckensysteme der Sowjetunion stimmt weithin mit den Angaben anderer Quellen überein. Die Angaben über die Zahl der nuklearfähigen Kampfflugzeuge der NATO mit Aktionsradien von mehr als 1000 km beruhen auf Angaben von The Military Balance 1979/80, S. 119. Dort sind ca. 1300 derartige NATO-Systeme aufgelistet.
19) Nach Angaben von The Military Balance 1976/77, S. 74 und The Military Balance 1979/80, S. 88. Allerdings könnte die Sowjetunion diese Verstärkungen numerisch kompensieren, indem sie ihre nuklearfähigen Jagdbomber mit Aktionsradien von weniger als 1000 km auf Flugplätze in der DDR oder CSSR vorzieht. Wegen der verringerten Einsatzdistanz wären diese Maschinen in der Lage, dieselben Ziele anzugreifen wie die sowjetischen Flugzeuge großer Reichweite, die in der Sowjetunion selbst starten. Damit erweisen sich numerische Kräftevergleiche einmal mehr als äußerst fragwürdig und beliebig; militärische Stärkeschätzungen weisen extreme Divergenzen auf, wenn ihnen derart schematische Vergleichskriterien wie Reichweiten und Aktionsradien zugrunde gelegt werden.

scheidungen dienen. Der numerische Kräftevergleich – im Bereich der Kernwaffen letztlich eine Zahlenspielerei – wurde hier nur nachvollzogen, um seine Manipulierbarkeit zu demonstrieren.

3. Behauptung:
Die Aufstockung des eurostrategischen Waffenarsenals wird notwendig, da die USA nicht mehr in der Lage sind, die Sowjetunion durch ihr überlegenes interkontinentalstrategisches Potential von euronuklearen Angriffen abzuschrecken.

„Die USA verfügten (1967, d. Verf.) über eine deutliche nuklear-strategische Überlegenheit über die Sowjetunion. Unter diesen Bedingungen waren Stärke und Fähigkeit des seit Mitte der 50er Jahre ständig wachsenden sowjetischen nuklearen Mittelstreckenpotentials für die Fähigkeit der NATO zur nuklearen Abschreckung von geringerer Bedeutung . . . Unter den strategischen Bedingungen der 60er Jahre mußte die Sowjetunion damit rechnen, daß die NATO auf jeglichen Einsatz sowjetischer Nuklearwaffen großer Reichweite in Europa mit einem Gegeneinsatz der überlegenen amerikanischen interkontinental-strategischen Nuklearwaffen reagieren würde."[20])

„Anfang der 70er Jahre hat sie an Zahl der Abschußvorrichtungen (für landstationierte Interkontinentalraketen, d. Verf.) mit den USA gleichgezogen. Damit wurden die USA zunehmend dem Risiko ausgesetzt, nach einem Einsatz ihres interkontinental-strategischen Potentials mit einem sowjetischen Gegenschlag auf amerikanisches Territorium rechnen zu müssen."[21])

„Die NATO muß . . . in Rechnung stellen, daß die Sowjetunion angesichts der Parität bei den interkontinental-strategischen Waffen von der Annahme ausgehen könnte, sie könne ihr nukleares Mittelstreckenpotential gegen Europa einsetzen oder einen Einsatz androhen, ohne, daß die Vereinigten Staaten auf ihre interkontinental-strategischen Systeme zurückgreifen."[22])

Die „Nachrüstung" ist also geboten, weil der strategische Schutzschirm der USA gegen euronukleare Angriffe nicht mehr besteht? Das ist strategische Folklore!

Eine nuklearstrategische Überlegenheit, die den Einsatz von Kernwaffen erlaubt, existiert nur dann, wenn aufgrund eines hinreichenden quantitativen und qualitativen Vorsprungs bei den atomaren Angriffskapazitäten die Chance besteht, den potentiellen Gegner in einem Überraschungsschlag nuklear zu entwaffnen. Behält die Gegenseite auch nur einen Bruchteil ihres Kernwaffenpotentials, ist dessen immenser Zerstörungswirkung wegen die Vernichtung des Angreifers mitbesiegelt. In diesem Falle ist die Überlegenheit der Partei mit dem größeren Kernwaffenarsenal keine strategische, sondern eine rein numerische, die für die Stabilität der Abschreckung wie des nuklearstrategischen Gleichgewichts irrelevant ist: Trotz umfangreicherer Kapazitäten wäre ein Einsatz nuklearer Offensivsysteme nichts anderes als eine Selbstmordoption.

Die Vereinigten Staaten besaßen in den 60er Jahren so wenig wie heute die Chance zu einem umfassenden Entwaffnungsschlag gegen das land- und seegestützte nuklearstrategische Potential der Sowjetunion: Obwohl die USA

20) Die nuklearen Mittelstreckenwaffen, S. 15 f.
21) Ebd., S. 16.
22) Ebd., S. 18.

z. B. 1967 über 1054 ICBM verfügten, die Sowjetunion dagegen nur 460 landgestützte Interkontinentalraketen ihr eigen nannte, reichten die amerikanischen Kapazitäten für die Zerstörung dieser Ziele nicht aus. Zwar hätte jede sowjetische ICBM durch zwei amerikanische Raketen abgedeckt werden können, die unzulängliche Zielgenauigkeit der Interkontinentalraketen hätte es aber erforderlich gemacht, zur gesicherten Zerstörung des sowjetischen ICBM-Arsenals eine wesentlich größere Zahl von Raketen pro Ziel einzusetzten. Darüber hinaus verfügten die USA nicht über die Möglichkeit, die gesamte nukleare U-Bootflotte der Sowjetunion in einem Überraschungsschlag auszuschalten. Dies ist – trotz intensiver Anstrengungen auf dem Gebiet des „anti-submarine warfare" – bis heute unmöglich[23]). Die Fähigkeit der Sowjetunion, in einem nuklearen Zweitschlag die Vereinigten Staaten zu verwüsten, war und ist gesichert. Unter diesen Bedingungen hätten es sich die USA trotz ihres quantitativen und qualitativen Vorsprungs bei den Interkontinentalsystemen in den 60er Jahren so wenig wie in den 70ern leisten können, auf einen eurostrategischen Angriff der Sowjetunion mit einem „Gegeneinsatz" amerikanischer Interkontinentalwaffen zu antworten, ohne das Risiko einzugehen, daß diese Eskalation einen sowjetischen Angriff auf amerikanisches Gebiet provozieren würde. Wenn – wie das Verteidigungsministerium angibt – ebendieses Risiko eine Berücksichtigung amerikanischer Interkontinentalkapazitäten im eurostrategischen Kontext problematisch gestaltet, dann hat es den vom BMVg gesichteten globalstrategischen Schutzschirm gegen sowjetische Angriffe mit Mittelstreckenwaffen nie gegeben. Den Gesetzen der Logik zufolge kann er dann auch nie zusammengebrochen sein und damit die eurostrategische Abschreckungsanlage grundlegend verändert haben.

Die politische Funktion des Arguments ist offensichtlich: Es soll begründen, weshalb trotz der Tatsache, daß die UdSSR bereits seit den frühen 60er Jahren über ein Arsenal von mehreren hundert Mittelstreckenraketen verfügt, erst jetzt Mittelstreckenraketen der NATO disloziert werden. Zu diesem Zwecke wird ein fundamentaler Wandel im globalstrategischen Abschreckungssystem mit eurostrategischen Konsequenzen unterstellt. Dabei unterläuft dem Verteidigungsministerium überdies ein bemerkenswerter logischer Lapsus: Wenn die „Nachrüstung" mit dem Zusammenbruch des globalstrategischen Schutzschirms gegen euronukleare Angriffe zusammenhinge, dessen Existenz auf amerikanischer „Überlegenheit" beruhte, hätte sie der Logik des Arguments zufolge bereits vor zehn Jahren erfolgen müssen. Zu diesem Zeitpunkt verloren die USA ja nach den Angaben des BMVg ihre nuklearstrategische „Überlegenheit" und wurden „zunehmend" dem Risiko atomarer Vernichtung ausgesetzt. Kurz: Selbst wenn das Argument stichhal-

23) Siehe z. B. Frank Barnaby/Ronald Huisken, Arms Uncontrolled, Cambridge/London 1975, S. 91 ff., SIPRI, Rüstung und Abrüstung im Atomzeitalter, Reinbek 1977, S. 106, SIPRI-Yearbook 1979, S. 448 f., Colin S. Gray, The Soviet-American Arms Race, Lexington, Mass. 1976, S. 109 f., Kosta Tsipis, Tactical and Strategic Antisubmarine Warfare, Stockholm 1974, S. 10 und S. 46 f. und Albert Legault/George Lindsey, Dynamik des nuklearen Gleichgewichts, Frankfurt/M. 1973, S. 134. 1967 besaß die Sowjetunion über 100 SLBM (Zahlenangaben für ICBM und SLBM nach: The Military Balance 1975/76, S. 73).

tig wäre, würde es nur mit logischer Stringenz begründen, daß die „Nachrüstung" Anfang der 70er Jahre militärstrategisch unverzichtbar war. Wir stünden dann vor dem Paradox, daß die eurostrategische Abschreckungsanlage nichtsdestotrotz ein ganzes Jahrzehnt lang stabil geblieben ist.

4. Behauptung:
Die eurostrategischen Waffensysteme der NATO veralten und verlieren an militärischer Effizienz.

„Das an Zahl ohnehin unterlegene Mittelstreckenpotential der NATO veraltet indessen. Die Wirksamkeit der 150 amerikanischen F-111-Bomber und der 50 britischen Vulcan-Bomber in der nuklearen Einsatzrolle wird angesichts steigender Luftverteidigungsfähigkeit des Warschauer Paktes immer geringer."[24])

Zur Frage der Veralterung der eurostrategischen Systeme:

1. Großbritannien hat – wie seit langem geplant – beschlossen, seine „Polaris"-U-Boote durch modernere Kapazitäten abzulösen und sich für die Beschaffung des von der amerikanischen Marine gerade in Dienst gestellten „Trident"-Systems entschieden, das waffentechnisch den neusten Stand repräsentiert. Damit wird Großbritannien sein euronukleares Potential völlig unabhängig vom NATO-„Nachrüstungsbeschluß" erheblich modernisieren, auch wenn die Ablösung der britischen „Polaris"-Flotte erst einige Jahre nach der geplanten Stationierung der „Pershing II" und der „Cruise Missiles" erfolgen soll. Sein seegestütztes Nuklearpotential wird dann von 64 Raketen (SLBM) mit 192 Sprengköpfen auf 96 Raketen mit insgesamt 2304 Sprengköpfen anwachsen – ein Zuwachs von über 2000 nuklearen Sprengladungen[25])!

2. Mehrere europäische NATO-Länder führen demnächst einige hundert Maschinen des Typs MRCA „Tornado" in ihre Luftwaffen ein. Dieser hochmoderne Jagdbomber verfügt über Tiefstflugeigenschaften, die es ermöglichen, der Radarerfassung und damit der Luftabwehr zu entgehen. In Großbritannien löst die „Tornado" die in der Tat veralteten „Vulcan"-Bomber ab, die allerdings über eine größere Reichweite verfügten[26]).

3. Die 156 in England stationierten schweren Jagdbomber der US-Air Force vom Typ F-111, die mit einem Aktionsradius von über 2400 km Ziele weit im Hinterland der UdSSR erreichen können, verfügen über flugtechnische Eigenschaften, die hinter denen der „Tornado" nicht zurückstehen. Ein bordeigenes Geländefolgesystem erlaubt eine Überwindung der Radarab-

24) Die nuklearen Mittelstreckenwaffen, S. 17 f. Auch die dort (S. 18) unterstellte zunehmende Verwundbarkeit des eurostrategischen Potentials der NATO betrifft die seegestützten Waffensysteme nicht, da sie von Mittelstreckenraketen nicht bekämpft werden können.
25) Nach Angaben von „Die Welt" v. 17. 7. 1980.
26) Siehe Sherwood S. Cordier, Calculus of Power: The Current Soviet-American Conventional Military Balance in Central Europe, Washinton 1980, S. 89 und S. 92 und das Verteidigungsweißbuch der Bundesregierung 1975/76, S. 102.

wehr im Tiefstflug[27]). Die F-111 ist technologisch ebensowenig obsolet wie die noch vor der Indienststellung stehende „Tornado".

4. Die US-Navy stellt derzeit die ersten Unterseekreuzer des Typs „Trident" in Dienst. Dieses Waffensystem, das neue Superlative der Reichweite, Treffsicherheit und Zerstörungsfähigkeit setzt, könnte die dem europäischen NATO-Oberkommando SACEUR zugeordneten „Poseidon"-Unterseeboote ablösen, deren Ausmusterung in den 90er Jahren ansteht[28]).

Zur Frage der militärischen Wirksamkeit:

1. Gegen die seegestützten britischen „Polaris"-Raketen und ihr amerikanisches Pendant, die „Poseidon", gibt es – sind sie einmal abgefeuert – keine Abwehrmöglichkeit. Die völlige Ausschaltung der nuklearen U-Boot-Flotten in See ist so gut wie ausgeschlossen; diese Trägersysteme sind weitgehend unverwundbar und garantieren die ungeschmälerte Wirksamkeit wichtiger Komponenten des eurostrategischen Potentials der NATO.

2. Amerikanische Experten rechnen damit, daß im Falle eines Angriffs der strategischen B-52-Bomber der amerikanischen Luftwaffe die durch die sowjetische Luftabwehr verursachte Verlustrate etwa 15 % beträgt [19]). Im Vergleich zur B-52 ist die F-111 mit wesentlich besseren Tiefflugeigenschaften ausgerüstet. Sie erreicht außerdem eine weit höhere Spitzengeschwindigkeit. Selbst wenn es gelingen sollte, ca. 50 % der 156 in Europa stationierten F-111 abzufangen, wären die verbleibenden 70–80 Maschinen imstande, über 200 Wasserstoffbomben mit einer Sprengkraft von je einer Million Tonnen TNT über ihren Zielen abzuladen – genug, um die Sowjetunion tödlich zu treffen[30]).

Fazit: Die wesentlichen Komponenten des eurostrategischen Potentials der Atlantischen Allianz sind technologisch nicht veraltet. Wo die Ausmusterung nuklearer Waffensysteme ansteht, werden diese völlig unabhängig vom „Nachrüstungsbeschluß" durch leistungsfähige Nachfolgemuster ersetzt. Das eurostrategische Waffenarsenal der NATO bleibt also auch ohne die „Nachrüstung" militärisch effektiv.

5. Behauptung:
Die Nachrüstung ermöglicht die Verteidigung Westeuropas.

„Mit diesen neuen Systemen schafft das Bündnis die Fähigkeit, Abschreckung und Verteidigung unter den veränderten strategischen Bedingungen auch in Zukunft glaubwürdig und wirksam zu erhalten."[31])

27) Zur Angabe der Zahl der in Großbritannien stationierten F-111 siehe: The Military Balance 1979/80, S. 119. Zum Aktionsradius und den Flugeigenschaften der Maschine siehe die in Anm. 13 aufgeführten Arbeiten sowie Cordier, Calculus of Power, S. 65.
28) Siehe SIPRI-Yearbook 1980, S. XXXVII f.
29) Gert Krell, Das militärische Kräfteverhältnis bei den nuklearstretegischen Waffen, Frankfurt/M. 1980, S. 18 und: Congressional Budget Office, Retaliatory Issues for the U.S. Strategic Nuclear Forces, Washington 1978, S. 13.
30) Nach Angaben von: The Military Balance 1979/80, S. 119, trägt jede F-111 bis zu drei H-Bomben.
31) Die nuklearen Mittelstreckenwaffen, S. 21.

Diese Behauptung ist absurd, solange unter Verteidigung die Abwehr eines Angriffs zu verstehen ist. Gegen einen Angriff sowjetischer Mittelstreckenraketen gibt es keine Verteidigung, da die NATO über keine Möglichkeit verfügt, anfliegende Raketen abzufangen. Die einzige Abwehrmöglichkeit bestünde darin, diese Raketen noch vor ihrem Start zu vernichten. Die SS-20 ist mobil. Ein Ziel, dessen Standort unbekannt ist, kann logischerweise auch nicht getroffen werden. Zudem sind die neuen NATO-Systeme („Pershing II" und Marschflugkörper) für einen Einsatz gegen die SS-20 ungeeignet. Ihre Reichweite beträgt 1800 bzw. 2500 km, die SS-20 reicht über 4000 km weit. Sie kann daher in Gebieten stationiert werden, wo sie dem Zugriff dieser Waffen entzogen ist[32]).

Nach Angaben der Bundesregierung verfügt die Sowjetunion über mehr als 100 SS-20-Raketen[33]). Die Bundesrepublik würde untragbare Verluste hinnehmen müssen, wenn auch nur 7 dieser Raketen, die zusammen 21 Sprengköpfe à 250 Kilotonnen TNT transportieren, auf ihre urbanen Zentren gezielt würden: 20 Nukleardetonationen dieser Größenordnung würden nach den Berechnungen der Weizsäcker-Studie genügen, um 10 Millionen Bundesbürger zu töten.[34]).

Die NATO könnte höchstens mit einem entsprechenden „Vergeltungsschlag" antworten: „Vergeltung" ist möglich, Verteidigung nicht.

6. Behauptung:
Ohne Nachrüstung entsteht eine Lücke im (eurostrategischen) Abschreckungsspektrum.

„Für die Glaubwürdigkeit der Abschreckungsstrategie der NATO können sich . . . schwerwiegende Konsequenzen ergeben. Das Bündnis muß befürchten, daß es aufgrund einer wachsenden Disparität bei nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa nicht in der Lage ist, auf einen Einsatz sowjetischer Mittelstreckenwaffen gegen die NATO so zu reagieren, wie es die Bündnisstrategie verlangt. Ohne ein nach Quantität und Qualität ausreichendes eigenes Mittelstreckenpotential in Europa kann die NATO nicht auf der gleichen Stufe nuklear antworten . . . Diese Fakten würden ohne westliche Antwort eine Lücke in der Abschreckungstriade der NATO ergeben . . ."[35]).

„Dafür muß in Europa ein amerikanisches Nuklearpotential zur Verfügung stehen, mit dem . . . begrenzte nukleare Reaktionen möglich sind, die eindeutig unterhalb der höchsten Reaktionsstufe der NATO liegen . . ."[36]).

Im Spektrum der Nuklearstrategien lassen sich zwei zentrale Optionen unterscheiden: Ein Angriff gegen Industrieziele und urbane Zentren des

32) Zu den Reichweiten und technischen Merkmalen von SS-20, „Cruise Missiles" und „Pershing II" siehe: SIPRI-Yearbook 1980, S. XXV u. S. 178 f. The Military Balance 1979/80, S. 118, Die nuklearen Mittelstreckenwaffen, S. 21 und S. 38 und Dieter S. Lutz, Das militärische Kräfteverhältnis im Bereich der „Nuklearkräfte in und für Europa", in: Gert Krell/Dieter S. Lutz, Nuklearrüstung im Ost-West-Konflikt, Baden Baden 1980, S. 49.
33) Die nuklearen Mittelstreckenwaffen, S. 37.
34) Siehe Utz-Peter Reich, Die wirtschaftlichen Schäden eines atomaren Krieges in der Bundesrepublik Deutschland und ihre Folgen, in: Carl Friedrich v. Weizsäcker (Hrsg.), Kriegsfolgen und Kriegsverhütung, München 1971, S. 271.
35) Die nuklearen Mittelstreckenwaffen, S. 18.
36) Ebd.

Gegners und eine Attacke gegen ausgewählte militärische Ziele. Die NATO-Strategen gehen offenbar davon aus, daß das eurostrategische Potential der Allianz imstande sein müsse, die Sowjetunion von beiden Arten nuklearer Schläge abzuschrecken. Unabhängig vom Realitätsgehalt solcher Erwartungen wäre daher zu überprüfen, ob die NATO mit dem derzeit verfügbaren eurostrategischen Potential der Sowjetunion eine nukleare Reaktion auf den selben Ebenen androhen und sie somit von einem Einsatz ihrer Mittelstrekkenwaffen gegen Städte wie Militäranlagen abschrecken kann. Eine Nachrüstung ließe sich dann von keiner der beiden Optionen her begründen.

Es ist ganz offensichtlich, daß die NATO einen Angriff auf westeuropäische Städte auch ohne neue Mittelstreckensysteme vernichtend beantworten könnte. Schon die Zerstörung der 12 größten Städte der UdSSR wäre für die politische Führung der Sowjetunion ein unakzeptabler Verlust, der sie von euronuklearen Abenteuern abschrecken würde. Um diese Bevölkerungszentren völlig zu verwüsten und die Hälfte ihrer Einwohner – das sind über 12 Millionen Menschen – allein durch die Druckwelle auf der Stelle zu töten, bedürfte es des Einsatzes von ungefähr 35 H-Bomben mit einer Sprengkraft von je 1 Mio. Tonnen TNT oder eines Angriffs mit etwa 100 Sprengköpfen à 200 Kilotonnen (Kt) TNT[37]). Diese Wirkung würde bereits der Einsatz eines Teils der britischen „Polaris"-Raketen erzielen: Großbritannien besitzt 4 nuklear bewaffnete Unterseeboote mit insgesamt 64 Raketen, die zusammen 192 Sprengköpfe á 200 Kt tragen. Auch bei einem sowjetischen Erstschlag gegen diese Systeme würden ca. 80 % der Boote überleben[38]). Selbst wenn die Hälfte der britischen U-Bootflotte ausgeschaltet werden könnte, blieben an die 100 „Polaris"-Sprengköpfe einsatzfähig – genug, um die im obigen Szenario dargestellte Zerstörungswirkung zu erzielen[39]).

Von den SACEUR unterstellten „Poseidon"-Systemen oder den nuklearfähigen Maschinen des Typs F-111, die große Teile der Sowjetunion abdecken können, ganz abgesehen: Die eurostrategische Abschreckungslage ist und bleibt stabil, was umfassende nukleare Aktionen gegen Städte und Industriezentren angeht. Die Forderung des Verteidigungsministeriums, die NATO müsse Nuklearangriffe auf der gleichen Stufe beantworten können, auf der sie erfolgen, und dabei auch zu begrenzten nuklearen Reaktionen fähig sein, bezieht sich offensichtlich auf die Alternativstrategie eines selektiven Angriffs auf Ziele militärischer Art. Ein Angriff auf zivile Ziele mit den oben geschilderten Folgen kann nicht als begrenzt gelten. In der Tat könnte es

37) Zu den Wirkungen von Kernwaffendetonationen, auf denen dieses Szenario beruht, siehe U.S. Congress, Office of Technology Assessment, The Effects of Nuclear War, Washington D.C. 1969, S. 19 f. Zu den Bevölkerungsangaben für diese Städte und zu den zu ihrer Zerstürung notwendigen Nuklearpotentialen siehe Dieter S. Lutz, How Much is enough? Wieviel an Vernichtungskapazitäten ist genug?, IFSH-Diskussionsbeiträge Nr. 17/1980, S. 33 f. Ich bin mir der Unmenschlichkeit solcher Kalküle bewußt, bin aber gezwungen, mich damit zu beschäftigen, da sie die Grundlage nuklearer Abschreckungsdoktrinen bilden.

38) Siehe Geoffrey Kemp, Nuclear Forces for Medium Powers, Pt. I, Adelphi Papers No. 106, London 1974, S. 9.

39) Szenarios mit erweiterten Nuklearschlägen finden sich bei Kurt J. Lauk, Die nuklearen Optionen der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1979, S. 402 ff., Lutz, How much is enough? . . ., S. 32 und Alain C. Enthoven/K. Wayne Smith, How much is enough?, New York 1972, S. 207.

prekär sein, wenn die NATO auf einen selektiven Einsatz gegen Militärziele nur mit einem Schlag gegen Bevölkerungszentren antworten könnte. Dies würde den Konflikt unvermeidlich und ungewollt auf eine höhere Stufe des nuklearen Eskalationssystems verlagern und einen entsprechenden Gegenschlag provozieren. Um diesem Dilemma zu entgehen, müßte die NATO über geeignete Waffensysteme verfügen, die eine Strategie des selektiven Einsatzes von Nuklearwaffen gegen ausgewählte Militärziele erlauben.

Da es sich bei militärischen Anlagen im Gegensatz zu Städten und Industriezentren um relativ kleinflächige Zielobjekte handelt, sind vergleichsweise zielgenaue Waffensysteme vonnöten[40]). Die britischen „Polaris"-Systeme sind für einen Einsatz gegen verbunkerte Punktziele in der Tat nicht geeignet, da sie eine Zielgenauigkeit von lediglich 900 m aufweisen[41]). Zur Bekämpfung harter Ziele muß in der Regel eine Treffsicherheit von unter 370 m erreicht werden[42]). Auch die amerikanischen „Poseidon"-Raketen (Zielgenauigkeit 460–500 m) sind gegen gehärtete Punktziele nicht optimal einsetzbar, dürften aber präzis genug sein, um ungeschützte militärische Anlagen (wie etwa Flugplätze) zu zerstören[43]). Die nuklearfähigen taktischen Kampfflugzeuge der NATO und die schweren Jagdbomber F-111 würden den Kriterien aber genügen, da von einer Wurfgenauigkeit von weniger als 200 m ausgegangen werden kann[44]). Wegen ihres begrenzten Aktionsradius dürften die taktischen Kampfflugzeuge allerdings nur gegen Ziele in den westlichsten Gebieten der Sowjetunion einsatzbar sein. Die F-111 könnten wegen ihrer wesentlich größeren Reichweite jedoch auch Ziele im sowjetischen Binnenland abdecken. Auch wenn nur 50 % der 156 vorhandenen Maschinen zu ihren Zielen vordringen könnten, wäre die Zerstörung von ca. 200 Objekten möglich (s. o.). Das wäre dann allerdings kaum mehr ein begrenzter Schlag: Da viele Militärobjekte in der Nähe von Städten liegen, dürften die unbeabsichtigten Begleitschäden (vor allem durch Dutzende von Kilometern weit reichenden atomaren Fallout) auch beim Einsatz von kleineren Atomsprengköpfen immens sein[45]). Ein selektiver Nuklearschlag gegen Militärobjekte müßte sich daher auf eine wesentlich geringere Zahl von Zielen beschränken, sonst wäre er von einem Angriff auf urbane Zentren nicht mehr unterscheidbar.

Für beide Strategien stehen der NATO jedenfalls die erforderlichen Einsatzmittel zur Verfügung. Eine Lücke im Spektrum der nuklearen Optionen ist nicht in Sicht.

---

40) Die „Pershing II" und die Cruise Missiles" sind für die Vernichtung von Punktzielen prädestiniert, da sie über Zielgenauigkeiten von wenigen Dutzend Metern verfügen. Siehe SIPRI-Yearbook 1980, S. 179 und Lutz, Das militärische Kräfteverhältnis . . ., S. 55.

41) SIPRI-Yearbook 1979, S. 10.

42) So Krell, Das militärische Kräfteverhältnis . . ., S. 9.

43) Technische Angaben nach Krell, a.a.O., S. 31 ff. Laut Angaben der amerikanischen Marine soll die „Poseidon" allerdings punktzielfähig und zur Zerstörung gehärteter Ziele geeignet sein. Siehe SIPRI-Yearbook 1979, S. 410.

44) Die Wurfgenauigkeit der B-52 liegt bei 180 m. Siehe SIPRI-Yearbook 1980, S. XXVIII. Die F-111 dürfte wegen ihrer Ausrüstung mit einem rechnergesteuerten Abwurfsystem noch präziser sein.

45) Siehe die Angaben des ehemaligen Abteilungsleiters im Pentagon Alain C. Enthoven vor einem Kongreßausschuß: 93/2 U.S. Congress, Senate, Committee on Foreign Relations, Hearings: Nuclear Weapons and Foreign Policy, Washinton, D.C. 1974, S. 73 f.

7. Behauptung:
Die Nachrüstung schafft das Fundament für Rüstungskontrollverhandlungen über Mittelstreckenwaffen.

„Ein Modernisierungsbeschluß, einschließlich einer verbindlichen Festlegung auf Dislozierungen, ist erforderlich, ... um das Fundament für ernsthafte Verhandlungen über TNF zu schaffen[46]*)."*

Die Behauptung besitzt eine gewissen Plausibilität: Wenn die NATO der Sowjetunion keine Tauschobjekte für eine Reduzierung der Mittelstreckenraketen anbieten kann, könnte der UdSSR wenig Anreiz zum Abschluß eines Rüstungsbegrenzungsvertrages geboten sein, da sie ja zu einem einseitigen Verzicht genötigt wäre. Die NATO verfügt in Europa – abgesehen von 18 französischen Exemplaren – derzeit nicht über landgestützte Mittelstreckenraketen.

Eine Strategie, die Abrüstung durch Aufrüstung erzwingen will, ist nach den bisherigen Erfahrungen mit rüstungskontrolldiplomatischen Prozessen jedoch zum Scheitern verurteilt[47]). Rüstungsakte werden von der jeweiligen Gegenseite nicht als Versuch der Herstellung militärischer Parität zur Verbesserung der Ausgangsposition bei Rüstungskontrollverhandlungen verstanden, sondern als Indiz eines militärischen Überlegenheitsstrebens, und lösen Rüstungsmaßnahmen aus, die dies verhindern sollen. Beide Seiten verstehen ihre Maßnahmen dabei als „Nachrüstungen" auf „Vorrüstungen" des militärischen Konkurrenten. Das Ergebnis dieser rüstungskontrollpolitischen Strategie ist dann weder Abrüstung noch Rüstungsbegrenzung, sondern ein – theoretisch unbegrenzter – Rüstungswettlauf. Die Strategie der Abrüstung durch Aufrüstung erweist sich als eklatanter Fehlschlag.

Diese generelle Beobachtung trifft auch in diesem Falle zu: Die politische Leitung der UdSSR warf der NATO im Zusammenhang mit dem Brüsseler Beschluß ein Streben nach nuklearer Überlegenheit vor und kündigte an, falls der Westen sein eurostrategisches Arsenal ausbaue, werde auch sie ihr Kernwaffenpotential aufstocken[48]). Verhandlungen über eine Begrenzung oder Reduzierung der eurostrategischen Systeme seien unmöglich, solange der NATO-Rüstungsbeschluß nicht rückgängig gemacht worden sei[49]). Sie ließ in der Folge allerdings durchblicken, daß eine Revision dieses Standpunktes nicht ausgeschlossen sei[50]). Im Sommer 1980 führten Gespräche mit

46) Kommuniqué der Sondersitzung der Außenminister und der Verteidigungsminister der NATO vom 12. Dezember 1979 in Brüssel, zit. nach: Die nuklearen Mittelstreckenwaffen, S. 11 f.
47) Siehe Peter Schlotter/Stephan Tiedtke, Gibt es noch eine Alternative zur Aufrüstung in Europa?, in: Reiner Steinweg (Red.), Das kontrollierte Chaos. Die Krise der Abrüstung, Frankfurt/M. 1980, S. 39 ff., Erwin Müller, Paradoxe Logik. Die Rüstungskontrollpolitik der Bundesregierung und ihre Prämissen, in: Studiengruppe Militärpolitik, a.a.O., S. 161 ff. u. G. W. Rathjens/Abram Chayes/Jack P. Ruina, Nuclear Arms Control Agreements: Process and Impact, Washington, D.C. 1974, S. 20 ff.
48) Siehe z. B. „Süddeutsche Zeitung" v. 6. 10. 1979, „Frankfurter Rundschau v. 5. 12. 1979, „Der Spiegel", 48/1979, S. 21 u. Müller, Paradoxe Logik, S. 170.
49) Siehe Leitenberg, Die taktischen Nuklearwaffen . . ., S. 39 u. S. 42.
50) Siehe „Der Spiegel", 23/1980, S. 21.

Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher zu dem Ergebnis, daß sich die Sowjetführung zu Verhandlungen bereit erklärte, auch wenn der Brüsseler Beschluß nicht aufgehoben sei[51]). Ein formelles Abkommen über eine Begrenzung der eurostrategischen Systeme sei jedoch erst nach der Ratifikation des SALT II-Vertrages im amerikanischen Kongreß möglich. Außerdem müßten in die Verhandlungen (die eventuell unter der Bezeichnung Salt III laufen werden) neben den Mittelstreckenraketen alle NATO-Systeme einbezogen werden, die sowjetisches Territorium erreichen können[52]).

Auch wenn die Verhandlungen zwischen USA und UdSSR konkret vorbereitet werden, dürften derzeit nur geringe Aussichten auf Erfolg bestehen:

– Die widerstrebende Haltung der US-Regierung, die als Schwerpunkt des Brüsseler Doppelbeschlusses stets die Rüstungsentscheidung ansah, läßt wenig Hoffnung auf einen Verzicht auf die Einführung der neuen Systeme aufkommen.

– Die Einbeziehung sämtlicher NATO-Systeme, die sowjetisches Territorium erreichen können, dürfte zu einem ausgedehnten Datenstreit führen, der – ähnlich wie bei den MBFR-Verhandlungen – die Gespräche in die Länge zieht. Denn: Es ist umstritten (und NATO-Angaben weichen dabei stark von sowjetischen Einschätzungen ab), wie viele der nuklearfähigen Jagdbomber, die zu den Forward Based Systems der USA gehören, tatsächlich sowjetisches Staatsgebiet erreichen können, da die Aktionsradien nach Flugprofil und Waffenzuladung schwanken, und wieviele dieser Maschinen tatsächlich für nukleare Einsätze vorgesehen sind. Der stellvertretende amerikanische Außenminister Warren Christopher prognostizierte: „Die Frage, was Forward Based Systems eigentlich sind, wird sich wohl als die komplizierteste in der Geschichte der Abrüstungsverhandlungen herausstellen."[54])

– Wenn sich – wie vorherzusehen – die Verhandlungen über Jahre hinziehen, wird durch die NATO-„Nachrüstung" und entsprechende „Nachrüstungen" der Sowjetunion, die vom Westen mit neuen Rüstungsschritten beantwortet werden könnten, das Waffenarsenal, dessen Reduzierung verhandelt wird, beträchtlich anschwellen. Am Ende der Gespräche werden sich wesentlich größere Potentiale gegenüberstehen als zu Beginn, die dann vielleicht etwas zurückgeschnitten werden, aber immer noch weit über dem heutigen Stand liegen dürften.

Nicht ausgeschlossen ist auch ein Ergebnis à la SALT II: Die Potentiale werden nicht gestutzt; es werden nur Obergrenzen für ihren künftigen Ausbau bestimmt, bis zu denen weiter aufgerüstet werden darf. Mit größter Wahrscheinlichkeit wird die Strategie des „Aufrüstens um abzurüsten" auch diesmal scheitern. Sie ist keine akzeptable Begründung des NATO-Beschlusses.

---

51) Siehe „Der Spiegel", 28/1980, S. 20 f. und 27/1980, S. 20.
52) Siehe „Der Spiegel", 28/1980, S. 23.
53) Zur amerikanischen Haltung siehe „Der Spiegel", 27/1980, S. 19.
54) „Der Spiegel", 30/1980, S. 21.

So grotesk die für diesen Beschluß vorgebrachten Begründungen zum Teil auch sein mögen: Ihre politische Funktion ist klar. Rüstungsschritte müssen gesellschaftlich legitimiert werden. Wo militärische Stärke oder gar Überlegenheit nicht mehr allgemein akzeptierte Ziele darstellen, als legitim allenfalls die Vermeidung einer gefährlichen Unterlegenheit oder die Beseitigung von Abschreckungslücken gilt, muß notgedrungen auf eine entsprechende Argumentationsstruktur zurückgegriffen werden. Dies gilt für Rüstungslegitimationen in Ost und West, wo Rüstungsschritte stets als „Nachrüstungen" auf „Vorrüstungen" des Konkurrenzsystems ausgegegen werden. Die ungeheure Komplexität und die mangelnde Transparenz des Rüstungspolitikbereichs gestalten eine Überprüfung dieses Legitimationsmusters ungemein schwierig.

Die außenpolitischen Motive, die – von rüstungsökonomischen Interessen abgesehen – hinter der unablässigen Anhäufung nuklearer Übertötungskapazitäten stehen, dürften der Illusion entspringen, der Umfang des Nuklearpotentials korreliere mit der Sicherheit des eigenen Systems gegen militärische Bedrohungen oder stehe gar mit diplomatischer Durchsetzungsfähigkeit in der internationalen Politik in Zusammenhang. Diese Überzeugung mag – auf konventionelle Rüstung bezogen – eine gewisse Plausibilität aufweisen. Die spezifischen Gesetze des nuklearen Bereichs, wo Aufrüstung eine militärische Überlegenheit angesichts der Zweitschlagsfähigkeit des Gegners nicht herzustellen vermag, ermöglichen allen Rüstungsanstrengungen zum Trotz keine „Politik der Stärke". Ebensowenig vermag nukleare Aufrüstung die äußere Sicherheit der Beteiligten zu erhöhen.

Westeuropa und die Bundesrepublik dürften durch die Stationierung der „Pershing II" und der Marschflugkörper im Kriegsfalle umso sicherer ausgelöscht werden – falls eine Steigerung dieser Wahrscheinlichkeit überhaupt noch möglich ist: Diese Waffensysteme bedrohen unmittelbar sowjetisches Territorium und fordern zu einem nuklearen Präemptivschlag geradezu heraus, der mit immensen Begleitschäden verbunden wäre[55]).

Die amerikanische Administration mag sich von der Einführung der neuen Mittelstreckensysteme Vorteile versprechen, falls sie auf eine Abkopplung des amerikanischen Staatsgebietes von einem eurostrategischen Nuklearkrieg hofft[56]). Sie steigern ihre Fähigkeit, umfangreiche Nuklearschläge

55) Siehe Carl Friedrich v. Weizsäcker in: „Die Zeit" v. 16. 11. 1979 und Erwin Müller, „Nach"-Rüstung und Rüstungswettlauf. Zum NATO-Beschluß über neue eurostrategische Mittelstreckensysteme, Tübingen 1980, S. 15. Die 108 „Pershing II" und die 464 Marschflugkörper, die jeweils zu viert auf einem Startfahrzeug deponiert sind, würden insgesamt 224 Ziele bilden. Ihrer Beweglichkeit wegen müßte aller Voraussicht nach mehr als ein Nuklearsprengkopf pro Ziel angesetzt werden. Auf die Stationierungsländer würden im Falle eines sowjetischen Präemptivschlages mehrere hundert Nukleargefechtsköpfe niederregnen.

56) Die zuweilen geäußerte Überzeugung, die Einführung der 572 neuen Mittelstreckensysteme sei ein wesentlicher Beitrag zum Versuch der USA, eine nukleare Erstschlagskapazität zu erlangen, ist wenig plausibel. Die USA werden in den nächsten Jahren mindestens 2000 neue Sprengköpfe auf interkontinentalen MX-Raketen, mehr als 3000 Marschflugkörper auf B-52-Bombern und über 1000 seegestützte „Cruise Missiles" beschaffen (siehe Gert Krell, Ziele und Ergebnisse der Rüstungskontrolle, in: „Vorgänge", 3/79, S. 70). Angesichts dieser ungeheuren Expansion der nuklearen Angriffskapazitäten fallen die paar hundert europastationierten Systeme kaum ins Gewicht.

gegen Ziele im Inneren der UdSSR führen zu können, ohne auf die SACEUR zugeordneten „Poseidon"-Raketen zurückgreifen zu müssen, deren Einsatz in amerikanischer Sicht problematisch sein kann: Nach Angaben der amerikanischen Regierung ist es der sowjetischen Führung nicht möglich, zwischen einem Einsatz SACEUR-assignierter und somit eurostrategischer SLBM und den unter zentralem amerikanischen Kommando stehenden und somit globalstrategischen SLBM zu unterscheiden[57]).

Der Einsatz landgestützter amerikanischer Mittelstreckensysteme hingegen würde deutlich machen, daß die USA einen nuklearen Konflikt als auf Europa begrenzt betrachten. Die Sowjetunion könnte – wenn sie diese Definition übernimmt – ihren allfälligen Gegenschlag auf Ziele in Westeuropa beschränken und amerikanisches Staatsgebiet aussparen.

Sollte die amerikanische Administration diese Hoffnung hegen, dann setzt sie auf ein Kalkül, das nicht aufgehen kann: Der Einsatz amerikanischer Nuklearwaffen gegen sowjetisches Territorium wird ja gerade durch die Androhung eines entsprechenden Gegenschlags auf amerikanisches Gebiet abgeschreckt. Die Sowjetunion würde diese Abschreckungsschwelle erheblich senken, wenn sie sich auf eine Aussparung amerikanischen Territoriums einließe. Zudem: Ein Angriff, bei dem auch nur ein Teil des geballten Potentials der 572 neuen amerikanischen Mittelstreckenwaffen eingesetzt würde, müßte in der Sowjetunion Schäden anrichten, die den Auswirkungen eines Angriffs mit Interkontinentalwaffen in nichts nachstünden[58]). Die Sowjetunion dürfte dann keinen Grund mehr sehen, auf einen Einsatz ihrer Interkontinentalwaffen gegen das Gebiet der Vereinigten Staaten zu verzichten: Nicht der Ausgangsort eines Nuklearangriffs definiert dessen Klassifizierung in der Eskalationsskala, sondern seine militärische und politische Wirkung.

Die Aufrüstung im Bereich der nuklearen Mittelstreckenwaffen kann angesichts dieser Perspektiven auch den Amerikanern keine Verbesserung ihrer strategischen Position gewähren. Sie dürfte keinem der beteiligten Staaten militärische oder politische Vorteile einbringen, geschweige denn seine Sicherheit erhöhen. Das gilt übrigens auch für die Sowjetunion, deren Mittelstreckenpotential m.E. jedes militärisch sinnvolle Maß ebenfalls bei weitem überschreitet. Der drohende Rüstungswettlauf im Bereich der Mittelstrekkenwaffen kann nur vermieden werden, wenn die NATO ihren Rüstungsbeschluß rückgängig macht und die Sowjetunion auf den weiteren Ausbau ihres SS-20-Potentials verzichtet.

57) Dieses Unterscheidungsdilemma hob z. B. der amerikanische Verteidigungsminister Schlesinger hervor. Siehe „Neue Zürcher Zeitung" v. 29. 9. 1979.

58) Jede der 464 „Cruise Missiles" trägt einen Gefechtskopf mit einem Detonationswert von 200 Kilotonnen (siehe SIPRI-Yearbook 1980, S. 178 f.). Die Hiroshima-Bombe besaß weniger als ein Zehntel dieser Sprengkraft. Die Wirkungen eines Einsatzes der neuen eurostrategischen Waffen im dichtbesiedelten Westteil der UdSSR dürften – selbst wenn nur Militärobjekte auf der Zielliste stehen – verheerend sein.

Polen und die Bundesrepublik

Von Ryszard Wojna

Das deutsch-polnische Verhältnis ist immer von besonderer Bedeutung für Frieden und Sicherheit in Europa gewesen. Das gilt auch für die Entwicklung nach 1945, in der die Bundesrepublik fast zwei Jahrzehnte lang eine unrühmliche und latent friedensbedrohende Revisionspolitik betrieben hat, deren Folgen noch längst nicht bewältigt sind, und nicht minder für die gegenwärtige kritische Phase der Ost-West-Entspannung.

Wir haben deshalb den führenden polnischen Deutschland-Experten Ryszard Wojna gebeten, unter besonderer Berücksichtigung der Erfahrungen mit dem vor zehn Jahren abgeschlossenen Warschauer Vertrag den Stand der Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik aus polnischer Sicht einzuschätzen. D.Red.

Am 7. Dezember 1980 werden es zehn Jahre her sein, seit in Warschau der Vertrag zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland „über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen" unterzeichnet wurde. Im Hinblick auf den Konfliktstoff, den die Einstellung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der polnischen Westgrenze an Oder und Neiße dargestellt hat, und auch auf die sich daraus ergebenden Gefahren für den europäischen Frieden, messen wir diesem Vertrag eine über die bilateralen Beziehungen beider Seiten hinausgehende Bedeutung bei. Aus der Perspektive von zehn Jahren läßt sich feststellen, daß dieses Dokument zu einem tragenden Bestandteil der europäischen Friedensordnung der Nachkriegszeit geworden ist. Seine Unterzeichnung machte u. a. den Weg zur Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa frei, auf der das Prinzip der Unantastbarkeit der bestehenden Grenzen als Grundpfeiler des Friedens anerkannt wurde.

Übrigens bin ich der Meinung, daß es nicht nötig ist, die Bedeutung, die friedliche Beziehungen in Mitteleuropa und vor allem die polnisch–deutschen Beziehungen für den ganzen Kontinent haben, zu belegen, wenn man in Betracht zieht, daß hier in Mitteleuropa beide Weltkriege ausgebrochen sind, daß hier die Einflußzonen der beiden entgegengesetzten Militärblöcke aneinander grenzen, ja daß hier das größte militärische Potential aller Zeiten konzentriert wurde.

Der gegenwärtige Stand der Beziehungen Polen–Bundesrepublik Deutschland wurde nach einem langwierigen und höchst komplizierten Prozeß erreicht, und viele, vom polnischen Standpunkt aus wichtige Probleme müssen noch erledigt werden.

Die Bundesrepublik Deutschland entstand im Jahre 1949 als ein Staat, der sich selbst als legitimer Nachfolger des Deutschen Reiches betrachtete und in dessen Verfassung das Gebot des Wiederaufbaus des Reiches enthalten war. In dem Maße, wie sich die Stellung der Bundesrepublik festigte, konkretisierte sich dieses Gebot in der Forderung nach der Wiedererlangung der Staatsgrenzen von 1937. Dies bedeutete in Wirklichkeit ein unverhülltes Streben danach, die territorialen Folgen des vom Dritten Reich verlorenen Krieges rückgängig zu machen und war somit direkt gegen Polen gerichtet.

Die Forderungen nach den Grenzen von 1937 wurde für die politischen Kräfte in Bonn zu einem der Hauptkriterien der Verfassungstreue und der Zugehörigkeit zum politischen Establishment. Dies stärkte die Position der rechtsorientierten Kräfte und vergrößerte bedeutend den Einfluß der Umsiedlerorganisationen, die eine pausenlose, oft hysterische Kampagne für die Revision der Grenzen führten. Daß diese Organisationen dabei den Verzicht auf Gewaltanwendung deklarierten und den Wunsch äußerten, die alten deutschen Ostgrenzen ausschließlich mit friedlichen Mitteln zu erlangen, änderte nichts am friedensgefährdenden Charakter dieser Forderungen, da jegliche Änderung der Oder-Neiße-Grenze allein und ausschließlich die Folge eines Krieges sein kann.

Zusätzlich verschärft wurde die Lage durch die Tatsache, daß zu den alten nationalen Antagonismen (seit einigen Generationen wurden die jungen Deutschen in den Schulen in der Verachtung für alles, was polnisch ist, erzogen) die während des Kalten Krieges entflammten ideologischen Ressentiments hinzukommen.

Auf diesen Hergang der Ereignisse wurde in Polen mit verständlicher Empfindsamkeit reagiert. Während des Zweiten Weltkrieges ist schließlich jeder sechste polnische Bürger den Deutschen zum Opfer gefallen. Und die Polen zugefügten materiellen Schäden waren in ganz Europa ohne Beispiel. Und nun fühlten sich die Polen wenige Jahre nach dem Kriege wieder von den Deutschen bedroht.

Es war eine natürliche Reaktion des polnischen Volkes, daß es sich um das regierende linke Lager, das die Sicherheit des Landes als übergeordnete Aufgabe anerkannt hatte, scharte. Eine logische Konsequenz war auch die Festigung der polnisch–sowjetischen Zusammenarbeit. Ähnlich wie das Andenken an die fürchterlichen Leiden während des Zweiten Weltkrieges, war und bleibt die Einstellung zur potentiellen Bedrohung durch die Deutschen eines der wichtigsten Elemente des Selbstverständnisses der Polen.

Trotzdem haben wir nie das deutsche Volk en bloc auf die Anklagebank gesetzt und auch nie die These einer Kollektivschuld formuliert. Auf den vielen Gedenktafeln, die auf den Straßen von Warschau und anderen polnischen Städten anzutreffen sind und die an die Massenhinrichtungsstätten erinnern, heißt es, daß diese Verbrechen von den „Faschisten" oder „Hitlerfaschisten" begangen worden sind. In diesen in Stein gehauenen Anklageschriften wird kein einziges Mal das Wort „Deutsche" gebraucht.

Von den ersten Nachkriegsjahren an waren wir gewillt, die Beziehungen mit unserem westlichen Nachbarn nach anderen Grundsätzen als früher zu regeln. Gleichzeitig stellten wir fest, daß die einzig mögliche Grundlage dieser Beziehungen die Anerkennung des Potsdamer Beschlusses der Siegermächte über die Grenze an der Oder und Lausitzer Neiße ist. Diese Grenze entspricht der historischen Gerechtigkeit und bedeutete für die Polen die Rückkehr zu den alten, historischen polnischen Gebieten sowie die Ausmerzung der gegen Polen gerichteten Folgen des jahrhundertelangen „Drangs nach Osten". Es war die Hauptaufgabe der Außenpolitik Polens, die polnisch–deutschen Beziehungen auf dieser Grundlage zu normalisieren.

Durch die Spaltung Deutschlands, die Entstehung der Bundesrepublik mit ihrem Programm der Revision der Grenzen und dann durch die Remilitarisierung dieses Landes wurde diese Aufgabe allerdings sehr kompliziert.

Um so größere Bedeutung hatte für Polen und den europäischen Frieden die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, die die Pflicht auf sich genommen hatte, die Potsdamer Beschlüsse, darunter auch diejenigen über die Entnazifizierung und die Oder-Neiße-Grenze gewissenhaft durchzuführen. Der am 5. Juli 1950 in Zgorzelec (Görlitz) unterzeichnete Vertrag, in dem die DDR den Verlauf der in Potsdam vereinbarten polnisch-deutschen Grenze anerkannt hatte, wurde zum Meilenstein auf dem Wege zur Lösung der deutschen Frage in ihrer heutigen Gestalt.

Die Bonner Regierung und der Bundestag reagierten darauf mit dem Beschluß über die Nichtigkeit der in Zgorzelec von der DDR gegebenen Unterschrift. Zwanzig Jahre später unterzeichneten Repräsentanten der Bundesrepublik im Vertrag mit Polen eine fast identische Formulierung wie im Görlitzer Vertrag.

Im Jahre 1957 hatte der Erste Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Wladislaw Gomulka, die Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen Polen und Westdeutschland vorgeschlagen. Der Vorschlag wurde von Bundeskanzler Adenauer abgelehnt. Der mutmaßliche Grund war die sog. Hallstein-Doktrin, die die Nichtaufnahme diplomatischer Beziehungen mit Staaten, welche die DDR anerkennen, beinhaltete. Ich glaube aber, daß ein wichtiger Umstand auch der Wunsch war, den polnischen Bürgern den Anspruch auf Schadenersatz für die während des Zweiten Weltkrieges erlittenen Schäden unmöglich zu machen. Das entsprechende Bonner Gesetz ließ nämlich nur Ansprüche seitens der Bürger solcher Staaten zu, mit denen die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen hatte. Weil die Beziehungen mit Polen erst 1972 aufgenommen wurden, und das Gesetz die Anmeldefrist auf 1969 festgelegt hatte, machten es die nacheinanderfolgenden Bonner Regierungen den polnischen Bürgern (mit Ausnahme der Opfer von pseudomedizinischen Versuchen in den Konzentrationslagern) unmöglich, ihre legitimen Rechte in dieser heiklen und schmerzlichen Angelegenheit geltend zu machen.

In den 50er Jahren zeigten SPD-Kreise lebhaftes Interesse an dem polnischen Vorschlag, eine entmilitarisierte Zone in Mitteleuropa zu schaffen. Im Zusammenhang damit kamen erste Kontakte zustande. Einer der führenden Funktionäre der westdeutschen Sozialdemokraten, Carlo Schmid, besuchte damals Polen.

Anfang der 60er Jahre nahm Warschau mit großer Aufmerksamkeit die Erklärung General de Gaulles über die Anerkennung der polnischen Westgrenze an Oder und Neiße sowie die inoffiziellen Nachrichten über Versuche, Bonn in dieser Richtung diskret unter Druck zu setzen, zur Kenntnis. Öffentlich manifestiert wurde diese Haltung Frankreichs durch die Polenreise General de Gaulles, während der er auch den von 1939 zu Deutschland gehörenden Teil von Slask besuchte.

In jener Zeit und in den folgenden Jahren ließ Bonn seine polnischen Gesprächspartner oft hören, daß die Bundesrepublik der Frage der Versöhnung mit Polen ebensolche Bedeutung wie der Versöhnung mit Frankreich beimesse. Diese Analogie widerspiegelte aber, auch wenn sie guten Absichten entsprang, nicht die bestehende Wirklichkeit. Die deutsch-französische Grenze wird doch von keiner der maßgeblichen politischen Kräfte in der Bundesrepublik in Frage gestellt, es gibt dort auch keine Umsiedlerorganisationen, die ihr Heimweh und das Streben z. B. nach der Wiedererlangung von Elsaß und Lothringen verkünden . . . Dagegen kamen und kommen derartige revanchistische gegen Polen gerichtete Aktivitäten leider vor.

Mitte der 60er Jahre, als sich der Entspannungsprozeß in Europa bereits abzuzeichnen begann (sein Wegbereiter in Westeuropa war Frankreich), werden die politischen Kreise in der Bundesrepublik der Gefahr der politischen Isolation gewahr, die ihnen droht, wenn sich ihr Land diesem Prozeß nicht rechtzeitig anschließt.

Die Aufgabe, die westdeutsche Außenpolitik in neue Bahnen zu leiten, hat vor allem die SPD auf sich genommen. Starke Unterstützung erhielt sie dabei von der einflußreichen evangelischen Kirche. In ihrem „Ost-Memorandum" von 1965 wurde die Versöhnung mit Polen unter Wahrung der Rechte des polnischen Volkes postuliert. Die in diesem Memorandum gebrauchte moralisch-politische Argumentation vergrößerte die Handlungsfreiheit der Sozialdemokraten, die eine Wende in der Einstellung zu Polen anstrebten.

Die neuartige Atmosphäre, die sich damit herausbildete, schuf einen guten Boden für den im Mai 1969 von Wladyslaw Gomulka unterbreiteten Vorschlag, einen Vertrag mit der Bundesrepublik Deutschland nach denselben Grundsätzen, wie sie dem in Zgorzelec unterzeichneten Vertrag mit der DDR zugrundeliegen, abzuschließen und diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik aufzunehmen. Neben dem Wunsch, daß die beiden Nachfolgerstaaten des Deutschen Reiches die in Potsdam festgelegte Westgrenze Polens anerkennen, ließ sich Polen dabei von der tiefen Überzeugung leiten, daß die sozialistischen Länder es der Bundesrepublik erleichtern sollten, sich dem europäischen Entspannungsprozeß anzuschließen.

Ende 1969 wurde die polnische Initiative durch die von Willy Brandt geleitete Koalitionsregierung von SPD und FDP aufgegriffen. Bald danach begannen auch die Verhandlungen. In ihrem Verlauf und vor allem nach Abschluß des Vertrages zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion wollte die Bonner Seite Polen dazu überreden, den Vertrag mit Polen als eine getreue Kopie des Wortlautes des in Moskau unterschriebenen Dokuments auszulegen. Der Hauptakzent des Vertrags BRD-UdSSR lag auf dem Verzicht auf Anwendung von Gewalt. Dagegen war der Vertrag VRP-BRD für uns damals nur unter der Bedingung akzeptabel, wenn die westdeutsche Seite schon im ersten Artikel die bestehende westliche Grenze Polens anerkannte. Nur auf dieser Basis war es möglich, den Normalisierungsprozeß der Beziehungen zwischen beiden Ländern einzuleiten.

Dementsprechend heißt es im Artikel I des am 7. Dezember 1970 in Warschau unterschriebenen Vertrags wie folgt:

„1. Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen stellen übereinstimmend fest, daß die bestehende Grenzlinie, deren Verlauf im Kapitel IX der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Lausitzer Neiße und die Lausitzer Neiße entlang bis zur Grenze mit der Tschechoslowakei festgelegt worden ist, die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet.

2. Sie bekräftigen die Unverletzlichkeit ihrer bestehenden Grenzen jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich gegenseitig zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität.

3. Sie erklären, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in der Zukunft nicht erheben werden."

Sofort nach der Unterzeichnung des Vertrags zeichneten sich wesentliche Unterschiede in der Einschätzung seiner politischen Folgen ab. Die Bundesrepublik wollte den Vertragsabschluß mit der erreichten Normalisierung der Beziehungen gleichsetzen. Polen hingegen vertrat den Standpunkt, daß der *Prozeß* der Normalisierung kraft des Vertrags erst eingeleitet wird. Erstens muß etwas Zeit vergehen, bis die psychisch-politischen Spannungen, die die Beziehungen zwischen den Völkern beider Länder belasteten, nachlassen. Zweitens werden die Beziehungen Polen-Bundesrepublik erst dann normal, wenn eine ganze Infrastruktur von Rechtsverträgen, die eine Grundlage für regelrechte Kontakte zwischen allen anderen Ländern bilden, entsteht.

Daß die diesbetreffende polnische Haltung richtig war, bestätigte die lange Ratifizierungsdebatte, und vor allem die in ihrem Verlauf durch alle Bundestagsfraktionen beschlossene Resolution, die an dem rüttelte, was in diesem Vertrag für Polen am bedeutendsten ist. Der wichtigste Satz der Resolution lautete: Die Verträge (mit der UdSSR und Polen) ersetzen die friedensvertragliche Regelung für Deutschland nicht und schaffen keine rechtliche Grundlage für die heute bestehenden Grenzen. Auf diesen Satz, insbeson-

dere seinen zweiten Teil, stützte sich das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, als es im Jahre 1973 im Zusammenhang mit dem Vertrag BRD-DDR das Urteil fällte, demzufolge das Deutsche Reich im rechtlichen Sinne weiterhin, und zwar in den Grenzen von 1937, bestehe. Dieser Urteilsspruch wurde zur Krönung der Rechtsdoktrin des westdeutschen Staates und blockiert entscheidend die Regelung der wichtigsten Rechtsfragen in den Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland. Dieses Urteil, das auch als eine Art einseitige Auslegung des Vertrages zu verstehen, im Lichte des Völkerrechts jedoch unverbindlich ist, machten sich die oppositionellen Kräfte in der Bundesrepublik zunutze, um die Bedeutung des Vertrags als der Grundlage der Normalisierungsprozesse mit Polen zu relativieren. In Anlehnung an diese Bundestagsresolution möchte die CDU/CSU den Vertrag nicht als einen Akt der endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik, sondern lieber nur als eine Art Modus vivendi, gestützt auf das Prinzip des Verzichts auf Gewalt, betrachten.

So hat Polen es in der Bundesrepublik Deutschland mit zweierlei Haltungen gegenüber dem Normalisierungsprozeß zu tun. Die eine basiert auf dem Vertrag vom Dezember 1970, auf seinem klar ausgedrückten Geist und Buchstaben, die zweite möchte die anrüchige Resolution zum Ausgangspunkt machen. Es braucht wohl nicht besonders betont zu werden, daß wir die Beziehungen, darunter auch die politisch-gesellschaftlichen Kontakte, ausschließlich mit denjenigen Kräften entfalten können, die eindeutig auf dem Boden des Vertrags stehen.

Hinzugefügt sei nur, daß Franz Josef Strauß und seine Partei im Zusammenhang mit dem Vertrag sehr häufig den Satz „Pacta sunt servanda" gebrauchen. Mit dem Wort „pacta" meinen sie aber nicht das Dokument, sondern seine Auslegung durch das Bundesverfassungsgericht.

Es ist übrigens bezeichnend, daß in der Bundesrepublik seit der Ratifizierung des Vertrags mit Polen die Anstrengungen zugenommen haben, seine juristische Aushöhlung bzw. Revision abzusichern. Im Endergebnis schadet das nicht so sehr Polen – die Oder-Neiße-Grenze ist und bleibt unantastbar –, sondern dem politischen Geschehen in der Bundesrepublik. Dadurch werden nämlich extrem nationalistische Stimmungen, die viele Zweifel aufkommen lassen und Befürchtungen bei den Nachbarn erwecken, legalisiert und entfacht; belegt wird damit auch eine Haltung, die die Niederlage Deutschlands im Zweiten Weltkrieg nicht anerkennen will. In einem Staat mit einem derart gewaltigen ökonomischen und militärischen Potential kann das auf längere Sicht sehr gefährliche Folgen haben.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen unseren Ländern sind im September 1972, nach der Ratifizierung des Vertrags aufgenommen worden. Noch vorher fand eine kurze, doch heftige Auseinandersetzung wegen der Ablehnung des Rechtes polnischer Bürger auf Schadenersatz für die Leiden während der Okkupation statt. Dadurch gerieten auch die Normalisierungsprozesse in ihrer ersten Phase ins Stocken.

Eine Wende zum Besseren brachte das Treffen zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Edward Gierek, in Helsinki, das bei Gelegenheit der Unterzeichnung der Schlußakte der KSZE zustandekam. Damals einigten sich beide Politiker bezüglich des Rentenvertrags, kraft dessen die Bundesrepublik an Polen 1,3 Mrd. DM gezahlt hat. Damit wurden die ausstehenden Geldleistungen beglichen, die die polnische Regierung in der Nachkriegszeit denjenigen Bürgern, die zu derartigen Leistungen seitens westdeutscher Versicherungsanstalten und der Sozialfürsorge berechtigt waren, gezahlt hat. Schmidt und Gierek legten auch fest, daß Polen ein langfristiger Einmilliardenkredit zu vorteilhaften Bedingungen gewährt wird, der in der westdeutschen Interpretation eine Art Ersatz für die nicht erledigten Entschädigungen darstellen sollte. Zu diesen Vereinbarungen sei noch die Einwilligung der polnischen Regierung für die Ausreise von 120 000 bis 125 000 Personen, die in den folgenden vier Jahren aus Polen in die Bundesrepublik umsiedeln konnten, hinzugefügt.

Letzteres braucht einen kurzen Kommentar. Nach der nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgten Verschiebung der polnisch-deutschen Grenze gen Westen entstanden beachtliche Migrationsprobleme. Entsprechend den Potsdamer Beschlüssen der Siegermächte, unter die später die Vertreter Frankreichs als vierte Großmacht ihre Unterschrift setzten, wurden in der Zeitspanne 1945–1948 einige Millionen Deutsche mit Hilfe von Verkehrsmitteln, die von den Alliierten geliefert worden waren, aus Polen ausgesiedelt. Zehn Jahre später gab Polen denjenigen Einwohnern der ehemaligen deutschen Gebiete, die unmittelbar nach dem Kriege in ihrem Wohnort bleiben wollten, sich dann aber entschieden, zu ihren in der Bundesrepublik lebenden Familien zu fahren, die Chance auszureisen. Im Ergebnis ist eine halbe Million Menschen in der Periode 1957–1974 aus Polen in die Bundesrepublik emigriert, abgesehen von jenen, die in die DDR umgesiedelt sind. Mitsamt der Ausreisen im Ergebnis der Helsinki-Vereinbarungen von 1975 hat Polen also bisher 600 000 Personen die Möglichkeit gegeben, im Rahmen der Familienzusammenführung umzusiedeln.

Es hat Kanzler Schmidt und die Parteien seiner Koalitionsregierung viel Mühe gekostet, bis der Bundesrat diese Vereinbarungen schließlich angenommen hat. Fast bis zum letzten Augenblick legte die CDU/CSU ein kategorisches Veto ein, ohne zur Kenntnis zu nehmen, daß die in den Verträgen genannten finanziellen Leistungen der Bundesrepublik an Polen nur einen Bruchteil der tatsächlichen Verpflichtungen dieses Landes gegenüber dem polnischen Volk ausmachten.

Mit den Gesprächen in Helsinki wurde eine ganze Reihe von deutsch-polnischen Gipfeltreffen eingeleitet. So begann in den Beziehungen Bonn-Warschau eine Periode, in der die Proportionen zwischen den ungelösten Problemen und den Nutzen aus der ökonomischen, kulturellen und in gewissem Grade auch der politischen Zusammenarbeit ausgewogener wurden.

Zu den positiven Erscheinungen zählt auch, meiner Meinung nach, die sich seit einigen Jahren abzeichnende Normalisierung der Beziehungen nicht nur zwischen den beiden Regierungen, sondern auch zwischen den Völkern. So haben im Jahre 1979 mehr als 300 000 bundesdeutsche Bürger Polen besucht und fast ebenso groß war die Zahl der polnischen Bürger, die sich in der Bundesrepublik aufhielten. Jedes Jahr finden in den beiden Ländern hunderte von Konferenzen, wissenschaftliche Symposien und Tagungen unter Teilnahme von Vertretern beider Völker statt. Gegenstand der dort geführten Diskussionen sind unter anderem auch mannigfaltige Aspekte der Normalisierung. Alle anderthalb Jahre tagt das „Forum VRP-BRD" (ich habe die Ehre, sein Mitvorsitzender zu sein), auf dem sich einige Dutzend repräsentative Vertreter des politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Lebens beider Länder versammeln, um den Verlauf des Normalisierungsprozesses einzuschätzen. Hinzuzurechnen sind noch die vielen polnischen „Kulturtage-" und „-wochen", die in etlichen bundesdeutschen Städten veranstaltet werden, und die analogen Präsentationen der westdeutschen Kultur in Polen. Im Ergebnis all dieser Kontakte lernen beide Gesellschaften einander besser kennen und können somit ihre Vorstellungen vom anderen Land korrigieren.

Es sei im Zusammenhang damit festgestellt, daß die polnische Öffentlichkeit auf die Verwirklichung der „Empfehlungen" großes Gewicht legt, die von der gemeinsamen Kommission der polnischen und westdeutschen Historiker beschlossen wurden und die in die Schulbücher beider Länder einzuführenden Änderungen betreffen, deren Zweck es ist, die jungen Generationen im Geiste der gegenseitigen Achtung und des Strebens nach einem Leben in Frieden zu erziehen.

Ihre Durchführung stößt aber auf bisher nicht zu überwindende Hindernisse, trotz der Verpflichtungen, die die Bundesregierung im Kulturabkommen mit Polen auf sich genommen hat. Es handelt sich darum, daß das Schulwesen in der Bundesrepublik nicht zentral, sondern von den zuständigen Ressorts der einzelnen Länder gesteuert wird. Diejenigen Länder, die von der CDU/CSU regiert werden, befürworten den Standpunkt des Bundesverfassungsgerichtes und möchten nicht auf das fiktive Fortbestehen des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 verzichten. Im Ergebnis wird in den Schulatlanten die Oder-Neiße-Grenze nicht als endgültige Grenze vermerkt, eingezeichnet wird dagegen die durch polnisches Territorium verlaufende Grenze von 1937. So muß also die junge Generation die Beziehungen mit Polen als eine provisorische oder noch „zu regelnde Angelegenheit" betrachten. Es ist gar nicht schwer zu erraten, welchen Gefahren das gesellschaftliche Bewußtsein dadurch ausgesetzt wird.

Deshalb kommt die polnische Regierung, unterstützt durch sämtliche politischen und gesellschaftlichen Kräfte unseres Landes, in den Gesprächen mit der Bundesregierung immer wieder auf die Hauptfrage zurück: den Widerspruch zwischen dem internen Rechtssystem der Bundesrepublik und den übergeordneten Normen des Völkerrechts, die im Vertrag mit Polen enthalten sind.

Die Antwort der westdeutschen Seite, sie sei durch das Grundgesetz gebunden, ist für uns unannehmbar. Die Verfassung keines Landes darf sich auf die rechtliche Aggression gegenüber einem anderen Land stützen.

Im Ergebnis dessen werden unsere bilateralen Beziehungen im Bereich der Rechtsfragen gestört. Auf längere Sicht kann das weitere Fortschritte bei der Normalisierung bremsen. Man braucht nur zu sagen, daß dadurch, daß die westdeutsche Gesetzgebung auf dem Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichtes basiert, demzufolge beachtliche Teile des polnischen Territoriums als „Inland" (im Gegensatz zum „Ausland") bezeichnet werden, beiden Ländern keinen Konsularvertrag oder Rechtsschutzvertrag vereinbaren können. Dabei sind beide Dokumente bei einem derart großen Personenverkehr unerläßlich.

Die revisionistischen Rechtsgrundsätze Bonns blockieren sogar die Durchführung jener Verträge, die die Bundesrepublik mit Polen bereits abgeschlossen hat. So wurden z. B. die kraft des erwähnten Rentenvertrags zustehenden Geldleistungen aus der Bundesrepublik den in Opole (Oppeln) ansässigen polnischen Bürgern nicht ausgezahlt, weil nach Ansicht der westdeutschen Versicherungsgesellschaften, die sich auf das Urteil des Gerichts in Karlsruhe berufen, „Opole für die Bundesrepublik Deutschland kein Ausland ist" und sich somit außerhalb des Wirkungsbereiches internationaler Verträge befinde.

Es sei jedoch noch festgestellt, daß sich immer mehr politische Persönlichkeiten in der Bundesrepublik, insbesondere aus den Reihen der SPD, der Sinnlosigkeit dieser Situation und auch der mit ihr verbundenen Gefahren bewußt werden. So hat Bundesminister von Dohnanyi auf dem im Mai d. J. in Darmstadt stattgefundenen „Forum VRP-BRD" zugegeben, daß die westdeutschen Rechtsgrundsätze in den Beziehungen zu Polen zu „Absurditäten führen können". Derartige Feststellungen haben aber bis jetzt den bestehenden Sachverhalt nicht geändert.

Die Sphäre hingegen, in der sich die bilateralen Beziehungen am besten entfalten, ist die ökonomische Zusammenarbeit. In den 70er Jahren wurde die Bundesrepublik Deutschland zum wichtigsten westlichen Wirtschaftspartner Polens und – nach der Sowjetunion – zum zweitwichtigsten Partner überhaupt. Der Gesamtwert der Umsätze pendelt zwischen 4 und 5 Mrd. DM. Die Umsätze könnten noch höher sein, gäbe es nicht die Beschränkungen für den Import polnischer Waren in die Bundesrepublik. Aberkannt wurde uns auch die Meistbegünstigungsklausel, obgleich Polen Mitglied des GATT ist.

Zu den sich entfaltenden Gebieten des Zusammenwirkens gehört auch die Kultur. Groß ist das Interesse der westdeutschen Öffentlichkeit an der polnischen Kultur, in diesem Land finden unsere Kulturgüter den im Westen aufnahmefähigsten Markt.

Man kann ferner feststellen, daß die Massenmedien beider Länder ein redlicheres Bild vom Partnerland als zuvor vermitteln, wenngleich noch in

manchen westdeutschen Zeitungen polenfeindliche, nationalistisch gefärbte Töne zu hören sind.

Dagegen schenkt die polnische Presse der wachsenden Rolle und Position der Bundesrepublik, die sie in der westeuropäischen – und auch der Weltpolitik spielt, immer größere Aufmerksamkeit. Wir machen keinen Hehl daraus, daß wir besonders empfindlich auf die ausgebauten Funktionen der Bundeswehr im Nordatlantikpakt reagieren. Beunruhigung und Proteste der polnischen Öffentlichkeit erweckte vor diesem Hintergrund die Rolle der Bonner Politiker beim Beschluß der NATO über neue Mittelstrecken-Raketenwaffen, die das globale Gleichgewicht zwischen Osten und Westen stören.

Die Suche nach einem gemeinsamen Nenner der Sicherheit wird übrigens, meiner Ansicht nach, in nächster Zukunft immer mehr in den Vordergrund der Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa, somit auch der Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland, rücken.

Mit großer Aufmerksamkeit verfolgen wir die diesbetreffende Haltung Frankreichs und den Charakter seiner Beziehungen zu seinem östlichen Nachbarn.

Wir sind uns dessen bewußt, daß die 80er Jahre eine Antwort auf die Frage nach der Beständigkeit der bisherigen Früchte der europäischen Entspannung und dem weiteren Verlauf der Prozesse, die durch die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit eingeleitet wurden, bringen werden.

Einen wichtiger Bestandteil dieser Antwort wird das Klima der Beziehungen zwischen Bonn und Warschau sein.

Vietnams schwieriger Weg

Nationale Befreiung und sozialistische Revolution

Von Nguyen Khac Vien

Der lange Marsch in die Unabhängigkeit

1945, in der Endphase des Zweiten Weltkrieges, hatten sich die Alliierten auf die Teilung des sogenannten französischen Indochina festgelegt: das Gebiet südlich des 16. Breitengrades sollten die englischen Truppen erobern, um danach durch französische Truppen abgelöst zu werden; der Norden war von den Truppen Tschiang Kai-scheks besetzt. England und Frankreich strebten vor allem danach, ihre ehemaligen kolonialen Positionen in Asien zurückzuerobern und zu konsolidieren, während die chinesischen Führer, die von den Amerikanern unterstützt wurden, in Indochina Fuß zu fassen versuchten.

Beide Seiten wollten um jeden Preis die nationale vietnamesische Bewegung niederschlagen, die unter Führung der Kommunistischen Partei im August zum allgemeinen Aufstand aufgerufen und nach seinem erfolgreichen Verlauf am 2. September 1945 die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam eingesetzt hatte. Nach einem Jahrhundert französischer Herrschaft war dies die erste unabhängige vietnamesische Regierung, deren Gebiet sich vom Norden bis zum Süden erstreckte. 5000 kommunistische Kämpfer hatten mehrere Millionen Menschen hinter sich, die mit unwiderstehlichem Elan die Macht erobert und alle Pläne der „Alliierten" zunichte gemacht hatten, von denen jeder eine in seinem Solde stehende Marionettenregierung installieren wollte.

Die Regierung der Demokratischen Republik Vietnam mit ihrem Präsidenten Ho Chi Minh sah sich Schwierigkeiten gegenüber, die unüberwindbar schienen. Das Land war gerade von schrecklichen Naturkatastrophen verwüstet worden, die den Hungertod von zwei Millionen Menschen zur Folge hatten. Über 90% der Bevölkerung waren noch Analphabeten, und ein politisches, verwaltungsmäßiges und technisches Kadersystem war im Lande praktisch nicht vorhanden. Natürlich gab es keine Armee und keinerlei Gold- oder Devisenreserven. Statt dessen eine Regierung, die sich mit leeren Händen mächtigen Gegnern gegenübersah. Das einzige Land, das Hilfe hätte leisten können, die Sowjetunion, hatte gerade einen schrecklichen Krieg überstanden, der ausgedehnte Zerstörungen hinterlassen hatte, und ihre Industrieproduktion lag noch erheblich unter derjenigen der USA. (So entsprach zum Beispiel die sowjetische Erdölproduktion 8% der amerikanischen Produktion.) Und zwischen der UdSSR und Vietnam war keine Kommunikation möglich.

Für die französische Regierung schien es ein Leichtes zu sein, Indochina zurückzuerobern und diese schwache und isolierte vietnamesische Regierung zur Strecke zu bringen. Am 23. September 1945 starteten die Franzosen ihren ersten bewaffneten Angriff. Tschiang Kai-schek, mit dessen Regime es zu Ende ging, war gezwungen, seine Indochinarechte an Frankreich abzutreten, das auf diese Weise freie Hand erhielt. Im Jahre 1946 dehnten die Franzosen ihren Rückeroberungskrieg auf das gesamte Land aus. Die drei Länder Indochinas – Vietnam, Kambodscha und Laos – wurden schnell wieder erobert, zumindest ihre am leichtesten zugänglichen Gebiete und Städte sowie die wichtigen Verkehrswege.

Der erste Widerstand beginnt

Seit 1945 hatte die vietnamesische Regierung bereits eine allgemeine Politik befürwortet, die vorsah,

– das gesamte Volk am bewaffneten Kampf gegen den Aggressor zu beteiligen,
– eine große landwirtschaftliche Produktionskampagne zu starten, um die Hungersnot zu bannen, sowie
– eine große Kampagne zur Beseitigung des Analphabetismus zu beginnen.

Durch einen Appell an das Nationalgefühl, das die große Masse des Volkes beseelte, gelang es der Regierung nach und nach, die Hungersnot zu beseitigen und mehreren Millionen Menschen Lesen und Schreiben beizubringen. Die bewaffneten Streitkräfte wurden schnell aufgebaut und umfaßten drei Kategorien: reguläre, regionale und örtliche Streitkräfte, die in enger Koordination mit dem politischen Kampf operierten.

Die Städte wurden entvölkert, aber die aktiven Widerstandskräfte führten dort auch weiterhin einen intensiven politischen Kampf, der punktuell ergänzt wurde durch Überfälle auf die Kommandozentralen des Feindes und auf Waffendepots. Die Dörfer und die Bergregionen, in denen zahlreiche ethnische Minderheiten lebten, dienten als Basis des Widerstandes. Innerhalb dieser Basen wurden Verwaltung, Wirtschaft und Unterricht in kurzer Zeit nach nationalen und demokratischen Gesichtspunkten reorganisiert. Die vietnamesische Sprache ersetzte auf allen Ebenen das Französische als Unterrichtssprache.

In seiner ersten Etappe bestand der Befreiungskrieg in erster Linie aus Guerilla-Aktionen, durch die der Gegner gezwungen wurde, seine Truppen auseinanderzuziehen, und die es ihm unmöglich machten, die koloniale Verwaltung erneut zu installieren. Auf französischer Seite versuchte man, die regulären Truppen und die Leitungsorgane des vietnamesischen Widerstandes schnell dadurch auszuschalten, daß man starke Truppeneinheiten mit großer Feuerkraft ins Spiel brachte. Dieser Blitzkrieg schlug fehl, und die französische Führung mußte einen langandauernden Krieg akzeptieren. In dem Maße, wie sich die wirtschaftliche, kulturelle und militärische Organisation in den Regionen weiterentwickelte, konnte der vietnamesische Widerstand – stets in Koordination mit einem intensiven politischen Kampf – immer wichtigere militärische Operationen durchführen.

Im Oktober 1950, das heißt 5 Jahre nach Gründung der Demokratischen Republik Vietnam, konnten die vietnamesischen Streitkräfte im Verlauf einer wichtigen Operation die französischen Truppen aus ihren an der chinesisch-vietnamesischen Grenze gelegenen Stellungen vertreiben. Dieser Sieg, der das Anwachsen der bewaffneten vietnamesischen Streitkräfte unter Beweis stellte, hatte übrigens zur Folge, daß der vietnamesische Widerstand direkten Kontakt mit der erfolgreichen revolutionären Bewegung in China aufnahm. Von diesem Augenblick an konnte der vietnamesische Widerstand technische und materielle Hilfe aus den sozialistischen Ländern erhalten, hauptsächlich aus China. Die Volksrepublik China, die Sowjetunion und die übrigen sozialistischen Länder erkannten die Demokratische Republik Vietnam unverzüglich an.

Die imperialistischen Kräfte reagierten massiv. Washington gewährte Frankreich sofort eine bedeutende Militär- und Wirtschaftshilfe, die dem Ziel diente,

– die nationale vietnamesische Bewegung zu vernichten und
– gleichzeitig die Stelle Frankreichs einzunehmen und in ganz Indochina eine neue Kolonie und Militärbasis Amerikas einzurichten.

Die neokolonialistische Politik nahm ihren Anfang: man setzte die Marionettenregierung Bao-Dai ein und stellte eine Marionettenarmee auf die Beine, um Vietnamesen gegen Vietnamesen kämpfen zu lassen, während das französische Expeditionskorps im Hinblick auf Personalbestand und Bewaffnung erheblich verstärkt wurde. Gegen Ende des Krieges war die Truppenstärke der französischen und der Marionetteneinheiten auf insgesamt eine halbe Million angestiegen. Sie waren reichlich mit amerikanischen Waffen ausgerüstet, und rund 80% der Ausgaben wurden durch die an Frankreich geleistete amerikanische Hilfe finanziert.

Aber der vietnamesische Widerstand entwickelte sich nichtsdestoweniger weiter, auf der Ebene des politischen Kampfes ebenso wie im bewaffneten Kampf, in den Städten, in den Landgebieten und in den Bergregionen. Die militärischen Operationen erreichten eine immer größere Breite und führten schließlich von März bis Mai 1954 zur großen Schlacht von Dien Bien Phu. Im Verlauf dieser Schlacht, die 55 Tage und Nächte andauerte, zwangen die vietnamesischen Streitkräfte wichtige französische Elite-Einheiten, die sich bei Dien Bien Phu verschanzt hatten, zur Kapitulation. Dieser Sieg brach den Angriffswillen der französischen Regierung, die sich daraufhin bereiterklärte, einen Waffenstillstand auszuhandeln.

Auf der Genfer Konferenz des Jahres 1954 gelang es der vietnamesischen Regierung, dem Respekt vor der Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Integrität Vietnams und der Länder Indochinas in aller Form Anerkennung zu verschaffen. Die Führer Pekings jedoch waren mehr darum bemüht, eine amerikanische Bedrohung ihrer Südgrenze zu vermeiden und sich eine vorherrschende Einflußsphäre in einem Teil Indochinas zu schaffen, als um die legitimen Interessen der Völker Indochinas. Tschou En-lai akzeptierte einen Kompromiß mit Frankreich. Indochina wurde erneut zweigeteilt, wobei die südliche Hälfte unter französischer Kontrolle verblieb und die nördliche Hälfte Vietnams – nördlich des 17. Breitengrades – sowie ein Teil von Laos von vietnamesischen und laotischen patriotischen Kräften kontrolliert werden sollten. Auf diesen Teil glaubte Peking seinen direkten Einfluß leicht ausdehnen zu können.

Die Genfer Abkommen des Jahres 1954 gaben den vietnamesischen Patrioten eine territoriale Basis, die die Hälfte des Landes umfaßte, und wo man nun beginnen konnte, eine neue Gesellschaft aufzubauen und gleichzeitig der Bevölkerung des Südens im Kampf für ihre Befreiung zu helfen – mit dem Ziel, die endgültige Wiedervereinigung des Landes zu erreichen. Die vietnamesische Revolution trat in eine neue Phase ein, die durch zwei verschiedene strategische Aufgaben gekennzeichnet war:

– mit dem Aufbau des Sozialismus in der nördlichen Hälfte zu beginnnen, die zur großen Nachschubbasis für die Befreiung des Südens wurde; und

– in der südlichen Hälfte die nationale und demokratische Revolution fortzusetzen.

In Südvietnam machten die Franzosen binnen kurzer Zeit den Amerikanern Platz, die dort ein typisches neokolonialistisches Regime errichteten. Der Marionettenregierung in Saigon wurde bedeutende wirtschaftliche, militärische und polizeiliche Hilfe zur Verfügung gestellt, und auf allen Ebenen strömten die amerikanischen Berater ins Land, zusammen mit mehreren hundert Millionen Dollar pro Jahr, mit dem Ziel, vor allem eine Armee und umfangreiche Polizeikräfte zu schaffen.

Es wurde eine blutige Diktatur installiert, die Jagd machte auf die alten Widerstandskämpfer und auf alle, die irgendeiner oppositionellen Tätigkeit verdächtigt wurden. Im Laufe einiger Jahre wurden Zehntausende ermordet, ins Gefängnis geworfen oder deportiert. Dieser einseitige Krieg der proamerikanischen Regierung des Südens forderte mehr Opfer als der französische Krieg.

Angesichts dieser Vernichtungsdrohung ging die südvietnamesische Bevölkerung zum bewaffneten Kampf über. Von einem Ende des Territoriums bis zum anderen brachen ganze Ketten von Aufständen aus. In weiten Gebieten wurde die Marionettenverwaltung abgebaut und bis in ihre zentralen Bereiche hinein zutiefst erschüttert. Die amerikanische Regierung reagierte auf diese Volksbewegung mit dem Beginn der „besonderen Kriegsführung". Mehrere zehntausend amerikanische Militärberater kümmerten sich um die Marionettenarmee, deren Stärke auf eine halbe Million Soldaten gebracht wurde. Neue Waffen wurden erprobt: Hubschrauber, ultraschnelle Artillerie, Amphibienpanzer, verschiedene elektronische Geräte, neue Flugzeugtypen; und zum ersten Mal wurden chemische Entlaubungsmittel eingesetzt. Um die bewaffneten revolutionären Streitkräfte zu isolieren, ging die amerikanische Militärführung dazu über, die ländliche Bevölkerung unter Gewaltanwendung in „Strategischen Dörfern" zu konzentrieren (wie die Engländer sie in Malaysia eingerichtet hatten).

Ein intensiver politischer und bewaffneter Kampf führte die südvietnamesische Bevölkerung zum Widerstand gegen die militärischen Operationen und gegen die Versuche einer gewaltsamen Umsiedlung der Landbevölkerung. Nahezu die gesamte südvietnamesische Bevölkerung hat – in den Städten ebenso wie auf dem Lande – ihren Heroismus und ihre Erfindungsgabe in außergewöhnlicher Weise unter Beweis gestellt. Im Jahre 1964 wurde klar, daß die „besondere Kriegführung" in einem Fiasko enden würde, und daß Verwaltung und Armee Saigons von der Auflösung bedroht waren.

Washington orientierte daraufhin auf die „lokale Kriegführung" und die „Eskalation des Krieges". Die amerikanischen Truppen griffen direkt ein, um das Marionettenregime zu retten und zu versuchen, die bewaffneten revolutionären Streitkräfte zu vernichten, während die Luft- und Seestreitkräfte den Versuch unternahmen, Nordvietnam systematisch zu zerstören. So sah sich das vietnamesische Volk im Norden wie im Süden seit 1965 einem ihm aufgezwungenen totalen Krieg gegenüber, der unerbittlich von einem Feind geführt wurde, der über gewaltige Mittel verfügte. Bis 1967 wurde das

amerikanische Expeditionskorps auf die Stärke von 540000 Mann gebracht, wobei die Luftwaffe über 5000 Flugzeuge und Hubschrauber verfügte. 100 000 Männer aus den Satellitenstaaten Australien, Neuseeland, Thailand, den Philippinen und Südkorea wurden an der Seite der Amerikaner eingesetzt. Außerdem nahmen an den Operationen die in Thailand und auf den Pazifischen Inseln stationierten amerikanischen Streitkräfte sowie die 7. Pazifik-Flotte teil. Das Land wurde mit einer ungeheuren Menge Waffen überschüttet; die amerikanischen Militärausgaben in Vietnam stiegen auf 30 Mrd. Dollar pro Jahr.

Dennoch zeigte sich, daß das amerikanische Expeditionskorps nicht einmal in der Lage war, die regulären Befreiungsstreitkräfte zu vernichten. Daraufhin wandte Washington eine andere Strategie an, die „Vietnamisierung" des Krieges. In erster Linie ging es dabei um die vollständige Vernichtung der materiellen und menschlichen Grundlagen des vietnamesischen Widerstandes. Intensive Bombenangriffe wurden geflogen, um zu versuchen, Nordvietnam „in die Steinzeit zurückzubomben". Im Süden zwangen die wiederholte Bombardierung der Dörfer und das massive Besprühen der Anbaugebiete mit Entlaubungsmitteln 10 Mio. Landbewohner, die ländlichen Gebiete zu verlassen und in die Regionen zu strömen, die von den Amerikanern kontrolliert wurden. Diese „Zwangsurbanisierung" leerte die ländlichen Gebiete und verschaffte der Marionettenarmee eine wichtige Reserve. Über eine Million Menschen wurden auf diese Weise der Marionettenarmee einverleibt, während gleichzeitig der Personalbestand der Saigoner Polizei beträchtlich erhöht wurde. In den von den Amerikanern kontrollierten Städten und Regionen wurden besonders blutige „Befreiungsaktionen" unternommen, um alle patriotischen Organisationen zu zerschlagen.

Bei der Durchführung dieser neuen Strategie erhielt Washington unerwartete Hilfe – aus Peking. Da ihr Versuch gescheitert war, die Kommunistische Partei Vietnams ihrem Einfluß zu unterwerfen, verständigten sich die Führer Pekings – die sich im übrigen um jeden Preis einer amerikanischen finanziellen und technischen Hilfe versichern wollten – mit Washington über eine neue Aufteilung Vietnams. Mit Waffengewalt, insbesondere mit Zerstörungsaktionen großen Ausmaßes, versuchten die Amerikaner, den Widerstandswillen des vietnamesischen Volkes zu brechen, während die Führer Pekings in zunehmendem Maße politischen Druck ausübten, um die Vietnamesen davon abzubringen, den Kampf für die Befreiung des Südens fortzusetzen. Auf diese Weise sollte der Süden im amerikanischen Einflußbereich bleiben, während der stark geschwächte Norden leicht dem chinesischen Einfluß anheimfallen würde.

Bei der Unterzeichnung des Pariser Abkommens im Jahre 1973 , in dem der Abzug der amerikanischen Streitkräfte festgelegt wurde, hielt Washington die ausgehandelten Bedingungen für günstig, da sie das in Südvietnam installierte neokolonialistische Regime nicht gefährdeten. Die beträchtliche Verstärkung der Marionettenarmee – über eine Million Soldaten, ein Panzerkorps, Artillerie und eine Luftwafffe, die denen der mächtigsten Länder

gleichkam –, die dem Norden und der südvietnamesischen Bevölkerung zugefügten unermeßlichen Zerstörungen, die intensiven Bombardierungen des Nordens und insbesondere die im Jahre 1972 erfolgten Angriffe der B 52-Bomber sollten den Widerstand gegenüber dem Saigoner Regime brechen. Die Unterstützung Pekings für diese Politik stellte dabei einen Haupttrumpf dar. Unter diesen Bedingungen zögerte Thieu unter offener Verletzung des Pariser Abkommens nicht, seine bewaffneten Streitkräfte in den entlegendsten Gebieten einzusetzen. Mehrere Warnungen der Regierung der Volksrepublik blieben ohne Wirkung. Die revolutionären bewaffneten Streitkräfte gingen zum Gegenangriff über. Die Kämpfe nahmen ein immer größeres Ausmaß an, und im März 1975 begannen die revolutionären Kräfte einen Großangriff, der auf den Hochebenen begann und in kurzer Zeit die zentralen Küstengebiete erreichte. Danach war die Niederlage der Saigoner Truppen vollkommen, und die Straße nach Saigon stand offen. Am 30. April 1975 zogen die bewaffneten revolutionären Streitkräfte in Saigon ein und am 1. Mai war das gesamte Südvietnam befreit.

Zum ersten Mal seit 1858 waren sämtliche ausländischen Truppen vom nationalen Territorium verjagt. Unter der Führung der von Ho Chi Minh gegründeten Kommunistischen Partei hat das vietnamesische Volk in einem Kampf, der über ein Jahrhundert lang andauerte, seine nationale Unabhängigkeit zurückerobert.

Die Achse Washington-Peking

Die großen Verlierer des Jahres 1975 waren diejenigen, die in Peking ebenso wie in Washington sich verschworen hatten, die Teilung Vietnams aufrecht zu erhalten, um es von neuem zu unterwerfen. Sie vereinigten ihre Anstrengungen in dem Versuch, die aus dem Sieg des Jahres 1975 geborene Sozialistische Republik Vietnam, die unter freundschaftlichen Bedingungen nach den allgemeinen Wahlen im April 1976 durchgeführte Wiedervereinigung des Landes, sowie die Einsetzung einer einzigen Regierung wieder rückgängig zu machen.

Zunächst ging es ihnen darum, im Innern einen dauernden Zustand der Unordnung und der Unsicherheit zu schaffen. Die Aktionen der von den amerikanischen Geheimdiensten sorgfältig geknüpften Agentennetze wurden mit denen der subversiven Organisationen koordiniert, die innerhalb der Kolonie der Hoa (in Vietnam lebende Personen chinesischer Abstammung) aufgebaut worden waren, um ihre Aktivitäten des Unterminierens, der Mordanschläge, Fabriksabotage, Brandstiftung und der psychologischen Kriegführung noch zu vervielfachen. 20 Jahre lang hatten die Amerikaner eine starke Truppe von Offizieren, Befriedungsagenten und angeworbenen Mördern aufgebaut, die sich jetzt u.a. mit den chinesischen Großkaufleuten Saigons zusammentaten, um Verwirrung zu stiften. Alle diese subversiven Aktivitäten im Innern wurden ergänzt durch Aggressionsdrohungen, die aus Peking und Washington kamen.

Es sei darauf hingewiesen, daß sich die ungefähr 1,5 Millionen Hoa im wesentlichen auf zwei Gebiete konzentrieren: in der Nähe der chinesisch-vietnamesischen Grenze und 700 000 in der Stadt Saigon.

Die Wachsamkeit der Bevölkerung und vernünftige Sicherheitsmaßnahmen hinderten die erwähnten subversiven Kräfte daran, den Bürgerkrieg zu provozieren. Eine Maßnahme bestand darin, die ehemaligen Offiziere, Folterer und gefährlichsten Agenten in Umerziehungslagern festzuhalten, während über eine Million Soldaten, Polizeibeamte und Funktionäre des alten Regimes umgehend wieder freigelassen worden war. Nichtsdestoweniger bleibt die Tatsache bestehen, daß die aktive Unterstützung aus Peking und Washington die Konterrevolutionäre dazu ermutigt hat, ihre Aktivitäten fortzusetzen.

Außerhalb des Landes war es zunächst die südliche Grenze, auf die Peking seine Angriffe richtete und sich dabei der Truppen Pol Pots bediente. In Absprache mit Peking stürzte Pol Pot sein Land Kampuchea in einen doppelten Krieg:

– einen Krieg gegen Vietnam, der von Peking unterstützt und in der Hoffnung geführt wurde, das Mekongdelta einschließlich Saigons wiederzuerobern;

– ein Regime der Zwangsarbeit für die gesamte Bevölkerung, das sich schließlich zum Völkermord entwickelte[1]).

Seit Mai 1975 unternahmen die Streitkräfte Pol Pots, die in umfangreichem Maße chinesische Waffen erhalten hatten und von chinesischen Beratern angeleitet wurden, Überfälle an der vietnamesischen Grenze, wobei sie vor allem die Zivilbevölkerung angriffen und bestialische Massaker anrichteten. Um die Lage nicht noch weiter zu verschlimmern, machte Vietnam zahlreiche Verhandlungsvorschläge, zog gleichzeitig seine Truppen weit von der Grenze zurück und evakuierte die Grenzdörfer. Ende 1977 begannen die Angriffe Pol Pots aufs neue. Daraufhin entschloß sich die vietnamesische

1) Die Politik Pol Pots hat zwei wesentliche Aspekte: Völkermord nach innen und Krieg bis auf den Tod mit Vietnam nach außen. Zwei Faktoren kamen zusammen, um dies zu verursachen: Erstens die eigene politische Linie der Pol-Pot/Jeng Sary/Khieu Samphan-Clique und zweitens Pekings Ziele. Kurz, man kann sagen, daß die Pol Pot Clique aus Abenteurern mit einem Durcheinander von Vorstellungen – linken wie nationalistischen und oft wahnsinnigen – besteht; unglücklicherweise gab ihnen die politische Unterstützung und materielle Hilfe Pekings die Mittel, ihr verheerendes Programm in die Tat umzusetzen. Diese Clique träumte von
– der Wiedererichtung des großen Ankor-Reiches, und dazu gehörte, das gesamte untere Mekong-Delta einschließlich Ho-Chi-Minh-Stadt Vietnam wieder wegzunehmen;
– der Durchführung einer radikalen Revolution, und dazu gehörte die brutalste Unterdrückung all dessen, was ihrer Meinung nach der Fluch der alten Gesellschaft war (Geld, Handel, Kunst, Religion, Wissenschaft usw), was zum Massaker an Intellektuellen, buddhistischen Mönchen, Künstlern und sogar Sportlern führte.
Um diese Träume wahr zu machen, mußten sie eine große Armee aufstellen und die gesamte Bevölkerung dazu zwingen, Tag und Nacht an riesigen Projekten (meist Bewässerungsanlagen) zu arbeiten. Jeder, der gegen diese Wahnsinnspolitik war, wurde gnadenlos umgebracht.
Diese und die folgenden Fußnoten sind dem Protokoll eines Gesprächs entnommen, das Nguyen Khac Vien Anfang d. J. mit einer niederländischen Besuchergruppe in Hanoi führte. Da, wo sie sich als informative Ergänzung des vorliegenden Beitrags anboten, haben wir sie entsprechend zugeordnet. D. Red.

Armee zu einem massiven Gegenschlag. Danach wurden die Verhandlungsangebote erneuert, aber Pol Pot lehnte wiederum ab, wobei er immer tatkräftiger von Peking unterstützt wurde. Parallel dazu provozierten an der Nordgrenze chinesische Truppen ebenfalls Zwischenfälle, um die bewaffneten Streitkräfte Vietnams zu zwingen, an zwei Fronten aktiv zu werden, die 3000 km von einander entfernt waren[2]).

Washington seinerseits weigerte sich, die von Nixon 1973 für den Wiederaufbau des Landes zugesagten 3,2 Mrd. Dollar zu zahlen, trieb Obstruktion zur Verhinderung einer Aufnahme Vienams in die UNO, verhängte ein Embargo, und von seiten Pekings und westlicher Medien wurde eine große Propagandakampagne über Menschenrechte und Boat people in dem Bestreben gestartet, das Ansehen Vietnams herabzusetzen und die internationale Öffentlichkeit auf drakonische Maßnahmen gegen dieses Land vorzubereiten, auf einen Wirtschaftsboykott und bewaffnetes Eingreifen.

Das miteinander gekoppelte Vorgehen der Achse Washington–Peking nahm im Jahre 1978 bedrohliche Ausmaße an. Unter ständigem Hinweis auf die Kriegsgefahr brachten die Agenten Pekings die Hoa dazu, Vietnam massenweise zu verlassen. Die in der Nähe der chinesisch-vietnamesischen Grenze lebenden Hoa begaben sich nach China, während die Hoa des Südens sich über das Meer in Richtung Südostasien absetzten, wo sie in den chinesischen Kolonien dieses Gebietes auf zahlreiche Verbindungen zurückgreifen konnten und Hilfe erhielten[3]). Dieser Exodus diente einem doppelten Zweck: er sollte

2) 1975 besaß Pol Pot 6 Divisionen mit je 5600 Mann, keine Artillerie, keine Panzerwaffe und keine Luftwaffe. Peking schickte Waffen und Berater, so daß sich diese Armee auf 23 Divisonen erweitern konnte und versorgte sie mit schweren Waffen und Flugzeugen. Man kann sehen, warum Pol Pot von Mai 1975 an die ersten Attacken gegen Vietnam lancierte, und warum er vier Jahre lang alle Verhandlungsangebote von vietnamesischer Seite ausschlug.
Da er der chinesischen Unterstützung sicher war, glaubte er, Vietnam schlagen zu können. Die Ereignisse vom Januar 1979 sind leicht zu erklären: Im Dezember 1978 dachte Peking, daß Vietnam nach den großen Überschwemmungen, die unser Land verwüstet hatten, total erschöpft sei, und schickte Pol Pot-Truppen zum Angriff, während chinesische Truppen an der Nordgrenze Vietnams konzentriert wurden. Die Pol Pot-Attacke würde die vietnamesischen Streitkräfte im Süden festhalten und gleichzeitig Peking einen Vorwand zum Angriff im Norden geben. Deng Xiaoping holte sich Washingtons Zustimmung zu diesem Plan. Sowohl Peking als auch Washington unterschätzten die Stärke der internationalen Opposition gegen Pol Pot und die Lebenskraft der vietnamesischen revolutionären Bewegung.

3) Es gibt zwei Hauptgründe für diese Ausreisen: Die Wirtschaft und den Krieg. Südvietnam pflegte amerikanische Militär- und Wirtschaftshilfe im Gegenwert von schätzungsweise 2 Milliarden Dollar jährlich zu erhalten. Gewisse Leute gewöhnten sich an ein Leben in Luxus dank dieser Hilfe. Nach der Befreiung wurde diese Hilfe eingestellt, ebenso war es mit der chinesischen Hilfe für den Norden. Kurz darauf gab es schwere Überschwemmungen. Dennoch machte die überwiegende Mehrheit derjenigen, die von amerikanischer Hilfe gelebt hatten, Anstrengungen, zu harter Arbeit zurückzufinden: Sie wurden Bauern, Fabrikarbeiter, Handwerker usw. Andere zogen es vor zu gehen und ihren Lebensunterhalt in reicheren Ländern zu verdienen. Die von Pol Pot und China begonnenen Kriege verschlimmerten die wirtschaftliche Situation und gaben dem Exodus Nahrung.
Für die Menschen chinesischer Abstammung – die Hoa – kamen beide Gründe zum Tragen. Viele ware Händler, die ihren Handel (oder ihre Schiebungen) nicht länger betreiben konnten, und sie alle gerieten durch Pekings Aggresssion gegen Vietnam in eine schwierige Lage. Auf welche Seite sollten sie sich stellen? Auf die Chinas, ihres Ursprungslandes, oder auf die Vietnams, ihrer Wahlheimat? Es ist leicht einzusehen, warum viele von ihnen lieber gingen, als sich diesem Dilemma zu stellen. Wenn man die Zahl der Menschen, die die Amerikaner zum Zeitpunkt ihres Debakels mit evakuierten, rund 150 000, zur Zahl der Emigranten zwischen 1975 und 1980 hinzurechnet, kommt man auf eine Gesamtzahl von etwa einer halben Million. Die meisten von ihnen waren Hoa. Eingeschlossen in die Zahl sind die 200 000 Hoa, die nahe der chinesischen Grenze lebten und die nach China hinüberwechselten, um aus der Feuerlinie zwischen beiden Armeen zu kommen.

– die Wirtschaft desorganisieren und innerhalb der vietnamesischen Gesellschaft Unruhe stiften;

– der chinesischen und der internationalen Öffentlichkeit das Bild eines Vietnam vorspiegeln, das die Hoa verfolgt und die von China geleistete Hilfe vergessen hat, um dadurch die von Peking ergriffenen Maßnahmen zu rechtfertigen: die abrupte Einstellung der wirtschaftlichen und technischen Hilfe, Grenzprovokationen und die schließlich 1979 gestartete bewaffnete Aggresssion.

Sommer und Herbst des Jahres 1978 waren durch Überschwemmungen und Taifune von außergewöhnlicher Heftigkeit gekennzeichnet, durch die zahlreiche vietnamesische Provinzen verwüstet wurden. Gegen Ende des Jahres 1978 hielt Peking den Moment für gekommen, gegen das offensichtlich erschöpfte Vietnam einen entscheidenden Schlag zu führen. Im Dezember wurden 19 Divisonen Pol Pots unter dem Kommando chinesischer Berater gegen Südvietnam in Bewegung gesetzt, während mit dem Zusammenziehen der chinesischen Divisionen an der Nordgrenze begonnen wurde. Die Armee Pol Pots war jedoch bereits durch eine interne Revolte ausgehöhlt, die sich schnell ausbreitete. Eine Nationale Einheitsfront zum Wohle Kampucheas (FUNSK) hatte sich bereits gebildet, der zahlreiche Offiziere der Armee Pol Pots angehörten, unter ihnen Heng Samrin. Diese chinesische Zangenoffensive, bei der die Armee Pol Pots die Südgrenze angriff und die chinesischen Truppen sich an der Nordgrenze konzentrierten, zwang die vietnamesische Militärführung zu schnellem und energischem Reagieren.

Eine mächtige Gegenoffensive schlug die Divisionen Pol Pots zurück. Danach folgten die vietnamesischen Truppen einem Aufruf der FUNSK und jagten gemeinsam mit den bewaffneten Streitkräften der FUNSK die Truppen Pol Pots bis an die thailändische Grenze. Pnom Penh wurde am 7. Januar 1979 befreit, und am 8. Januar übernahm der Revolutionäre Volksrat Kampucheas mit Heng Samrin an der Spitze die Macht: die Volksrepublik Kampuchea war geboren, und die Verantwortlichen für denVölkermord am Volk von Kampuchea und den Krieg gegen Vietnam waren entmachtet. Die Reste der Armee Pol Pots flüchteten nach Thailand, wo sie von Peking erneut und in reichem Maße mit Waffen und Lebensmitteln ausgerüstet wurden und sich mit Unterstützung der thailändischen Regierung neu in der Absicht formierten, in das Land zurückzukehren, einen Bürgerkrieg zu provozieren und den Wiederaufbau zu verhindern. Nach 4 Jahren unter dem Regime Pol Pots hatte Kampuchea rund 3 Millionen Menschen verloren, das Land war vollkommen ruiniert, und der Hungertod bedrohte die Zurückgebliebenen. Vietnam mußte diesem Land umgehend Hilfe leisten[4]).

4) Vietnam muß Truppen, Arbeiter, Techniker, Ärzte und Spezialisten auf vielen Gebieten nach Kampuchea schicken, um unseren Freunden dort bei der Verteidigung und beim Wiederaufbau ihres Landes zu helfen. Die Pol-Pot Leute haben sogar das Geschirr in den Familien und das Schreibzeug in den Schulen zerstört. Wir müssen Lebensmittel, Medikamente, Kochgeräte, Hefte, Bleistifte und Füller schicken, obwohl unser Volk selbst unter ernsthafter Nahrungsmittel- und Warenknappheit leidet. Unsere Regierung hat keine Schwierigkeiten, das vietnamesische Volk von der Notwendigkeit dieser Opfer zu überzeugen, denn Kampuchea zu verteidigen und ihm beim Wiederaufbau zu helfen bedeutet für jeden Vietnamesen, Vietnam selbst zu verteidigen und zu helfen.

Peking gab sich nicht geschlagen. Am 17. Februar 1979 drangen die chinesischen Streitkräfte gewaltsam auf vietnamesisches Territorium vor, um mehrere Grenzprovinzen zu besetzen. Die dabei eingesetzten Streitkräfte beliefen sich auf 600 000 Mann. Die chinesische Offensive wurde zum Stehen gebracht, und der Aggressor mußte schwere Verluste hinnehmen. Einen Monat nach Beginn des Angriffs mußten sich die chinesischen Truppen zurückziehen, nachdem sie die von ihnen besetzten Gebiete systematisch verwüstet hatten[5]).

Die Niederlage vom Februar und März 1979 bedeutete jedoch nicht das Ende des militärischen Drucks, den die chinesischen Streitkräfte auch weiterhin auf die Land- und Seegrenzen ausüben. Er erstreckt sich ebenfalls auf die chinesisch-laotische Grenze, sowie – über die in Thailand stationierten Streitkräfte Pol Pots – die Ostgrenze der Länder Indochinas. Vietnam, das mit Kampuchea und Laos durch einen Vertrag der Freundschaft und Zusammenarbeit verbunden ist, beteiligt sich an der Grenzverteidigung dieser beiden Länder. Die Verteidigungsanstrengungen, die Vietnam auch weiterhin unternehmen muß, sind beträchtlich und belasten in starkem Maße die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Landes[6]).

Von der Unterentwicklung zum Sozialismus

In einer Hand das Gewehr, in der anderen den Pflug (oder den Hammer oder den Füllfederhalter) – dieses Bild Vietnams, das gleichzeitig kämpft und eine neue Gesellschaft aufbaut, gilt noch immer, nur ist diese Aufbauarbeit seit 1975 nicht allein auf die nördliche Hälfte beschränkt, sondern erfaßt das gesamte wiedervereinigte Land.

---

5) Während ihres Rückzugs ließen die Chinesen durch Spezialeinheiten alle wirtschaftlichen Einrichtungen, Schulen, Krankenhäuser, Krippen etc. Gebäude für Gebäude zerstören, einschließlich historischer Monumente. Vier Städte und 320 Dörfer wurden zerstört, ferner 735 Schulen (von insgesamt 904), 428 Krankenhäuser und Gesundheitsstationen, ein ganzer Minenkomplex, 41 große Farmen und Holzverarbeitungsbetriebe. Diese monatelange Besetzung weckte traurige Erinnerungen an die Besetzung durch Tschiang Kai-schek-Truppen 1945. Es haben ganz entschieden tiefe Veränderungen in China stattgefunden.

6) Eine große Anzahl chinesischer Truppen wird an unserer Nordgrenze konzentriert. Täglich fallen Kommandos in unser Territorium ein, führen Sabotageakte aus, entführen oder töten Angehörige der örtlichen Bevölkerung und Beamte. Da beide Seiten der Grenze von denselben Bergstämmen bewohnt werden, versuchen die chinesischen Führer auf der politischen Ebene, diese Stämme gegen unsere Regierung aufzuhetzen. Entlang der Küste, von der Grenze bis hinter nach Da Nang provozieren chinesische Marineeinheiten von Zeit zu Zeit Zwischenfälle.

Am Verhandlungstisch haben wir konkrete Vorschläge gemacht: der Rückzug aller Truppen auf eine ausreichende Distanz beiderseits der Grenze, die Schaffung einer entmilitarisierten Zone unter der Kontrolle einer gemischten Kommission. Verhandlungen über die Wiederaufnahme normaler Beziehungen zwischen beiden Ländern. Peking hat die Vorbedingungen gestellt, daß die vietnamesische Regierung ihre Politik gegenüber Kampuchea und der Sowjetunion ändern und die chinesische Souveränität über die Hoang Sa (Paracel) Inseln anerkennen solle. Das ist kein Verhandlungspunkt, sondern ein Diktat, und wir lassen unsere Außenpolitik nicht von China bestimmen.

Die chinesischen Führer haben bei verschiedenen Anlässen offen darüber gesprochen, eine zweite Strafexpedition gegen Vietnam zu unternehmen. Wir müssen uns auf eine solche Möglichkeit vorbereiten. Unter den gegenwärtigen Bedingungen sieht unsere Politik folgendermaßen aus:

– Verhandlungen zu suchen, keine Gelegenheit zu einer friedlichen Lösung zu kommen, auszulassen; jeden Kompromiß anzunehmen, solange er uns nicht unsere Unabhängigkeit und Souveränität nimmt. Wir taten das 1946 und 1954 mit Frankreich und 1973 mit den USA.

– Wenn uns Krieg aufgezwungen wird, werden wir die Herausforderung annehmen und bis zum Ende für unsere Unabhängigkeit und Freiheit kämpfen. Entweder werden sie in Peking merken, daß es unmöglich ist, Vietnam niederzuzwingen, und dann ihre Politik ändern; oder das chinesische Volk selbst wird langfristig gesehen eine Änderung der Politik gegenüber Vietnam erzwingen.

330 000 Quadratkilometer, 53 Millionen Einwohner (1980), die verschiedensten natürlichen Bodenschätze und ein tropisches Klima mit zahlreichen Möglichkeiten und auch katastrophalen Plagen; vor allem aber mit den Folgen des Krieges, für die es in der Geschichte der Menschheit kein Beispiel gibt. 14 Mio. Tonnen Bomben und Granaten wurden abgeworfen, was 700 Atombomben vom Hiroshimatyp entspricht. Dazu kommen noch Napalm, Entlaubungsmittel und Millionen von Sprengkörpern, deren Gewicht man auf mindestens 150 000 Tonnen schätzt. Nach wie vor gibt es Blindgänger, und auch heute noch treten in zahlreichen Regionen auf den Feldern arbeitende Bauern oder spielende Kinder auf unentdeckte Minen oder lösen eine noch nicht explodierte Granate aus. Zwei Drittel der Dörfer sind zerstört oder schwer beschädigt, und im Norden wurden nahezu alle Industriezentren, Brücken und Häfen zerstört.

Vor allem die menschlichen Opfer sind schrecklich: mehrere Millionen Invaliden, Kranke, Krüppel, Waisen, Prostituierte, Drogenabhängige. Die übermäßig angeschwollenen Städte des Südens waren zu Zentren des Schwarzhandels, des organisierten Verbrechens, der Prostitution und der Arbeitslosigkeit geworden. Die amerikanische Hilfe, die sich durchschnittlich auf 2 Mrd. Dollar pro Jahr belief, ist abrupt unterbrochen worden, und von heute auf morgen waren mehrere Millionen Menschen ohne Arbeit und mittellos. Vom zweiten Tag an mußten dringende Hilfsmaßnahmen für einen Teil dieser Bevölkerungsgruppen eingeleitet werden. Saigon, das zur Zeit der Franzosen eine halbe Million Einwohner hatte, erlebte einen Anstieg seiner Bevölkerungszahl auf 4 Millionen – eine Einwohnerschaft, die sich fast ausschließlich aus Soldaten, Polizisten, Funktionären, Händlern und Schwarzhändlern zusammensetzte[7]). Wenn die politische Wiedervereinigung auch relativ leicht war und die Schaffung einer einheitlichen Regierung und einer neuen Verwaltung bis hinunter zur Dorfebene schnell vonstatten ging, so entpuppten sich die sozioökonomischen Probleme als unvergleichlich komplexer und von daher als weniger schnell lösbar[8]).

---

7) Besucher von Ho-Chi-Minh-Stadt sollten heute beide Gesichter sehen: Zuerst die ernsten und weitverbreiteten Folgen des alten Regimes und dann die ansehnlichen Anstrengungen, die gemacht worden sind, um eine neue Gesellschaft aufzubauen.
Der Kampf zwischen Altem und Neuem geht auf jedem Gebiet weiter: Von der Sicherheitsfrage über die Rehabilitation von Drogenabhängigen und Prostituierten, die Erneuerung von Theater und Film bis zu den Maßnahmen gegen den Schwarzmarkt und andere verbotene Geschäfte sowie gegen die Korruption einiger Beamter. Es ist eine riesige „Baustelle" und wenn ein Beobachter voreingenommen ist, kann er nur die alten Ruinen hervorheben und die neuen Gebäude, die emporwachsen, nicht zur Kenntnis nehmen. Die Lebensmittelrationen sind klein, der Mangel an Gütern ist vielfältig und ernst, der Schwarzmarkt besteht fort, man kann Jugendliche in Cafés herumhängen sehen, es muß zugegeben werden, daß es noch einige junge Frauen gibt, die sich auf den Straßen anbieten, Beamte, die Schmiergelder nehmen, und bewaffnete Angriffe von Gangstern ebenso wie von proamerikanischen oder prochinesischen Agenten. Aber wer Saigon zur Zeit der Befreiung 1975 mit der heutigen Stadt vergleicht, dem fallen die Änderungen ins Auge. Trotz der gelegentlichen bewaffneten Angriffe und Raubüberfälle, die noch vorkommen, kann man sich sicher in der Stadt bewegen. Drogen und Prostituion treten nicht mehr offen hervor und überfluten die ganze Stadt, sondern sind stark zurückgedrängt. Die Ernährung ist noch ein großes Problem, aber es gibt keine Hungersnot; niemand stirbt vor Hunger allein auf der Straße.
8) Unter dem Gesichtspunkt des ökonomischen Niveaus ist Vietnam noch ein unterentwickeltes Land, das um zwei industrielle Revolutionen hinter den entwickelten Ländern hinterherhinkt. Die erste industrielle Revolution war die der einfachen Mechanisierung, die in Europa während des 19. und frühen 20. Jahrhunderts

Vietnam ist zudem mit allen Hindernissen konfrontiert, die der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in nahezu allen Ländern der Dritten Welt entgegenstehen und (vor allem im Süden) die Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse und die Durchsetzung der technischen und wissenschaftlichen Revolution[9]) sowie die kulturelle und ideologische Revolution[10]) enorm erschweren.

---

stattfand. Die zweite industrielle Revolution ist die, die die entwickelten Länder in den letzten 30 Jahren durchlaufen haben. 1954 machte im gerade befreiten Nordvietnam die moderne Industrie nur 15% der Volkswirtschaft aus. Von 1955 bis 1965 wurden die ersten Grundlagen einer nationalen Industrie geschaffen die von den amerikanischen Bombardements von 1965 fast vollständig zerstört zu wurden.
Die im Süden geschaffene Industrie war völlig abhängig von ausländischen Gesellschaften. Diese große Schwäche der Industrie ist daher heute einer der schwachen Punkte der vietnamesischen Wirtschaft.

9) Sozialismus kann nicht mit primitiver Technologie, niedriger Produktivität und einem niedrigen Lebensstandard aufgebaut werden. Ebensowenig kann er aufgebaut werden mit dem, was man „vorindustrielle Mentalität" genannt hat.
Vietnam ist dabei, eine industrielle und landwirtschaftliche Gesellschaft auf hohem technischem Niveau aufzubauen, ausgehend von einer rückständigen Agrargesellschaft, mit Menschen und Kadern, die an Handwerk und Landwirtschaft in Kleinformat gewöhnt sind. Kader, die ein kleines Stück Land bewirtschaftet oder ein Bataillon von Partisanen kommandiert hatten, fanden sich kurzfristig vor die Aufgabe gestellt, die Verantwortung für ein paar hundert Hektar oder die Leitung einer bedeutenden Fabrik zu übernehmen. Sie mußten von der Pike auf lernen und es ist leicht einzusehen, warum Fehler begangen wurden. In Kriegszeiten zählt die ökonomische Rationalität nicht viel. Wenn eine Brücke gebaut werden muß, kalkuliert man nicht, ob sie einen Gewinn abwirft, weil Truppen und Waffen hinüber gebracht werden müssen, koste es was es wolle.
In der traditionellen, vorindustriellen Gesellschaft war technisches know-how nicht sehr wichtig. Handfertigkeiten waren ziemlich einfach und ein Führer benötigte hauptsächlich moralische und politische Autorität. Dieses Kriterium ist nicht mehr ausreichend. Die traditionelle Gesellschaft war selbstgenügsam, Regionen und selbst Dörfer konnten alles anbauen und herstellen, was sie benötigten. Es gab nicht das Problem der Koordinierung örtlicher Wirtschaften, auch nicht, was höchst bedeutsam ist, das Problem der Unterordnung der örtlichen Wirtschaft unter Notwendigkeiten der nationalen Wirtschaft. Es handelte sich weniger um Dezentralisation als um autonome gesellschaftliche Einheiten, die nur lose miteinander verbunden waren. Zug um Zug änderte sich die vietnamesische Gesellschaft. Es wurden nicht nur sozialistische Strukturen aufgebaut, sondern es entstanden industrielle Basen, neue Techniken tauchten auf, Wirtschaft und Gesellschaft wurden komplexer und es erwuchsen brandneue Probleme der Organisation und des Managements.

10) In bezug auf die allgemeine Mentalität seien hier zwei Aspekte erwähnt, die sich sehr negativ auswirkten und -wirken: Utopismus und Voluntarismus. Die Utopisten möchten ohne Rücksicht auf die Realität Stadien überspringen; von diesem Standpunkt ist es nur ein kurzer Schritt zu dem Glauben, daß der menschliche Wille allein alle Hindernisse überwinden kann. Ein kurzer Schritt ist das ebenfalls zu dem Glauben, daß die, die anders denken, rückständig oder reaktionär sind; und ein kurzer Schritt zu den ökonomischen Irrtümern, die zu künstlichen Knappheiten und vermeidbaren Konflikten führen. Die Knappheit an Nahrungsmitteln und der Mangel an Konsumgütern, die von den langen Jahren des Krieges und den Naturkatastrophen verursacht worden waren, wurden durch solche Irrtümer verschlimmert. Hinzu kommt die Tatsache, daß der Fünfjahresplan für 1976–1980 aufgestellt wurde, bevor die Gefahr eines Krieges klar war.
Das 6. Plenum der Kommunistischen Partei beschloß in diesem Zusammenhang folgende Orientierungen:
– Modifizierung bestimmter Planziele in Anbetracht der gegenwärtigen Situation, Aufbau der Wirtschaft, während die Notwendigkeiten der nationalen Verteidigung berücksichtigt werden müssen,
– Herausarbeitung der grundlegenden Merkmale des gegenwärtigen Stadiums, um gewisse utopische oder voluntaristische Praktiken zu berichtigen,
– Kampf gegen Korruption, Bürokratismus und andere negative Erscheinungen.
In erster Linie die Tendenz zu bekämpfen, die danach trachtet, alle Sektoren unter staatliche Kontrolle zu bringen, ungeachtet des wirtschaftlichen Nutzens. Die Resolution des Plenums stellt fest, daß die Volkswirtschaft im gegenwärtigen Stadium in mehrere Sektoren aufgeteilt ist: staatlich, genossenschaftlich, privat, und – im Süden – kapitalistisch und gemischt. Obwohl der staatliche Sektor die führende Rolle spielt, sollte der Beitrag insbesondere der individuellen Produktion nicht als „verdammenswert" behandelt werden. Das Hauptkriterium für den Betrieb eines Unternehmens in jedem Sektor sollte der wirtschaftliche Nutzen sein. Es gibt keine Chance, daß der Kapitalismus unter den gegenwärtigen Bedingungen in Vietnam noch einmal sein Haupt erhebt. Private und Familienproduktion führen nicht notwendig zum Kapitalismus. Man sollte immer den Grundsatz respektieren, daß die Form der Organisation eines Unternehmens sich nach den folgenden drei Gesichtspunkten bestimmt:
– Vorhandensein einer materiellen und technischen Mindestgrundlage,
– kompetente Führungskräfte mit der notwendigen moralischen Autorität,
– Verständnis und Unterstützung der Bevölkerung.

Da im Norden die sozialistischen Strukturen bereits vorhanden sind, handelt es sich hier im wesentlichen darum, neue Techniken einzuführen und Organisation und Verwaltung in den Bereichen zu verbessern, die hinter den Erfordernissen der Lage zurückgeblieben sind. Im Süden besteht das Hauptproblem in der Umwandlung der sozioökonomischen Strukturen, die das Erbe einer langen kolonialen Vergangenheit und besonders eines zwanzig Jahre währenden amerikanischen Neokolonialismus darstellen[11]). Die Nationalisierung der Banken, des Außenhandels und der kapitalistischen Unternehmen, die ausländischen Firmen oder geflohenen Einheimischen gehörten, wirft kaum Probleme auf[12]). Im Gegensatz dazu ist die Umwandlung der Unternehmen der Kleinindustrie und des kleinen und mittleren Handels sowie die Organisierung der landwirtschaftlichen Produktion[13]) ein langer und schwieriger Prozeß, und dies um so mehr, als die Unterbrechung der amerikanischen Hilfe, die Anstrengungen zur nationalen Verteidigung, die feindliche Sabotagetätigkeit und die mangelnde Erfahrung der Kader ein ebenso ernstes Handikap bedeuten.

Es handelt sich demnach um extrem schwierige Bedingungen, wie sie kein anderes Land der Dritten Welt kennt, unter denen Vietnam begonnen hat, den Sozialismus aufzubauen. Zugute kommen ihm dabei die Führung durch eine erfahrene Partei, der Heroismus und Arbeitseifer einer erfinderischen Bevölkerung und die beträchtliche Hilfe der sozialistischen Länder, vor allem der Sowjetunion.

---

11) Wenn nun westliche Journalisten davon sprechen, daß der Süden bei der Lösung des Problems der Strukturveränderungen vom Norden beherrscht werde, so nehmen sie ganz schlicht in anderer Form die Argumente auf, die von der amerikanischen Propaganda benutzt wurden, um die massive militärische Intervention zu rechtfertigen. Die wirklichen Probleme sind praktischer Art: Probleme, wie man Änderungen in einer Gesellschaft herbeiführen kann, die ein Jahrhundert lang (1859–1954) von Frankreich kolonialisiert, 21 Jahre lang vom amerikanischen Neokolonialismus beherrscht und dann von einem höchst grausamen Krieg durchgeschüttelt und traumatisiert worden ist, sowohl materiell als auch gesellschaftlich und moralisch. Die Konsequenzen dieser langen Periode der Geschichte lassen sich so zusammenfassen: Beträchtliche materielle Zerstörung; die traditionelle ländliche Gesellschaft von unten nach oben gekehrt (zehn Millionen Bauern mußten ihre Dörfer verlassen, die von den Amerikanern durch Bomben vernichtet worden waren); unkontrollierte „Verstädterung" ohne industrielle Entwicklung; Anwachsen parasitärer Schichten unter einer Bevölkerung, die ständig zum Leben in einer Verbrauchergesellschaft verleitet wurde; komplexe soziale Probleme; Gangstertum, Prostitution, Drogen, Aberglaube; das Verschwinden der nationalen kulturellen und moralischen Werte.

12) Allerdings dürfen in diesem Zusammenhang nicht die aktuellen Schwierigkeiten unterschlagen werden, die vor allem die größeren wirtschaftlichen Einheiten schwächten. Hier fehlen nicht nur Rohstoffe und Ausrüstung; sie sind auch noch nicht in der Lage, die Ausrüstung und die Materialien voll auszunutzen, die sie haben. Das ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen: – Ein Management, das oft zu starr ist und den Betrieb behindert, Initiativen lähmt und den Entscheidungsprozeß verlangsamt.
– Unangemessene Arbeitsnormen, Lohnskalen und Prämien. Zu oft wird politische Mobilisierung benutzt, statt präziser Kalkulation der Produktivität und der Arbeitsnormen.
– Den führenden Kadern fehlt es oft an dem notwendigen Niveau der technischen und Management-Ausbildung. Einige sind sogar dazu degeneriert, daß sie ihre Macht mißbrauchen oder kleine Despoten werden.
Wir müssen also eine ganze Reihe von Reformen durchführen, indem wir den Unternehmen mehr Autonomie geben durch flexiblere Gestaltung der Vorschriften, durch Ausarbeitung eines neuen Systems von Normen, Lohnskalen und Management-Richtlinien. Wir müssen sicherstellen, daß das Personal Auffrischungskurse erhält und daß offensichtlich unfähige oder korrupte Leute abgesetzt werden.

13) Im Süden ist die Idee der Genossenschaften neu, mittlere Bauern sind zahlreicher als sie es im Norden waren; es fehlt an ausgebildetem Personal und diese Ungeduld hat zu negativen Ergebnissen geführt, die berichtigt werden müssen.
Aber es gibt das Problem auch im Norden; in einigen Fällen haben die Leute versucht, zu schnell vorzugehen und haben Genossenschaften gegründet, die zu groß waren für die verfügbare Ausrüstung und die Management-Fähigkeiten der vorhandenen Kader.

Die Sowjetunion leistet Vietnam als erstes eine außerordentlich wichtige politische und strategische Hilfe, um die nationale Unabhängigkeit zu gewährleisten. Im wirtschaftlichen Bereich ermöglicht es die Hilfe der Sowjetunion – sie liefert Lebensmittel, Brennstoffe, Kunstdünger, Maschinen, Einrichtungsgegenstände und Rohstoffe –, die Lebensmittelknappheit in den Städten zu lindern und zahlreiche Industrieunternehmen in Betrieb zu nehmen. Langfristige Projekte der Zusammenarbeit erlauben es Vietnam, den Grundstein zu seiner Industrialisierung zu legen: Anlagen zur Kohleförderung, Elektrizitätswerke, Zementfabriken, Werkzeugmaschinen, Metallverarbeitung und Ausbeutung nichtmetallischer Bodenschätze. Und es ist auch die Hilfe der Sowjetunion, die eine Förderung des vor der Küste liegenden Erdöls im großen Maßstab gewährleistet. Die sowjetisch-vietnamesische Zusammenarbeit entwickelt sich in allen Bereichen, vor allem in der Ausbildung von Facharbeitern auf dem Sektor der technischen Forschung. Im Juli 1980 konnte ein vietnamesischer Kosmonaut an einem wichtigen Weltraumflug teilnehmen.

Ebenso unterhält Vietnam gute politische und wirtschaftliche Beziehungen zu anderen Ländern, vor allem zu Indien, Schweden und den Ländern Afrikas. Unter den westlichen kapitalistischen Ländern nimmt Frankreich die erste Stelle ein; die Bundesrepublik Deutschland unterhält nur wenig Beziehungen zu Vietnam.

Die Beziehungen zu den ASEAN-Ländern sind komplex und widersprüchlich. Einige Regierungen dieses Gebiets, wie die Thailands oder Singapurs, praktizieren gegenüber Vietnam eine Politik der Feindschaft und befinden sich damit im Kielwasser der chinesischen und amerikanischen Politik. Andere wie Malaysia oder Indonesien befürchten die Folgen des chinesischen Expansionismus und nehmen eine konziliantere Haltung ein. Es ist offensichtlich, daß es im langfristigen Interesse der Länder Südostasiens liegt, aus diesem Bereich ein Gebiet des Friedens und der Sicherheit zu machen und die Bedrohungen ihrer nationalen Unabhängigkeit zu beseitigen, und unter dieser Perspektive können sie nur zu einem Miteinander mit der vietnamesischen Außenpolitik kommen.

Für die letzten fünf Jahre (1975–1980) kann man folgende Bilanz ziehen:

Vietnam ist es gelungen, seine Unabhängigkeit zu bewahren und seine internationale Position zu festigen. Wenn auch die wirtschaftliche und soziale Situation nach wie vor schwierig bleibt, so ist doch festzustellen, daß wichtige Fortschritte erzielt wurden. Die Verkehrswege zwischen dem Norden und dem Süden wurden in kurzer Zeit wiederhergestellt; die Vereinheitlichung des Geldes ist abgeschlossen; die Mechanismen der wirtschaftlichen Planung erfassen das ganze Land, was die Mobilisierung des natürlichen und menschlichen Potentials beider Zonen ermöglicht; über eine Million Hektar Neuland wurden urbar gemacht und in Anbaugebiete umgewandelt und das Bewässerungsnetz wurde umfassend ausgebaut. Andererseits ist der Export einstweilen noch schwach, und die neuen Industriebetriebe und Wirtschaftszonen haben noch nicht das Maximum ihrer Kapazität erreicht.

Auf dem kulturellen und sozialen Sektor sind die Erfolge beeindruckender. Innerhalb von drei Jahren wurde im Süden der Analphabetismus beseitigt – im Norden ist das seit über zwanzig Jahren der Fall –, das Netz der Schulen und Krippen wächst schnell. Allein in Saigon – jetzt Ho-Chi-Minh-Stadt – ist die Zahl der Kinder in Krippen, Mütterheimen und Schulen um eine halbe Million gestiegen. Das Netz der medizinischen und sanitären Versorgung erfaßt jetzt das gesamte Territorium bis in die abgelegendsten Dörfer[14]). Drogenabhängigkeit, Prostitution und organisierte Verbrechen, diese Hinterlassenschaft des alten Regimes, existieren zwar noch, sind jedoch außerordentlich zurückgegangen. Die nationale Kultur hat wieder begonnen, in einem Gebiet Fuß zu fassen, das von den Erzeugnissen der amerikanischen Kultur überschwemmt war.

Vietnam in seiner Gesamtheit hat ein historisches Experiment begonnen, wie es vermutlich in keinem anderen Land der Dritten Welt zu finden ist:

– von einer unterentwickelten Gesellschaft ausgehend den Sozialismus aufzubauen;

– die Integration der beiden Hälften eines Landes zu bewerkstelligen, die in einem Zeitraum von zwanzig Jahren unter zwei völlig verschiedenen Systemen gelebt haben,

– auf Ruinen des Krieges aufzubauen, für die es keinerlei Beispiel gibt und zugleich

– bedeutende Anstrengungen zur nationalen Verteidigung zu unternehmen.

Die Hindernisse sind groß und Fehler und Bruchstellen unvermeidlich, aber das Land bewegt sich vorwärts, die Anstrengungen des vietnamesischen Volkes und die Hilfe, die uns zahlreiche Freunde in der ganzen Welt gewähren, sind die Garanten des Erfolges.

Die große Unbekannte aber, die über dem Schicksal des Landes lastet, bleibt die Frage des Krieges.

Wird die Achse Washington–Peking es wagen, einen neuen Aggressionskrieg gegen Vietnam anzuzetteln? Wird sich ein solcher Krieg zu einem weltweiten Konflikt ausweiten?

Vietnam bleibt seiner Politik des Friedens treu und tut alles in seiner Kraft stehende, um diesen Frieden zu bewahren. Vietnam bei der Wahrung des Friedens zu unterstützten – das ist die wertvollste Hilfe, die uns unsere Freunde in aller Welt geben können.

---

14) Der Süden hatte praktisch keinerlei Infrastruktur im Bereich der sozialen Medizin. Die Ärzte beschäftigten sich zumeist mit Privatpatienten, und die Minister der proamerikanischen Regierungen achteten mehr auf ihre Bankkonten als auf die Gesundheit der Bevölkerung. Deshalb gab es viele endemische (regional beschränkt vorkommende) Krankheiten und auch häufig Epidemien. Malaria, Cholera, Pest, Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten waren weit verbreitet. Der Kampf gegen sie wurde im großen Maßstab geführt, durch Massen-Impfkampagnen, durch Errichtung von Gesundheitsstationen in allen städtischen Bezirken und Dörfern, um gewöhnliche Krankheiten zu behandeln, Impfungen zu verabfolgen, Kinder zu entbinden und Hygiene-Kampagnen zu veranstalten.

Ob Südafrika, Chile, Brasilien, Argentinien oder Indonesien, der Exportdrang der Konzerne ist angesichts der enger werdenden Reproduktionsbedingungen in der BRD zwangsläufig. Die Exportstrategie zielt auf entwicklungsfähige Märkte mit Rohstoffen und disziplinierter Arbeitskraft, auf letztere vor allem. Dabei werden faschistische, rassistische, neokolonialistische Regime in Kauf genommen, ja bevorzugt, wie die Exportstatistiken beweisen. Die Exkulpation der Bundesregierung mit ihrer Ohnmacht gegenüber Handel und Konzernen steht auf tönernen Füßen[69]) – diese Politik nimmt teil an den gravierendsten Menschenrechtsverletzungen in der Welt.

69) Dies wird zumindest im internationalen Verkehr immer schwieriger, da der Grundsatz der Verantwortlichkeit der Staaten für Akte, die von ihren Staatsangehörigen ausgehen, sich völkerrechtlich immer mehr präzisiert und durchsetzt. Vgl. B. Graeffrath, Die völkerrechtliche Verantwortlichkeit der Staaten – ein wichtiges Instrument zur Durchsetzung des Völkerrechts, in: „Neue Justiz", 6/1980, S. 252f.

Soziologie in der Bundesrepublik

Anmerkungen zum 20. Deutschen Soziologentag

Von Josef Hülsdünker und Rolf Schellhase

Der eben zu Ende gegangene 20. Deutsche Soziologentag, der vom 16. bis 19. September 1980 in Bremen stattfand, bietet eine aktuelle Gelegenheit für die Frage nach der gesellschaftlichen Bedeutung von Sozialwissenschaften und Soziologie, ob und in welcher Weise die Soziologen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) Probleme der Gesellschaft der BRD bzw. der in ihr lebenden und arbeitenden Menschen und unterschiedlichen Interessengruppen aufnehmen, welche Interessen sie dabei verfolgen und wie es um die Bemühungen und Chancen zur Entwicklung einer arbeitnehmerorientierten Soziologie bestellt ist.

Unbestritten ist, daß die Bedeutung der Wissenschaften für den Erhalt, die Steuerung und Weiterentwicklung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses erheblich ist und ständig zunimmt. In diesem Prozeß der Verwissenschaftlichung der Gesellschaft, der einhergeht mit der zunehmenden Subsumption der Wissenschaft unter gesellschaftliche Interessen und Ziele, scheint auch die Soziologie *tendenziell* an Bedeutung zu gewinnen.

Wenngleich Bernal 1954 noch feststellte, daß die Sozialwissenschaften nicht mehr als „schönes, aber unnützes Gerede" und noch lange nicht so unentbehrlich seien wie die Natur- und Ingenieurwissenschaften[1]), und 20 Jahre

1) Vgl. J. B. Bernal, Sozialgeschichte der Wissenschaften, 4 Bde., Reinbek 1978, S. 945 f.

später auch der damalige DGS-Vorsitzende Lepsius darauf verwies, daß es in der Gesellschaft durchaus auch ohne Soziologie gehe, denn „Macht ersetzt Wissen – solange die sozialen Folgen nicht der Herrschaft die Legitimität entziehen"[2]), so kann doch in jüngster Zeit angesichts einiger neuerer Entwicklungen durchaus von einem Bedeutungszuwachs der Soziologie ausgegangen werden. Zwar bewegt sich die Soziologie mit nur ca. 2 % Anteil an den Gesamtausgaben für Wissenschaft und Förschung in der Bundesrepublik am Ende der Finanzierungsskala[3]), gleichwohl spiegelt dieses Datum die tendenziell zunehmende Bedeutung der Soziologie für die Bewältigung gesellschaftlich virulenter Probleme durchaus nicht angemessen wider.

Beispielsweise findet die sich entwickelnde Relevanz der Sozialwissenschaften ihren Ausdruck u. a. in dem in den 60er Jahren von Staat, Gewerkschaften und Unternehmern gmeinsam getragenen Projekt „Wirtschaftliche und soziale Aspekte des technischen Wandels in der Bundesrepublik Deutschland", in einem erheblichen Teil der 140 Einzelstudien der 1971 von der Bundesregierung eingesetzten „Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel" sowie im „Aktionsprogramm Humanisierung des Arbeitslebens", wobei dort insbesondere die Gewerkschaften um die verstärkt notwendige Inanspruchnahme der Sozialwissenschaften bemüht sind. Weitere Hinweise für die zunehmende Bedeutung der Sozialwissenschaften sind in der z. Z. laufenden Einrichtung eines Max-Planck-Instituts für Sozialwissenschaften und in der in Aussicht genommenen Gründung einer neuen Hochschule in Westberlin zu sehen, an der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften „insbesondere für die Bedürfnisse der Praxis"[4]) gelehrt werden sollen. Darüberhinaus haben Politiker und Vertreter sowohl der Gewerkschaften als auch der Unternehmer die vergangenen Soziologentage zum Anlaß genommen, auf die zunehmende Relevanz der Soziologie als beratende und gewissermaßen „vorklärende" Serviceinstanz hinzuweisen, was die Profession nach langjährigem Bemühen um Anerkennung gerade aus dem Bereich der Praxis z. T. mit einer gewissen Befriedigung zur Kenntnis genommen haben dürfte[5]).

Gewinnt die Soziologie vor dem Hintergrund dieser Beispiele und durch Beiträge zur Bewältigung drängender sozialer Probleme zunehmend an Profil, so hebt sie zugleich die zentrale Bedeutung sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse für Legitimationszusammenhänge und -strategien hervor. Für die Soziologie bedeutet dies, daß sie mit ihrer zunehmenden Relevanz in das

2) R. Lepsius, Herausforderung und Förderung der sozialwissenschaftlichen Forschung, in: „Soziale Welt", 1/1974, S. 7.

3) R. Lepsius, Ansprache zur Eröffnung des 17. Deutschen Soziologentages, in: ders. (Hrsg.), Verhandlungen des 17. Deutschen Soziologentages. Zwischenbilanz der Soziologie, Stuttgart 1976.

4) Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 12. 5. 1979.

5) Zum gewerkschaftlichen Interesse an Soziologie siehe G. Schneider, Einige Überlegungen zum Verhältnis von kritischer Sozialwissenschaft und Gewerkschaften, in: H. Ahlemeyer/R. Schellhase (Hrsg.), Soziologie im Arbeitnehmerinteresse. Alternative Positionen auf dem 18. Deutschen Soziologentag, Köln 1977. Auf die zunehmende Bedeutung von Soziologie für Unternehmer hat auf dem Bremer Soziologentag der Personalchef der Ruhrkohle AG, Busch, mit Nachdruck hingewiesen.

Spannungsfeld unterschiedlicher und z. T. gegensätzlicher Interessen gerät, denn Soziologie, die „nicht nur eine Wissenschaft von und über, sondern auch für die Gesellschaft ist"[6]), kann durchaus für unterschiedliche Interessen und Ziele instrumentalisiert werden: etwa als „soziales Frühwarnsystem", das „soziale Konflikte schon erkennbar macht, bevor sie . . . gewalttätige Austragungsformen annehmen", wie Lepsius vorgeschlagen hat[7]); oder als Technik zur funktionalen Qualifizierung der – wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) sie nennt – „Mitarbeiter für Morgen"; schließlich kann laut FAZ „mit linker Hand" – angesichts der „Krise der Arbeitsmotivation" – „nicht einmal mehr in kleinen Unternehmen Personalpolitik gemacht werden . . .; Mitarbeiter zu finden, zu führen, für die Ziele des Unternehmens zu gewinnen, sie für die kommenden Aufgaben zu qualifizieren, dafür ist heute ein hochentwickeltes Instrumentarium nötig, das alle Wissensgebiete umfaßt, . . . vor allem aber die Sozialwissenschaften"[8]). Die spezifische Bedeutung und Brauchbarkeit der Soziologie für die Unternehmer liegt in ihrer potentiellen Konfliktortungs- und -steuerungskapazität, für das „Capital" sind „Soziologen in der Industrie: Seelsorger"[9]).

Die zunehmende Relevanz der Sozialwissenschaften für die Gewerkschaftsbewegung findet u. a. ihren Ausdruck im Auf- und Ausbau des „Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts" (WWI) und dessen Erweiterung zum „Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Institut" (WSI) des DGB zu Beginn der 70er Jahre, weiterhin in dem Bemühen der Gewerkschaften, das „Aktionsprogramm Humanisierung des Arbeitslebens" nicht völlig zu einem Technologieförderungs- und Modernisierungsprogramm für die Wirtschaft verkommen zu lassen, sondern auf eine umfassende Sichtweise der menschlichen Arbeit und damit die verstärkte Einbeziehung der Sozialwissenschaften zu dringen und insgesamt die Humanisierungsforschung abzusichern und dauerhaft zu institutionalisieren. Auch die seit einigen Jahren sich eher zaghaft entwickelnden Kooperationsbeziehungen zwischen den Gewerkschaften und verschiedenen Hochschulen, die seitens der Wissenschaft in gewisser Weise maßgeblich durch Sozialwissenschaftler mitentwickelt worden sind[10]), unterstreichen die zunehmende Bedeutung der Sozialwissenschaften für die arbeitende Bevölkerung. Jedoch spiegelt sich das breite gewerkschaftliche Interesse in Bezug auf die Inhalte der sozialwissenschaftlichen Forschung bislang nur sehr unzureichend wider, so daß mit H. O. Vetter davon auszugehen ist, daß es im Wissenschaftssystem der BRD und damit auch in der Soziologie „kaum erste Ansätze (gibt), in denen die Bedürfnisse, die Probleme und Interessen der Arbeitnehmer die Erkenntnis leiten"[11]).

Insgesamt lassen die angeführten Beispiele einen Bedeutungszuwachs sozialwissenschaftlicher Forschung als Moment der Verwissenschaftlichung

6) So der damalige DGS-Vorsitzende Bolte auf dem Bielefelder Soziologentag 1976; vgl. Ahlemeyer/Schellhase, a. a. O., S. 105.
7) Lepsius, Herausforderung . . ., a. a. O., S. 6.
8) FAZ v. 12. 5. 1979.
9) So der Titel eines Beitrages in der Managerzeitschrift „Capital", 2/1980.
10) Vgl. dazu R. Sorg (Hrsg.), Kooperation zwischen Gewerkschaften und Hochschulen, Köln 1978.
11) Vgl. N. Trautwein, Gewerkschaften und Forschungspolitik, in: „WSI-Mitteilungen", 12. 1978, S. 708.

des gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses und die damit zugleich verbundene Einbeziehung in gesellschaftliche Konflikte zwischen Arbeit und Kapital deutlich werden. Geht man davon aus, daß sich angesichts der gesellschaftlichen Dauerkrise in der BRD das für die Soziologie bestehende Spannungsfeld von Bedeutungszuwachs durch Verwissenschaftlichung sozialer Problemkontexte und Subsumption unter verschiedene Interessen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen und Kräfte noch verstärkt, so erscheint es sinnvoll, entlang einiger Diskussionen und Positionen des Bremer Soziologentages der Frage nach der potentiellen gesellschaftlichen Nützlichkeit und Interessenorientierung der DGS – Soziologie nachzugehen. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die DGS beständig bestrebt ist, die Soziologie als gesellschaftlich neutrale Disziplin herauszustellen.

Nach sechs Jahren selbstverordneter Karenzzeit in Folge des Frankfurter „Praxisschocks" war die DGS 1974 in Kassel mit dem Versuch einer Art „Zwischenbilanz" wieder in die akademische Öffentlichkeit getreten. Unter dem schützenden Dach des pluralistischen Theorienvergleichs enthielt sich die Soziologenschaft weitgehend der Reflexion gesamtgesellschaftlicher Probleme und der Frage nach ihrer gesellschaftlichen Funktion und Verantwortung und tagte in spezialisierten Arbeitsgruppen. Der damit zugleich verbundene Versuch, die Disziplin – nach den „Wirren" der Studentenbewegung und der allgemeinen Politisierung – als konsolidiert und „praxistauglich" herauszustellen, mußte angesichts der wohlwollenden Reaktionen der großbürgerlichen Presse als z. T. erfolgreich angesehen werden[12]); jedenfalls setzte die DGS auf ihrem zwei Jahre später in Bielefeld ausgerichteten Soziologentag verstärkt auf den Nachweis ihrer Utilität für spezifische und überschaubare Bereiche und sprach sich entschieden gegen ihre Popularisierung und eine dezidiert kritische Sicht der gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD aus[13]).

Gemäß dem Prinzip der DGS, „Soziologentage an Hochschulen durchzuführen, an denen die Sozialwissenschaften im Zuge der Hochschulreform jeweils eine besondere Stellung gewonnen haben", und um damit zugleich auch die „Stellung der Soziologie an diesen Hochschulen zu stärken"[15]), hatte die DGS Bremen als Tagungsort für ihren 20. Soziologentag ausgewählt und damit unmittelbar den Zorn ihres Rechtsaußen Erwin K. Scheuch heraufbeschworen. Scheuch mochte diesen – „außerhalb der Reihe zustandegekommenen" – Soziologentag an der Bremer „Universität", so seine Schreibweise in Springers „Welt", allenfalls als Arbeitstagung sehen und unterstellte der Bremer Universität, sie habe sich, quasi aus Gründen der Aufwertung ihres in

12) Vgl. dazu U. Jaeggi, Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie und ihre Soziologen, in: H. J. Krysmanski/P. Marwedel (Hrsg.), Die Krise in der Soziologie, Köln 1975.
13) Vgl. B. Meurer, Vom bildungsbürgerlichen Zeitvertreib zur Fachwissenschaft. Die deutsche Soziologie im Spiegel ihrer Soziologentage, in: S. Herkommer u. a., Soziologie und Praxis, Köln 1979.
14) Entfällt.
15) Tagungsprogramm des Bremer Soziologentages, S. 1.

der Öffentlichkeit stark ramponierten Ansehens, mit 80 000 DM „Entwicklungshilfe" für die finanzschwache DGS den Soziologentag nach Bremen gekauft[16]).

Zwar hatte sich die DGS für Bremen kein offizielles Rahmenthema gegeben, aber unausgesprochen lautete das Motto etwa „Soziale Probleme – made by Deutsche Gesellschaft für Soziologie". Auch der Bremer Soziologentag präsentierte eine Disziplin, die über drängende gesellschaftliche Probleme hinwegzusehen in der Lage ist und gleichzeitig praxisrelevant sein will. Wissenschaftssenator Franke, der als Vertreter der Stadt Bremen die Soziologen begrüßte, hob diesen Widerspruch ungewollt hervor, indem er ein gesellschaftliches Bedürfnis nach Soziologie als Service-Agentur, aber keinesfalls als kritisches Interventionspotential reklamierte.

Der DGS-Vorsitzende Matthes lieferte dem Soziologentag mit seinem Eröffnungsvortrag und der dort gestellten Frage nach der „Soziologie: Schlüsselwissenschaft des 20. Jahrhunderts?", die er bezeichnenderweise entlang der von Schelsky und Tenbruck hinsichtlich der Soziologie vorgebrachten Kritik diskutierte, den „Orientierungsrahmen '80" und die Parolen „Konsolidierung" und „Niveausicherung". Nachdem Matthes seine Kollegen aufgefordert hatte, die kritischen Anmerkungen Schelskys und Tenbrucks ernstzunehmen (während der eine den Intellektuellen und Soziologen „Priesterherrschaft" unterstellt[17]), behauptet der andere, die „Gesellschaftswissenschaften stürzen die Gesellschaft ins Abenteuer"[18])) und gleichzeitig anregte, sowohl Schelsky als auch Tenbruck wieder in die DGS und die bundesrepublikanische Soziologie zu integrieren, „wenn es sein muß auch hineinzuzwingen", konnte Habermas den Trend zur Orientierung am Rückwärtigen und zum Übersehen des Vordringlichen fortsetzen.

Nach dem Tod Talcott Parsons' und im Auftrag der DGS entdeckte Habermas in seinem Vortrag vor der gelehrten Soziologengemeinde und ihren Gästen die bislang augenscheinlich unerschlossene Reichhaltigkeit, Reichweite und Komplexität der Arbeiten dieses Theoretikers und eröffnete seinen Kollegen damit zugleich explizit die Möglichkeit, Marx zu den Akten zu nehmen und sich an „zeitgemäßeren" Leitbildern zu orientieren.

In den 5 Themenbereichen, 16 Sektionen und 11 Ad-hoc-Gruppen mit insgesamt ca. 250 Beiträgen, in denen die DGS sich in Absprache mit den verschiedenen Sektionsleitern mit „gemeinsam interessierenden Problemen"[19]) auseinandersetzen wollte, wurde nur wenig professionelles Interesse für die Thematisierung der aktuellen gesellschaftlichen Krise und ihrer Folgeerscheinungen für die arbeitende Bevölkerung aufgebracht. Vielmehr

16) Vgl. E. K. Scheuch, Zum 20. Deutschen Soziologentag in Bremen. Entwicklungshilfe für DM 80 000, in: „Die Welt" v. 16. 9. 1980.
17) Vgl. H. Schelsky, Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen, Opladen 1975.
18) So der Titel eines Beitrags von Tenbruck in der FAZ v. 9. 3. 1979, S. 6.
19) Tagungsprogramm des Bremer Soziologentages, S. 2.

beschäftigte sich ein großer Teil der Soziologen mit selbstgestellten und ex cathedra für wichtig gehaltenen Problemen („Ich interessiere mich zur Zeit für . . ." (Luhmann)) und befaßte sich in hochspezialisiert–parzialisierter Weise mit „den Fällen, die Fallweise im Einzelfall anfallen", wie die FAZ genüßlich zitieren konnte[20]).

Für die z. T. zelebrierte Abgehobenheit der Soziologen von realen gesellschaftlichen Problemen ist der Beitrag „Fürst Pückler in Figuration", der zur soziobiographischen Erhellung eines Landschaftskünstlers (1785–1871) beitragen sollte, nur ein Beispiel.

Angesichts solcher exentrischer Themenwahl konnte es nicht verwundern, daß das Thema „Konstitution sozialer Probleme" als Überschrift des ersten Themenbereiches kaum mehr war als eine lose Klammer für unterschiedlichste Interessen und Fragestellungen. Auf hoher Abstraktionsebene wurde der eher breit als tief angelegten Bemühung Raum gegeben, Elemente einer vor allem in den USA entwickelten „Theorie sozialer Probleme" zu entwickeln, um damit den Entstehungszusammenhang von „problematischen Situationen" hin zu „sozialen Problemen" soziologisch zu analysieren. Dabei wurde soviel deutlich, daß Erfassung und Bearbeitung von sozialen Problemen entscheidend an politische Macht- und Definitionsstrategien gebunden sind. Dieser Zusammenhang wurde jedoch nicht an Hand der in der BRD herrschenden Verhältnisse konkretisiert, obgleich dies angesichts der angesprochenen Beispiele – Armut und Gettobildung – nahegelegen hätte.

So führte Widmaier beispielsweise unter Berufung auf Weber und Schumpeter die Genese sozialer Konflikte auf die Instabilität des Kapitalismus zurück, doch orientierte sich sein Forschungsinteresse auf Möglichkeiten eines gerichteten ökonomischen und sozialen Wandels nach Maßgabe eines offensichtlich als bekannt vorausgesetzten „Systemimperativs" (Widmaier). In dem Zwang für den größten Teil der Bevölkerung, mit dem Pfennig rechnen zu müssen („Konditionierung der Bürger in kapitalistischen Staaten zu homines oeconomici"), sah er die Möglichkeit begründet, mit herkömmlichen ökonomischen Theorien das „Ist-System Wohlfahrtsstaat" zu beschreiben.

Solche Beispiele abgehobener und zugleich rückwärtsorientierter Theoriebildung fanden an anderer Stelle Entsprechungen in Vorstellungen der Art, daß man auf dem Wege zur „postindustriellen Gesellschaft" zunächst durch die „superindustrielle Gesellschaft" hindurch müsse, die mit Problemen der „Totalität des Industrierealismus", der Unregierbarkeit und der Krise der politischen Instanzen und sogenannter high impact technologies, deren Verwendung ihren Nutzeffekt sogleich wieder in Frage stelle, konfrontiert sei.

Angesichts der Nichtberücksichtigung der Vorschläge und Ergebnisse, die von arbeitnehmerorientierten Wissenschaftlern beispielsweise in verschiedenen Memoranden zur arbeitnehmerorientierten Wirtschafts- und Raumordnungspolitik vorgelegt worden sind, bleibt der Wert solcher Überlegungen

20) FAZ v. 22. 9. 1980.

hinsichtlich einer „Typologie der Entstehung sozialer Probleme" unklar und trägt – innerhalb der Grenzen des „Systemimperativs" verbleibend – offenkundig wenig zur Lösung drängender Probleme in den Arbeits- und Lebensbereichen abhängig Beschäftigter bei.

Diese eher als kontemplativ zu bezeichnende Befassung mit sozialer Wirklichkeit muß zudem in engem Zusammenhang mit der unter Soziologen weitverbreiteten Abneigung gegenüber sogenannter angewandter Forschung außerhalb ihrer traditionellen akademischen Arbeitsbereiche gesehen werden[21]). Inhaltlich wurde diese Selbstbeschränkung in Bremen durch Hinweise auf die Gefahr legitimiert, einer sich auf konkrete gesellschaftliche Probleme einlassenden Soziologie drohe der Verlust ihrer Autonomie.

Beispielsweise sah Novotny einerseits in den Soziologen die „Grenzgänger zwischen Wissenschaft und Politik", die zunehmend auf die Befriedigung von Wissens- und Legitimationsdefiziten auf Seiten des Staates orientiert und mit Problemen sozial randständiger Minderheiten beschäftigt seien. Andererseits aber richtete sie an die Profession die eindringliche Warnung vor allzu engen Kontakten zur sozialen Bewegung, würden doch hierin angesichts geringer sozialwissenschaftlicher Definitionsmacht die größten Gefahren des Verlustes ihrer (elfenbeinernen?) Wissenschaftlichkeit liegen.

Das geflissentliche Übersehen marxistischer Erklärungsansätze und die geringe Bereitschaft überhaupt nur zur kritischen Auseinandersetzung miteinander setzte sich auch im Themenbereich 2 („Beabsichtigte und unbeabsichtigte Folgen sozialen Handelns") weiter fort. Die Hauptinteressen der meisten hier vorgestellten Beiträge richtete sich deutlich auf die Erkundung von Möglichkeiten, ungeplante Folgen sozialen Handelns systematisch zu erfassen und im Sinne beabsichtigter Folgen sozialen Handelns als Steuerungsressourcen politischen Entscheidungen zugänglich zu machen. Zugleich fand sich auch hier die vornehme Zurückhaltung gegenüber Möglichkeiten der Vereinnahmung der Soziologie bzw. der Soziologen durch allzu macht- und anspruchsvolle Interessen deutlich ausgeprägt.

So sahen Bechmann/Wingert in der Institutionalisierung der Folgenabschätzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts „systemspezifische Orientierungen und Rationalitätskriterien von Politik und Wissenschaft aufgelöst", in deren Folge zwar die „Rolle der Experten politisiert", doch zugleich auch die „Entinstitutionalisierung des Wissenschaftssystems" vorangetrieben werde.

Analog dazu zog Düll aus dem Verkommen des staatlichen Humanisierungsprogramms zu einem Programm zur „Modernisierung der Volkswirtschaft" für die Industriesoziologie die Schlußfolgerung, daß einer „interventionistischen" Industriesoziologie das „strategisch eingegrenzte Handlungsfeld, das durch strukturelle Interessenkonflikte und asymmetrische Machtbeziehun-

21) Vgl. E. Lange/H. R. Schneider, Thesen zur Berufssituation von Soziologen. Probleme, Ursachen und Vorschläge zu ihrer Behebung. Positionspapier zur Veranstaltung „Berufstätigkeit und Berufskarrieren von Soziologen" anläßlich des 20. Deutschen Soziologentages in Bremen 1980.

22) H. Böhmer, Regionale Strukturkrise im staatsmonopolistischen Kapitalismus und marxistische Raumökonomie. Am Beispiel der Ruhrgebietskrise, in: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 2/1979, Frankfurt 1979.

gen gekennzeichnet ist" verschlossen bleibt und die „Wirkungschance" lediglich auf der „Sensibilisierung der Handlungsträger" beruhe. Dieser Vorschlag zielte darauf ab, angesichts betrieblicher Machtstrukturen und dadurch bedingter Beschränkungen von Forschungsmöglichkeiten, der Industriesoziologie den Rückzug in den „elfenbeinernen Turm" zu verschreiben, so daß sie sich nur noch aus der Distanz zu konkreten Problemen des betrieblichen und sozialen Alltags zu verhalten braucht. Es bleibt höchst fraglich, ob die hier implizierte Reduktion von Industriesoziologie auf ihre Ideologiefunktion, die mögliche und notwendige Bedeutung soziologischer Forschung bei der über betriebliche Grenzen hinausgehenden praktischen Bewältigung sozialer Probleme in Rechnung stellt.

Anders knüpft Seibel, der mittels seines Modells der „offenen" und „geschlossenen" Gesellschaft Möglichkeiten von Kooperation und Resistenz autochthoner sozialer Strukturen als zentrale Bedingung für erfolgreiche Selbsthilfeprojekte in der Dritten Welt systematisch aufzeigen wollte, zwar an praktische Probleme an, zog aber Fragen nach je klassenspezifischen Herrschaftsformen und dem jeweiligen Entwicklungsstand der Produktivkräfte, wie sie insbesondere von marxistischer Seite aufgeworfen sind, gar nicht erst in Erwägung.

Unterstrichen wurde die hierin eingelagerte positivistische Tendenz in extremer Weise in der Sektion „Methoden" durch die Feststellung, daß eine entwickelte Methodenlehre zwar zur Verfügung stünde, aber im Bereich von Auftragsforschung nur der allgemein vertraute Weg über standardisierte Interviews, als „Königsweg" der Datenerhebung, gegangen werden könne (Friederichs). Die damit einhergehende Flucht in die „Mathematisierung" und „Standardisierung" sozialwissenschaftlicher Methoden wurde begründet mit einer vermeintlich geringen praktischen Relevanz der Ergebnisse, die nicht auch noch durch unkonventionelle (aber der Gesellschaftlichkeit des Gegenstandes eher entsprechenden) Methoden in Frage gestellt werden sollten. Der Diskussion des Interessenbezugs sozialwissenschaftlicher Methoden wurde hier das Faktum des „Interesses der Auftraggeber" stillschweigend entgegengesetzt.

Insgesamt kann einer Mehrzahl der Beiträge in Bremen eine deutliche Abneigung bescheinigt werden, einen Adressatenbezug hinsichtlich ihrer Themenwahl und ihres strategischen Methodeneinsatzes deutlich zu machen. Faktischer Grundkonsens bestand zwischen der Mehrzahl der Soziologen darin, auf verändernde Praxis abzielende theoretische Ansätze und Methodenwahl zu meiden und sich allenfalls an der Erarbeitung von „Entscheidungsalternativen" und der Erhöhung wissenschaftlicher Folgenabschätzung politischer Entscheidungen zu beteiligen, soweit nicht die Gefahr „unkontrollierter De-Legitimationsprozesse" (Bechmann/Wingert) für die Soziologie durch kurzatmigen politischen Dezisionismus besteht.

Ließen sich diese Kennzeichen auf die meisten Veranstaltungen und Referate übertragen, so kam es in Bremen dennoch verschiedentlich zu Kontroversen und Gegenpositionen, die punktuell den vorherrschenden „Grundkonsens" in Frage stellten.

So prallten unterschiedliche Auffassungen über Adressatenbezug und soziale Funktion soziologischer Forschung entlang der Familienberichterstattung und -politik der Bundesregierung im Rahmen der Podiumsdiskussion innerhalb des vierten Themenbereichs offen aufeinander. Verdankte das Thema seine Aktualität dem Wahlkampf der Unionsparteien, so entzündete sich das Interesse in Bremen nicht zuletzt an der in doppelter Hinsicht „pluralistischen" Besetzung des Podiums, weil (außer einem breiten Spektrum wissenschaftlicher Meinungen) neben einer Mitautorin der Familienberichte (Süssmuth) auch ein Vertreter des Bonner Familienministeriums (Wingen) vertreten war.

In der Diskussion vertrat Ministerialrat Wingen denn auch eine „pragmatische" Orientierung in der Familienberichterstattung, die den „mittelbaren" Nutzen wissenschaftlicher Expertisen in politischen Auseinandersetzungen hervorhob. Daher sei auch nur eine geringe unmittelbare Bedeutung der Familiensoziologie für die Entfaltung und Durchsetzung familienpolitischer Zielsetzungen anzunehmen. Dies hänge, so der Ministerialrat, einerseits mit der „Vorliebe" der Politiker für „dezisionistische Entscheidungsmodelle" und andererseits mit der geringen „Beratungsfähigkeit" der „beratenden Wissenschaft" zusammen.

Als Mitautorin der Familienberichte der Bundesregierung führte Süssmuth die dort enthaltenen Argumente zur Orientierung am Status quo gegenwärtiger familialer Strukturen am Beispiel vor. Sie ließ sich von der im 3. Familienbericht getroffenen Feststellung leiten, daß bislang außerfamiliale Einrichtungen die Eltern in der Primären Sozialisation nur unzureichend ersetzen können und maß einem wechselseitigen kompensatorischen Bezug beider Sozialisationsinstanzen aufeinander einen gewichtigen familienpolitischen Stellenwert bei. Zugleich betonte sie die „Reformbedürftigkeit" beider Instanzen. Ihre „familienpolitischen Lösungsansätze" sahen in der Perspektive neben der Gestaltung eines geordneten „Neben- oder Nacheinanders von Berufs- und Erziehungstätigkeit der Frau", vor allem eine Aufwertung der Familientätigkeit im öffentlichen Bewußtsein insgesamt, als auch eine Vergrößerung der Attraktivität dieser Tätigkeiten für den Mann vor.

Heftige Reaktionen unter den Teilnehmern rief die Kritik der Familienberichterstattung aus „christlich-sozialethischer Sicht" (Weihnacht) hervor, die mit der Frage nach der „Rationalität der rationalistischen Familienpolitik" darauf abzielte, den „Widerspruch zwischen der Sprache der Leitwissenschaft ‚Soziologie'" und „dem alltagssprachlich artikulierten Grundkonsens der Bevölkerung über Familie" als „Störung der kulturellen Grundlagen unseres Systems" zu begreifen[23]).

Demgegenüber machten die Vertreterinnen des Autorenkollektivs der Sektion Frauenforschung deutlich, daß ihre Interessen sich nicht im Bewahren

23) Der „Weserkurier" v. 19. 9. 1980 bemerkte zu dieser Position von H.-P. Weihnacht, daß hier besonders deutlich würde, „woher die regressiven Tendenzen der Meinungsbildung zu diesem Thema stammen und daß es eben dieses Lager ist, daß die Interessen einer patriarchalisch gesteuerten Gesellschaft stützt".

herkömmlicher Strukturen erschöpfen, daß „die Interessen des Staates an der Familie nicht die Interessen der Frauen daran sind". Sie forderten die längst fällige historische und soziologische Analyse der Bedingungen, die die staatliche Sozialpolitik als Durchsetzungsinstanz unbezahlter Hausfrauenarbeit verlängern und die zudem darauf orientieren, „die flexible Frau für alle Rollen" zu entwickeln. Zugleich wehrten sie sich gegen den „Grundkonsens" der Bevölkerung nach „Mehrarbeit" der Frauen, der auch im letzten Familienbericht der Bundesregierung transportiert werde, wo neben einigen quasi-feministischen Parolen die Frauenarbeit in der Familie zwar aufgewertet werde, aber dahinter das Interesse des Staates, dem Geburtenrückgang entgegenzuwirken, ohne die Familie mit ihrer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in Frage zu stellen, überdeutlich sei. Dieser Trend, so die Referentinnen, kennzeichne auch das neue Scheidungsrecht sowie die gesetzlichen Regelungen zum Versorgungsausgleich, welche die Benachteiligung der Frauen eher festgeschrieben habe. Besonders hoben die Referentinnen hervor, daß es in Zukunft darum gehen müsse, Probleme der Familienpolitik aus der „Betroffenen-Perspektive" zu analysieren; schließlich gehe es nicht um „partikulare Frauenstandpunkte" allein, sondern um eine rationale Familienpolitik.

Ähnliche Hinweise auf die Notwendigkeit zur Verwissenschaftlichung der Politik und zur Einbringung der „Betroffenen-Perspektive" in die soziologische Forschung kamen auch in einigen Sektionsveranstaltungen und Ad-hoc-Gruppen zur Sprache.

Beispielsweise betonte Siegrist in der Sektion „Medizinsoziologie", daß es immer notwendiger werde, Soziologie wenigstens als heuristische Perspektive in medizinische Forschungen und damit letztlich auch in die Gesundheitspolitik einzubringen. Dies vor allem deshalb, weil erste medizinsoziologische Forschungsprojekte wichtige Zusammenhänge zwischen soziologischen Sachverhalten und verschiedenen Krankheiten und deren Verlauf erbracht hätten. So konnte unter seiner Beteiligung als Ergebnis eine hohe Korrelation von Belastungen am Arbeitsplatz und Herzinfarkten nachgewiesen werden.

In der Sektion „Wissenschaftsforschung" wurde schon durch die Thematik „Wissenschaft und soziale Bewegung" die Befassung mit Adressatenbezug und sozialer Funktion von Wissenschaft hervorgehoben. Während in einem Teil der Referate modelltheoretische Überlegungen zu Legitimationsproblemen der Wissenschaft im Praxiszusammenhang sozialer Bewegung relativ abstrakte Gegenstände blieben, wurden in dieser Sektion andererseits auch konkret Probleme von „Wissenschaft und Arbeitnehmerinteresse" thematisiert.

Leminsky, der hier als früherer Referent des WSI und jetziger Chefredakteur der „Gewerkschaftlichen Monatshefte" zu Wort kam, wies auf die vorhandenen unterschiedlichen Wissenschaftsstrategien im Hinblick auf eine Humanisierung der Arbeit hin. Seines Erachtens gelte es in Zukunft, der bisherigen Praxis der Verwissenschaftlichung der Produktion, in der die Interessen der

abhängig Beschäftigten wissenschaftlich höchst unzureichend berücksichtigt worden seien und die Akzente der Forschung eher im technologischen Bereich lägen, verstärkt ein wissenschaftliches Vorgehen gegenüber zu stellen, daß insbesondere auf die Interessen und Bedürfnisse abhängig Beschäftigter im Produktionsprozeß zugeschnitten sei.

Reflektiert man zusammenfassend und angesichts steigenden gesellschaftlichen Problemdrucks und der expliziten gewerkschaftlichen Forderung nach einer Wissenschaft im Interesse der abhängig Arbeitenden das „Praxispotential" der Soziologie, wie es sich in Bremen darstellte, so läßt sich folgendes festhalten:

Wie auf ihren Soziologentagen in den 70er Jahren geriet die DGS-offizielle Soziologie auch in Bremen, angesichts zunehmender Krisenhaftigkeit der BRD, steigender Arbeitslosenziffern, sinkender Massenkaufkraft, zunehmender Intensivierung der Arbeit und insgesamt sich verschärfender Klassenauseinandersetzungen erneut sich selbst zum größten Problem; in einer Phase gesellschaftlicher Entwicklung, in der Beiträge der Wissenschaft zur Lösung der Probleme der abhängig arbeitenden Mehrheit der Bevölkerung immer dringender geboten sind, wendet sich die akademisch-etablierte Soziologie verstärkt der Reflexion über sich selbst zu. In Bremen war denn auch wenig von soziologischen Beiträgen zur Bewältigung der Krise, aber vergleichsweise viel über Professionalisierungsprobleme von Soziologen zu hören – und zwar nicht nur von den Vertretern des Berufsverbandes Deutscher Soziologen; wichtige Punkte der Mitgliederversammlung der DGS waren nicht etwa Überlegungen zur gesellschaftlichen Bedeutung und Verantwortung der Soziologie oder zu Berufs-, mithin Theorieverboten in den Sozialwissenschaften, sondern die Vorgänge um Habermas' unerwünschte Professur in Bayern. Dabei wurde quasi nebenbei deutlich, daß selbst in der DGS und ihrem Vorstand – wo man Habermas als „Zugpferd" für Öffentlichkeitsarbeit gern hat – Kräfte am Werk sind, denen Habermas' Professur in München nicht genehm ist.

Probleme unzureichender Interventionsmacht von Soziologen in Forschungsprojekten und die insgesamt beklagte geringe finanzielle Förderung soziologischer Forschungsprojekte (ver)führte die Soziologen zum Nachdenken über ihre Fragestellungen und ihre Methodenwahl; zugleich wurde von den Soziologen der DGS nach ihrer eigenen Einschätzung auch weiterhin von einer Art „Unternutzung intellektuelle(r) Kapazität" in der Soziologie ausgegangen[24]). Dementsprechend versuchte man, neben dem Herausstellen von Seriosität und „Niveau" per Selbstkritik und Introversion auch die Dienstbarkeit für finanziell potente Nachfrager zu demonstrieren, und zwar durch die Befassung von Spezialisten mit einer Vielzahl von mehr oder weniger gegeneinander abgegrenzten Spezialfragen unter Vermeidung des Herstellens von

24) R. Lepsius, Herausforderung . . ., a. a. O., S. 12.

gesamtgesellschaftlichen Bezügen und gesellschaftstheoretischer Grundlegung.

Konnte die FAZ mit Luhmanns Worten zu Recht von einer in Bremen herrschenden „Pedanterie des Genauerwissens"[25]) sprechen, so wußte die Soziologenschaft von den objektiv drängenden Problemen der arbeitenden Menschen in der BRD nicht nur nichts Genaues, sondern ziemlich wenig zu berichten. Nur wenige Beiträge auf dem Bremer Soziologentag suchten die Anknüpfungspunkte ihrer Arbeit in gesellschaftlichen Problemen, und nur eine recht kleine Anzahl von Soziologen versuchte, Ansätze einer arbeitnehmer- und betroffenenorientierten Soziologie zu konkretisieren.

Hatte man im Jahr zuvor in Westberlin wenigstens noch akademisch über die „Krise des Marxismus" debattiert, so war in Bremen eine als sehr problematisch einzuschätzende weitgehende Nichtpräsenz und Inaktivität der marxistisch orientierten Soziologen zu verzeichnen.

Gleichwohl wurden, wenn auch nur in wenigen Veranstaltungen, etwa zur Sozialpolitik, zur Arbeiterbildung und zur Wissenschaftsforschung, auch Probleme der Arbeitenden und ihrer Gewerkschaften thematisiert. In den Diskussionen zwischen Gewerkschaftern, Wissenschaftlern des „Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts" (WSI) des DGB und gewerkschaftlich orientierten DGS-Mitgliedern wurden in verhältnismäßig konstruktiver Weise Probleme der Entwicklung und dauerhaften Institutionalisierung einer arbeitnehmerorientierten Soziologie thematisiert. Diese ersten und zugleich zaghaften Ansätze zur Etablierung einer arbeitnehmerorientierten Soziologie gehören zu den wenigen Lichtblicken des Bremer Soziologentages.

Wenngleich damit noch nicht von einer Entwicklung eines „arbeitnehmerorientierten Flügels" innerhalb der ca. 700 Mitglieder umfassenden DGS gesprochen werden kann, so zeigt sich in Bremen doch auch, daß es in der gelehrten Soziologengesellschaft eine – wenn auch zahlenmäßig kleine – Anzahl von Soziologen gibt, die ihre wissenschaftliche Arbeit als einen Beitrag zu einer wirklich rationalen Gestaltung der Gesellschaft versteht.

Die wütenden Angriffe, die Scheuch im Vorfeld des Bremer Soziologentages gegen die ihm unbequeme und ideologisch verdächtige Sektion „Frauenforschung", das „ungeliebte Kind" der DGS geritten hatte, verdeutlichen einmal mehr, daß die Auseinandersetzungen um gesellschaftliche Funktion und Praxisbezug von Soziologie und DGS längst begonnen haben; gewerkschaftlich orientierte Soziologen können sich hier nicht frustriert zurückziehen.

25) FAZ v. 22. 9. 1980.

Menschenrechte in der Bundesrepublik

Theoretische Positionen und politische Praxis (II)*)

Von Norman Paech

III. Stand der Verwirklichung der Menschenrechte in der BRD

Art. 28 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt: „Jeder Mensch hat Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in welcher die in der vorliegenden Erklärung angeführten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können." Und die Teheraner Konferenz 1968 verabschiedete u. a. folgende Erklärung: „Da Menschenrechte und elementare Freiheiten unteilbar sind, ist die volle Verwirklichung der staatsbürgerlichen und politischen Rechte ohne den Besitz wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte unmöglich. Ein dauerhafter Fortschritt der Realisierung der Menschenrechte hängt von zuverlässigen und wirksamen nationalen und internationalen Maßnahmen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ab."[27])

Zum Ausdruck bringen wollte die Vollversammlung damit, daß diese sozialökonomischen Rechte gleichsam die materielle Basis für die Freiheit eines jeden Menschen darstellen, ohne die von Freiheitsrechten gar nicht erst gesprochen werden kann. Folgerichtig wäre mit diesen Rechten in der BRD zu beginnen. Aber nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch die Arbeiterbewegung hat die politischen Rechte immer hoch geachtet, weil sie die Voraussetzung für die Entfaltung ihrer Bewegung sind, und sie immer von neuem für ihre Durchsetzung und Erhaltung zu kämpfen hatte. Ich werde deshalb mit ihnen beginnen.

1. Bürgerliche und politische Menschenrechte

Im Grunde wäre zu allen in der Konvention benannten Rechten etwas zu sagen. Ob zur Gleichberechtigung von Mann und Frau, über die die Bundesregierung in ihrem Bericht nicht mehr als zwei kurze Sätze verloren hat, obwohl die EG-Kommission zwei Verfahren gegen die BRD wegen Nichtvollziehung der EG-Richtlinien zur Lohngleichheit und fehlenden Normierung der Chancengleichheit in Ausbildung und Beruf eingeleitet hat; zu den Rechten der 4 Millionen Ausländer, deren Diskriminierung den Konjunkturschwankungen parallel verläuft, und zu deren Sicherung in Europa die Französische Kommunistische Partei bisher vergeblich die Einrichtung eines Menschenrechtsausschusses beim Europaparlament gefordert hat; zur menschenwürdigen Behandlung bei Gefangenen (Art. 10); zur Verletzung der Privatsphäre (Art. 17) und des Menschenwürdegehalts der Persönlichkeits-

*) Vgl. Heft 10/1980, S. 1216–1224

27) Final act of International Conference on Human Rights, New York 1968, A/Conf. 32-41, S. 4.

rechte durch Lauschangriffe des Verfassungsschutzes[28]); zur Gesinnungs-, Meinungs, Informations- und Pressefreiheit usw.

Hier werden zwei besonders virulent erscheinende Probleme herausgegriffen, die in der vorherrschenden Menschen- und Völkerrechtsliteratur in der BRD überhaupt keine Erwähnung finden: die Wiederbelebung neofaschistischer Tendenzen und die Praxis der Berufsverbote.

1.1 Zum ersteren sind die Symptome bekannt. Fast täglich erfahrbar ist auch die subtile Propagierung eines „gereinigten Faschismus" in den Medien und das Fortwirken der ideologischen Traditionen in den oberen Rängen von Verwaltung, Justiz, Militär und Bildungswesen. Von den 10 000 Beteiligten an den Auschwitzer Massenmorden, die seinerzeit in einer Kartei des damaligen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer erfaßt worden sind, wurden bisher in fünf Prozessen 30 abgeurteilt, nur 5 von ihnen befinden sich noch in Haft.

Eines dürfte unbestreitbar sein: daß die UNO-Charta ebenso wie die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" vom Dezember 1948 eindeutige Dokumente gegen den Faschismus und aus dem siegreichen Kampf gegen ihn entstanden sind[29]). Bekannt ist auch der große Einfluß, den die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte auf die Beratungen des Parlamentarischen Rates und die Abfassung des Grundrechtsteils des Grundgesetzes gehabt hat. Ob das Londoner Abkommen über die Verfolgung und Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher vom 8. August 1945, das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945, die Friedensverträge vom Februar 1947 mit Italien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Finnland, sie enthalten alle Vorschriften über das Verbot faschistischer und militaristischer Organisationen zum Schutz gegen die Gefährdung von Grundrechten der Bevölkerung. In den Politischen Grundsätzen des Potsdamer Abkommens heißt es z. B.: „A 3 III: Die nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, daß sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen. . . 6.: Alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, und alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, sind aus den öffentlichen und halböffentlichen Ämtern und von den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmen zu entfernen. Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken."

---

28) Vgl. H. P. Schneider, Der Verfassungsschutz – Grundordnungshüter, Sicherheitsdienst oder Geheimpolizei?, in: W. D. Narr (Hrsg.), Wir Bürger als Sicherheitsrisiko, Reinbek 1977, S. 93ff., 111.

29) K. J. Partsch, Bekämpfung der rassischen Diskriminierung im Rahmen des Schutzes der Menschenrechte, a.a.O., S. 111ff. Auch Ernst Benda sieht die „1945 vorgefundene historische Situation" als wesentlich für die juristische Interpretation. Gefährdungen der Menschenwürde. Vortrag vor der Rheinisch-Westfälischen Akademie der Wissenschaften 1974, Opladen 1975, S. 15. E. Bahr, Menschenrechte und Profit, in: „Vereinte Nationen", 1/1976, S. 1ff.

Diese Grundsätze des Potsdamer Abkommens sind geltendes Völkerrecht und binden nach zwar umstrittener, aber m. E. richtiger Auffassung die Bundesrepublik Deutschland[30]).

Die Resolution 2438 (XXIII) der Vereinten Nationen sagt ausdrücklich, daß die Menschenrechtskonventionen nicht zum Schutze „rassistischer oder nazistischer Praktiken und ähnlicher Ideologien" angerufen werden können, „die auf die Vernichtung der in diesen Dokumenten angeführten Rechte" zielen. Sie ruft alle Staaten auf, „Gruppen und Organisationen zu verbieten und zu verfolgen, die rassistische, nazistische oder Apartheidpropaganda betreiben".

Welche Aufmerksamkeit die UNO dem Wiederaufleben des Nationalsozialismus als Gefährdung der Menschenrechte schenkt, machte die Menschenrechtskonferenz von Teheran 1968 deutlich, die sich sehr eindringlich mit der Gefahr des Nationalsozialismus beschäftigte. Auf ihr wurde von Polen und der Ukraine ein Entschließungsentwurf über Maßnahmen gegen den „Nationalsozialismus und rassische Intoleranz" vorgelegt, die sich auf eine Entschließung der Menschenrechtskommission vom 6. März 1968 (15 XXIV) bezog. Sie warnte vor den wiederauftretenden nationalsozialistischen Gruppen und Tätigkeiten (insbesondere der NPD) und forderte eine erneute Verdammung des Nationalsozialismus, Neonazismus und ähnlicher Ideologien sowie deren ständige Beobachtung durch die UNO-Organe[31]). Aufschlußreich auch für heute ist die Einlassung des Vertreters der Bundesrepublik, der die Gefahr schlicht leugnete: „Seit 1945 ist der Nationalsozialismus in unserem Lande tot, aber nun wird da ein schwer faßbares und kaum definierbares Schreckgespenst aufgebaut, das man ‚Neonazismus' nennt . . . Da der Entschließungsentwurf den ‚Nationalsozialismus und ähnliche Lehren' in den Mittelpunkt stellt, ist zu erklären, was Nationalsozialismus wirklich war. Ich sage ‚war', da – wie jeder weiß und ich auch schon sagte – der Nationalsozialismus 1945 bezwungen, völlig in Mißkredit gebracht und völlig ausgelöscht wurde." Sodann zieht er die Register der Totalitarismus-Theorie und identifiziert das „totalitäre System des Nationalsozialismus" mit dem „totalitären System des Stalinismus", unter dem „unsere Brüder in Ostdeutschland jetzt (1968! – d. Verf.) zu leben haben", um dann zu einem Entlastungsangriff auf die Sowjetunion überzugehen: „Vielleicht kommen wir der Antwort näher, wenn wir uns der historischen Tatsache erinnern, daß der Nationalsozialismus 1939 nicht ohne das Einverständnis einer anderen Macht zum Angriff schritt, die ihren Bürgern ebenfalls die Freiheitsrechte vorenthält und dazu neigt, ihre Nachbarn zu beherrschen."[32])

Die UNO ließ sich von der Aufmerksamkeit auf dieses Thema nicht abbringen und publizierte im Rassendiskriminierungsjahr eine Studie des Sonder-

30) Zu den unterschiedlichen Meinungen und Ansichten vgl. G. Stuby, Die Anti-Hitler-Koalition und ihr Weg zum Potsdamer Abkommen, in: Mayer/Stuby (Hrsg.), Die Entstehung des Grundgesetzes, Köln 1977, S. 64ff. Vgl. ferner M. Ratz, Die Justiz und die Nazis, Frankfurt/M. 1979, S. 9ff.
31) Vgl. K. J. Partsch, a.a.O., S. 133f.
32) Zit. nach K. J. Partsch, a.a.O., S. 134ff.

berichterstatters Hernán Santa Cruz (Chile), in der – neben der Frage der Behandlung von Eingeborenen und Kapiteln über Südafrika, Rhodesien, Namibia und die portugiesischen Kolonien – auch ein umfangreicher Abschnitt über die Gefahr der Wiederbelebung des Nationalsozialismus enthalten ist[33]).

Seit dem 16. Mai 1969 hat die Bundesrepublik alle materiellen Verpflichtungen aus der „Internationalen Konvention über die Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung" vom 21. Dezember 1965[34]) übernommen, die sich nicht nur auf die Apartheidpolitik bezieht, sondern auch auf die Diskriminierung ausländischer Arbeitnehmer und das Wiederaufleben des Faschismus als einer besonderen Form des Rassismus. Art. 4 enthält die allgemeine Verurteilung jeglicher Propaganda und Organisationen, die auf Ideen und Theorien der Überlegenheit einer Rasse oder Gruppe von Personen beruhen oder Versuche, Rassenhaß oder Rassendiskriminierung zu rechtfertigen oder zu fördern. Er verpflichtet alle Mitgliedstaaten, jede organisierte Tätigkeit und andere Propaganda, die Rassendiskriminierung fördert oder dazu anstiftet, unter Strafe zu stellen. Schon der erste Bericht der Bundesregierung an das Komitee für die Beseitigung der Rassendiskriminierung vom 12. August 1970 stieß auf die Kritik verschiedener Komiteemitglieder u. a. wegen unzureichender Ausführungen über den Neonazismus.

Voraussetzung aller Grund- und Menschenrechte ist, daß der Staat alles unternimmt, diese zu erhalten und zu sichern, d. h. auch jede Entwicklung frühzeitig zu unterbinden, an deren Endpunkt die Suspendierung aller Grund- und Menschenrechte absehbar ist – und zwar aus konkreter historischer Erfahrung. Um mit Egon Bahr zu sprechen, der zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 1975 sagte: „Noch immer führen Verkennung und Mißachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei. Barbarei ist nicht nur anzuklagen als Ergebnis des Tuns, auch Unterlassungen können zu Barbarei führen."[35]) Der Zusammenhang von kapitalistischem Gesellschaftssystem und faschistischer politischer Herrschaft, die Latenz autoritärer und faschistischer Gewalt im Krisenverlauf kapitalistischer Wirtschaftsproduktion war den politischen Parteien unmittelbar nach der Niederlage des Faschismus noch sehr gegenwärtig – in der Folgezeit wurde der Zusammenhang systematisch nach und nach verdrängt. Um so wichtiger ist es, an diese Gefährdung immer wieder zu erinnern. Es geht also nicht nur darum, in jedem Einzelfall konkret darauf hinzuweisen, daß z. B. die Nichtauslieferung Kapplers an Italien gegen den im Völkerrecht verankerten Grundsatz verstößt, daß Kriegs- und Menschlichkeitsverbrecher in der Regel in dem Land bestraft werden, in dem sie diese Verbrechen begangen haben, und daß die

33) Special Study on Racial Discrimination in the Political, Economic, Social and Cultural Spheres 1971 (UN Doc. E/CN 4/Sub. 2/307).

34) Resolution 2106 (XX); im Frühjahr 1979 wurde im Rassendiskriminierungsausschuß der von der Bundesregierung vorgelegte 5. Periodische Staatenbericht diskutiert. Die Mitglieder verlangten insbes. zu folgenden Problemen Auskunft: Möglichkeit eines Verbots der NPD, Beschäftigung und Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer und deren Angehöriger, die Lage der Zigeuner und die Beziehungen zu Südafrika.

35) Menschenrechte und Profit. Rede vor der Gesellschaft der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1975, in: „Vereinte Nationen", 1/1976, S. 1f.

Staaten zu diesem Zweck der Auslieferung zusammenarbeiten sollen, ein Grundsatz, der im Dezember 1973 auf der 28. Sitzung der UNO-Vollversammlung mit der Stimme der Bundesrepublik – obwohl sie sich im Ausschuß noch enthalten hatte – bekräftigt worden ist[36]). Es gilt, aus der Unvereinbarkeit der neonazistischen Aktivitäten mit der in der UNO-Charta und der Allgemeinen Menschenrechtserklärung als Grundbedingung aller Menschenrechte normierten Friedenssicherung[37]), mit den Verpflichtungen der Bundesrepublik aus dem Potsdamer Abkommen und der Rassendiskriminierungskonvention Konsequenzen zu ziehen, und diesen Aktivitäten mit den vorhandenen administrativen Mitteln entgegenzutreten. Das ist eine Mindestvoraussetzung für die Erhaltung und Ausdehnung der politischen und bürgerlichen Menschenrechte.

1.2 Zum zweiten die Berufsverbotepraxis.

Auch ihre Fakten sind bekannt, selbst wenn sie von seiten der Bundesregierung in ihrem erschreckenden quantitativen Ausmaß heruntergespielt und trotz ihrer demokratiezersetzenden Prozeduren gerechtfertigt werden. Bezüglich der Anzahl der betroffenen Bürger sind nur Schätzungen möglich: ca. 2 bis 3 Mio. Verfassungsschutzüberprüfungen und an die 4500 „Fälle", in denen Bürger aus nachweisbar politischen Gründen den vielfältigsten Diskriminierungen von inquisitorischen Anhörungen über die Verzögerung oder Verweigerung von Einstellungen in den öffentlichen Dienst, Entlassungen, Disziplinarverfahren usw. unterzogen werden[38]). Wie die unzähligen Anhörungen erwiesen haben, geht es mangels „feindseliger Aktivitäten" (BVerfG) schlicht nur noch um Gesinnung, Meinung, politische Anschauung und wissenschaftliche Theorie. Die Verfassungswidrigkeit dieser Praxis, ihr Verstoß gegen die Artikel 3 (Gleichheit vor dem Gesetz), Artikel 5 (Meinungs-, Forschungs- und Lehrfreiheit), Artikel 8 (Versammlungsfreiheit), Artikel 9 (Vereinigungsfreiheit), Artikel 12 (Freiheit der Berufswahl) und Artikel 21 (Parteienprivileg), ist gegenüber einer blinden, z. T. blindwütigen Administration und offensichtlich tauben Richtern der höchsten Gerichte nachgewiesen worden[39]). Die Geschichte politischer Verfolgung, in manchen Familien schon in dritter Generation vom Sozialistengesetz 1878 über den Nationalsozialismus, die politische Strafjustiz der 50er Jahre bis zur aktuellen Berufsverbotepolitik, hat bei jenen weder den juristischen noch soziologischen Blick für die Tatsache geschärft, daß sich die Kontinuität antidemokratischer Gewalt nicht nur im Leidensweg der sozialistischen, kommunistischen oder radikal-demokratischen Bürger spiegelt, sondern auch in der bruchlosen Tradition des Beamtentums in Verwaltung und Justiz über mehrere Reiche hin.

36) Resolution 3074 (XXVIII).

37) Die Verklammerung von Friedenssicherung, Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Menschenrechte liegt übrigens auch der KSZE-Schlußakte zugrunde.

38) Vgl. etwa „Berufsverbote heute". Eine aktuelle Bestandsaufnahme der Initiative „Weg mit den Berufsverboten", Hamburg 1980.

39) Wortlaut der verfassungswidrigen Januar-Beschlüsse, Köln 1972; Abendroth/Azzola u.a., Schutz oder Beugung der Verfassung? Köln 1976; A. Emmerlich (SPD-MdB), Von (Fall-)Stricken und Schleppnetzen in der Diskussion über Radikale, in: „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 8. 8. 1980.

Gerade zur Durchbrechung dieses fatalen Zusammenhangs ist zunächst auf die schon genannten politischen Grundsätze des Potsdamer Abkommens zu verweisen, welche neben der Aufhebung aller nazistischen Gesetze, der Bestrafung der Kriegsverbrecher, der Entfernung aller Nationalsozialisten aus öffentlichen Ämtern (Ziffer 6), die Befreiung des Erziehungswesens von nazistischen Lehrern (Ziffer 7) und Reorganisierung des Gerichtswesens entsprechend den Grundsätzen der Demokratie (Ziffer 8) zur Pflicht erhoben. Allein die Teilnahme dreier ehemals aktiver Nationalsozialisten an den Leitentscheidungen des BVerfG und BVerwG zum Radikalenerlaß ist ein krasser Verstoß gegen geltendes Völkerrecht.

Die Tatsache, daß die Allgemeine Menschenrechtserklärung von 1948 keine die Staaten unmittelbar bindende Wirkung hat, kann aber nicht ihre außerordentlich politische Bedeutung leugnen, die sie für viele neue Verfassungen gehabt und für die Interpretation nationaler Verfassungen auch heute noch hat. Sie erklärt zu Menschenrechten in Art. 18 die Gedanken- und Gewissensfreiheit „sowie die Freiheit, . . . seine Überzeugung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, in der Öffentlichkeit und privat, durch Lehre . . . zu bekunden", in Art. 19 die Meinungs- und Informationsfreiheit und Art. 20 die Vereinigungsfreiheit. Da nach Art. 2 jeder Mensch Anspruch auf diese Rechte und Freiheiten hat, „ohne irgendeine Unterscheidung, wie etwa nach . . . politischer Überzeugung" und Art. 21 Abs. 2 „jeder Mensch . . . unter gleichen Bedingungen das Recht auf Zulassung zu öffentlichen Ämtern in seinem Land" hat, ist klargestellt, daß politische Meinung und Überzeugung kein Kriterium für die Zulassung zu öffentlichen Ämtern ist. Diese Rechte werden in Art. 18, 19, 20 und 25 c der Internationalen Konvention über bürgerliche und politische Rechte präzisiert. Aus der erwähnten Entstehungsgeschichte der Menschenrechtserklärung und der Internationalen Konventionen können diese Freiheiten allerdings nicht für faschistische und rassistische Überzeugungen gelten, sie würden den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen entgegenstehen, die Art. 29 Abs. 3 meint, der erklärt: „Rechte und Freiheiten dürfen in keinem Fall im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen ausgeübt werden." Umkehrfrage: Die Mitwirkung der sozialistischen Staaten an der Erklärung und den nachfolgenden Konventionen sollte dennoch den Einsatz der Menschenrechte im antikommunistischen Kampf erlauben?

Dies ist die Konsequenz des Versuchs der Bundesregierung, in ihrem Bericht für die UNO gemäß Art. 40 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte vom November 1977 die Reinhaltung des öffentlichen Dienstes von kommunistischen und sozialistischen Beamten mit Art. 25 c des Internationalen Paktes zu rechtfertigen: „Für die Übernahme in den öffentlichen Dienst genügen nicht allein die fachlichen Voraussetzungen . . . der Bewerber (muß) auch die Verfassungsordnung der BRD anerkennen. Wer dafür keine Gewähr bietet – z. B. weil er sich aktiv in verfassungsfeindlichen Organisationen betätigt, kann dementsprechend und im Einklang mit Art. 25 c, Art. 5 Abs. 1 (Schutz vor Mißbrauch und vor Abschaffung der Rechte durch internationale Kontrolle) des Pakts nicht in das Beamtenver-

hältnis übernommen werden. Bewerber, die nicht in den öffentlichen Dienst übernommen werden, unterliegen im übrigen aber keinen beruflichen Beschränkungen. Glaubt ein Bewerber, zu Unrecht abgewiesen worden zu sein, so hat er die Möglichkeit, die Rechtmäßigkeit des ihm erteilten ablehnenden Bescheides im verwaltungsgerichtlichen Verfahren nachprüfen zu lassen" (S. 56). Fazit: 1. Es gibt keine Berufsverbote. 2. Die „Neutralität" der politischen Justiz als objektiver Garant der Menschenrechte. 3. Der „Verfassungsfeind" jetzt auch als juristische Kategorie des Völkerrechts. 4. Die Abwehr von Kommunisten und Sozialisten wird durch die Menschenrechte gedeckt.

Man könnte dies als Zynismus formalen Rechtsdenkens abtun, wenn es nicht in der Konsequenz dieser Menschenrechtstheorie liegt, bürgerliche Freiheiten mit den Menschenrechten zu identifizieren und den ursprünglich fortschrittlich gegen den Staat gerichteten Status negativus der Freiheiten nun konservativ gegen die neue Gesellschaft zu wenden. Aber es ist ein Unterschied, ob ein im Grundgesetz verankerter Grundrechtsteil substanziell nicht über die Menschenrechtsdeklaration von 1789 hinausgeht oder die Menschenrechtskonventionen mit aktiver Mitarbeit der sozialistischen Länder die individuellen politischen Rechte um kollektive, wirtschaftliche und soziale Rechte erweitern, Abschied von der Freiheit des Eigentums nehmen und demgegenüber die freie Verfügungsgewalt der Völker über ihre natürlichen Ressourcen und Mittel als Menschenrechte normieren.

Das ganze Unverständnis gegenüber diesem Wandel des Völkerrechts wird an einem Beispiel deutlich, das von dem Vertreter der Bundesrepublik im Komitee gegen Rassendiskriminierung, Karl Josef Partsch, stammt: „Wenn sich in der Bundesrepublik zwei Vereinigungen bilden, deren eine für die Apartheidpolitik der südafrikanischen Regierung eintritt, während die andere die afrikanischen Freiheitskämpfer unterstützt, können nach Art. 9 GG beide verboten werden. Die erste, da sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet, die andere, weil sie die Beziehungen der Bundesrepublik zu Südafrika und damit die Völkerverständigung belastet. Im Sinne der Konvention wäre nur das erste Verbot. Es wird aber kaum geltend gemacht werden können, die BRD habe sich durch die Ratifizierung der Konvention derart auf ein Primat der Verurteilung der Rassendiskriminierung festgelegt, daß sie eine Vereinigung der Freunde afrikanischer Freiheitskämpfer auch unter Gefährdung ihrer Beziehungen zur Südafrikanischen Union dulden müsse."[40]) Abgesehen von der Delikatesse, daß ein deutscher Vertreter im Rassendiskriminierungskomitee die Beziehungen der BRD zur Südafrikanischen Republik mit Völkerverständigung gleichsetzt, ignoriert er die Tatsache, daß über Art. 25 GG zumindest Einzelbestimmungen der Menschenrechtskonventionen als allgemeine Regeln des Völkerrechts „Bestandteile des Bundesrechts" sind[41]) und damit für die Interpretation der Grundrechte

40) K. J. Partsch, a.a.O., S. 141f.
41) Maunz-Dürig-Herzog, Grundgesetz, Art. 1 II, Randnummer 56ff., Anmerkung 6.

Bedeutung gewinnen. Rechtsprechung und Lehre gehen zwar davon aus, daß die Art. 1, 18, 19, 23 der Allgemeinen Menschenrechtserklärung und Art. 21 Abs. 2 der Konvention keine „allgemeine Regeln des Völkerrechts" seien, und wenn doch, auf keinen Fall mit Verfassungsrang, da sie „deutlich (nur) programmatischen Charakter" trügen. Die Begründung ist nicht allzu überzeugend, die Absicht dagegen durchsichtig, den demokratischen, völkerumspannenden und in die Zukunft weisenden Gehalt der Menschenrechte von der Verfassungswirklichkeit fernzuhalten[42]).

Um die in der Frage der politischen Gesinnungs-, Meinungs-, Informations- und Organisationsfreiheit nie schwankende Zielsetzung einer umfassenden Menschenrechtskonzeption der Vereinten Nationen zu dokumentieren, gegen die sich die Berufsverbotspraxis stellt, sei schließlich noch auf die Konvention Nr. 111 der International Labour Organisation (ILO) über das Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf vom Juni 1958 verwiesen. Art. 1 bezeichnet als Diskriminierung „Jede Unterscheidung, Ausschließung oder Bevorzugung, die auf Grund . . . der politischen Meinung . . . vorgenommen wird und die dazu führt, die Gleichheit der Gelegenheiten und Behandlung in Beschäftigung oder Beruf aufzuheben oder zu beeinträchtigen" (Art. 1).

Der Normgehalt der Internationalen Menschenrechtskonzeption ist somit zweifelsfrei. Er kann das Spannungsverhältnis zwischen öffentlichem Dienst, Verfassungstreue, Gesinnungs- und Meinungsfreiheit sowie Parteienprivileg allein in Richtung der Abwehr faschistischer, rassistischer und neokolonialistischer Bestrebungen lösen, nicht aber zur Abwehr sozialistischer und kommunistischer Ideologie mißbraucht werden.

2. Wirtschaftliche und soziale Rechte

Begegnen wir der bundesdeutschen Verfassungswirklichkeit mit den bürgerlichen und politischen Rechten gleichsam auf eigenem Terrain des Grundgesetzes, zeigt sich der Rückstand der Grundrechte bei den wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechten sehr deutlich. Darüber vermag weder der Hinweis auf die Sozialstaatsklausel des Art. 20 GG, die „die Grundzüge aller sozialen Menschenrechte" enthalte[44]), hinwegzuhelfen, noch die Meinung, daß der gegenwärtige Stand unserer Rechtsordnung den Anforderungen des Wirtschafts- und Sozialpaktes genüge, und insofern keine Verpflichtung zu weiteren Aktivitäten des Gesetzgebers bestehe[45]). Einerseits bringt

42) BVerwG v. 22. 4. 1977, AZ VII C 17.74, Urteilsausfertigung, S. 31, in: BVerwG E 47/365ff. 378.

43) Bezeichnend ist der Begründungsbeschluß des BVerwG: „Da das Grundgesetz nach dem vorher Dargelegten nicht verletzt wurde, konnte daher auch die Menschenrechtsdeklaration nicht verletzt sein." E 47/378. Selbstverständlich ist, daß über Art. 25 GG kein Interventionsrecht begründet werden kann.

44) So J. Soder, Der Grundrechtskatalog der Menschenrechtskonventionen der Vereinten Nationen als innerdeutsches Recht, in: „Vereinte Nationen", 3/1968, S. 70ff., 4/68, S. 114ff.

45) So R. Echterhölter, Der internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, in: „Betriebsberater", 1975, S. 1597. Die Bundesregierung hat bisher zwei Berichte zum Pakt vorgelegt. Zu Art. 6 u. 9 im Jahre 1977 und zu Art. 10 u. 12 im Jahre 1979. Vgl. R. Echterhölter, Schritte zur Verwirklichung der sozialen Menschenrechte, in: „Vereinte Nationen", 2/1980, S. 37ff.

man diesen Rechten ein systembedingtes Mißtrauen entgegen, wobei darauf hinzuweisen ist, daß etwa das Recht auf Arbeit nicht eine Erfindung der Arbeiterbewegung ist, sondern schon von Turgot in dem Edikt Ludwig XVI., welches das Zunftwesen aufhob, gefordert worden ist. Andererseits scheut man sich nicht vor der Forderung, den Schutz gegen Dumping-Importe in die Grundrechte einzubeziehen. Auf der schon erwähnten Konferenz der Europäischen Parlamentspräsidenten im Juni 1977 in Wien regte der französische Parlamentspräsident Faure an, daß sich die Europäer unter Berufung auf die Menschenrechte gegen die unfairen Vorteile gewisser Staaten im internationelen Handel wehren müssen.

2.1 Wahrlich überflüssig wäre die ganze Diskussion, wenn wir uns in dem goldenen Zeitalter von Egon Bahr befänden, wie dieser es in seiner Rede zum Menschenrechtstag am 10. Dezember 1975 umriß: „Die Menschenrechte sind in unserem Grundgesetz verankert; der Staat ist verpflichtet, sie zu schützen. Wir haben uns die materiellen Voraussetzungen für ihre Verwirklichung erwirtschaftet: Eine funktionierende Wirtschaft sichert soziale Leistungen, sie wiederum sind Voraussetzung für höhere Menschenrechte. Arbeitgeber und Arbeitnehmer finanzieren gemeinsam Sozialleistungen. Wer in unserer Gesellschaft arbeitet, sorgt für den Unterhalt der Alten, der Armen und der Jungen. Unser Gesellschaftssystem kann Freiheiten garantieren, weil es soziale Sicherheit gibt. Es gibt soziale Sicherheit, weil wir ein funktionierendes Wirtschaftssystem haben. Unser Wirtschaftssystem arbeitet mit Kapital, Arbeitskraft, Wissen und Rohstoffen. Wir haben den gemeinsam erwirtschafteten Profit angelegt, um eine höhere Lebensqualität zu erreichen, um mehr Menschenrechte zu verwirklichen. Die Starken tragen dabei die Schwachen mit. Die Forderung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte geht dahin, dies global zu tun, Profit und Menschenrechte global zu teilen und zu verwirklichen[46]).

Was ist mit den 2 Mio. Haushalten mit 5,8 Mio. Personen, deren Netto-Einkommen 1974 nach der Studie des damaligen Sozialministers von Rheinland-Pfalz, Heiner Geißler, noch unter dem Sozialhilfesatz liegen? Da sie ihren Sozialhilfeanspruch nicht geltend machen, erscheinen sie gar nicht erst in der Sozialhilfestatistik. Zählt man die 2,04 Mio. registrierten Sozialhilfeempfänger (1975) hinzu, so kommt man auf 7,84 Mio. arme Menschen in der Bundesrepublik. Und diese Armen nehmen an Zahl zu, wie die ansteigenden Zahlen von Sozialhilfeempfängern (1969 1,5 Mio., 1976 2 Mio.) beweisen. Ist für diese Menschen das Recht auf soziale Sicherheit (Art. 9) gewährleistet?

Die Einkommensverteilung zeigt für die Zeit von 1950–1975 einen gleichbleibenden Anteil der Netto-Einkommen der Lohnabhängigen von 45% am Gesamteinkommen, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung hat sich jedoch von 68,5 auf 81% erhöht. 1962 erhielten von den Arbeitern 25,3% weniger als

46) E. Bahr, Menschenrechte und Profit, a.a.O., S. 2. Vgl. demgegenüber die Einschätzung der Menschenrechte in der DDR durch die Bundesregierung in der Antwort auf die Große Anfrage der CDU/CSU v. 20. 9. 1979, in: Drucksache 8/3188.

300 DM monatliches Netto-Einkommen und keiner über 1200 DM; 1970 erhielten 25,6% weniger als 600 DM, 2,7% mehr als 1200 DM und 0,1% kamen auf über 1800 DM[47]). Art. 11 der Konvention garantiert das Recht auf angemessenen Lebensstandard sowie stetige Verbesserung der Lebensbedingungen. Eine Verankerung dieser sozialen Menschenrechte im Grundgesetz würde die Situation nicht verändern, sie bilden Programmsätze, die jedoch mit den derzeitigen Mitteln der Wirtschafts- und Sozialpolitik erfüllbar wären – anders als bei dem Recht auf Arbeit. Diesem Menschenrecht hat das kapitalistische Gesellschaftssystem wenig zu bieten, nicht einmal zutreffende Informationen über den tatsächlichen Stand der Arbeitslosigkeit. Unter Hinzurechnung von arbeitslosen verheirateten Frauen, Berufsanfängern, Schulabgängern, ehemals Selbständigen, vorgezogenen Rentnern, abgeschobenen oder freiwillig zurückgekehrten Ausländern, Umschülern etc., die alle nicht in der offiziellen Statistik enthalten sind, kann man davon ausgehen, daß die tatsächliche Arbeitslosenzahl fast doppelt so hoch ist, wie offiziell angegeben[48]):

	1973	*1974*	*1975*	*1976*	*1977*	*1978*	*1979*
registrierte Arbeitslose)*	*273*	*582*	*1074*	*1060*	*1030*	*993*	*880*
Arbeitslose insgesamt)*	*524*	*925*	*1792*	*2072*	*1918*	*1557*	*1429*

**) In Tausend.*

Zu der durch zyklische Überproduktionskrisen konjunkturell bedingten Arbeitslosigkeit sind gerade in den letzten Jahren überzyklische Tendenzen hinzugekommen, die zu einer strukturellen Dauerarbeitslosigkeit großen Ausmaßes führt. Im wesentlichen sind es die durch Rationalisierung langfristig steigende Kapitalintensität und die Konzentration der Wirtschaft, die in zunehmendem Maße Arbeitsplätze vernichten[49]). Es hat sich zudem erwiesen, daß das vom Sachverständigenrat vorgeschlagene und von der Bundesregierung im wesentlichen akzeptierte Konzept der Umverteilung der Löhne und Gehälter zugunsten der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sowie die Reduzierung der sozialstaatlichen Leistungen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit nicht beitragen kann. So sicher jedoch eine autonome Beschäftigungspolitik den Umfang der Arbeitslosigkeit eindämmen und die Auswirkungen auf die Bevölkerung mildern könnte, so wenig ist sie in der Lage, dieses notwendige Grundübel eines kapitalistischen Wirtschaftssystems zu beseitigen. Eine konsequente Beachtung des Rechts auf Arbeit müßte auf die grundlegende Veränderung des herrschenden Wirt-

47) Zahlen nach Blank/Brauns/Fangmann/Uesseler, Wohin treibt der Rechtsstaat?, Köln 1977, S. 206.
48) Vgl. Goldberg/Güther/Jung, Arbeitslosigkeit, Frankfurt/M. 1977, S. 24. J. Goldberg, Arbeitszeit und Beschäftigung, in: „Blätter", 1/1980, S. 105. Die Gesamtzahlen von 1978 und 1979 berücksichtigen nicht die Abnahme der ausländischen Arbeitskräfte und die Umschüler.
49) Vgl. Uherek/Zerdick/Schui/Hickel, Vorschläge zur Beendigung der Massenarbeitslosigkeit, in: „Blätter", 5/1977.

schaftssystems zielen – diese Erkenntnis war der entscheidende Grund für den Parlamentarischen Rat, das Recht seinerzeit nicht in den Grundrechtsteil mit zu übernehmen. Angesichts der Tatsache, daß diese Veränderung derzeit wohl kaum auf der Tagesordnung steht, ist die Berufung auf dieses Menschenrecht aber weder illusionär noch wertlos. Gegenwärtig geht es um die Verbesserung der Lage der Arbeitslosen, eine Verkürzung der Arbeitszeit, die Bestandssicherung von Arbeitsplätzen, die Verpflichtung der Bundesregierung und der Arbeitsämter auf eine autonome Beschäftigungspolitik, staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen; alles Forderungen, die zumindest innerhalb der Bestimmung des Art. 2 des Wirtschafts- und Sozialpaktes liegen, daß „jeder Vertragsstaat . . . sich verpflichtet . . ., entsprechend allen seinen Möglichkeiten Maßnahmen zu treffen, um nach und nach mit allen geeigneten Mitteln, vor allem durch gesetzgeberische Maßnahmen, die unbeschränkte Ausübung der in diesem Pakt anerkannten Rechte sicherzustellen".

2.2 Zum Schluß das für die Bundesrepublik aktuelle Problem der Aufrechterhaltung von Kolonialismus und Rassismus. Der Zusammenhang mit den Menschenrechten ist von den Vereinten Nationen bereits frühzeitig deutlich gemacht worden. Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind unabhängig davon, ob diese Verbrechen im Krieg oder im Frieden begangen werden[50]). Und der Tatbestand des Verbrechens gegen die Menschlichkeit umfaßt ausdrücklich auch Verletzungen der wirtschaftlichen und politischen Rechte der einheimischen Bevölkerung und die Apartheidpolitik[51]). In der „Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker" vom 14. Dezember 1960 wird die Aufrechterhaltung fremder Herrschaft und des Kolonialismus als Verletzung der UN-Charta und der allgemeinen Menschenrechtserklärung verurteilt[52]). Im Jahr der Verabschiedung der beiden Menschenrechtskonventionen erklärte der Dekolonisierungsausschuß der UNO, „daß die Fortsetzung des Kolonialismus eine Bedrohung für den internationalen Frieden und die Sicherheit darstellt und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist[53]). Diese in den verschiedensten Resolutionen immer wieder bestätigte Haltung der Vereinten Nationen[54]) richtet sich nicht allein gegen die übriggebliebenen Formen offener Kolonialherrschaft, sondern ebenso gegen die vielfältigen Formen nachkolonialer Abhängigkeit und Ausbeutung. Darauf zielt vor allem der in beiden Menschenrechtsdeklarationen identische Artikel 1, der sagt: „Alle Völker können für ihre Zwecke frei über ihre Naturreichtümer und nationa-

50) Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes vom 9. Dezember 1948, Resolution A/260 (III) Art. I; Konvention über die Nichtanwendbarkeit von Verjährungsbestimmungen auf Kriegsverbrechen und auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Resolution A/2193 (XXIII); gegen die Stimmen u. a. von den USA, Großbritannien, Portugal und der Südafrikanischen Republik angenommen.
51) UNO-Resolution Nr. 2184 (XXI), 2201 (XXI), 2391 (XXIII).
52) Resolution A/1514 (XV).
53) Autoren-Kollektiv, Völkerrecht I, S. 326.
54) Vgl. Das Aktionsprogramm für vollständige Erfüllung der Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker vom 12. Oktober 1970, Resolution A/2621 (XXV); Resolutionen A/2908, 2909, 2910, 2911 (XXVII).

len Hilfsquellen verfügen, unbeschadet der Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des Prinzips des gegenseitigen Wirkens und aus dem Völkerrecht erwachsen. Auf keinen Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden." Die Konventionen nehmen mit diesem Artikel eindeutigen Bezug auf eine frühere „Resolution über die dauerhafte Souveränität über die Naturschätze" vom 14. Dezember 1962[55]) und unterstreichen damit ihren eindeutig antikolonialistisch und antiimperialistischen Charakter.

Wie subtil und geschickt neokoloniale Abhängigkeitsverhältnisse geknüpft werden können, machte der Vorschlag des EG-Kommissars für Entwicklungshilfe, Claude Cheysson, deutlich. Nach ihm sollte in das zweite Lomé-Abkommen zwischen der EG und 57 afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten eine Menschenrechtsklausel eingebaut werden[56]).

Es fällt schwer, solchen humanitären Forderungen entgegenzutreten, wenn sich hinter ihnen nicht eine ganz eindeutige Variante der sog. humanitären Intervention verbirgt, der es weniger um Menschenrechte als um einen Mechanismus geht, in die Souveränität der Staaten eingreifen zu können, wenn bestimmte Freiheiten wie die der Privatinvestitionen oder des Gewinnrücktransfers beschnitten werden sollen. Dieser Verdacht wird bestätigt, wenn Cheysson gleichzeitig vorschlägt, diesen Ländern Industrialisierungsvorhaben „auszureden", die in Konkurrenz zu sog. sensiblen Industriezweigen der EG-Staaten treten könnten. Hier kommt der Neokolonialismus im Menschenrechtspelz daher.

Trotz aller öffentlichen Bekenntnisse gegen Rassendiskriminierung[57]), für Menschenrechte und Solidarität mit den sog. Entwicklungsländern, muß man heute feststellen, daß die Bundesrepublik ein Staat ist, der einen Hauptbeitrag zur Schaffung neokolonialer Abhängigkeiten leistet.

Das macht sich nicht nur deutlich an dem massiven Widerstand, den die Bundesregierung seit 1975 in den Vereinten Nationen den Forderungen der Entwicklungsländer nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung in der Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten[58]) und 1976 den Forderungen nach Indexierung der Rohstoffpreise, Einrichtung von buffer stocks, Nationalisierung der Naturschätze in dem Integrierten Rohstoffprogramm der Welthandelskonferenz (UNCTAD) aus Furcht vor „dirigistischen Tendenzen" entgegengesetzt hat, sondern auch in ihrem zwiespältigen Verhalten gegenüber dem südlichen Arika und Chile, um nur die markantesten Beispiele zu wählen.

Das südafrikanische Apartheid-System steht neben der zionistischen Expansionspolitik Israels und der Militärdiktatur Chiles am häufigsten auf der Liste der Verurteilungen durch die diversen UN-Organisationen.

---

55) Resolution A/1803 (XVIII).
56) FR v. 1. 3. 1978; E. Czaya, Der Kompromiß von Lomé II, in: „IPW-Berichte", 3/1980, S. 50ff.
57) So R. v. Wechmar im März 1977 in der Debatte des UN-Sicherheitsrats.
58) Resolution Nr. 3201 (XXIX) vom 12. 12. 1974.

Die Bundesregierung konnte bisher nicht dem „Internationalen Abkommen über die Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid"[59]) beitreten, sie stimmte sogar gegen die Resolution der Generalversammlung vom 16. Dezember 1974 über „Die Politik der Apartheid von Südafrika"[60]), die mit 95 Ja- gegen 13 Nein-Stimmen bei 14 Enthaltungen angenommen wurde. Mehrmals schloß sie sich den USA in ihrem Veto gegen Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika an.

Auch die Bemühungen der ECOSOC-Kommission für Transnationale Unternehmen stoßen bei der Bundesregierung auf keine Zustimmung. Auf ihrer zweiten Tagung im Frühjahr 1977 beschäftigte sie sich mit dem Recht der Völker im südlichen Afrika auf Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und der Nutzung ihrer Naturschätze, welches durch die multinationalen Gesellschaften beeinträchtigt werde. Gegen die Stimmen Frankreichs, Großbritannien, der USA und der BRD wurde eine Resolution angenommen, nach der die transnationalen Gesellschaften ab sofort von allen weiteren Investitionen im südlichen Afrika absehen, sich nach und nach aus der Region zurückziehen und ihre Zusammenarbeit mit den dortigen rassistischen Minderheitsregimen einstellen sollen. Gewiß, das stößt ins Herz der Exportstrategie der deutschen Konzerne, weil dadurch potentiell in gleicher Weise ihre Verbindungen nach Brasilien, Chile und Argentinien gefährdet sind. Die Frage bleibt allerdings, ob der Vertreter der Bundesrepublik seine Ablehnung damit begründen mußte, daß, „das Regime von Südafrika weder illegal noch kolonialer Natur" sei[61]). Ein halbes Jahr vorher hatte die Generalversammlung über „Die Lage in Südafrika" erklärt, „daß das rassistische Regime von Südafrika rechtswidrig ist und kein Recht hat, das Volk von Südafrika zu vertreten". Sie bezeichnete die von der OAU anerkannten Befreiungsbewegungen ANC und PACA (Pan Africanist Congress of Azania) als „die wahren Vertreter der überwältigenden Mehrheit des südafrikanischen Volkes" und bekräftigte die Rechtmäßigkeit des Kampfes der unterdrückten Völker und seiner Befreiungsbewegungen „mit allen verfügbaren Mitteln um die Machtergreifung durch das Volk"[62]). Während dieser Sitzungen im November/Dezember 1976 wie auch im Dezember 1978 wurde die BRD neben Frankreich, Großbritannien und den USA wiederholt wegen Kollaboration auf wirtschaftlichem, militärischem und nuklearem Gebiet mit der RSA verurteilt[62]).

Kommentar aus dem abgrundtiefen Menschenrechtsfundus des Verfassungsrechtlers Kriele: „Nachdem uns nun die Gefahr der Isolierung in Afrika und den Vereinten Nationen zu einem Frontwechsel gezwungen hat, droht uns derselbe ‚Pragmatismus' in die entsprechende Gefahr mit umgekehrten Vorzeichen zu führen. Er empfiehlt uns nun, daß wir uns auf die Seite der leninistisch orientierten ‚Befreiungsbewegungen' schlagen und die Chancen einer Verfassungslösung, zumindest für Namibia, verspielen. Natürlich wer-

59) Resolution Nr. 3068 (XXVIII) und Resolution 3324 (XXIX).
61) „Vereinte Nationen", 3/1977, S. 94.
62) „Vereinte Nationen", 2/1977, S. 56; 2/79 S. 65.

den die Leninisten voraussichtlich siegen, wenn selbst die westlichen Demokratien sie unterstützten und die afrikanischen Demokraten in ihrem Kampf um eine Verfassung der Menschenrechte im Stich lassen."[63]) Antikommunismus und Profitinteressen sind nicht notwendig zwei Seiten einer Medaille, mit beiden zusammen kommt man jedoch langfristig in die größten Schwierigkeiten. Die BRD ist Handelspartner Nr. 1 der Repubik Südafrika und hinter Großbritannien der zweitgrößte Kapitalexporteur. Es werden Waffen über Umwege in die RSA transportiert und die nukleare Zusammenarbeit vergeblich versucht, zu verschleiern – dies hat mit der Verwirklichung der Menschenrechte nichts zu tun, sondern unterstützt ein international geächtetes Regime.

Die Haltung der Bundesregierung zu Chile ist nicht anders zu charakterisieren. In ihr offenbart sich in gleicher Weise die Widersprüchlichkeit der staatsmonopolistischen Verfassung.

Enthielt sich die Bundesregierung 1976 bei der Verurteilung Chiles wegen „flagranter und andauernder Verletzung der Menschenrechte" durch die 31. Generalversammlung der Stimme[64]), stimmte sie 1977 einer Chileresolution der Menschenrechtskommission zu, in der „die tiefe Empörung . . . über die ständigen und flagranten Menschenrechtsverletzungen . . ., insbesondere die institutionalisierte Folter . . ." ausgedrückt wird[65]). Einfluß auf die wachsenden ökonomischen Beziehungen zwischen Chile und bundesdeutschen Unternehmen hat dies jedoch nicht gehabt[66]). Nicht nur Handel, Kapital- und Waffenexport entwickeln sich weiter, auch eine nukleare Zusammenarbeit bahnt sich an[67]).

Die von der Bundesregierung wieder bemühten Argumente, daß Handel nichts mit Politik zu tun hätte, und man den Konzernen nicht ihre Auslandsinvestitionen vorschreiben oder verbieten könnte, verlieren sofort an Glaubwürdigkeit, wenn man sich die staatlichen Umschuldungsverhandlungen und Kreditpolitik ansieht. Trotz massiver internationaler Proteste, die Großbritanien, Holland, Belgien und die skandinavischen Länder 1976 zur Einstellung weiterer Umschuldungsverhandlungen bewogen, setzten die USA, Frankreich und die BRD diese fort. Im Oktober 1976 vereinbarte die Bundesregierung ein Zahlungsmoratorium für 65,3 Mio. DM mit Chile, bei 4,5% Kreditzinsen und 7,75% für Handelsschulden[68]). Die Hermes-Kreditversicherungs AG vergibt im Auftrag der Bundesregierung Exportgarantiekredite. Zur Zeit der Unidad Popular unter Allende verfügte sie eine Kreditsperre für Geschäfte, die 250 000 DM überstiegen. 1976 erhöhte die Bundesregierung die Hermes-Kreditgarantien für Geschäfte bis zu einem Wert von 1 Mio. DM mit einer Laufzeit von 180 Tagen.

---

63) „Die Zeit", a.a.O.
64) Resolution vom 16. 12. 1976, 124 (XXXI).
65) Resolution vom 9. 3. 1977, 9 (XXXIII).
66) W. Huismann, Die Beziehungen der BRD zum Chile Pinochets, in: „Anti-imperialistisches Informationsbulletin", Sonderdruck Nr. 2, 1977, S. 17ff.
67) Vgl. „Chile-Nachrichten", Berlin (West), Nr. 33, S. 71 und Nr. 34, S. 44.
68) Huismann, a.a.O., S. 22.

Ob Südafrika, Chile, Brasilien, Argentinien oder Indonesien, der Exportdrang der Konzerne ist angesichts der enger werdenden Reproduktionsbedingungen in der BRD zwangsläufig. Die Exportstrategie zielt auf entwicklungsfähige Märkte mit Rohstoffen und disziplinierter Arbeitskraft, auf letztere vor allem. Dabei werden faschistische, rassistische, neokolonialistische Regime in Kauf genommen, ja bevorzugt, wie die Exportstatistiken beweisen. Die Exkulpation der Bundesregierung mit ihrer Ohnmacht gegenüber Handel und Konzernen steht auf tönernen Füßen[69]) – diese Politik nimmt teil an den gravierendsten Menschenrechtsverletzungen in der Welt.

69) Dies wird zumindest im internationalen Verkehr immer schwieriger, da der Grundsatz der Verantwortlichkeit der Staaten für Akte, die von ihren Staatsangehörigen ausgehen, sich völkerrechtlich immer mehr präzisiert und durchsetzt. Vgl. B. Graeffrath, Die völkerrechtliche Verantwortlichkeit der Staaten – ein wichtiges Instrument zur Durchsetzung des Völkerrechts, in: „Neue Justiz", 6/1980, S. 252f.

Soziologie in der Bundesrepublik

Anmerkungen zum 20. Deutschen Soziologentag

Von Josef Hülsdünker und Rolf Schellhase

Der eben zu Ende gegangene 20. Deutsche Soziologentag, der vom 16. bis 19. September 1980 in Bremen stattfand, bietet eine aktuelle Gelegenheit für die Frage nach der gesellschaftlichen Bedeutung von Sozialwissenschaften und Soziologie, ob und in welcher Weise die Soziologen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) Probleme der Gesellschaft der BRD bzw. der in ihr lebenden und arbeitenden Menschen und unterschiedlichen Interessengruppen aufnehmen, welche Interessen sie dabei verfolgen und wie es um die Bemühungen und Chancen zur Entwicklung einer arbeitnehmerorientierten Soziologie bestellt ist.

Unbestritten ist, daß die Bedeutung der Wissenschaften für den Erhalt, die Steuerung und Weiterentwicklung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses erheblich ist und ständig zunimmt. In diesem Prozeß der Verwissenschaftlichung der Gesellschaft, der einhergeht mit der zunehmenden Subsumption der Wissenschaft unter gesellschaftliche Interessen und Ziele, scheint auch die Soziologie *tendenziell* an Bedeutung zu gewinnen.

Wenngleich Bernal 1954 noch feststellte, daß die Sozialwissenschaften nicht mehr als „schönes, aber unnützes Gerede" und noch lange nicht so unentbehrlich seien wie die Natur- und Ingenieurwissenschaften[1]), und 20 Jahre

1) Vgl. J. B. Bernal, Sozialgeschichte der Wissenschaften, 4 Bde., Reinbek 1978, S. 945 f.

Wirtschaftsinformation

Lohnsteuer und Steuerentlastung 1981

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Im laufenden Jahr 1980 ist es erneut zu einer kräftigen Erhöhung der Lohnsteuerbelastung gekommen. Nach den Ergebnissen des ersten Halbjahrs erhöhte sich die Bruttolohn- und -gehaltssumme um 8,1 %, die Lohnsteuerabzüge aber stiegen um 17,4 %, also mehr als doppelt so stark. Damit hat sich 1980 ein Prozeß fortgesetzt, der in der Bundesrepublik seit 1950 anhält: In steigendem Umfang werden die Arbeitseinkommen zur Finanzierung des Staatshaushalts herangezogen, während der Finanzierungsbeitrag der Gewinne und Vermögenseinkommen relativ sinkt. (Vgl. „Blätter", 8/1978, S. 1011 ff.) Ein immer größerer Anteil der Löhne und Gehälter muß in Form von öffentlichen Abgaben an staatliche Institutionen abgeführt werden.

Tabelle 1
Durchschnittsbelastung der Löhne und Gehälter[1])

	Lohnsteuer	*Sozialabgaben*	*Öffentliche Abgaben*
1960–65	*7,56*	*9,38*	*17,53*
1966–70	*9,65*	*10,35*	*20,84*
1971–75	*13,72*	*11,68*	*26,59*
1976–80	*15,49*	*13,46*	*29,94*
1980	*15,90*	*13,56*	*30,46*

1) In % der Bruttolöhne und -gehälter.
Quelle: „Ifo-Schnelldienst", 14/80, S. 19.

Seit 1975 wird versucht, diese Tendenz zur Erhöhung der Belastung der Löhne und Gehälter durch direkte Steuern zu bremsen und stattdessen die indirekten Steuern wie Mehrwert- und Verbrauchssteuern zu erhöhen. Während letztere Maßnahmen eine dauerhafte Erhöhung der Steuerbelastung zur Folge haben, waren die Entlastungsmaßnahmen bei der Lohnsteuer – 1975, 1978/79 – nur vorübergehend wirkungsvoll und haben die langfristige Tendenz nicht aufhalten können.

Nun steht für 1981 erneut eine solche „Reform" bevor. Schon zu Weihnachten 1980 werden sich Empfänger von Löhnen und Gehältern über eine Erhöhung des Weihnachtsfreibetrags freuen können. Die für 1981 beschlossenen Maßnahmen werden von der Bundesregierung sowohl unter sozialen als auch unter konjunkturpolitischen Gesichtspunkten als situationsgerecht bezeichnet.

Allerdings muß diese Bewertung bei näherer Betrachtung der „Reform" stark korrigiert werden. Insgesamt belaufen sich die für 1981 geplanten Entlastungsmaßnahmen auf etwa 6,3 Mrd. DM, immerhin fast 1 % der Bruttolohn- und -gehaltssumme. Im Durchschnitt spart der Lohn- und Gehaltsempfänger 1981 gegenüber der alten Regelung etwa 300 DM. „Sparen" – darauf sei hingewiesen – heißt hier nicht etwa, daß er 1981 300.– DM weniger Steuern zahlt als 1980. Er zahlt lediglich weniger, als er 1981 bei Fortgeltung des alten Tarifs zahlen müßte. Die Durchschnittssumme ist aber in diesem Falle besonders wenig aussagekräftig. Bei Jahreseinkommen unter 12 000 DM werden nämlich nur etwa 30 DM „gespart", bei Einkommen über 100 000 DM aber etwa 2100 DM. Die Entlastungswirkung ist sozial extrem unausgewogen.

Tabelle 2
Steuerentlastung 1981 nach Einkommensgruppen

Jahresbruttoeinkommen In DM	Steuerentlastung In DM	Steuermindereinnahmen In %[1]	In Mio.	In %[2]	Kumuliert
bis 9 600	8.–	0,2	29	0,5	0,5
9 600 – 12 000	31.–	0,3	24	0,4	0,9
12 000 – 16 000	53.–	0,4	75	1,2	2,1
16 000 – 20 000	53.–	0,3	85	1,4	3,5
20 000 – 25 000	67.–	0,3	139	2,2	5,7
25 000 – 36 000	155.–	0,5	604	9,7	15,4
36 000 – 50 000	281.–	0,7	903	14,4	29,8
50 000 – 75 000	672.–	1,1	1 715	27,4	57,2
75 000 – 100 000	1 351.–	1,6	1 367	21,8	79,0
über 100 000	2 079.–	1,5	1 317	21,0	100,0
Insgesamt	301.–	0,9	6 258	100,0	–

1) In % des durchschnittlichen Bruttoeinkommens der betreffenden Einkommensgruppe.
2) In % der gesamten Steuermindereinnahmen.
Quelle: „DIW-Wochenbericht", 36-37/1980, S. 392.

Die Tabelle macht nicht nur deutlich, daß der absolute Entlastungsbetrag mit dem Einkommen ebenfalls steigt. Auch relativ erhöht sich die Entlastung mit dem Einkommen. So erhält z. B. ein „Normalverdiener" in der Einkommensgruppe 25 000 bis 36 000 DM im Schnitt 155 DM, etwa 0,5 % seines durchschnittlichen Jahreseinkommens. Der Spitzenverdiener mit einem Jahreseinkommen über 100 000 DM aber spart durch die „Reform" immerhin 1,5 % seines Einkommens. Dies schlägt sich auch in der Verteilung der Gesamtsumme der Steuermindereinnahmen nieder. Von den knapp 6,3 Mrd. DM, auf die der Staat 1981 verzichtet, erhält die Hälfte der Lohnsteuerzahler, die Einkommen bis 25 000 DM im Jahr versteuern, gerade 5,7 % oder ganze 352 Mio. DM. Steuerpflichtige mit einem Jahreseinkommen von über 50 000 DM – nur ein Fünftel aller Lohnsteuerpflichtigen – aber sparen etwa 4,5 Mrd., erhalten also mehr als 70 % des gesamten Entlastungsbetrags. Tatsächlich profitieren von dieser „Reform" also nur die obersten Einkommensgruppen.

Dies ist nicht nur unter sozialen Gesichtspunkten problematisch. Auch der behauptete konjunkturpolitische Effekt – Stärkung der privaten Kaufkraft – wird durch diese Verteilung der Entlastungswirkungen weitgehend zunichte gemacht. Denn eine direkte Auswirkung solcher Maßnahmen auf die Nachfrage nach Konsumgütern ist nur bei den unteren und mittleren Einkommensgruppen zu erwarten, die eine niedrige Sparquote haben und gezwungen sind, ihr Einkommen fast völlig für Konsumgüter auszugeben. Die durch die „Reform" vorwiegend begünstigten Spitzenverdiener aber geben nur einen vergleichsweise geringen Teil ihres Einkommens für Konsumgüter aus, sie haben meist eine hohe Sparquote.

Hinzu kommt, daß die Bundesregierung zur Jahresmitte 1981 Erhöhungen der Mineral- und Alkoholsteuer plant. Dies sind Verbrauchsteuern, die durch den Preis überwälzt werden und das Produkt verteuern. Sie schmälern also die Massenkaufkraft. Außerdem werden 1981 die Beiträge zur Rentenversicherung und/oder zur Bundesanstalt für Arbeit um zusammen mindestens ein halbes Prozent erhöht werden. Sicher ist schon jetzt, daß die Krankenversicherungen die Beiträge ebenfalls um durchschnittlich mindestens ein halbes Prozent anheben werden. Die „Arbeitnehmeranteile" der Sozialabgaben werden zusammen also mit Sicherheit um mindestens 0,5 % ansteigen. Dadurch wird der steuerliche Entlastungseffekt bei den unteren und mittleren Einkommen, der zwischen 0,3 und 0,5 % liegt, überkompensiert, d. h. Lohnsteuern und Sozialabgaben zusammen werden die reale Kaufkraft dieser Schichten 1981 eher leicht schmälern als stabilisieren. Im besten Falle werden von diesen Maßnahmen 1981 keine negativen konjunkturellen Impulse ausgehen, eine konjunkturstabilisierende Wirkung werden sie aber auf keinen Fall haben.

Wenn Bundesfinanzminister Matthöfer vor der beschäftigungspolitischen Konferenz des DGB im Oktober 1980 behauptet hat, für zusätzliche beschäftigungspolitische Maßnahmen seien einfach keine Mittel vorhanden, so muß ihm entgegengehalten werden, daß er mit der „Reform" von 1981 Steuergeschenke in Milliardenhöhe gemacht hat, die fast ausschließlich einer kleinen Gruppe von Spitzenverdienern zugute kommen. Sowohl von sozialen als auch von konjunkturpolitischen Gesichtspunkten aus wäre es wirksamer gewesen, wenn diese Mittel zur Schaffung neuer Arbeitsplätze genutzt worden wären. Angesichts einer solchen Politik der Steuergeschenke an Unternehmer und Spitzenmanager muß Matthöfers Behauptung von der „psychologischen Grenze der Staatsverschuldung", die er auf der erwähnten DGB-Konferenz als Grund für die beschäftigungspolitische Untätigkeit der Bundesregierung vorbrachte, als Verschleierungstaktik gewertet werden.

Jörg Goldberg

Dokumente zum Zeitgeschehen

Rede des Friedenspreisträgers des Deutschen Buchhandels, Ernesto Cardenal, in der Frankfurter Paulskirche am 12. Oktober 1980

(Wortlaut)

Zu Beginn möchte ich dem Stiftungsrat für den Friedenspreis und dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels für die Auszeichnung mit diesem berühmten Preis danken, der immer Persönlichkeiten von weltweitem Ruf zuerkannt worden ist. Ich verdiene ihn nicht. Aber ganz sicher verdient ihn mein Volk. In meinen Augen ist dieser Friedenspreis durch meine Person an mein Volk verliehen, und im Namen meines Volkes bin ich gekommen, ihn in Empfang zu nehmen. Die Geldsumme, die mit diesem Preis verbunden ist, wird meinem Volk zugute kommen.

Ich halte es für bedeutsam, daß dieser Friedenspreis mir, einem Mann zugesprochen wurde, der den bewaffneten Kampf seines Volkes verteidigt und besungen hat. Und es ist tatsächlich so, daß wir mit diesem Kampf den Frieden gesucht haben. Diesen Frieden haben wir jetzt errungen. Den wirklichen Frieden, der nicht nur Abwesenheit des Krieges bedeutet. Den Frieden, den die Hebräer *Shalom* nannten und der auch Gerechtigkeit ist, das friedliche Zusammenleben des einen mit dem anderen, wo jeder seinen Wein in Frieden erntet, die Aussöhnung mit dem Nächsten, die Brüderlichkeit. Diesen Frieden – *Shalom* – konnten die Menschen, der Bibel zufolge, auch mitten im Krieg haben. Es konnte sogar sein, daß wegen dieses Friedens Krieg geführt wurde. Es ist der Frieden Jesu, der seine Jünger mit dem Wort *Shalom* – „Der Friede sei mit euch" grüßte, der aber auch sagte, er sei gekommen, das Schwert zu bringen. Es ist der Friede, den es ohne Gerechtigkeit nicht geben kann, der untrennbar mit der Gerechtigkeit verbunden ist. Es gibt einen Psalm, in dem es heißt: „Gerechtigkeit und Friede küssen sich."

In meinem Land hat es eine Revolution gegeben, die dazu geführt hat, daß sich jetzt der Frieden und die Gerechtigkeit küssen. Es ist ein Frieden, der durch einen harten Kampf erreicht wurde, einen Kampf, der Nicaragua zurückließ wie Deutschland nach dem Weltkrieg.

Es war falsch und verfehlt, daß sich gewisse Hirten der Kirche dazu hergaben, die Waffen der Unterdrücker zu segnen. Aber es ist etwas anderes und sogar völlig Gegensätzliches, die Waffen der Unterdrückten zu segnen. Zum ersten, weil die einen dazu dienen, die Unschuldigen anzugreifen, und die anderen, die Unschuldigen zu verteidigen. Und zum zweiten, weil es sich um sehr ungleiche Waffen handelt. Das Schwert Goliaths zu segnen ist nicht dasselbe, wie die Schleuder Davids zu segnen. Mir kommt dieser Vergleich in den Sinn, weil, während Somoza

Autoren dieses Heftes

Dr. Lothar A. HEINRICH, geb. 1946 in Reit im Winkl; Journalist, Veröffentlichungen in deutschen und ausländischen Zeitungen/Zeitschriften. *** *Nino PASTI,* geb. 1909 in Bologna (Italien); General i. R., ehemals Stellvertretender Stabschef der italienischen Luftwaffe und Stellvertreter des Alliierten Oberkommandierenden in Europa (SACEUR) für Kernwaffenfragen; heute Mitglied des italienischen Senats. *** *André DE SMET,* geb. 1920 in Paris; Vorsitzender des Studien- und Informationszentrums für Friedens- und Entwicklungsprobleme „Vrede" in Gent/Belgien. *** *Gordon SCHAFFER,* geb. 1905; bekannter britischer Journalist und Vizepräsident der British Peace Assembly; lebt in London. *** *Erwin MÜLLER,* M. A., geb. 1947 in Hochstadt/Oberfranken; Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Zeitgeschichte, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen im Rahmen eines Forschungsprojekts über Probleme der Abrüstungsplanung in der Bundesrepublik; einschlägige Beiträge in Zeitschriften und Sammelbänden. *** *Ryszard WOJNA,* geb. 1920; Journalist, Sejm-Abgeordneter und Stellvertretender Vorsitzender der Interparlamentarischen Union; von 1972 bis 1973 Chefredakteur von „Zycie Warszawy", zur Zeit Kommentator bei „Trybuna Ludu"; lebt in Warschau; Buchveröffentlichungen u. a.: Und ruhig fließt der Rhein, Warschau 1971. *** *Nguyen KHAC VIEN,* bekannter vietnamesischer Publizist. *** *Dr. Norman PAECH,* geb. 1938; Professor für Politische Wissenschaft und Staatstheorie an der Universität Hamburg, Vorsitzender der Vereinigung demokratischer Juristen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Josef HÜLSDÜNKER,* geb. 1951 in Lembeck; Studium der Sozialwissenschaften, Geographie und Philosophie, z. Z. Doktorand in Münster. *** *Rolf SCHELLHASE,* geb. 1951 in Warburg; Studium der Sozialwissenschaften und Erziehungswissenschaften, z. Z. Doktorand in Münster; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Mitteilung des Verlages

Infolge gestiegener Herstellungskosten ist es leider unumgänglich, den Preis für die „Blätter" ab 1. Januar 1981 um 0,50 DM je Heft zu erhöhen. Das Abonnement kostet also ab Jahresbeginn 1981 monatlich 4,50 DM (für Studenten, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende 4,00 DM), das Einzelheft im Buchhandel 6,00 DM. Sofern Sie Ihr Abonnement per Dauerauftrag bezahlen, bitten wir diesen entsprechend zu ändern.
Wir bitten um Verständnis.
Pahl-Rugenstein Verlag

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegt eine Bestellkarte des Monitor-Verlags, Düsseldorf, bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen. D. Red.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Vierundzwanzigster Jahrgang · Heft 11/1980

Herausgegeben von

URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID

HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
FRITZ STRASSMANN

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL

KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

REINHOLD BILLSTEIN
KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats Oktober 1980

1. 10. – Großbritannien. Der in Blackpool tagende Parteitag der oppositionellen Labour Party befürwortet mit einem Stimmenverhältnis von 5:1 einen Austritt Großbritanniens aus den Europäischen Gemeinschaften. Eine entsprechende Forderung solle in das Wahlmanifest der Partei aufgenommen werden. – Am 15. 10. legt der Parteivorsitzende und frühere Labour-Premierminister James Callaghan sein Amt nieder.

4. 10. – Belgien. Ministerpräsident Wilfried Martens reicht König Baudoin seinen Rücktritt ein und zieht damit die Konsequenz aus der dritten Regierungskrise seit den Wahlen vom Dezember 1978 (vgl. „Blätter", 1/1979, S. 3 und 6/1980, S. 643). Unmittelbarer Anlaß der Krise des christdemokratischen, sozialistischen und liberalen Kabinetts ist die Sanierung der Staatsfinanzen. – Am 22. 10. bilden Christdemokraten und Sozialisten ein neues Kabinett, dem wiederum Ministerpräsident Martens vorsteht.

4.–6. 10. – Polen. Das Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) befaßt sich in Warschau mit der inneren Lage des Landes. Parteisekretär Kania erklärt vor dem Plenum, der geplante außerordentliche Parteitag könne erst nach sorgfältiger Vorbereitung stattfinden. An diesen Vorbereitungen sollten nicht nur die zentralen Parteiorgane, sondern auch die Komitees der 47 Wojewodschaften teilnehmen. Sechs führende Politiker verlieren ihren Sitz im Zentralkomitee. Der stellvertretende Ministerpräsident Barcikows-

ki (vgl. „Blätter", 9/1980, S. 1027) wird zum ZK-Sekretär ernannt. In seiner Schlußansprache äußert Kania zur Frage der Gewerkschaftsbewegung, es solle alles unternommen werden, um die politische Einheit dieser Bewegung zu erhalten: „Laßt sie auf parallelen Wegen marschieren, aber niemals auf Wegen, die sich trennen."

5. 10. – B u n d e s t a g. Bei der Wahl zum 9. Deutschen Bundestag (Wahlbeteiligung 88,6 %) kann die Regierungskoalition von Sozialdemokraten und Freien Demokraten ihre parlamentarische Mehrheit ausbauen; die CDU/CSU unter dem Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß stellt trotz geringer Stimmenverluste weiter die stärkste Fraktion im Bundestag. Der Bundeswahlleiter gibt am 21. 10. folgende Verteilung der Zweitstimmen auf die einzelnen Parteien bekannt: CDU/CSU 16 897 659 = 44,5 % (davon CSU 3 908 459 = 10,3 %) / SPD 16 260 677 = 42,9 % / FDP 4 030 999 = 10,6 % / Die Grünen 569 589 = 1,5 % / DKP 71 600 = 0,2 % / NPD 68 096 = 0,2 %. Die übrigen Parteien bleiben unter 12 000 Stimmen (= 0,0 %). Zusammensetzung des neuen Bundestages (497 Abgeordnete; 1976: 496 Abgeordnete): CDU/CSU 226 (davon CSU 52; 1976: 243, davon CSU 53), SPD 218 (214), FDP 53 (39). Zusätzlich bestimmt am 5. 10. das Abgeordnetenhaus von Berlin (West) weitere 22 Abgeordnete (11 CDU, 10 SPD, 1 FDP) für den Bundestag, die jedoch kein volles Stimmrecht besitzen. (Vgl. die Ergebnisse der Wahlen zum 8. Deutschen Bundestag vom 3. Oktober 1976 in „Blätter", 1/1977, S. 122 ff.)

– P o r t u g a l. Bei den Parlamentswahlen kann die regierende Demokratische Allianz (AD) unter Ministerpräsident Sa Carneiro ihren Stimmenanteil um 2,3 % steigern. Sozialisten und Kommunisten müssen geringfügige Stimmenverluste hinnehmen. Es erhalten u. a. die Demokratische Allianz 134 (1979: 128), die Republikanisch-Sozialistische Front 74 (74), die Vereinigte Volksunion (darunter die Kommunisten) 41 (47) Sitze.

6. 10. – D D R / BRD. Auf einer Veranstaltung am Vorabend des 31. Jahrestages der Gründung der DDR kritisiert der Staatsratsvorsitzende Honecker in einer Rede „die fortgesetzte Einmischung der BRD, insbesondere ihrer Massenmedien, in die inneren Angelegenheiten der DDR, Volkspolens und der anderen sozialistischen Länder". Die DDR wende sich gegen die „Wühlarbeit der vom Ausland finanzierten antisozialistischen Kräfte" und sei an einer „stabilen Lage" in Polen interessiert. Die „Konterrevolution" müsse wissen, daß ihrem „Machtbereich westlich von Elbe und Werra eine Grenze gesetzt" sei. – Am 9. 10. erhöht das DDR-Finanzministerium den Tagesumtauschsatz für „Personen mit ständigem Wohnsitz in nichtsozialistischen Staaten und in Westberlin, die zum besuchsweisen Aufenthalt in die Deutsche Demokratische Republik einreisen" auf einheitlich 25 Mark. In der Anordnung heißt es weiter, dieser Mindestumtausch sei „in einer konvertierbaren Währung vorzunehmen". Proteste der Bundesregierung und des Westberliner Senats gegen die Erhöhung des Mindestumtausches werden von der DDR als Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten zurückgewiesen. Finanzminister Werner Schmieder begründet die Maßnahme in einem ADN-Interview mit der Inflation der westlichen Währungen. – Am 13. 10. äußert sich Generalsekretär Honecker vor dem Parteiaktiv in Gera ausführlich über die Beziehungen zur Bundesrepublik und formuliert verschiedene Forderungen an die Adresse der künftigen Bundesregierung. Honecker fordert u. a. die Anerkennung einer eigenen DDR-Staatsbürgerschaft, die Festlegung der beiderseitigen Grenze an der Elbe sowie die Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Berlin und Bonn in Botschaften entsprechend den Regeln des Völkerrechts (vgl. „Dokumente zum Zeitgeschehen").

10. 10. – U N O. Die Generalversammlung beendet ihre allgemeine Debatte. Zu den 154 Sprechern gehörten 10 Staats- oder Regierungschefs, 18 stellvertretende Ministerpräsidenten und 115 Außenminister. – Am 17. 10. trifft der iranische Ministerpräsident Rajai zur Teilnahme an einer Debatte des Sicherheitsrates über den irakisch-iranischen Konflikt in New York ein. Rajai erklärt noch vor seinem Abflug aus Teheran, er werde Einladungen zu Gesprächen mit amerikanischen Regierungsvertretern nicht annehmen. – Am 20. 10. werden Irland, Spanien, Japan und Uganda zu neuen nichtständigen Mitgliedern in den Sicherheitsrat für die Jahre 1981/82 gewählt. Über die Besetzung des freiwerdenden lateinamerikanischen Sitzes, um den sich Guyana und Costa Rica bewerben, wird eine Einigung zunächst nicht erzielt; Kuba hatte seine Bewerbung unmittelbar vor der Abstimmung zurückgezogen. Am 1. Januar 1981 scheiden Jamaika, Portugal, Norwegen, Bangladesh und

Sambia aus dem Rat aus. – Am 22. 10. beschließt die Generalversammlung mit 97 gegen 23 Stimmen bei 22 Enthaltungen, für das Jahr 1981 eine internationale Konferenz über Kampuchea einzuberufen.

10. 10. – Abrüstung. Eine Konferenz der Vereinten Nationen in Genf, an der Vertreter von etwa 80 Staaten teilgenommen hatten, einigt sich im Konsensverfahren auf drei Protokolle und eine Rahmenkonvention, die sich auf die beschränkte Anwendung besonders grausamer konventioneller Waffen beziehen. Eines der Protokolle regelt das „Verbot oder die Anwendungsbeschränkung von Landminen und heimtückischen Minenfallen sowie anderen Dispositiven". Unter „heimtückischen Fallen" werden u. a. Sprengsätze in Gebrauchsgegenständen wie Nahrungsmitteln, Spielzeugen usw. verstanden. Ihr offensiver oder defensiver Einsatz gegen die Zivilbevölkerung ist nach dem Vertragswerk unter allen Umständen verboten.

15. 10. – China / Frankreich. Präsident Giscard d'Estaing beginnt einen Staatsbesuch in der Volksrepublik China. Giscard führt bis zum 17. 10. politische Gespräche mit der Führung in Peking (u. a. mit dem Parteivorsitzenden Deng Xioping und Ministerpräsident Zhao Ziyang) und unternimmt anschließend eine Rundreise durch das Land, in deren Verlauf er auch Tibet besucht und mit dem ehemaligen kambodschanischen Staatsoberhaupt Prinz Norodom Sihanouk zusammentrifft. Zu den Ergebnissen der Gespräche in Peking gehört eine Vereinbarung über die Lieferung von zwei französischen Kernkraftwerken an die VR China.

17. 10. – USA / UdSSR. In der US-Mission in Genf werden bilaterale Gespräche über die Begrenzung der Stationierung von atomaren Mittelstreckenwaffen in Europa zwischen beiden Regierungen aufgenommen. Delegationsleiter sind Spurgeon Keeny (USA) und Viktor Karpow (UdSSR). Mitteilungen über den Verlauf der Gespräche werden nicht gemacht.

18. 10. – Italien. Nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Cossiga (vgl. „Blätter", 10/1980, S. 1155) bildet der Politiker Arnaldo Forlani (ebenfalls Christdemokrat) die 40. Nachkriegsregierung Italiens, der neben den Christdemokraten die Sozialisten, die Republikaner und außerdem die Sozialdemokraten angehören. Außenminister ist Emilio Colombo (DC). Das neue Kabinett erhält am 25. 10. mit 362 gegen 250 Stimmen bei 9 Enthaltungen das Vertrauen der Kammer.

18.–20. 10. – Warschauer Vertrag Die Außenminister der Vertragsorganisation halten eine Sitzung in der polnischen Hauptstadt ab. In einem Kommuniqué heißt es, es seien vor allem Probleme im Zusammenhang mit der Vorbereitung des KSZE-Folgetreffens in Madrid (vgl. „Blätter", 10/1980, S. 1154) erörtert worden. PVAP-Sekretär Kania empfängt die Minister zu einem Meinungsaustausch.

20. 10. – NATO. Am Sitz der Organisation in Brüssel wird die Rückkehr Griechenlands in die militärische Organisation des Bündnisses bekanntgegeben. Nach einer Sitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung heißt es, die Organisation habe eine entsprechende Vereinbarung zwischen NATO-Oberbefehlshaber Rogers (USA) und der griechischen Regierung gebilligt. (Zum Austritt Griechenlands aus der NATO-Militärorganisation vgl. „Blätter", 9/1974, S. 882).

23. 10. – UdSSR. Auf einer Sitzung des Obersten Sowjets gibt dessen Vorsitzender Breschnew den Rücktritt des erkrankten Ministerpräsidenten Alexej Kossygin bekannt. Breschnew teilt außerdem mit, Kossygin habe auch um seine Entlassung aus dem Politbüro der KPdSU gebeten. Die Leitung der Regierung übernimmt Nikolai Tichonow, bisher 1. Stellvertretender Ministerpräsident.

27. 10. – UNESCO. Die 21. Generalkonferenz der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) verabschiedet in Belgrad durch Konsens eine Resolution, in der Grundsätze für eine „neue Weltordnung für Information und Kommunikation" festgelegt werden. Die Resolution war durch den Bericht einer 1977 eingesetzten Kommission zum Studium von Kommunikationsproblemen vorbereitet worden.

30. 10. – UdSSR / Polen. Der polnische Parteisekretär Kania und Ministerpräsident Pinkowski konferieren in Moskau mit Generalsekretär Breschnew und Ministerpräsident Tichonow. In einer Mitteilung de sowjetischen Nachrichtenagentur TASS heißt es, die Begegnung habe in einer Atmosphäre der „Herzlichkeit" und der „Identität der Ansichten" stattgefunden.

Wenn Bundesfinanzminister Matthöfer vor der beschäftigungspolitischen Konferenz des DGB im Oktober 1980 behauptet hat, für zusätzliche beschäftigungspolitische Maßnahmen seien einfach keine Mittel vorhanden, so muß ihm entgegengehalten werden, daß er mit der „Reform" von 1981 Steuergeschenke in Milliardenhöhe gemacht hat, die fast ausschließlich einer kleinen Gruppe von Spitzenverdienern zugute kommen. Sowohl von sozialen als auch von konjunkturpolitischen Gesichtspunkten aus wäre es wirksamer gewesen, wenn diese Mittel zur Schaffung neuer Arbeitsplätze genutzt worden wären. Angesichts einer solchen Politik der Steuergeschenke an Unternehmer und Spitzenmanager muß Matthöfers Behauptung von der „psychologischen Grenze der Staatsverschuldung", die er auf der erwähnten DGB-Konferenz als Grund für die beschäftigungspolitische Untätigkeit der Bundesregierung vorbrachte, als Verschleierungstaktik gewertet werden.

Jörg Goldberg

Dokumente zum Zeitgeschehen

Rede des Friedenspreisträgers des Deutschen Buchhandels, Ernesto Cardenal, in der Frankfurter Paulskirche am 12. Oktober 1980

(Wortlaut)

Zu Beginn möchte ich dem Stiftungsrat für den Friedenspreis und dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels für die Auszeichnung mit diesem berühmten Preis danken, der immer Persönlichkeiten von weltweitem Ruf zuerkannt worden ist. Ich verdiene ihn nicht. Aber ganz sicher verdient ihn mein Volk. In meinen Augen ist dieser Friedenspreis durch meine Person an mein Volk verliehen, und im Namen meines Volkes bin ich gekommen, ihn in Empfang zu nehmen. Die Geldsumme, die mit diesem Preis verbunden ist, wird meinem Volk zugute kommen.

Ich halte es für bedeutsam, daß dieser Friedenspreis mir, einem Mann zugesprochen wurde, der den bewaffneten Kampf seines Volkes verteidigt und besungen hat. Und es ist tatsächlich so, daß wir mit diesem Kampf den Frieden gesucht haben. Diesen Frieden haben wir jetzt errungen. Den wirklichen Frieden, der nicht nur Abwesenheit des Krieges bedeutet. Den Frieden, den die Hebräer *Shalom* nannten und der auch Gerechtigkeit ist, das friedliche Zusammenleben des einen mit dem anderen, wo jeder seinen Wein in Frieden erntet, die Aussöhnung mit dem Nächsten, die Brüderlichkeit. Diesen Frieden – *Shalom* – konnten die Menschen, der Bibel zufolge, auch mitten im Krieg haben. Es konnte sogar sein, daß wegen dieses Friedens Krieg geführt wurde. Es ist der Frieden Jesu, der seine Jünger mit dem Wort *Shalom* – „Der Friede sei mit euch" grüßte, der aber auch sagte, er sei gekommen, das Schwert zu bringen. Es ist der Friede, den es ohne Gerechtigkeit nicht geben kann, der untrennbar mit der Gerechtigkeit verbunden ist. Es gibt einen Psalm, in dem es heißt: „Gerechtigkeit und Friede küssen sich."

In meinem Land hat es eine Revolution gegeben, die dazu geführt hat, daß sich jetzt der Frieden und die Gerechtigkeit küssen. Es ist ein Frieden, der durch einen harten Kampf erreicht wurde, einen Kampf, der Nicaragua zurückließ wie Deutschland nach dem Weltkrieg.

Es war falsch und verfehlt, daß sich gewisse Hirten der Kirche dazu hergaben, die Waffen der Unterdrücker zu segnen. Aber es ist etwas anderes und sogar völlig Gegensätzliches, die Waffen der Unterdrückten zu segnen. Zum ersten, weil die einen dazu dienen, die Unschuldigen anzugreifen, und die anderen, die Unschuldigen zu verteidigen. Und zum zweiten, weil es sich um sehr ungleiche Waffen handelt. Das Schwert Goliaths zu segnen ist nicht dasselbe, wie die Schleuder Davids zu segnen. Mir kommt dieser Vergleich in den Sinn, weil, während Somoza

die aufständische Stadt León mit weißem Phosphor bombardieren ließ, der Bischof von León durchs Telefon und mitten im Bombenlärm dem Journalisten einer internationalen Nachrichtenagentur zuschrie: „Dies ist ein so ungleicher Kampf wie der zwischen David und Goliath." Aber genau wie in der Bibel besiegte in Nicaragua David den Goliath.

Es gibt Christen, die kompromißlose Pazifisten sind, vor allem in den Vereinigten Staaten, und einige von ihnen sind meine Freunde. Aber ihre Haltung stimmt nicht mit der Bibel überein. Die Bibel segnet das Schwert des Holofernes in dem Augenblick, in dem es von Judith geschwungen wird. Ein nordamerikanischer Jesuit, der ein Freund von mir und einer dieser kompromißlosen Pazifisten ist, schrieb mir einen offenen Brief, in dem er meine Verteidigung des sandinistischen Kampfes verurteilt und mir sagt, kein noch so hohes Prinzip wiege soviel wie das Leben eines einzigen Kindes. Ich habe ihm geantwortet, damit sei ich vollkommen einverstanden, die Sandinisten kämpften für das Leben von Tausenden von Männern und Frauen, Alten und Kindern, die Tag für Tag ermordet werden, und kein noch so hohes Prinzip, nicht einmal das des kompromißlosen Pazifismus, wiege soviel wie das Leben eines einzigen dieser Kinder.

Ich wünschte, sie hätten sehen können – oder sähen jetzt wenigstens in Filmen oder auf Fotografien – mit welch überschwenglicher Freude unser Volk die sandinistischen Kämpfer empfing, als sie als Sieger in Managua einzogen, und wie in jedem Ort, durch den sie kamen, diesen Jungen, diesen „muchachos", wie unser Volk sie zärtlich nannte, zugejubelt wurde. Viele von ihnen waren 15jährige oder noch jüngere Kinder, darunter auch viele Mädchen. Ich wünschte, Sie hätten sehen können, wie das Volk diese Kämpfer umarmte. Während des Krieges trugen viele Häuserwände, die sich in jenen Tagen mit Parolen füllten, folgenden, beinahe biblisch klingenden Satz: „Gesegnet sei der Leib, der einem sandinistischen Kämpfer das Leben schenkte." Diese Kämpfer waren wirklich die Befreiung. Sie waren wirklich der Friede.

Der spanische Schriftsteller Quevedo hat einmal gesagt, es gebe nichts Schrecklicheres für ein Volk als die Tyrannei. Sie sei schlimmer als der Bürgerkrieg, weil sie der zur Herrschaft erhobene Bürgerkrieg sei. Wir haben fast ein halbes Jahrhundert lang diesen zur Herrschaft erhobenen Bürgerkrieg erlebt. Der Krieg, durch den wir uns davon befreit haben, war kein Bürgerkrieg, wie fälschlich oft behauptet wurde, sondern ein Befreiungskrieg. Und dieser Krieg hat uns den Frieden gebracht.

Die an diesem Kampf teilnahmen, wollten weniger den Tod der einen als das Leben der anderen. Ich kannte viele dieser jungen Kämpfer persönlich, einige von ihnen haben lange in meiner Kommune von Solentiname gelebt. Ich kann Ihnen sagen: Sie griffen aus Liebe zu den Waffen, weil sie ein Land voller Schulen, Krankenhäuser und Kindergärten wollten, ein Land ohne Analphabeten, ohne Bettler und ohne Ausbeutung. In Nicaragua erlebten wir in den aufständischen Städten, wie ein ganzes Volk das Evangelium in die Praxis umsetzte. Einer opferte sein Leben für den anderen.

Das ganze Volk war bereit zu sterben, nur so konnte es sich befreien. Der Ruf aller war: Freies Vaterland oder Tod! Viele sind gefallen, aber diesen Toten verdanken wir heute ein freies Vaterland. Die Fahne der Sandinisten ist rot und schwarz. Sandino sagte, das Schwarz symbolisiere das Sterben und das Rot das freie Vaterland. Aber er sagte auch einmal, das Schwarz bedeute Tod und das Rot Auferstehung. Alle, die ihr Blut in diesem Kampf vergossen, in diesem Kampf aus Liebe, starben nicht um zu sterben. Sie sind auferstanden.

Heute ist das Volk glücklich mit seiner Armee. Weil es *seine* Armee ist, weil sie das Volk selbst in Waffen ist. Jeder kann nach Nicaragua kommen, um das festzustellen. Er wird merken, daß sich das Volk mit der Armee verbrüdert hat. Denn diese Armee besteht aus denen, die das Volk während des Krieges so zärtlich seine „muchachos" nannte, Jungen wie Mädchen. Heute fürchtet niemand mehr die grüne Uniform, die früher so viel Angst und Schrecken verbreitete, die früher ein wahres Trauma für Kinder wie für Erwachsene bedeutete, weil sie die Uniform des Völkermords war. Die Jugendlichen, die heute auf Posten stehen oder die Ordnung in den Straßen aufrechterhalten, 15jährige mit offenen Gesichtern, verbreiten gewiß keine Angst.

Wir haben nun einen Krieg beendet und sofort einen neuen begonnen. Vor kurzem begannen die nicaraguanischen Zeitungen, neue Kriegsberichte zu veröffentlichen. Einer von ihnen lautete: „Die verschiedenen Taktiken, die wir nach sorgfältiger Planung einsetzten in unserem Kampf gegen die Unwissenheit, zeitigten einen so nachhaltigen und durchschlagenden Erfolg, daß die Kampfmoral unserer Truppen in hohem Maße gestärkt wurde." Und ein anderer: „Nach intensiver Erkundung der Kampfzone gelang es uns, das vom Feind hinterlassene Potential des Analphabetismus aufzuspüren. Nach Überwindung verschiedener, von der inzwischen vernichteten imperialistischen Reaktion geschaffener Hindernisse, die unsere Moral hätten untergraben können, haben wir uns von neuem in den Kampf gestürzt, der schon die ersten Früchte trägt." Und ein dritter: „Wir sind fest entschlossen, den Kampf von neuem aufzunehmen, bis der Feind vollkommen vernichtet ist." Und weiter: „Wir haben alle Gegenden, in denen der Feind, die

Unwissenheit, unserem Angriff widerstand, belagert. Wir haben die Situation unter Kontrolle dank unseres Schnellfeuers aus Buchstaben und Liebe, und wo wir noch auf Widerstand stoßen, beseitigen wir ihn Schuß um Schuß." In einem anderen dieser neuen Kriegsberichte heißt es: „Unsere unerbittlichen Angriffe werfen den Feind immer mehr zurück. Die Feinde unserer Revolution sollen wissen, daß der Kampf, und sei er noch so hart, weitergeht, bis die Unwissenheit besiegt ist." Und ein weiterer: „Wir führen einen harten Kampf gegen unseren Freind, die Unwissenheit. Um auch den letzten Widerstand zu beseitigen, greifen wir schon ab zwei Uhr nachmittags an. Die heftigsten Kämpfe finden jedoch jeden Nachmittag zwischen vier und sechs Uhr statt." „Wir haben dem Feind hart zugesetzt, da wir Waffen von großer Druchschlagskraft einsetzten, wie zum Beispiel: AEIOU. Selbstverständlich verbreiteten diese Waffen Angst und Schrecken im feindlichen Lager."

Diese Schlacht ist nun gewonnen. Mehr als die Hälfte der nicaraguanischen Bevölkerung konnte weder lesen noch schreiben. In fünf Monaten alphabetisierte die eine Hälfte die andere. Tausende von jungen Leuten verstreuten sich über das ganze Land, bis in die entlegensten Dörfer, die dichtesten Wälder, die unzugänglichsten Berge, oft unter großen persönlichen Opfern. Sie lebten bei den Bauern, aßen wie sie, tranken wie sie und arbeiteten mit ihnen so lange, bis alle diese entlegenen Gebiete zu vom Analphabetismus befreiten Territorien erklärt werden konnten. Diese Jugendlichen, Jungen und Mädchen, lehrten nicht nur, sie lernten auch von den Bauern. Das allerwichtigste: Sie wurden Brüder. Die jungen Alphabetisatoren wurden von den Bauern, in deren Häusern sie lebten, Sohn oder Tochter genannt, und sie nannten sie ihrerseits „Papa" und „Mama". Wenn sie dann in ihr altes Zuhause zurückkehrten, wußten sie, daß sie ein neues Zuhause gefunden hatten, eine neue Familie: einfach, arm und bäuerlich. Das ganze Land wurde seit diesem großartigen Kreuzzug der Alphabetisierung zu einer einzigen großen Familie. All dies war ein Sieg der Liebe.

Ich weiß, daß für viele in Deutschland das Wort „Revolution" einen schlechten Klang hat. Viele verstehen unter Revolution Terrorismus. Für uns dagegen ist es ein sehr schönes Wort, ein Wort, das wir gern aussprechen, weil es uns ein Synonym für Liebe ist. Wir leben in einem Land, in dem gerade eine Revolution gesiegt hat, und mit ihr hat der Frieden gesiegt. Zum erstenmal kann das Volk ruhig schlafen. Wer nach Nicaragua kommt, sieht dort ein Volk, das lächelt, dessen Gesichter hell sind von einer neuen Sonne. Es herrscht Freude, man hat wieder Lust, zu leben und zu arbeiten. Die Ernten waren dieses Jahr größer als früher. Das Land, das früher Somoza und seinen Anhängern gehörte – und es war ein großer Teil aller Ländereien Nicaraguas –, gehört jetzt dem Volk. Diese umfassende Agrarreform war darum so wichtig für uns, weil unser Land hauptsächlich ein Agrarland ist. Zusammen mit der Alphabetisierung war sie eine der vordringlichsten Aufgaben der Revolution. Und das war richtig so, denn es waren vor allem die Bauern, die am meisten unter der Unterdrückung gelitten hatten und die später den wichtigsten Beitrag zu unserem Kampf leisteten. Heute hat sich für die, die noch Land pachten, der Pachtpreis drastisch gesenkt. Heute ist auch in jenen Gebieten die medizinische Versorgung gewährleistet, in die etwas Ähnliches noch nie vorgedrungen war. Ist das alles nicht ein Werk der Liebe?

Ein Werk der Liebe ist der Bau von Krankenhäusern und die Einrichtung von Gesundheitszentren, die überall entstehen, trotz unserer Armut. Heute werden alle geimpft: Wir sind dabei, die Seuchen auszurotten. Heute ist die Medizin etwas ganz anderes als früher. Früher war sie hauptsächlich ein Mittel, um Geld zu machen. Heute denkt man in erster Linie an die einfachen Leute, vor allem an die Allerärmsten.

Ebenso verändert hat sich die Erziehung. Sie ist heute wirklich jedem zugänglich, und sie ist kostenlos. Es ist endlich keine Erziehung mehr, die Egoisten heranbilden will, die nur lernen, wie man andere ausbeutet. Unsere Erziehung soll solidarische Menschen schaffen, neue Nicaraguaner, die die Schöpfung des „Neuen Menschen" in unserem Land einleiten. Es ist eine befreiende Erziehung, die den Menschen nicht zu einem gefügigen Untertan in einem System der Ausbeutung formen will. Vielmehr möchte sie Geist und Bewußtsein von dieser Ausbeutung befreien. Die Zahl der Schüler ist enorm gestiegen, die Zahl der Lehrer ebenso. Überall im Land entstehen neue Schulen, trotz unserer Armut. Auch das ist ein Werk der Liebe.

All dies waren Werke der Liebe: Die Preise der Grundnahrungsmittel wurden stabilisiert, die Zahl der Arbeitslosen gesenkt mit dem Ziel, eines Tages die Arbeitslosigkeit vollkommen abzuschaffen. Das Land, das früher unbarmherzig abgeholzt worden war, wurde aufgeforstet, Wälder, Tiere und Fische, denen die Befreiung doch auch galt, wurden unter Schutz gestellt. Der Arbeit wurde neue Würde gegeben, die Forderungen der Arbeiter konnten so schnell wie möglich erfüllt werden: In wenigen Monaten entstanden mehr Gewerkschaften als während der ganzen Zeit des Somozismus. Die niedrigsten Löhne konnten angehoben werden, ohne daß diese Maßnahme zu einer Inflation führte.

horizont

Sozialistische Wochenzeitung der DDR für internationale Politik und Wirtschaft

Mit „horizont" bietet sich Ihnen eine interessante Informationsquelle zu Fragen der Außenpolitik der DDR und zum aktuellen Weltgeschehen.

„horizont" bringt jede Woche auf 32 Seiten Exclusivberichte hervorragender Autoren aus aller Welt, Interviews, Porträts und Memoiren international bekannter Persönlichkeiten, Analysen der internationalen Politik und der Weltwirtschaft, Interessantes aus allen Kontinenten.

weltweit
aktuell konkret
lebendig

horizont

KUPON ▽▽▽

☐ Ich möchte „horizont" zum Jahresabonnement von DM 52,20 zzgl. Portogebühren von DM 10,60 beziehen.

☐ Ich bitte um Zusendung eines kostenlosen Probeexemplars.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Direktversand ab Berliner Verlag, daher immer aktuell!

Senden Sie den Kupon als Bestellung an
Brücken-Verlag, Ackerstraße 3, 4000 Düsseldorf

Ein Probeexemplar kann vom Verlag direkt angefordert werden.

Berliner Verlag, DDR-1026 Berlin, Karl-Liebknecht-Straße 29

Hinzuzufügen wäre, unter anderem, daß das Bankwesen verstaatlicht wurde, um es aus dem Wuchergeschäft, das es früher war, zu einer gemeinnützigen Einrichtung zu machen, die dem Volk dient, anstatt es auszurauben. Der Außenhandel wurde gleichfalls verstaatlicht, um ihn dem ganzen Volk zugute kommen zu lassen. Unsere Steuerreform ist darauf ausgerichtet, daß jetzt die Hauptlast von denen getragen wird, die das größere Einkommen haben, und nicht von der arbeitenden Bevölkerung. Früher mußte das Volk die meisten Steuern zahlen, während die Reichsten am wenigsten oder gar nichts beitrugen. Die Mieten sind um die Hälfte gesenkt worden, und anstelle der früheren Elendsviertel entstehen neue Wohnungen und Stadtteile.

Für die verwaisten und verlassenen Kinder, für unversorgte Frauen und Alte und für alle, die durch den Krieg Schaden gelitten haben, wurde ein neues Ministerium gegründet. Für die Kinder, die früher als Schuhputzer, Zeitungsjungen, Kaugummiverkäufer oder Wagenwäscher arbeiteten und die nie eine wirkliche Kindheit gekannt haben, weil sie von klein auf wie Erwachsene arbeiten mußten, wurde ein sehr schönes Programm geschaffen, das mit dem Guerillaausdruck „Operation" bezeichnet wird und das dafür sorgt, daß sie gleichzeitig lernen und spielen können. Die Kinder Nicaraguas werden jetzt die „Lieblinge der Revolution" genannt. Das Trümmerzentrum der Hauptstadt Managua, die 1972 zerstört wurde und die Somaza nie wieder aufbauen ließ, ist jetzt ein großer Park für Kinder, der den Namen eines zehnjährigen Jungen trägt, der Anführer einer Kindertruppe war und heute als Märtyrer der Revolution gilt.

Wir haben einen neuen Staat, demokratisch und vom Volk getragen, in dem die Bevölkerung täglich am öffentlichen Leben teilnimmt. Das Volk äußert frei seine Meinung. Es stellt seine Forderungen durch viele Gremien und alle öffentlichen Kommunikationsmittel, auf Versammlungen oder durch die Wahl von Vertretern in offenen Stadträten usw. Es gibt Radioprogramme, in denen die Regierungsvertreter Anfragen oder Beschwerden beantworten, die ihnen die Bevölkerung per Telefon stellt. Das Volk hat durch seine verschiedenen Organisationen Einfluß auf die zur Rationalisierung unserer verfügbaren Mittel notwendige wirtschaftliche Planung. Wir haben eine Regierung der nationalen Einheit, mit anderen Worten, ein Bündnis zwischen Arbeitern, Bauern, Angehörigen der Mittelschicht und kapitalistischen Eigentümern. Unsere Außenpolitik zielt auf Freundschaft mit allen Völkern und freundschaftliche Beziehungen zu allen Regierungen auf der Grundlage gegenseitiger Achtung. Früher hatte Nicaragua praktisch keine Außenpolitik; sie wurde in Washington gemacht.

All dies wurde – wie könnte es anders sein – von einem großen kulturellen Wiedererwachen begleitet. Wir wollen erreichen, daß die Kultur nicht mehr einer kleinen Elite, sondern dem ganzen Volk gehört. Überall entstehen Kulturhäuser, fast immer durch die spontane Aktion des Volkes selbst. Unsere Folklore, die früher halb vergessen war, ist überall in außergewöhnlicher Weise zu neuem Leben erwacht. Die Produktion neuer Dichtung ist erstaunlich. Es gibt Dichterwerkstätten, in denen Zimmerleute und Maurer die richtigen Techniken lernen, um gute moderne Poesie zu schreiben, und ihre Gedichte sind tatsächlich von ausgezeichneter Qualität, so gut, wie sie früher nur die Dichter unserer literarischen Elite schrieben. Es gibt Dichterwerkstätten in den Armenvierteln, in den Fabriken, in der Armee und selbst bei der Polizei. Ich glaube, Nicaragua ist das einzige Land der Welt, in dem von der Polizei Gedichte veröffentlicht werden. Überall entstehen Volkstheater, deren Mitglieder hauptsächlich Arbeiter und Bauern sind; das gleiche geschieht mit Gesang und Musik. Wir wollten ein fröhliches Land, ein Land in dem die Menschen singen und tanzen, und das haben wir erreicht. Das Volk hat bereits seine ersten Wandmalereien. In vielen Gegenden werden kunstgewerbliche Gegenstände hergestellt von hoher Qualität. Wahrhaftig, unser Volk hat sich die Kultur wieder angeeignet, von der es früher ausgeschlossen war und die jetzt ihm gehört, so wie ihm das Land gehört und sein eigenes historisches Geschick.

Unsere Revolution ist die großmütigste, die es je gegeben hat. Es gab keine Erschießungen, und es ist viel vergeben worden. Man kann sagen, daß sich in ihr das schwere evangelische Gebot der Feindesliebe erfüllt hat. Unser Innenminister, Commandante Tomás Borge, sagte, was vor ihm schon Carlos Fonseca, der Gründer der Sandinistischen Front, gesagt hatte: „Wenn ein Soldat der Guardia Nacional als Gefangener in unsere Hände fällt, genügt es nicht, daß wir sein Leben und seine menschliche Würde respektieren; wir müssen ihn behandeln wie unseren eigenen Bruder." Eine Parole der Sandinistischen Front war: „Unerbittlich im Kampf, aber großmütig im Sieg." Diese Worte sind tatsächlich erfüllt worden. Auch die gefangenen ehemaligen Nationalgardisten Somozas lernen lesen und schreiben; die Alphabetisatoren sind Angehörige der sandinistischen Polizei. Selbst in den Gefängnissen gibt es Kulturdelegierte.

Insgesamt aber ist es das wichtigste, daß heute in Nicaragua der Geist der Brüderlichkeit herrscht, der Geist der Gemeinsamkeit und der Solidarität. Wir sind dabei, eine wahrhaft brüderliche Gesellschaft zu schaffen.

Ein Junge von acht Jahren schrieb in einem Gedicht:

Die Kinder, die Lieblinge
werden die Zukunft des Volkes sein.
Wir Kinder werden das arbeitende Volk sein,
wir werden der Bauer sein,
die Hersteller aller Dinge,
wir werden Lehrer sein, Ärzte,
endlich wird es alles geben.

Und ein zwölfjähriger Junge in einem anderen Gedicht:

Eine bessere Welt schaffen . . .
Was ist eine bessere Welt?
So fragen die Kinder.
Ein Bauernkind antwortet:
Eine bessere Welt heißt frei zu sein,
aber frei, diese Freiheit aufzubauen.
Wir wollen nicht länger Landarbeiter sein
mit kaum zehn oder zwölf Jahren.
Eine bessere Welt,
schreit ein Schuhputzerjunge,
ist etwas so Glänzendes wie meine Schuhe,
die Strahlen, weil ich sie poliere mit Liebe.

Ein zwölfjähriges Mädchen schreibt in einem Gedicht:

Wir Kinder von Nicaragua
rufen alle Kinder der Welt auf,
sich zu vereinigen, um eine bessere Welt aufzubauen.

Eine Elfjährige schreibt:

Ihr Kinder der ganzen Welt, wir wollen uns vereinigen, um
eine bessere Welt aufzubauen, ohne Krieg, ohne
Ausbeutung, voller Frieden, denn die Kinder sind
die Zukunft. Wenn wir uns vereinigen, werden wir glücklich sein,
denn nur vereint können wir alles besiegen.

Wir glauben daran, daß es auf der Welt einen Neuen Menschen geben wird. Alle Programme unserer Regierung, von denen ich Ihnen hier erzählt habe, werden durchgeführt, um ihn in Nicaragua zu schaffen. So viele haben ihr Leben dafür geopfert. Was wir jetzt haben, ist Frucht unendlicher Leiden. Es ist die Frucht vieler heroischer Taten. „Wenn das Weizenkorn nicht in die Erde fällt und stirbt, bleibt es allein, wenn es aber stirbt, wird es viel Frucht bringen." Wir Christen finden einen österlichen Sinn in der jüngsten Geschichte unseres Landes, nämlich den von Tod und Auferstehung. Damit hat sich auch unser theologisches Denken vertieft, und unsere Gottesdienste sind neu belebt worden. Für uns Christen bedeutete die Teilnahme an dieser Revolution Treue zu Jesus Christus.

Ich hatte früher eine christliche Kommune in Solentiname, die wegen ihres revolutionären Geistes in Treue zum Evangelium von der Armee Somozas zerstört wurde. Wir sind jetzt dabei, mit ihrem Wiederaufbau zu beginnen. Früher war ihre Bedeutung, obwohl sie vielerorts bekannt war, gering; sie war nur ein bescheidener Versuch. Erst jetzt wird sie wirklich wichtig, nämlich durch die Werke, die dort durch die Revolution geschehen werden, die gleichen Werke, die überall im Land geschehen. Die einzige Bedeutung, die sie früher hatte, war die, daß wir dort die Revolution predigten, die Revolution als christliche Forderung. Erleuchtet vom Evangelium prophezeiten wir, was sich nun erfüllt hat. Einige junge Männer meiner Gemeinschaft gaben ihr Leben für diesen Traum, der jetzt Wirklichkeit geworden ist.

Eine Revolution ist eine gesellschaftliche Veränderung, das gleiche, was in der griechischen Sprache des Evangeliums *metanoia* heißt: eine Änderung der gesamten Haltung, eine Umkehr, wie das Wort für gewöhnlich übersetzt wurde. Unsere Revolution war genau dies: eine große Veränderung, eine Umkehr zur Liebe.

Für viele unter Ihnen hat das Wort „Revolution" keinen guten Klang. Aber Revolution ist das gleiche wie Evolution. Die sozialen Revolutionen sind eine Fortsetzung der Evolution der Erde und des ganzen Weltalls. Die Evolution macht Sprünge. Diese Sprünge sind in der Geschichte der Menschheit die Revolutionen.

Jede soziale Veränderung will die Menschen näher zueinander bringen. Unser Planet wird immer kleiner und die Menschheit immer größer. Managua rückt immer näher an Frankfurt heran. Diese Vereinigung der Menschheit wird mit der Zeit aus ihr einen Supra-Organismus schaffen, der aus bewußten Organismen besteht, so wie die einzelnen Organismen aus Zellen bestehen, ein Supra-Bewußtsein aus unzähligen Bewußtseinseinheiten. Das menschliche Individuum wird seine Identität in diesem Supra-Organismus nicht verlieren, wie auch die Zellen eines Organismus sie nicht verlieren und doch ein Teil eines größeren Ganzen sind. Isaac Asimov sagt: Wie die Amöbe die Wellenbewegungen des Wassers wahrnehmen kann, aber nur der menschliche Organismus eine Sinfonie, so sind die von einem menschlichen Organismus aufgenommenen Sinfonien wie die von einem einzelligen Lebewesen wahrgenommenen Wellenbewegungen des Wassers, wenn man sie mit den unvorstellbaren Sinfonien vergleicht, die eine in einem Supra-Organismus vereinte Gesellschaft menschlicher Organismen wahrnehmen kann.

Ich glaube an das Himmelreich. Ich glaube, daß das Himmelreich die Erde und der Kosmos sind, die Gesellschaft der bewohnten Planeten. Und ich glaube an die Auferstehung der Toten in diesem Reich.

Ich erbitte von Ihnen und von der ganzen Welt Hilfe für die Revolution, die in unserem Land stattfindet. Es ist nur ein kleines Land, aber auch dort muß das Himmelreich geschaffen werden. Mit diesem Ziel bin ich gekommen, um den Friedenspreis in Empfang zu nehmen: von diesem Podium aus Ihnen und der ganzen Welt zu berichten, was in Nicaragua geschieht. In vielen Ländern läuft eine Kampagne der Fehlinformation gegen uns und ein Boykott des Schweigens. Ich bitte Sie auch um Solidarität und Hilfe für das Volk El Salvadors, das in der Nachfolge Christi und so wie es vorher in Nicaragua geschah, sein Leben für die Gerechtigkeit opfert. Ich bitte Sie darum, bei dieser Befreiung mitzuhelfen wie auch bei allen anderen Befreiungen, die kommen werden, weil sie dem gleichen Gesetz gehorchen, das auch die Sterne lenkt, dem Gesetz der Schwerkraft, dem Gesetz der Anziehungskraft, dem Gesetz der Liebe selbst.

Nichtproletarische Demokraten auf der Seite des Fortschritts 1830 bis 1945

Briefe und Tagebuchaufzeichnungen, politische Publizistik, Denkschriften, Flugblätter, Memoiren, Programme, Reden aus über hundert Jahren deutscher Geschichte, nichtproletarische demokratische Traditionen in Dokumenten.

Dieter Fricke u. a. (Hrsg.)

Für Eures Volkes Zukunft nehmt Partei

616 Seiten, 160 Fotos und Faksimiles, Personenregister, Ganzleinen mit Schutzumschlag, DM 19,80

Ein beispielloses Dokument des deutschen McCarthyismus

„Benutzer"-Anleitung zur Denunziationsliste der „Notgemeinschaft für eine freie Universität" in Westberlin über fast 1700 „Hochschulaktivisten"

Eine Liste mit Namen, Geburtsdaten, Fachrichtung, gewerkschaftlicher und politischer Organisation und zahlreichen weiteren Angaben zu Person und Funktionen von fast 1700 Wissenschaftlern, Hochschullehrern und Studenten hat soeben die „Notgemeinschaft für eine freie Universität" in Westberlin u. a. an alle Bundestagsabgeordneten, Länderparlamente und Verwaltungen, Hochschulen, Kirchen, Wirtschaftsverbände etc. verschickt. Es handelt sich um eine sowohl quantitativ als auch in ihrer denunziatorischen Unverfrorenheit beispiellose „Schwarze Liste" engagierter Hochschullehrer und Studenten mit der unmißverständlichen Aufforderung an alle „Benutzer", die Aufgelisteten – und natürlich nicht nur sie – zu denunzieren bzw. für ihre Maßregelung zu sorgen. Die Liste erfaßt mit der Akribie eines amtlichen Telefonbuchs auf 24 großformatigen „gelben Seiten" vor allem Angaben über Personen, die im Zeitraum von 1971–1980 der „Notgemeinschaft" zufolge als „Aktivisten der ADSen (Aktionsgemeinschaften von Demokraten und Sozialisten an den Westberliner Hochschulen – d. Red.) und der SEW (Sozialistische Einheitspartei Westberlins – d. Red.)" registriert worden sind. Die von den selbsternannten Großinquisitoren in der „Benutzer"-Anleitung süffisant begründete „Beschränkung" des denunzierten Personenkreises entspricht exakt den offiziellen Legitimationsmustern der Berufsverbotepolitik, verfolgt aber wie diese offenkundig viel weitergesteckte politische Ziele.

Die Redaktion der „Blätter" erwägt, die „Schwarze Liste" der „Notgemeinschaft" als Beitrag zu einer Art „Ehrenliste deutscher Demokraten" zu dokumentieren – analog zu jener 1960 von Rainer Barzels damaligem „Komitee Rettet die Freiheit" in einem „Rotbuch" zusammengestellten Namensliste von „Verschwörern gegen die Freiheit" wie Abendroth, Baade, Dix, Egk, Faßbinder, Frank, Gollwitzer, Hillebrecht, Iwand, Jahnn, Kästner, Koeppen, Niemöller etc. etc. (dokumentiert in: „Blätter", 4/1960, S. 367–381).

Nachstehend der unwesentlich gekürzte Text der „Benutzer"-Anleitung, die der Berliner Denunziationsliste beigegeben ist – ein Dokument des neuen McCarthyismus, des Marsches in den Schnüffel- und Überwachungsstaat. Ein Dokument, das für sich selbst spricht – in einer Schreibtischtäter-Sprache, die die der Lehrmeister wie McCarthy 1950 und Barzel 1960 in den Schatten stellt. D. Red.

FÜR DEN EILIGEN LESER

1. Nach Beobachtungen des Bundesministeriums des Innern haben die SEW-SED-gelenkten „ADSen" den Auftrag, im Bereich der Hochschulen darauf hinzuwirken, das politische System der Bundesrepublik durch ein sowjetkommunistisches zu ersetzen. Für dieses Ziel mißbrauchen sie die Selbstverwaltung der Hochschulen.

2. Alle bekanntgewordenen Aktivisten der SEW-ADSen sind auf den gelben Innenseiten in einem Namensverzeichnis zusammengefaßt. Zur politischen Beurteilung der Genannten vergleiche Seite 20.

3. Wer sich für die subversive Tätigkeit im Einzelnen interessiert, sollte außer den Seiten 4 bis 17 dieser Veröffentlichung die früheren Dokumentationen der Notgemeinschaft „ADS 1" bis „ADS 5" sowie die Dokumentation „Die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten mit Kommunisten an Berliner Hochschulen" heranziehen. Für die Namensliste ist die Benutzung dieser früheren Dokumentationen nicht mehr erforderlich.

ZUM NAMENSVERZEICHNIS
(auf den gelben Innenseiten)

1. Vorbemerkung

Um die Benutzung zu erleichtern, sind diesmal *alle Verzeichnisse von „ADS 1" bis „ADS 5" mit den Angaben über neue ADS-Kandidaturen aus den Jahren 1977 bis 1980 zusammengefaßt. Die früheren Namensverzeichnisse brauchen nun nicht mehr herangezogen zu werden.* Damit entsprechen wir einem häufig geäußerten Wunsch der Benutzer.

. . .

3. Welche Namen enthält das Verzeichnis?

In das Verzeichnis sind Aktivisten der ADSen und der SEW ausschließlich aus dem Bereich der Berliner Hochschulen aufgenommen worden, außerdem eine Reihe von SHB-Aktivisten, die durch besonders enge Zusammenarbeit mit den ADSen hervorgetreten sind.

Es handelt sich im einzelnen um

1) Wahlkandidaten aus den Berliner Hochschulen, die „ADS" als ihre persönliche politische Gruppenzugehörigkeit angeben,

2) Wahlkandidaten, die sich unter der Listenbezeichnung „ADS" oder „Aktionseinheit" zur Wahl stellen,

3) Personen aus dem Bereich der Berliner Hochschulen, die öffentlich für die Wahl der SEW geworben haben oder als Kandidaten der SEW aufgetreten sind,

4) Personen, die in den Berliner Hochschulen in Flugblättern und Broschüren öffentlich als Aktivisten oder Funktionäre der SEW-Hochschulgruppen oder der ADSen hervorgetreten sind.

5) Wahlkandidaten bei Hochschulwahlen, die „SHB" als politische Gruppierung angeben, nur in solchen Fällen, *in denen sie mit ADSen, die sich selbst als solche bezeichnen, gemeinsam auf einer und derselben Liste kandidiert haben oder eine Listenverbindung mit einer ADS-Liste eingegangen sind.*

Vergleiche im übrigen das Abkürzungsverzeichnis auf den gelben Innenseiten.

4. Was das Namensverzeichnis nicht enthält

Das Namensverzeichnis enthält weder die Namen der Mitglieder oder Aktivisten *aller* kommunistischen Hochschulorganisationen in Berlin noch *aller* Mitglieder der ADSen noch *aller* Personen, die an den Berliner Hochschulen öffentlich mit den ADSen zusammengearbeitet haben oder zusammenarbeiten.Es enthält nicht

1) Die Kandidaten, die bei Hochschulwahlen öffentlich für kommunistische Organisationen wie die KPD („Kommunistische Partei Deutschlands") oder deren KSV („Kommunistischer Studentenverband"), den KBW („Kommunistischer Bund Westdeutschlands") oder deren Studentenverband KHG („Kommunistische Hochschulgruppe") oder für andere sogenannte K-Gruppen aufgetreten sind,

2) die Namen von ADS-Mitgliedern, soweit sie unter anderen politischen Gruppenbezeichnungen als den oben und im Abkürzungsverzeichnis aufgeführten kandidiert haben,

3) die Namen von SHB-Kandidaten, die nicht auf Listen der ADS oder in Listenverbindungen mit ihnen kandidiert haben,

4) die Namen sonstiger Kandidaten bei Hochschulwahlen, die zwar mit ADS-Kandidaten gemeinsam auf Listen oder in Listenverbindungen mit ihnen öffentlich aufgetreten sind, als persönliche Gruppenzugehörigkeit jedoch weder ADS noch SHB, sondern z. B. „Unorganisierte", „Jungsozialist" oder ähnliches angeben.

Durch diese Beschränkung wird einerseits vermieden, ein diffuses Verzeichnis linksextremer Mitglieder verschiedener Richtungen und Organisationen an Berliner Hochschulen zu geben, aus dem die spezifische Zusammenarbeit mit der gefährlichsten kommunistischen Strömung, der SED/SEW, nicht mehr klar zu erkennen wäre. Andererseits erlaubt uns diese Beschränkung die Aussage, daß alle im Namensverzeichnis Aufgeführten sich mindestens zeitweilig verfas-

Notgemeinschaft für eine freie Universität
1 Berlin 33 · Postfach 330445

Die "Aktionsgemeinschaften von Sozialisten und Demokraten" (ADSen)

6. Folge

ADS SEW 6

Auf den gelben Innenseiten:
Gesamt-Namensverzeichnis
1971 bis 1980, einschließlich "ADS 1" bis "ADS 5"

Bankverbindung: Delbrück & Co. Berlin, Privatbankiers, Konto-Nr. 558381
Postscheckkonto von Delbrück und Co.: Berlin West 408 00-102
Postscheckkonto der Notgemeinschaft: Berlin West 3286 29-100 · Fernschreiber: 01-85727 notg d

sungsfeindlich betätigt haben oder als Wahlkandidaten mit verfassungsfeindlichen Organisationen eng zusammengearbeitet oder sich als aktive Helfer verfassungsfeindlicher Organisationen betätigt haben. Es liegen rechtskräftige Urteile vor, die es der Notgemeinschaft erlauben, auch die im Verzeichnis aufgeführten SHB-Kandidaten als Agenten einer kommunistischen Diktatur, als Personen, die als Wahlkandidaten mit verfassungsfeindlichen Organisationen eng zusammenarbeiten, und als aktive Helfer verfassungsfeindlicher Organisationen zu bezeichnen. Die Einzelheiten und die vollständige Begründung des wichtigsten Gerichtsurteils sind der Veröffentlichung „ADS/SEW 5" zu entnehmen (Bestellzettel letzte Seite).

Hierzu noch eine Anmerkung:

Daß die Notgemeinschaft weder hier noch in anderen Veröffentlichungen entsprechende Namen von Rechtsextremisten bekanntzugeben Anlaß hatte, liegt an der Tatsache, daß derartige Organisationen an den Berliner Hochschulen seit der Gründung der Notgemeinschaft weder in Erscheinung getreten sind noch gar in irgendeinem Fall an Berliner Hochschulen öffentlich kandidiert haben.

5. Wie ist das Namensverzeichnis zu benutzen?

Technische Hinweise und ein Abkürzungs- und Quellenverzeichnis findet der Leser am Anfang der gelben Innenseiten.

Bei der *Beurteilung der Kandidaten* ist zu berücksichtigen:

a) Alle Kandidaten haben zur Zeit ihrer Kandidatur eine verfassungsfeindliche Vereinigung aktiv unterstützt. Das gilt auch für die angeführten SHB-Mitglieder.

b) Die Intensität verfassungsfeindlicher Betätigung der einzelnen Kandidaten und Aktivisten ist unterschiedlich. Sie ist erkennbar

– an der Dauer des Engagements und an der Zahl der Kandidaturen. Eine hohe Zahl von „Quellen" (in runden Klammern) weist im Zusammenhang mit dem Quellenverzeichnis gewöhnlich auf eine lange, intensive Mitarbeit bei den verfassungsfeindlichen ADSen hin;

– an der Art der Gremien, für die kandidiert wurde. Je bedeutender das Selbstverwaltungsgremium, desto größeres Vertrauen hat die SEW offenbar in den Kandidaten gesetzt. Das wichtigste Gremium ist das Kuratorium der Universität, es folgen der Akademische Senat, das Konzil, der Fachbereichsrat, Zentrale Kommissionen, Fachbereichskommissionen, Direktorien. In den meisten Fällen geht das entsprechende Gremium aus dem Quellenverzeichnis hervor.

Noch mehr Vertrauen erfordern aus der Sicht der SEW Funktionen in der Partei (SEW-Vorstand, SEW-Betriebsgruppen, Verantwortung für Zeitungen, Flugblätter usw. der SEW-Betriebs- oder Hochschulgruppen, Funktionen in Leitungsgremien der ADSen u. ä.). Auch solche Funktionen ergeben sich aus dem Quellenverzeichnis.

Wie sind die im Namensverzeichnis aufgeführten Personen *heute* zu beurteilen?

– Wir behaupten nicht pauschal, daß *alle* früheren Kandidaten und Aktivisten auch noch heute verfassungsfeindliche Bestrebungen unterstützen. Uns ist *allerdings auch kein Fall* bekannt, daß sich einer der im Verzeichnis Genannten von derartigen Aktivitäten inzwischen *distanziert* hat.

– Bei der Beurteilung ist zwar der Zeitpunkt des *letzten* öffentlichen Auftretens für die ADSen oder die SEW zu berücksichtigen; dies ist aber kein sicheres Indiz. Eine Durchsicht des Namensverzeichnisses zeigt, daß in vielen Fällen Aktivisten für längere Zeit „untertauchen", um dann wieder an wichtiger Stelle für die ADSen zu kandidieren oder für die SEW öffentlich aktiv zu werden.

Jedem ADS-Kandidaten, der sich von den verfassungsfeindlichen Zielen und Tätigkeiten der ADSen bzw. der SEW glaubwürdig losgesagt hat, wird von der Notgemeinschaft selbstverständlich das Recht eingeräumt, dies allen Empfängern unserer Veröffentlichungen bekanntzugeben. Von diesem Recht haben bisher insgesamt zwei Personen (2!) Gebrauch gemacht, deren Namen natürlich in dem vorliegenden Verzeichnis nicht mehr enthalten sind.

In beiden Fällen hat die Notgemeinschaft in Abstimmung mit diesen *ehemaligen* ADS-Kandidaten mehrfach und nachdrücklich auf die Sinneswandlung hingewiesen. Diese Möglichkeit steht auch jedem im vorliegenden Verzeichnis Genannten offen.

Wir sind außerdem an Hinweisen interessiert, in welchen Positionen sich die im Verzeichnis Genannten heute befinden.

DIE PRÜFUNG DER VERFASSUNGSTREUE IN BERLIN

Man braucht kein Hellseher zu sein, um voraussagen zu können, daß auch dieses Namensverzeichnis bei Linksextremisten und ihren Verbündeten wieder die übliche Empörung auslösen wird. Man wird Zitate aus amtlichen öffentlichen Quellen wieder als „Schwarze Listen" bezeichnen und behaupten, nette „junge Leute" sollten in ihrem beruflichen Werdegang beschädigt werden. Mancher Gutwillige wird ihnen Beifall spenden, viele Uninformierte werden ihnen glauben. Wir nehmen das in Kauf, weil wir das unerkannte Eindringen von Verfassungsfeinden in wichtige Bereiche des Staates, der Gesellschaft und der Wirtschaft für eine große Gefahr halten. Einstellungsbehörden und Arbeitgebern sollten Tatsachen bekannt sein, die in jedem Fall *Zweifel* an der Verfassungstreue eines Bewerbers begründen *können*. Ob solche Zweifel im einzelnen Fall auch heute noch angebracht sind, muß im Einzelfall sorgfältig geprüft werden.

Inwiefern eine solche Prüfung für die Beschäftigten in privaten Firmen erforderlich erscheint, unterliegt nicht unserem Urteil.

Anders ist es im öffentlichen Dienst. Dort muß jeder Bedienstete nach geltendem Recht die Gewähr dafür bieten, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung des Grundgesetzes eintritt. Dieses Dienstrecht ist noch heute in Kraft – in Berlin hinsichtlich der Gewähr der Verfassungstreue freilich nur auf dem Papier, nicht in der Praxis.

Auch die Berliner „Richtlinien" bestimmen, daß bei Bewerbern für den öffentlichen Dienst *routinemäßig* weder der einzelne Fall geprüft werden darf noch eine Belehrung oder Erklärung des Kandidaten zulässig ist noch eine Anfrage beim Verfassungsschutz erfolgen darf. Es heißt zwar, eine solche Anfrage müsse erfolgen, „wenn der Einstellungsbehörde Tatsachen bekannt sind, die Zweifel an der Verfassungstreue des Bewerbers begründen können". Da aber solche Tatsachen der Einstellungsbehörde fast immer nur bekannt sein können, wenn sie beim Verfassungsschutz nachgefragt hat, werden Verfassungsfeinde in Berlin normalerweise ungehindert in den öffentlichen Dienst eintreten können.

Eine der Absichten des beiliegenden Namensverzeichnisses ist es, den Einstellungsbehörden solche Tatsachen bekannt zu machen, die in jedem Fall, wie es die „Richtlinien" formulieren, *Zweifel* an der Verfassungstreue der Bewerber begründen *können*. Alle Angaben der Notgemeinschaft im Namensverzeichnis sind „gerichtsverwendbare" Tatsachen – auch dies verlangen die „Richtlinien" des Innensenators. An die Bestimmung der „Richtlinien", derartige Tatsachen dürften außer in schwerwiegenden Fällen nicht mehr als zwei Jahre zurückliegen, haben wir uns freilich nicht gehalten; sie erscheint uns weltfremd. In diesem Fall dürfen Einstellungsbehörden freilich Erkenntnisse nach Abschnitt 4 des Rundschreibens (und nach II. 11 der Grundsätze der Bundesregierung) selbst dann nicht verwerten, wenn sie ihnen auf andere Weise als durch Innensenator bzw. Innenminister, also z. B. durch die beiliegende Liste der Notgemeinschaft, bekanntgeworden sind. Mögen die Verfasser der „Richtlinien" aus Angst vor dem linken Flügel von SPD und F.D.P. vorgeben zu glauben, daß der bloße Ablauf von 24 Monaten genügt, in jedem Fall aus einem Aktivisten, der verfassungsfeindliche Bestrebungen aktiv unterstützt hat, einen Bürger zu machen, der die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung des Grundgesetzes eintritt. Wir halten es demgegenüber mit der Landesschiedskommission der Berliner SPD, die am 14. 2. 1978 zwei Mitgliedern der Notgemeinschaft, Richard Hentschke und Gerhard Jäger, in einem parteiinternen Schiedsgerichtsverfahren um die ADS-Listen Recht gab:

„Diejenigen SPD-Mitglieder, die es für angebracht halten, mit Kommunisten zu kooperieren, müssen damit rechnen, daß zu gegebener Zeit sorgfältig geprüft wird, ob diese Haltung sich mit der Verantwortung, die der Berufsausübende in dem konkreten Beruf gegenüber der Gemeinschaft hat, vereinbaren läßt und ob die Betrauung mit bestimmten Aufgaben im Interesse des öffentlichen Wohls zu verantworten ist."

Dieser Spruch wurde von der Bundesschiedskommission der SPD am 7. 7. 1978 bestätigt. Und wir bleiben bei der Beurteilung der SEW, die der Berliner Innensenator Peter Ulrich (SPD) 24 Monate vor dem Erlaß der „Richtlinien" in einer Untersuchung über die SEW („Die SEW. Untersuchung zur Frage der Übereinstimmung der politischen Ziele und Tätigkeiten der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfassung von Berlin", 2. ergänzte Auflage, Stand 1. Mai 1977, Seite 84) gegeben hat:

„Zusammenfassend ergibt sich somit, daß die politische Zielsetzung und die Tätigkeit der SEW auf die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes und der Verfassung von Berlin gerichtet sind."

Berlin, den 29. 9. 1980

Der Vorstand

Vorstand: Berlien, Bitterling, Dorn, Geisler, Hahn, Hempfer, Hentschke, Koenigs, Motschmann, Pommerening, Schiller, von Simson, Zahn.

Verantwortlich für Inhalt und Herstellung: der o.g. Vorstand der Notgemeinschaft für eine freie Universität.

V.i.S.d.P.: Professor Dr. K. W. Hempfer, c/o Notgemeinschaft für eine freie Universität, Postfach 330 445, 1000 Berlin 33.

Auflage: 11 000

Verteiler: Die Mitglieder des Bundestages, des Abgeordnetenhauses von Berlin, Mitglieder der übrigen Landtage, die Bundesregierung, der Senat von Berlin, die übrigen Landesregierungen, die Berliner Bezirksbürgermeister und Stadträte, die Rektoren und Präsidenten der Universitäten der Bundesrepublik Deutschland, wissenschaftliche, kirchliche, politische Institutionen, Stipendienträger, die Gewerkschaften und Beamtenorganisationen, die Arbeitgeberverbände, die Industrie- und Handelskammern und andere Wirtschaftsorganisationen, die Presse sowie zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Reinhold Billstein, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51. Tel. 36 40 54.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,00 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,50), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 5,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 52,–; öS 420,–; hfl 63,–; bfrs 925, ; FF 132,–; £ 15,–; Lit 28 000,–; dkr 180,–; nkr 168,–; skr 136,–; yen 7800,–; $ 36,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 36 40 51. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Neo-Satz W. Goilenberg KG, 5030 Hürth-Efferen. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

ISSN 0006–4416 — Heft 12/1980 der „Blätter" wird am 12. 12. 1980 ausgeliefert.

Autoren dieses Heftes

Dr. Lothar A. HEINRICH, geb. 1946 in Reit im Winkl; Journalist, Veröffentlichungen in deutschen und ausländischen Zeitungen/Zeitschriften. *** *Nino PASTI,* geb. 1909 in Bologna (Italien); General i. R., ehemals Stellvertretender Stabschef der italienischen Luftwaffe und Stellvertreter des Alliierten Oberkommandierenden in Europa (SACEUR) für Kernwaffenfragen; heute Mitglied des italienischen Senats. *** *André DE SMET,* geb. 1920 in Paris; Vorsitzender des Studien- und Informationszentrums für Friedens- und Entwicklungsprobleme „Vrede" in Gent/Belgien. *** *Gordon SCHAFFER,* geb. 1905; bekannter britischer Journalist und Vizepräsident der British Peace Assembly; lebt in London. *** *Erwin MÜLLER,* M. A., geb. 1947 in Hochstadt/Oberfranken; Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Zeitgeschichte, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Tübingen im Rahmen eines Forschungsprojekts über Probleme der Abrüstungsplanung in der Bundesrepublik; einschlägige Beiträge in Zeitschriften und Sammelbänden. *** *Ryszard WOJNA,* geb. 1920; Journalist, Sejm-Abgeordneter und Stellvertretender Vorsitzender der Interparlamentarischen Union; von 1972 bis 1973 Chefredakteur von „Zycie Warszawy", zur Zeit Kommentator bei „Trybuna Ludu"; lebt in Warschau; Buchveröffentlichungen u. a.: Und ruhig fließt der Rhein, Warschau 1971. *** *Nguyen KHAC VIEN,* bekannter vietnamesischer Publizist. *** *Dr. Norman PAECH,* geb. 1938; Professor für Politische Wissenschaft und Staatstheorie an der Universität Hamburg, Vorsitzender der Vereinigung demokratischer Juristen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *Josef HÜLSDÜNKER,* geb. 1951 in Lembeck; Studium der Sozialwissenschaften, Geographie und Philosophie, z. Z. Doktorand in Münster. *** *Rolf SCHELLHASE,* geb. 1951 in Warburg; Studium der Sozialwissenschaften und Erziehungswissenschaften, z. Z. Doktorand in Münster; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Mitteilung des Verlages

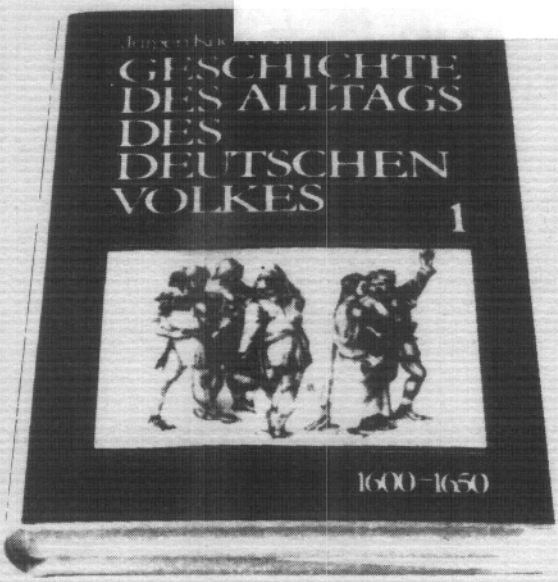
Infolge gestiegener Herstellungskosten ist es leider unumgänglich, den Preis für die „Blätter" ab 1. Januar 1981 um 0,50 DM je Heft zu erhöhen. Das Abonnement kostet also ab Jahresbeginn 1981 monatlich 4,50 DM (für Studenten, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende 4,00 DM), das Einzelheft im Buchhandel 6,00 DM. Sofern Sie Ihr Abonnement per Dauerauftrag bezahlen, bitten wir diesen entsprechend zu ändern.
Wir bitten um Verständnis.
Pahl-Rugenstein Verlag

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegt eine Bestellkarte des Monitor-Verlags, Düsseldorf, bei, die wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen. D. Red.

G 1800 EX
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt (11/80)
Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51

WOLFERTS
GERTRUD 0986
42758 XXX
PARKSTR 16
5620 VELBERT 1



czynski
Geschichte des
Alltags des
deutschen Volkes
Fünf Bände
Band 1: 1600—1650
Großformat, Leinen mit
Schutzumschlag, Personen-
verzeichnis, 560 Seiten,
DM 29,50

Geschichte anders gesehen

Zu den interessantesten Neuerscheinungen des Herbstes zählt, der Anlage wie der Perspektive nach, wohl der erste Band von Jürgen Kuczynskis fünfbändiger Untersuchung zur „Geschichte des Alltags des deutschen Volkes".
Sein Thema ist der „Zustand in Deutschland um 1600 und im Dreißigjährigen Krieg", den der Autor aus einem für die marxistische Geschichtsschreibung in der Tat ungewöhnlichen Blickwinkel analysiert — indem er, wie der Verlag vermerkt, davon ausgeht, „daß unsere Geschichte nicht nur aus den großen Klassenschlachten, sondern auch aus den wenigen spektakulären Dingen des Alltags besteht, zum Beispiel daraus, wie die Werktätigen gelebt, gedacht und gearbeitet haben".

FAZ vom 13. Oktober 1980

Für das Werk gibt es bisher nichts Vergleichbares. Es setzt endlich die Einsicht um, daß unsere Geschichte nicht nur aus Haupt- und Staatsaktionen, aus dem Hin und Her der großen Politik in Kriegs- und Friedenszeiten, sondern ebenso aus den weniger spektakulären Dingen des Alltags besteht, z. B. wie die Menschen gearbeitet, gelebt, gedacht und sich verhalten haben. Den einzelnen Bänden wird jeweils eine kurzgefaßte Einschätzung der Gesellschaftsordnung vorangestellt.
Im ersten Band werden die Zustände in Deutschland um 1600 und im Dreißigjährigen Krieg geschildert. Die Behandlung des Alltags beginnt mit den Kapiteln: Angst, Gewalt und Sicherheit, „Gemeinschaftsleben", die Dorfgemeinde, die materielle Lebenslage der Werktätigen und die Arbeit und die Arbeitswerkzeuge. Ebenso wie in anderen Büchern von Jürgen Kuczynski kommen auch einige seiner Opponenten zu Wort, was zur Entwicklung des wissenschaftlichen Meinungsstreits beiträgt und den Wert der Arbeit nur erhöht.
Folgende Zeiträume sind in den weiteren Bänden erfaßt:
Band 2: 1650—1810 Band 4: 1870—1918
Band 3: 1810—1870 Band 5: 1918—1945
Fortsetzungsbestellungen sind über den Buchhandel oder beim Verlag möglich. Sie erhalten dann jeweils den neuesten Band unaufgefordert. Band 2 erscheint im März, Bände 3 und 4 im Herbst 1981, Band 5 im Frühjahr 1982.

Pahl-Rugenstein